

DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 12 Dezember 1990 E 8080 E

CODE

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland:

Verfassungsgericht entscheidet gegen deutsche Ostgebiete

US-Präsident Bush Kriegsherr der Banker und Ölmultis mit Moskau im Gleichschritt

Neue Welt-Ordnung:

Das Traumziel der Banker

Sowjetunion:

Im Westen Abrüstung, in Moskau Aufrüstung

US-Dollar:

Rückwirkungen der Golf-Krise

SPD:

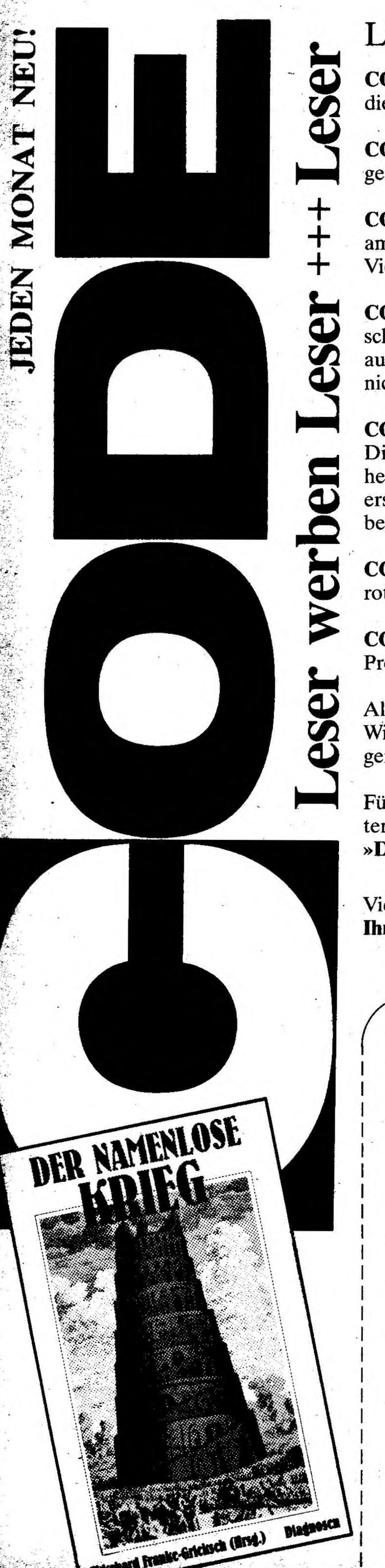
Die alten sozialistischen Wunschträume

David Irving:

Zur Problematik der Historiker deutsche Geschichte ohne Tendenz zu schreiben



Gesunde
Medizin
4/90
E 4877 F
Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise
November/
Dezember
DM 5,–
SFr 5,–
ÖS 40,–
Sucht:
Der stille Hungerstreik
Therapie
»Ich bin
Diabetiker!«
Lebensgefühl:
Die Wechseljahre
der Frau
Krebs:
Erfahrung
mit Krebskranken
Ärztlicher Rat:
Das asthmakranke Kind
Erkältung:
Sonnenhut und
Arnika beugen vor
Naturarzt:
Heilkräuter
für Kinder
Vorsorge:
Prostata –
reine Männersache?



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 78.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 78.– DM anbei (Ausland: DM 93.– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

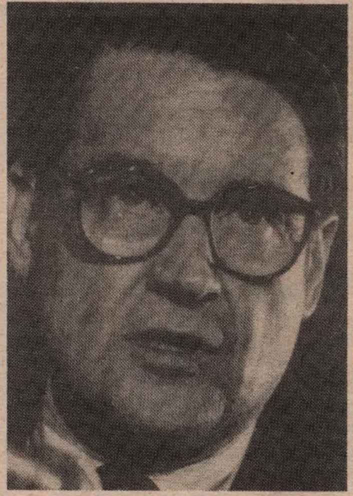
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land




US-Präsident George Bush hat alle Grundlagen des Völkerrechts verlassen, als er zunächst in Panama und jetzt in Saudi-Arabien einmarschierte.

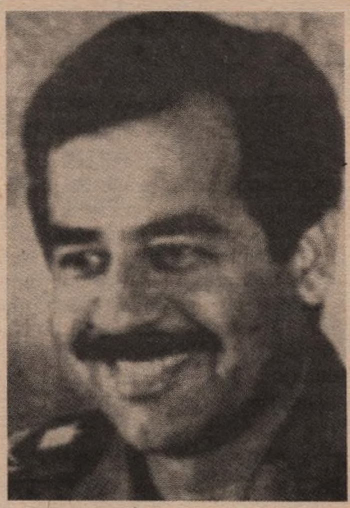

Michail Gorbatschow ist nicht der Reformer, noch im geheimen ein Liberaler, hinter seinem Lächeln sind Zähne aus Eisen.


Der ehemalige FBI-Chef William Webster, heute Direktor des CIA, hat ein besonderes Verhältnis zur ADL.

4. Jahrgang Nr. 12 Dezember 1990



Präsident Hafez al-Assad, Syriens Staatschef, hat in den letzten Wochen 5500 Regimegegner heimtückisch ermorden lassen.



Saddam Hussein, Präsident des Irak, war noch vor kurzem ein treuer, verläßlicher Freund des Westens, heute wird er von Bankern und Internationalisten gehaßt.

Revisionismus

In eigener Sache

Ständige Rubriken

Deutschland

Der Verrat der Politiker

Klaus Wart

Der 3. Oktober 1990 war einer der wichtigsten und freudigsten Tage für das deutsche Volk seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Gleichzeitig war er aber auch einer der traurigsten: Denn dies war eben auch der Tag, an dem die Politiker aller etablierten Parteien nicht nur feierlich auf ein Viertel deutschen Gebietes, nämlich Ostdeutschland, verzichteten, sondern gleichzeitig auch Deutschland dem Gedanken der europäischen Einigung unterstellten.

Bevor auf die Geschehnisse rund um den 3. Oktober eingegangen werden soll, nachfolgend erst einmal eine Meldung der »Privat-Depesche«, ein der CDU nahestehender und sehr gut über die Internas in der Union informierter Bonner Hintergrundinformationsdienst. Unter der Überschrift »Bonn: Nach der deutschen jetzt die europäische Einheit« stand dort zu lesen:

Auf der Tagesordnung steht Europa

»Helmut Kohl, soeben Kanzler der deutschen Einheit geworden, will jetzt auch noch Kanzler der europäischen Einheit werden. Hinter den Kulissen gibt es dafür bereits rege Kontakte zwischen den europäischen Hauptstädten.

Beachten Sie: Das ›Jahrhundert-Ereignis‹ deutsche Vereinigung ist gerade vollzogen, da steht ›Europa‹ auf der Tagesordnung Bonns. Im Dezember gibt es den EG-Regierungs-Gipfel über den Fahrplan in ein Europäisches Währungssystem. Kern: Eine Zentralbank; eine Währung... Hinweis: Als Termin für die (europäische) Währungsunion ist der 1.1.1993 vorgesehen. Aber es ist fraglich, ob dieser Termin auch eingehalten werden kann. Denn dies ist nicht nur eine Sache der deutschen Regierung, sondern auch eine der anderen EG-Regierungen. Und die weigern sich (noch), für eine europäische Zentralbank Machtverzichte zu leisten, vor allem London, das sich mit Händen und Füßen einem Souveränitätsverlust widersetzt...

Bemerkenswert: Helmut Kohl will mit aller Härte durchsetzen, daß die anvisierten Ziele verwirklicht werden. Er baut auf sein Verhandlungsgeschick mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit und – auf sein Ansehen, daß er sich dabei im eigenen Land, aber auch international erworben hat. Und in der Tat: Helmut Kohls Einfluß auf die europäische Einheit war noch nie so groß wie heute.«

Diese Sätze der »Privat-Depesche« werden auch voll durch die (Teil-)Wiedervereinigung bestätigt. Denn was dort geschah, war nichts anderes als das Zugeständnis der Internationalisten zu der ohnehin nicht aufzuhaltenden Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR bei gleichzeitigem Verzicht auf einen großen Teil der Souveräntitäsrechte. So sprach dann auch der französische Staatspräsident Mitterrand nicht davon, daß Deutschland nun souverän geworden sei, vielmehr erklärte er, Deutschland sei nun souveräner geworden. Man beachte den kleinen, aber bedeutenden Unterschied! Denn die Bundesregierung war doch gezwungen, vorher auf existentielle Souveränitätsrechte, wie etwa die Bewaffnung der Armee – ob atomar oder nicht – oder die Abtretung Ostdeutschlands an Polen, zu verzichten.

Bonn lenkt auf Europa ab

Und in keinem anderen Land der Welt, dessen Teile mehr als 40 Jahre auseinandergerissen wären, wäre an einem so bedeutenden Tag wie der (Teil-)Wiedervereinigung so oft das Wort »Europa« in all seinen Beugungen genannt worden, wie hierzulande. Man stelle sich vor, England würde den Iren Nordirland zurückgeben. Der irische Ministerpräsident würde in dieser historischen Stunde erst einmal an sein Land denken und nicht in der Vereinigungsrede die Notwendigkeit einer europäischen Einigung und weiteren Sermon dieser Art fordern.

So erklärte Bundespräsident von Weizsäcker bereits im dritten Satz seiner Rede beim Staatsakt der (Teil-)Wiedervereinigung: »Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.« Am Schluß seiner Rede heißt es dann: »Wir Deutschen werden unseren Interessen am besten dienen und Sorgen unserer Partner am ehesten zerstreuen, wenn wir uns in der Stärkung der Gemeinschaft von niemandem übertreffen lassen und wenn wir ohne jede Verzögerung auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur politischen Union weitergehen, so, wie wir es zugesagt haben.

Voll im Westen integriert und dem ganzen Europa zugewandt, so lautet die Aufgabe des vereinten Deutschlands. Wir werden ihr gerecht, wenn es später einmal heißt: Das entscheidende Kapitel zur Einigung des ganzen Europa nahm seinen Anfang mit der Überwindung der Teilung Deutschlands.« Bei von Weizsäkkers Rede am 3. Oktober um 0.00 Uhr hieß es direkt in den Anfangssätzen seiner kurzen Rede: »Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.«

Aus geschichtlichen Gründen Vorbehalte

Nicht viel anders Bundeskanzler Kohl. In seiner »Botschaft an die Regierungen der Welt« heißt es in der bekannten Art des Nationalmasochismus: »45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der von deutschem Boden ausging und unendliches Leid in Europa und in der Welt verursacht hat, endet die schmerzliche Trennung der Deutschen ... Unser Land will mit seiner wiedergewonnenen nationalen Einheit dem Frieden in der Welt dienen und die Einigung Europas voranbringen: Das ist der Auftrag des Grundgesetzes, unserer bewährten Verfassung, die auch für das vereinte Deutschland gilt. Zugleich stehen wir zu den moralischen und rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der deutschen Geschichte ergeben.«

Weiter führte Kohl aus: »Die Einigung Deutschlands ist untrennbar verbunden mit der Europas. Mit der gleichen Beharrlichkeit, mit der wir unsere Einheit angestrebt haben, werden wir uns weiterhin entschlossen für die europäische Einigung einsetzen ... Das geeinte Deutschland wird tatkräftig daran mitarbeiten, die politische Union zu bauen ... Wir bekennen uns zum Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Hoffnung der Völker Europas als Wegweiser zu seiner zukünftigen Einheit. Wir treten deshalb nachdrücklich für seine Intensivierung und Institutionalisierung ein ...«
Nicht anders hört es sich bei Bundesaußenminister Genscher an, der auch bei all seinen Reden und Interviews die Einigung der Bundesrepublik mit der DDR nur als Teil der europäischen Einigung ansieht, der viele Souveränitätsrechte untergeordnet werden müssen. Auch hat Genscher »aus geschichtlichen Gründen« Vorbehalte, daß Deutschland etwa sechstes ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat wird. Angesichts dessen, was früher im deutschen Namen geschehen sei, könne Deutschland nun nicht über die elementarsten Sicherheitsprobleme der Welt mitentscheiden.

Weitere Forderungen nach Reparationen

Interessant sind auch die Statements unserer angeblichen Verbündeten und Freunde zur (Teil-)Wiedervereinigung. Plötzlich wollen alle schon immer dafür gewesen sein. Besonders französische Politiker betonten in Interviews, sie hätten sich stets für die deutsche Wiedervereinigung ausgesprochen und auch ihr politisches Handeln danach ausgerichtet. Als ob es die Versuche Mitterrands erst vor wenigen Monaten nicht gegeben hätte, mit denen er die Vereinigung West- und Mitteldeutschlands wenn schon nicht verhindern, so doch deutlich verlangsamen wollte.

Nicht anders klang es bei den Politikern aus anderen Ländern, wobei die Briten mit ihrer Zurückhaltung wenigstens noch am ehrlichsten waren und nicht bei dem heuchlerischen Getue mitmachten. Griechische Politiker vergaßen aber auch nicht zu erwähnen, daß ihr Land seine »Forderungen nach Reparationen nie aufgegeben« habe. Wie Regierungssprecher Wyron Polydoras allerdings erläuterte, könne darüber erst auf der Grundlage eines Friedensvertrages geredet werden, den es bisher nicht gebe. Wenn man bedenkt, wie sehr Griechenland von der großzügigsten Aufnahme von hunderttausenden Griechen als Gastarbeiter in der Bundesrepublik und von den Sozialleistungen, von denen viele Milliarden Mark über Jahre verteilt nach Griechenland flossen, profitierte, kann dann über diese verklausulierte Forderung nur Verwunderung herrschen.

Ebenfalls sehr interessant ist, wer auf einmal alles in seinem politischen Leben dem Streben nach der Einheit Deutschlands untergeordnet haben will. So Bundeskanzler Helmut Kohl, der sinngemäß erklärte, daß nun das, wonach die ganze Politik der Bundesregierung ausgerichtet war, endlich auch wirklich eingetreten ist.

Eine besondere Rolle hierbei spielt Genscher, der in einem »Spiegel«-Interview sein politisches Wirken der vergangenen Jahre plötzlich in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen will. So heißt es dort: »Ich habe in meiner politischen Arbeit auf diesen Tag hingearbeitet.« Auf die Frage »Immer? Auch sie haben lange Zeit der Zweistaatlichkeit das Wort geredet« antwortete der Bundesaußenminister: »Nein. Einer Zweistaatlichkeit habe ich nie das Wort geredet. Wohl aber galt es, in der Phase der Trennung Grundlagen zu schaffen für ein geregeltes Nebeneinander mit der DDR, im Interesse der Menschen und der Stabilität in Europa.«

»Das waren Pflichtübungen«

Auf die Frage »Welchen Anteil hat überhaupt die Politik an der deutschen Einheit? Die Politiker sind doch den Umwälzungen in Europa hinterhergelaufen,« gab der frühere FDP-Chef zu verstehen: »Für manche Politiker trifft das sicher zu, nicht für mich. Meine Auffassung war immer: Politik hat Perspektiven zu eröffnen und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich solche Umwälzungen vollziehen können... Im übrigen habe ich in jedem Jahr das Ziel der deutschen Einheit auf die Tagesordnung der internationalen Politik, nämlich die der Vereinten Nationen, gesetzt.«

»Spiegel«: »Das waren Pflichtübungen. Auch Sie haben die Weltorganisation nicht mit dem deutschen Problem belasten wollen.« Genscher: »Für mich war das eine Herzenssache, so, wie für mich auch die deutsche Einheit eine Herzenssache und keine Pflichtübung ist. Die Voraussetzungen, die eine Vereinigung möglich machten, mußten vor allem in Europa geschaffen werden. Die Schritte der bundesdeutschen Nachkriegspolitik haben dorthin geführt.«

Das entspricht doch, gelinde ausgedrückt, nicht den Tatsachen. Vielmehr ist doch richtig, daß die Bundesrepublik die DDR durch ihre mannigfachen finanziellen Leistungen doch erst gefestigt und sogar aufgebaut hat.

Niemand sagt etwas gegen zweckgebundene finanzielle Leistungen, die mit entsprechenden Lokkerungen bisheriger restriktiver Maßnahmen oder der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen beantwortet werden. Etwa Kredite gegen eine ausgeweitete Reiseerlaubnis oder ähnliches. Doch gerade dies ist doch nicht geschehen, die Kredite sind doch in der Regel an keinerlei Bedingungen geknüpft worden. Bestenfalls hieß es doch, wir hoffen und gehen davon aus, daß dies zu Verbesserungen im Verhältnis untereinander führen wird.

Es war ein offenes Geheimnis

Als Beispiele hierfür sollen der von Franz-Josef Strauß eingefädelte Milliarden-Kredit, der sogenannte »Swing« über viele Milliarden Mark oder auch die Transitpauschale reichen. Heuchlerisch bis zum geht nichtmehr beklagte sich jetzt die ganze Polit-Prominenz, daß lediglich etwa zehn Prozent der 800 Millionen Mark-Transitpauschale dem eigentlichen Zweck, der Straßensanierung, zugeführt wurden, der Rest vielmehr dem Ausgleich des riesigen Zahlungsbilanzdefizits führte. Es war ein offenes Geheimnis – jeder der in der DDR war und Augen hatte, sah, daß die Straßen immer mehr verfielen –, daß das Geld für alles mögliche, nur nicht für den eigentlichen Zweck, verwendet wurde.

Und wer erinnert sich nicht an den mit größtem politischen Pomp stattgefundenen Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik erst im vergangenen Jahr? Dieser Besuch wertete doch das DDR-Regime in der übrigen Welt ungeheuer auf und war doch letztendlich nichts anderes, als das Eingeständnis der Bundesregierung zu dem damaligen Status quo. Sicherlich gab es über die Jahre verteilt auch einige Erleichterungen für die Menschen in der früheren DDR, doch standen diese in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen. Davon will aber heute niemand mehr etwas wissen.

Von Quantität auf Qualität

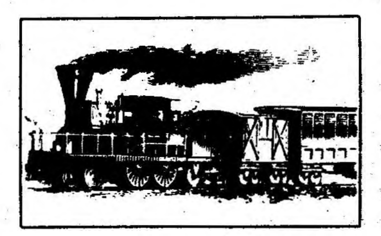
Der wahre Auslöser dessen, was dann letztendlich zur deutschen (Teil-)Wiedervereinigung führte, war doch das ungarische Volk, das sich als erstes Land des Ostblocks aus der – immer schon etwas lockeren – kommunistischen Umarmung befreite und dann auch für die in der damaligen DDR lebenden Deutschen die Grenze zur Bundesrepublik öffnete.

Dies war sicherlich eine Folge der Politik Michail Gorbatschows, wenngleich diese mit aller Vorsicht beobachtet werden muß, da, wie sich immer mehr herauskristallisiert, der Sieg des Sozialismus noch immer das Hauptziel Gorbatschows ist und die jetzigen Ereignisse in dieses im Gegensatz zu früher nunmehr langfristige Ziel der Sowjets passen.

Danach stellten sich der damaligen DDR-Regierung – und auch der UdSSR – nur zwei Alternativen. Entweder dieses alles durch brutale Gewalt zu unterbinden – ähnlich dem Prager Frühling oder den Geschehnissen in China – oder mit Reformen zu versuchen, noch immer Einfluß zu behalten und die Sache in eine bestimmte Richtung zu lenken. Da die UdSSR sich aber derzeit als wahre Friedenstaube darzustellen versucht – wenngleich in Wahrheit die Mittel für die Rüstung noch immer nicht verringert wurden und es auch keine Abrüstung gibt, man in Wahrheit nämlich lediglich von Quantität auf Qualität umstellt –, blieb nur die zweite Möglichkeit. Anders wäre der Strom westlichen Kapitals in die Sowjetunion und das blauäugige Abrüsten des Westens nicht aufrecht zu erhalten gewesen.

Aber selbst der plötzliche Gesichtswechsel der SED von einer brutalen Terrorpartei zu einer angeblich geläuterten demokratischen Vereinigung – der durch den Austausch der alten Führungsschicht gekennzeichnet war –, konnte den Freiheitsdrang der in der DDR lebenden Deutschen nicht aufhalten und auch durch Organisationen wie das »Neue Forum« und andere – von denen man den Eindruck hatte, sie seien nur Tarnorganisationen der Kommunisten – nicht in die gewünschte Richtung gelenkt werden. Vielmehr wurde das Streben zur Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik immer lauter und wurde die Parole »Wir sind das Volk« durch den Satz »Wir sind ein Volk« abgelöst.

Alle Politiker der etablierten Parteien waren sich doch am Jahreswechsel noch einig, daß die »deutsche Einheit« noch einige Zeit dauern würde. Bundestagswahlen am 2. Dezember und »gesamtdeutsche« Wahlen ein, zwei Jahre später lauteten doch die Gedankenspiele, die dann letztendlich durch das immer vehementere Streben der Mitteldeutschen zur schnellen Einheit mit der Bundesrepublik führte. Die hiesigen Politiker hatten hieran doch nun wirklich den geringsten Anteil! Aber darüber soll heute der Mantel des Schweigens gehüllt werden – und die gelenkten etablierten Medien machen hierbei natürlich mit. □



Kein Ende für antideutsche Agitation

Alfred König

Wer geglaubt hatte, daß mit fortschreitender Zeitdauer der deutschen (Teil-)Wiedervereinigung auch die Akzeptanz der Juden zu »Großdeutschland« wachsen würde, sah und sieht sich leider getäuscht. Genau das Gegenteil ist der Fall! Die Wortwahl wird sogar zunehmend aggressiver, und immer werden Assoziationen zum Dritten Reich geweckt. Die Agitation zeigt ihre Wirkung. Jetzt hat Bundeskanzler Helmut Kohl dem jüdischen Volk angesichts des kürzlich stattgefundenen Neujahresfestes, Rosch Haschana 5751, die »besondere Verantwortung« versichert.

Vorangegangen war dem eine über die Titelseiten der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« (AJW) geführte Kampagne zwar nicht offen gegen die (Teil-)Wiedervereinigung, doch wurde diese aber mit zunehmend kritischer werdenden Tönen begleitet. So lautete eine Überschrift: »Kann es das gewesen sein? Dem Einigungsvertrag fehlt ein eindeutiges Bekenntnis zu den Verbrechen der Nazizeit.«

Der Ton wird schärfer

Laut »AJW« lassen »die Vorgänge und Umstände, wie schließlich dann der Einigungsvertrag unter Dach und Fach gebracht wurde, die geschichtliche Dimension dieser Übereinkunft eher kleinkariert erscheinen«. »Unter welchen Vorzeichen vollzieht sich nun aber die Geburtsstunde des ›neuen‹ Deutschland am 3. Oktober? Wie sieht die historische Unterfütterung des Einigungsvertrages letztendlich aus? Dies sind nicht irgendwelche Fragen, sondern aus ihnen entwickelt sich schließlich auch das politische Selbstverständnis des vereinigten Deutschland«, schreibt das jüdische Blatt.

Bemängelt wurde besonders, daß die bundesdeutsche Regierung angeblich eine Zusicherung gebrochen habe, das Bekenntnis zur ständigen Schuld an den Juden in diesen Vertrag mit aufzunehmen. Diese sollte wie folgt lauten: »... im Bewußtsein der Kontinuität deutscher Geschichte und besonders eingedenk der zwischen 1933 und 1945 in ihrer Einmaligkeit begangenen Gewalttaten, mit der sich daraus ergebenden Verpflichtung gegenüber allen Opfern und der Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland ...«.

Daß dies dann doch nicht in den Einigungsvertrag aufgenommen wurde, traf den Chef des Zentralrats der Juden in Deutschland, den ehemaligen Kaufhaus-Verkäufer Heinz Galinski, schwer. Er bedauere dies sehr, da ausgerechnet zum Zeitpunkt eines Neubeginns, der Eröffnung einer neuen historischen Phase die Chance vertan worden sei, Zeichen zu setzen, die bestimmt in aller Welt Zustimmung und Anerkennung gefunden hätten, so jedenfalls Galinski.

Dies war für die Zionisten anscheinend der Auslöser, den in den Wochen zuvor etwas gemäßigteren Tonfall wieder deutlich zu verschärfen und vor allem auch Assoziationen an das Dritte Reich zu knüpfen. So versucht zum Beispiel ein gewisser Anton Maegerle in einem immerhin eine Drittel Seite umfassenden Artikel im Tourismus zum Obersalzberg eine Art Hitlerkult aufzubauen.

Harmlose Sätze werden durch geschicktes Aus-dem-Sinn-reißen oder dadurch, daß sie alleine in den Raum gestellt werden, als Hitlerverehrung dargestellt, etwa »Sehr selten hatte Adolf Hitler Gelegenheit, unbeschwert und frei von Regierungsgeschäften sich zu einer privaten, gemütlichen Kaffeestunde im Kreise seiner Freunde zusammenzusetzen« oder »Der Krieg bestand nicht nur aus Rassenhaß oder Diskriminierung, sondern auch aus Vaterlandstreue und Verteidigung«.

Es bleibt ein Dauerthema

Der Autor kommt zu dem Schluß: »Während meines einstündigen ›Ausfluges‹ hat sich der Touristenstrom auf dem Obersalzberg vervielfacht. Alle Souvenirläden und -stände, die das ›Hitlerhaus‹ auf Kitschpostkarten zum Preis von DM 0,50 anbieten, sind dicht umlagert. Die letzten Überbleibsel von Hitlers zweitem Regierungssitz, der am 25. April 1945 von der ›Royal Air Force‹ bombardiert wurde, strahlen offenbar noch immer eine große Faszination aus. Die Parkplätze sind überbelegt, und ich stelle fest, daß nahezu jeder dritte Pkw aus der DDR stammt.«

Nur eine Woche später geht es dann mit der Naujahrsbotschaft des Zentralrats weiter. Darin heißt es: »die uns am unmittelbarsten betreffende Folge des europäischen Umbruchs ist die deutsche Einigung, gegen die wir uns zu keinem Zeitpunkt ausgesprochen haben. Allerdings halten wir es für eine historische Notwendigkeit, daß im Vereinigungsprozeß das Bewußtsein der Folgen der Gewaltherrschaft der Jahre 1933 bis 1945 aufrechterhalten bleibt und daß darin die Verantwortung für die Opfer nicht in Vergessenheit gerät.«

Und dann offenbaren die Zionisten ihre wahre Absicht: »Empörung und Abscheu rief weltweit die Friedhofsschändung in Frankreich hervor, in deren Folge eine Gesetzesvorlage eingebracht wurde, die auch für die deutsche Gesetzgebung Denkanstöße geben könnte.« Das in Frankreich mittlerweile verabschiedete Gesetz sieht eine Zensur ähnlich dem hierzulande geltenden sogenannten Auschwitzlügengesetz vor, da nunmehr über bestimmte Zeitabschnitte nicht mehr kritisch berichtet werden darf, sondern nur die »gesicherte historische Erkenntnis« – wie gesichert diese ist, ließ sich jetzt am besten bei der von offizieller polnischer Seite von vier Millionen auf eins bis 1,5 Millionen geänderten Zahl der im KZ Auschwitz umgekommenen Juden ersehen – verbreitet werden darf.

Wie bereits oben ersichtlich, »schießt« sich das Blatt immer mehr gegen angeblich wachsende antisemitische und rassistische Vorfälle in der DDR ein. Diese würden »immer dreister und ungehemmter«. Fast täglich komme es dort zu Zwischenfällen, vor allem gegen Ausländer. Auffällig ist auch die vor allem kurz vor der Einigung West- und Mitteldeutschlands zu beobachten gewesene Verwüstung von jüdischen Friedhöfen, wobei seltsamerweise niemals ein Täter ausfinding gemacht werden konnte. Angesichts der schon mehrfach nachgewiesenen Verwicklung von Geheimdiensten in derartige Taten sollte sich doch einmal die Frage gestellt werden, wem diese Verwüstungen denn nutzen. Jedenfalls wurden sie zu einem Dauerthema in der »AJW« und sorgten vor allem im Ausland für zunehmend nachdenklicher werdende Stimmen zur deutschen (Teil-)Wiedervereinigung.

Einer besonderen Verantwortung bewußt

Jedenfalls scheint der Zentralrat mit seiner zunehmend heftiger werdenden Agitation gewisse Erfolge verbucht zu haben. Zu diesem Schluß muß man kommen, wenn man sich die diversen Grußbotschaften zum jüdischen Neujahrsfest anschaut. Besonders wenig von den jüngsten Forschungsergebnissen scheint vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl mitbekommen zu haben. Anders ist jedenfalls seine eine Drittel Seite ausmachende Grußbotschaft nicht zu verstehen.

So schrieb der »Enkel« Ludwig Erhards: »Die Bundesrepublik Deutschland hat sich seit ihrem Bestehen stets vorbehaltlos zu ihrer Verantwortung aus der deutschen Geschichte in allen ihren Teilen bekannt.« Während sich die DDR aus ihrer Verantwor-

tung stehlen wollte, »bestand in der Bundesrepublik Deutschland ein Konsens aller demokratischen Kräfte, daß die Deutschen sich der aus ihrer Geschichte erwachsenden Verantwortung bewußt seien und sich ihr stellen müssen. Dies gilt auch und gerade für die Verbrechen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft begangen wurden. Auch in Zukunft wird Deutschland in der Kontinuität dieses Bewußtseins historischer Verantwortung stehen. Das bedeutet auch: Der Völkermord an den europäischen Juden, der in der Geschichte ohne Beispiel ist, darf niemals vergessen werden. Wir Deutschen können und werden uns dieser Last nicht entziehen ... Das vereinte Deutschland wird sich deshalb auch seiner besonderen Verantwortung gegenüber den Juden bewußt sein.«

Kein Schlußstrich unter die Geschichte

Danach schreibt der Bundeskanzler, daß »auch künftig der Wunsch der Menschen in Israel, mit all ihren Nachbarn in Frieden zu leben, stets auf unsere Unterstützung treffen« wird. Von den immer mehr zunehmenden Pogromen gegen die Araber seitens der Israelis scheint Kohl aber noch nichts gehört zu haben, denn er erwähnt dies alles mit keiner einzigen Silbe.

Dagegen heißt es in seinem Grußwort weiter: »Zu den bewegendsten Erfahrungen der deutschen Geschichte gehört es, daß nach dem Ende des Kriegs und des millionenfachen Mordes der Nationalsozialisten an den Juden sich jüdische Männer und Frauen bereitfanden, beim Aufbau der Bundesrepublik mitzuwirken – des freiesten und friedlichsten Gemeinwesens, das es je auf deutschem Boden gab.«

Danach durften dann die deutschen Kirchen nicht fehlen. So schrieb im Namen der Katholiken Bischof Karl Lehmann als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz: »Doch viele von ihnen werden die Geschehnisse in Deutschland vor dem Hintergrund der Grausamkeiten, der Juden in Deutschland ausgesetzt waren, auch mit Besorgnis verfolgen. Das Auftreten rechtsextremer Tendenzen und neonazistischer Gruppierungen – auch wenn es sich um verschwindende Minderheiten handelt – muß für uns alle Anlaß zur Wachsamkeit sein. Das wiedererwachende Nationalgefühl in einem vereinigten Deutschland darf die Vergangenheit nicht aus unserem Bewußtsein verdrängen.

Der 9. November 1989 darf nicht den Blick auf den 9. November 1938 verstellen, an dem ein Pogrom den Auftakt zum Massenmord an Ihrem Volk bildete. Zu wenige haben sich damals entschieden an die Seite der Verfolgten gestellt. Heute gilt es, die Erinnerung an die grauenhaften Geschehnisse wachzuhalten entgegen jenen Bestrebungen, die mit der Vereinigung der deutschen Staaten einen Schlußstrich unter die Geschichte ziehen wollen. Die Suche nach der deutschen Identität kommt an der Vergangenheit nicht vorbei.«

Da darf natürlich die Evangelische Kirche nicht zurückstehen. So schrieb Bischof Martin Kruse in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß es nun das gesamte deutsche Volk sei, »das sich öffentlich seiner Geschichte stellen und eine Erneuerung seines Verhältnisses zum Judentum suchen kann.«

Was neben der einseitigen und verfälschten Geschichtsbetrachtung der beiden Kirchenoberen auffällt, ist, daß sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche sich aktiv an dem Verrat der tatsächlichen Einheit Deutschlands beteiligen, da sie stets von einem »vereinigten Deutschland« oder davon sprechen, daß sich nun das »gesamte deutsche Volk« zu seiner Vergangenheit verantworten könne. Zum »gesamten deutschen Volk« gehören aber die in den Ostgebieten lebenden Deutschen hinzu, die aber nun auch von den Kirchen verraten werden.

Was lediglich auffällt, ist das sehr knapp ausgefallene Grußwort von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der lediglich davon sprach, daß die jüdischen Erinnerungen »ganz gewiß« auch im vereinigten Deutschland ernst genommen würden und man an den Überzeugungen festhalten wolle, »die uns über die 40 Jahre der Bundesrepublik Deutschland hinweg in einem guten Geist verbunden haben«. □

SPD

Die alten sozialistischen Wunschträume

Alfred König

Wer geglaubt hat, die Idee des Sozialismus wäre spätestens seit den Tagen tot, als die mehr als nur katastrophalen Zustände in der früheren DDR nach mehr als 40 Jahren realem Sozialismus ungeschönt einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden, sieht sich getäuscht. Nicht wenige, so etwa die »Schriftsteller« Günter Grass und Patrick Süßkind, verkünden sogar, traurig über das Ende der DDR zu sein. Und auch die SPD hat von der Lektion, die uns die Geschichte lehrte, nichts gelernt – sie hängt nach wie vor ihren alten sozialistischen Wunschträumen nach. Denn das vor wenigen Wochen verkündete »Regierungsprogramm« der Sozialdemokraten ist nichts anderes als Sozialismus in Reinkultur – mit vielen Vorteilen für Funktionäre und umso mehr Nachteilen für »Otto Normalverbraucher«.

Hierzu stellte Kanzlerkandidat Oscar Lafontaine ein »100-Punkte-Programm zum ökologischen und sozialen Umbau« vor. Dieses soll im Fall eines Wahlsiegs der Sozialdemokraten eine Neuorientierung der deutschen Politik einleiten. Im Mittelpunkt des Programms stehen deutliche Steuererhöhungen auf dem Energiesektor, Umweltabgaben in erheblichem Umfang sowie – mal wieder – öffentliche Investitionsprogramme.

Typisches Funktionärsdenken

Nur konkrete Zahlen nannte Lafontaine auch diesmal nicht. Nach Vorstellungen führender Sozialdemokraten soll aber etwa die Mineralölsteuer um 50 Pfennig – manche fordern sogar 1,50 Mark – je Liter erhöht werden. Auch die Steuer auf Heizöl und Erdgas soll deutlich angehoben werden, um so die Leute zu einem sparsameren Umgang mit den angeblich knappen, in Wirklichkeit aber noch für viele Jahrhunderte vorhandenen Rohstoffe zu bringen. Dafür sollen dann im Gegenzug die Lohn- und Einkommensteuer verringert und die Kraftfahrzeugsteuer ganz abgeschafft werden.

Diese Forderung entspricht dem typischen Funktionärsdenken der SPD. Denn die Funktionärsschicht wird ohnehin vom Chauffeur abgeholt – also was kümmert's sie. Das gleiche gilt für Manager größerer Unternehmen sowie Selbständige und Freiberufler, die ihre Autokosten von der Steuer abziehen können. Der Dumme ist mal wieder »Otto Normalverbraucher«, dessen Benzinrechnung um das doppelte oder dreifache steigt – ohne gleichzeitige tatsächliche Entlastung.

Denn die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, daß mehr Geld in der Gehaltstüte nicht die höhere Mineralölsteuer ausgleicht, da das Geld meistens verkonsumiert wird – zumal es sich auch um keine Riesenbeträge handelt, sondern vielleicht um 30, 40 oder 50 Mark –. Und wer einmal im Jahr den Tank für die Ölheizung zu füllen hat, legt nicht schon neun Monate zuvor seine 30 Mark mehr Gehalt für zusätzliche Erdölkosten beiseite.

Zweite Säule des SPD-Programms sind höhere Umweltab-

SPD

Die alten sozialistischen Wunschträume

gaben, die auf Verpackungen, Sondermüll, Luftschadstoffe und Abwasser erhoben werden sollen. Keinem bei den Sozialdemokraten scheint aufgefallen zu sein, daß dieser Punkt dem vorgenannten in weiten Teilen widerspricht oder konterkariert, zumindest was die Abgaben auf Luftschadstoffe anbelangt.

Bis auf die Kosten bleibt alles beim Alten

So würde die höhere Belastung auf Heizöl, Erdgas und Benzin, wenn man sie denn durchführen würde, neue Chancen für die deutsche Kohle bieten. Die Kohle hat allerdings den Nachteil, daß sie eine sehr hohe Schadstoffkonzentration aufweist, die wiederum aufwendige Filteranlagen notwendig macht. Dies würde dann aber auch die aus Kohle gewonnene Energie deutlich verteuern, so daß nicht zuletzt der einfacheren Handhabung wegen alles beim alten bleiben würde, mit Ausnahme der Kosten die – wieder hauptsächlich zu Lasten von »Otto Normalverbraucher« – deutlich ansteigen würden.

Der dritte Punkt ist ein »striktes staatliches Ordnungsrecht, an dem sich der freie Markt zuverlässig orientieren soll«. Also auf gut deutsch, nichts anderes als öffentliche Investitionsprogramme. Dabei hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß diese Programme so gut wie nichts einbringen, zumal sie überwiegend so konzipiert sind, daß nur die Großindustrie in ihren Genuß kommt. Es scheint sich aber noch nicht bis zu den Sozialdemokraten herumgesprochen zu haben, daß trotz des beherrschenden Einflusses der Großindustrie der Mittelstand in Wirklichkeit die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und vor allem auch der Arbeitslosigkeit maßgeblich bestimmt. Diese bleibt jedoch außen vor – wird durch das SPD-Programm sogar in hohem Grad geschädigt. Denn die höheren Kosten für so ziemlich alles, was das unternehmerische Geschehen anbelangt, belasten eben besonders diesen Mittelstand. Ein Konzern, der unter Umständen Teile der Produktion verlagern kann oder wesentliche Teile seines Gewinns aus dem Ausland bezieht, verkraftet die nach einem SPD-Sieg anfallende Kostenerhöhung einfacher als ein mittelständisches ausschließlich in Deutschland produzierendes Unternehmen.

Richtung heißt Planwirtschaft

Viel wichtiger ist allerdings, daß die SPD-Pläne in die Richtung »Planwirtschaft« zielen oder, wie Gorbatschow es für die UdSSR bezeichnet, »gelenkte Marktwirtschaft« – wobei sich die Worte gegeneinander ausschließen –. Zwar wäre es noch lange keine Planwirtschaft wie zu unseligen DDR-Zeiten, aber doch ein nicht hinzunehmender und im Endeffekt die Produkte ebenfalls verteuernder Eingriff in das freie Unternehmertun, das, trotz nicht gerade weniger Mißstände, noch immer die am meisten zu befürwortende Wirtschaftsordnung ist. Gegen gezielte staatliche Vorschriften – wie etwa die nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait vollkommen überhöhten Benzinpreis-Erhöhungen verhindern; die Unternehmen zwingen, nicht Milliarden Mark in festverzinslichen Wertpapieren oder auf Festgeldkonten, sondern produktiv anzulegen oder mittels Gewinnbeteiligung die Arbeitnehmerschaft an besonders gewinnstarken Jahren zu beteiligen – wäre dagegen nichts einzuwenden. Auch würde dann die »soziale Marktwirtschaft« diesen Titel auch zurecht führen. Davon steht jedoch nichts im Wahlprogramm der SPD.

Übereinstimmend für alle drei Punkte gilt, daß die Verwirklichung des dort gesagten zu deutlich höheren Preisen und damit zu einem starken Inflationsschub führen würde. Nicht nur, daß der Hauptbetroffene hiervon erneut »Otto Normalverbraucher« wäre – denn einen Millionär kümmert es relativ wenig, ob er für ein Produkt, zwei, fünf oder zehn Mark zahlen muß –, auch würde dies die Unternehmen zum so ziemlich ungünstigsten Zeitpunkt treffen. Denn die Weltkonjunktur hat ihren Höhepunkt mittlerweile überschritten und befindet sich in der Abwärtsbewegung. Dagegen haben die Rohstoffpreise ihren Tiefstpunkt hinter sich und haben schon angefangen zu steigen beziehungsweise fangen gerade damit an. Auch ist zu erwarten, daß der Dollar, allen Unkenrufen zum Trotz, aus dem »Tal der Tränen« sich langsam wieder befreien und Richtung 1,70 Mark steigen kann. zwar belastet derzeit das hohe Zinsgefälle zwischen den USA einer- und Europa sowie Japan andererseits, doch bestehen durchaus Chancen, daß sich die amerikanische Wirtschaft auch als erste der großen Industrieländer wieder erholen kann, was auf mittlere Sicht zu steigenden US-Zinsen, einer Verringerung der Zinsschere und damit zu einem steigenden Dollar führen würde. Dies würde die Einfuhr- und Rohstoffpreise aber nochmals verteuern.

Die Frage nach der Finanzierbarkeit

Zusammen mit den SPD-Plänen würde dies die deutsche Wirtschaft aber Belastungen aussetzen, die kaum zu verkraften wären – und hierbei sind der Vertrauensverlust der Wirtschaft, die mit Sicherheit einsetzende Kapitalflucht und Verlagerung von Fertigungsstätten ins Ausland – was nach dem Gemeinsamen Markt keinerlei Schwierigkeiten mehr bereitet – und die zunehmend geringeren Auslandsinvestitionen noch gar nicht miteingerechnet –.

Angesichts des oben geschilderten Szenarios und der mit Sicherheit rapide sinkenden Steuererträge, die auch durch die neu eingeführten Straf-Steuern nicht aufgefangen werden können, stellt sich zudem die Frage nach der Finanzierbarkeit des SPD-Wahlprogramms, zumal die Sozialdemokraten auch noch den Wohnungsbau intensivieren wollen – der Finanzbedarf der DDR einmal ganz außer acht gelassen –. Die Antwort ist ganz einfach: Steuererhöhungen! Diese sind das einzige Mittel, um die von der SPD aufgerissenen Löcher wieder zu stopfen. Da aber eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener rechnerisch aber zumindest in den unteren Bereichen gemindert werden soll, bleibt also nur die Erhöhung der indirekten Steuern, wobei sich eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von derzeit 14 Prozent auf dann 15 oder 16 Prozent geradezu anbietet. Hierbei wäre aber wieder einmal der »kleine Mann von der Straße« der Verlierer.

Doch dies sagen die Sozialdemokraten nicht; wie überhaupt nichts Konkretes in dem Wahlprogramm steht. Lediglich »wir wollen ...«, »Wir werden ...« usw. Also das für die SPD und ihren Spitzenkandidaten typische populistische Vorgehen, möglichst viel von dem, was den Bürger derzeit bewegt, ins Wahlprogramm aufnehmen, dann aber später die Erfüllung dessen hinauszögern oder sich mit veränderten Umständen herauszureden beziehungsweise mit dem Malen von Horrorgemälden, wie, für die Finanzierung der Vereinigung mit der DDR wären deutliche Steuererhöhungen notwendig – was nicht stimmt –, Panik bei den Leuten zu schüren und sie somit für eine Stimmabgabe zugunsten der SPD zu bewegen.

Sehr gut hat dies auch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« festgestellt. So war dort zu lesen: »Lafontaine will sich alle Türen offenhalten, auch die Große Koalition mit den Unionsparteien, oder die Allparteien-Regierung, wie sie ansatzweise während der letzten Wochen bestand, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl gemerkt hatte, daß er gegen die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat nicht regieren kann. Über Lafontaine heißt es, mit den Grünen regierte er am liebsten, wenn es um die Bewahrung und Herstellung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen geht, mit der FDP am liebsten in der Innen-, Rechts- und Wirtschaftspolitik und mit der Union am liebsten bei den ›großen‹ Fragen, wie dem Aufbau der DDR, der Eindämmung der Arbeitslosigkeit und der Eintreibung der Opfer für die Einheit, die er aber auch vom deutschen Volk bei der Drosselung des Energieverbrauchs verlangt, wenn es seine führende Stelle auf den Weltmärkten behaupten wolle. Gefragt, mit wem er regieren wolle, antwortet er mit einem für seine Natur charakteristischen Bild des Kartenspielers: ›Das erzähle ich Ihnen, wenn mir die Wähler das Blatt auf die Hand gegeben haben.‹« □

Bundesverfassungsgericht

Verrat an der deutschen Einheit

Alfred König

Der Skandal ist perfekt: Nach der Bundesregierung und den vier im Bundestag sitzenden Parteien hat nun auch das Bundesverfassungsgericht in schändlicher Weise und entgegen früherer Entscheidungen die deutsche Einheit verraten und ein Viertel urdeutschen Landes den Polen geschenkt. Und dies obwohl diese Abtretung eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt. Nunmehr bleibt nur noch eine Möglichkeit, nämlich der Gang vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Die höchsten deutschen Richter haben es sich wie bereits in früheren Fällen auch diesmal wieder ganz einfach gemacht, ein Gesetz, dessen Ablehnung zu große Konsequenzen gehabt hätte, als verfassungskonform durchgehen zu lassen. Erinnern wir uns: Bereits vor zwei Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht auf die Klage einiger Altbankaktionäre, das Großbankengesetz von 1952 wäre verfassungswidrig und die daraufhin von den Großbanken zu Lasten der Altbank vorgenommenen Ausgründungen nichtig, entschieden, zwar könne es dahingestellt bleiben, ob dieses Gesetz der Verfassung entspreche, jedenfalls mindere es eine von den Alliierten auferlegte gravierendere Beschränkung.

Welchen Sinn hat das Grundgesetz?

Bereits damals stellten viele die Frage, was das Grundgesetz überhaupt für einen Sinn hat, wenn ein Gesetz, das vom Bundestag verabschiedet, vom Bundesrat bestätigt und vom Bundespräsidenten gegengezeichnet wurde, damit also den von der Verfassung vorgeschriebenen Weg genommen hat, dann auf einmal doch nicht mit der Verfassung übereinstimmen muß, obwohl es sich eindeutig nicht um mittelbares oder gar unmittelbares alliiertes Recht handelt.

Und auch diesmal sind die Bundesrichter wieder auf diesen Trick zurückgekommen. So heißt es in der Begründung der Ablehnung einer entsprechenden Klage von acht CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, diese Vereinbarungen seien, wie von der Bundesregierung vorgetragen, nach dem Verlauf der zwischen den »beiden deutschen Staaten« – bislang gab es in der geltenden Rechtsprechung nur einen einzigen deutschen Staat – und mit auswärtigen Mächten geführten Verhandlungen nötig gewesen. Dabei müsse berücksichtigt werden, »daß im Blick auf die gegebene nationale und internationale politische Konstellation die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die Kraft der noch bestehenden alliierten Rechte auch nicht ohne Rücksicht auf sie ins Werk gesetzt werden können, gegenwärtig noch am ehesten auf diesem Weg zu erreichen« sei.

Besonders der letzte Satz bedeutet aber doch nichts anderes und ist eine Bestätigung dafür, daß Deutschland bis zuletzt auf elementare Souveränitätsrechte verzichten mußte. Von daher kann auch nicht davon gesprochen werden, daß Deutschland nach seiner (Teil-)Wiedervereinigung wieder im Besitz seiner vollen Souveränität sein wird, da man bereits im Vorfeld der (Teil-)Wiedervereinigung auf Teile der sonst jedem Staat zustehenden vollen Souveränitätsrechte, und hierzu gehört nun einmal besonders das Festhalten auf völkerrechtswidrig okkupierten Gebieten (siehe Japan), verzichtete.

Weiter sagten die Richter des Zweiten Senats, es sei nicht zu beanstanden, daß die Bundesregierung ihren weiten Gestaltungsspielraum nach ihrer pflichtgemäßen Einschätzung »zur Wahrnehmung der historischen Chance« der Herstellung der Einheit Deutschlands genutzt und die beitrittsbedingten Änderungen des Grundgesetzes zum Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen mit der DDR gemacht habe. Es erstaunt, mit welcher Perfidie die Richter von der »Einheit Deutschlands« sprechen, da ihre Entscheidung gerade den Verzicht auf mehr als 100000 Quadratkilometer deutsches Land bedeutet.

Ein weiterer Skandal

Ein weiterer Skandal ist, daß sämtliche im Bundestag vertretene Parteien, also auch die sich besonders deutsch-konservativ gebende CSU, diese Entscheidung begrüßt hat. Doch ist dies angesichts der jüngsten Vergangenheit nicht verwunderlich. So hatte bereits wenige Tage nach Einreichung der entsprechenden Klageschrift der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer (FDP), massiv Front gegen das Vorgehen der acht Unions-Abgeordneten gemacht und die Klage als »Verfahrenstrick« bezeichnet. Es müsse jedem klar sein, daß jetzt nur völkerrechtlich verankert werde, was längst Realität sei. Er erwähnte jedoch nicht, daß die Japaner bei ihrem Bemühen, die von den Sowjets während der letzten Kriegstage okkupierten Kurilen-Inseln zurückzuerlangen, große Fortschritte gemacht haben.

Der als besonders konservativ geltende CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Alfred Dregger erklärte, er sehe »keinerlei Grund« an der jetzigen Form des Vertragswerkes Änderungen vorzunehmen. Und der SPD-Fraktionschef Vogel verdummte sich sogar nicht, von einem »Frontalangriff gegen die polnische Westgrenze« zu sprechen. Vogel verwies darauf, daß die Klage auf eine Beibehaltung des Grundgesetz-Artikels 23 abziele. Damit wollten die Kläger offenbar erreichen, daß später auch noch Gebiete jenseits von Oder und Neiße ihren Beitritt zum »geeinten Deutschland« erklären könnten. Dies zeige, daß die betreffenden Abgeordneten nach wie vor von einem Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 ausgingen. Vogel übersieht nur, daß dies bis zur jetzigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auch geltendes Recht war, was jetzt allerdings von den Bundesrichtern selbst ausgehebelt wurde.

Folgen kommunistischer Propaganda

Wie es wirklich in Polen aussieht und wie dort noch immer Hetze gegen Deutschland betrieben wird, läßt sich sehr gut aus einem kürzlich in der »Welt am Sonntag« veröffentlichten Leserbrief eines polnischen Lehrers ersehen. Dieser schrieb an das Sonntagsblatt: »In der Meldung, daß Polen Ausländern den Kauf staatseigenen Bodens verbietet, wird ganz richtig bemerkt, daß unter den Ausländern vor allem Deutsche zu verstehen sind. Diese Information müßte man auf einer viel breiteren Ebene erfassen: In polnischen Massenmedien wurde vom Fall der Mauer an eine unheimliche Hetze unter dem Begriff ›deutsche Bedrohung‹ entfesselt. Man versucht, den Menschen einzureden, Deutsche wollten mit Gewalt Schlesien und Pommern wiedergewinnen, die Panzer seien schon unterwegs.

Gefahr für deutsche Minderheit

Einer der einflußreichen Journalisten scheute sich sogar nicht, vor wenigen Monaten in einer viel gesehenen Fernsehsendung dafür einzutreten, daß Polen doch über eine eigene Atombombe gegen das vereinigte Deutschland verfügen sollte. Es ist schwer festzustellen, inwieweit derartige Propaganda die öffentliche Meinung beeinflußt ... Die Mehrheit versteht aber wohl gut, daß es sich mehrfach lohnt, mit einem viel stärkeren Nachbarn zu gegenseitigem Vorteil in Freundschaft als in Feindschaft zu leben. Für einen von deutscher Kultur begeisterten Polen ist es aber peinlich, zu beobachten, wie dauerhaft die Folgen kommunistischer Propaganda sind, die im Sergiej den Engel und im Hans immer nur den Teufel sehen ließ.« □

Weiterhin Vorbehalte gegen Teil-Einheit

Klaus Beschner

Die Vorbehalte vieler zionistischer Mitbürger, speziell der Führungsspitzen des Zentralrats der Juden, aber auch aus Israel gegen ein vereintes Deutschland halten auch weiterhin an, trotz der vielen Zusicherungen deutscher Spitzenpolitiker, jüdische Belange besonders zu berücksichtigen. Auffällig ist dabei, daß in Umfragen der jüdische »Otto Normalverbraucher« deutlich weniger Ängste vor einem (teil-)wiedervereinigten Deutschland hat als der zionistische Funktionär.

Besonders auffällig ist diese Diskrepanz in Israel. So waren etwa der israelische Ministerpräsident Shamir und andere wichtige Politiker Israels einem Empfang der deutschen Botschaft aus Anlaß der deutschen Vereinigung ferngeblieben. »Als Juden haben wir angesichts der deutschen Wiedervereinigung gemischte Gefühle«, hieß es in einer Presseerklärung Shamirs.

Das Haupt mit Asche bedecken

Israels Parlamentspräsident Schilanski sagte sogar im israelischen Fernsehen, das israelische Volk müsse am Tag der deutschen Einheit »sein Haupt mit Asche bedecken und Trauer tragen«. Und der Sprecher von Ministerpräsident Shamir, Pazner, meinte, Israel hoffe auf ein gutes Verhältnis mit einem Land, dessen westlicher Teil schon lange ein fester Verbündeter des zionistischen Staates gewesen sei. Er forderte Deutschland auf, sich an »seine Schulden bei dem jüdischen Volk zu erinnern«.

Wie das israelische Volk aber denkt, gab jetzt der Vorsitzende der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Asher Ben-Natan, in einem Gespräch mit der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« (»AJW«) wider: »›Die meisten Israelis haben keine ausgeprägte Haltung in dieser Frage, und sie beschäftigt sie nicht.‹ Dies liege keineswegs nur daran, daß Israel zur Zeit Sorgen viel näher vor der eigenen Haustür habe, sondern spiegele auch eine allgemeine Sichtweise dieser Israelis wider, für die Deutschland kein Thema sei.

Deutschland sei zwar auch für Israel wichtig, aber heute hingen an Deutschland keine existentiellen Interessen des jüdischen Volkes, meint Ben-Natan, der der erste israelische Botschafter in Bonn war. Im übrigen sieht er für Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland keinen Grund. ›Ich sehe nicht die Gefahr, daß in Deutschland nationalistische oder faschistische Kräfte an die Macht kommen. Außerdem wäre eine solche hypothetische Entwicklung – an die ich, wie gesagt, nicht glaube – ein großes Problem für Europa und für die Welt insgesamt, nicht speziell jedoch für das jüdische Volk.‹«

Die Vereinigung eine große Chance

Das hört sich bei dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, aber anders an. In der gleichen Ausgabe der »AJW« stimmt es Galinski »nachdenklich, wenn es uns nicht gelungen ist, die politisch Verantwortlichen von der Nützlichkeit, ja der Notwendigkeit zu überzeugen, mit der durch eine unmißverständliche Erklärung in der Präambel zum Einigungsvertrag der geschichtliche Kontext hergestellt und mit der Feststellung, daß die Teilung klare Ursachen in der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft hat und daß sich eine Verpflichtung gegenüber den Opfern und den Überlebenden ergibt, Zeichen nach innen und nach außen hätten gesetzt werden müssen«.

Dann heßt es weiter: »Mit allem Nachdruck möchte ich betonen, um jedes mögliche Mißverständnis auszuräumen: Unser Unbehagen wendet sich nicht gegen die Vereinigung. Im Gegenteil, betrachten wir die Vereinigung als große Chance und Bewährungsprobe, in der ein für alle Male nachgewiesen werden muß, daß in diesem Land Rassismus, Antisemitismus, Ausländerhaß, Neonazismus und Rechtsradikalismus endgültig der Vergangenheit angehören und nie wieder in der Zukunft in Erscheinung treten dürfen. All das ist besonders wichtig im Hinblick auf die Vorbildfunktion für die junge Generation.«

Was auffällt ist, daß Galinski sich nicht mit einem Wort gegen den Linksradikalismus oder die Stasi-Bespitzelung wendet, sondern sich ausschließlich gegen alles, was in seinen Augen rechtsextrem ist, kritisiert.

Höheres Maß an Sensibilität

Galinski weiter: »Daher fordern wir von den politisch Verantwortlichen ein höheres Maß an Sensibilität gegenüber den Relikten aus der Vergangenheit, von denen auch der Vereinigungsprozeß in seinen Randerscheinungen nicht frei war noch ist. Es ist selbstverständlich, daß jedes Land das Weltgeschehen aus seiner eigenen Perspektive betrachtet. Das darf aber nicht dazu führen, daß die eigene Sicht zur Eigensucht wird, daß die wie auch immer bedeutenden inneren Entwicklungen den Blick auf die Gesamtsituation verdecken, wie es vielfach heutzutage mit der Vereinigung und der jüngsten Nahostkrise geschieht. Es muß von der politischen Führung verstanden werden, daß der Zuwachs an Bedeutung gerade angesichts der Vergangenheit in der Zukunft eine wesentlich höhere Verantwortung mit sich bringen wird.

Wir sind bereit, ein neues Kapitel in der Geschichte aufzuschlagen. Nicht als Anklage und Schuldgefühl, sondern als Memento und Verpflichtung soll die Erinnerung an die einmaligen NS-Verbrechen im Gedächtnis des vereinten Deutschland unauslöschlich bewahrt bleiben.«

Auf besondere Verwunderung stößt der Satz Galinskis: »Ein Staat hört auf zu existieren, dem wir keine Träne nachweinen brauchen, weil er längst schon durch Mitwirkung an unerfreulichsten Begebenheiten das Recht auf Existenz verwirkt hat.« Dann muß sich der Vorsitzende des Zentralrates der Juden doch die Frage gefallen lassen, warum er sich vor gar nicht allzu langer Zeit von dem damaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit dem Orden »Stern der Völkerfreundschaft« auszeichnen ließ?

Besonders bemängelt wird von den meisten führenden Funktionären des Zentralrates auch die »restriktiven Maßnahmen« der Bundesregierung bezüglich der Aufnahmebereitschaft jüdischer Auswanderer aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik. Angesichts einer sechsstelligen Zahl von deutschen Aussiedlern, die hierzulande aufgenommen würden, fielen die paar Tausend sowjetischen Juden nicht ins Gewicht, wird oftmals argumentiert. Übersehen wird dabei, daß es sich zum einen eben um Deutsche und zum anderen um Ausländer handelt.
Angesichts der politischen Debatte, wieviel sowjetische Juden aufgenommen werden sollen, sofern überhaupt, bemerkt der Generalsekretär des Zentralrats, Micha Guttmann, daß weder Kirchen noch Gewerkschaften noch Arbeitgeber würden »ein gutes Wort für die sowjetischen Juden« einlegen. Und wie der »Spiegel« schreibt, wecke dieser »Zahlenpoker« bei vielen Juden »düstere Erinnerungen an die perfide Logistik der nationalsozialistischen Massenvernichtung«.

Der Darmstädter Jura-Professor Axel Azzola plädiert gar für eine

Sonderregelung des deutschen Asylrechts für die sowjetischen Juden, da »nach der derzeit üblichen Auslegung des Asylrechts die sowjetischen Juden kaum eine Chance haben«. Auch sei »das deutsche Volk (dies) den Juden schuldig«.

Zahlenpoker weckt Erinnerungen

Der bereits oben erwähnte Guttmann macht eine eigene Rechnung auf. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten 600000 Juden in Deutschland, jetzt seien es etwa 30000. »Wenn wirklich noch 30000 Juden dazukommen würden ist das doch wohl völlig in Ordnung.«

Übersehen wird dabei gerne, was eine Sonderregelung bedeuten würde. Sofort könnten dann etwa die Polen eine Ausnahmeregelung fordern, weil ihr Land als erstes Opfer der Nationalsozialisten besonders gelitten habe; die Zigeuner, weil angeblich eine halbe Million von ihnen umgebracht wurde (interessanterweise schreibt die »AJW« vom »Mord an mindestens 220000 Sinti und Roma«); die Griechen, weil ihr Land von den Deutschen besetzt war etc. etc.

Fairerweise muß gesagt werden, daß aber auch einige hochrangige Funktionäre wie etwa der Landesvorsitzende der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Michael Fürst – der sich seinerzeit auch gegen den Rücktritt des damaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger ausgesprochen hat –, oder der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde in Karlsruhe, Ury Popper, sich für keine unbegrenzte Aufnahme ausgesprochen haben. »Wenn hier zigtausend Juden vor dem Zaun stehen, dann kann man sie nicht alle auf einmal hereinlassen« (Fürst), »Wir haben kein Oberrabbinat, das die jüdische Herkunft überprüfen kann. Bekanntlich gibt es schon für 1000 Rubel einen jüdischen Paß in der Sowjetunion« (Popper).

Hundert statt drei Milliarden Mark

Viele Bundesbürger reagieren mit Unverständnis auf die jüngsten von bestimmten zionistischen Kreisen geäußerten Vorbehalte gegen die (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands oder auf die nach Ansicht vieler Bürger ungerechtfertigten Forderungen, die von dieser Seite gestellt werden. Es wird darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik in den 41 Jahren seit ihrer Gründung 1949 nun wirklich alles versucht hat, die angebliche und tatsächliche Schuld für das, was den Juden während des Dritten Reichs geschehen ist, zumindest materiell wieder auszugleichen.

So sind mittlerweile fast 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung gezahlt worden – nachdem selbst von jüdischer Seite zuerst nur drei Milliarden Mark gefordert wurden –. Bereinigt um die reale Kaufkraft würde dieser Betrag heute sogar schätzungsweise 500 Milliarden Mark oder noch mehr ausmachen. Dazu kommen noch andere Rechte, wie besondere Renten, kein Wehrdienst für Juden, besondere Schutzrechte (Stichwort Auschwitzlügengesetz), um nur einiges zu nennen.

Manche zionistischen Organisationen, wie etwa die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, versuchen sogar, eine mehr oder weniger direkte Verbindung zwischen Drittem Reich und der Bundesrepublik zu schaffen. Wörtlich heißt es: »Dennoch begleitete uns ein Gefühl tiefer Angst angesichts der Tatsache, daß das vereinte Deutschland unter der Naziherrschaft in unserer Generation über das jüdische Volk die furchtbare Tragödie hereinbrechen ließ, bei der sechs Millionen Juden ihr Leben verloren, Tausende von Gemeinden ausgelöscht wurden und eine alte und reiche jüdische Kultur vernichtet wurde.
Deshalb sind wir überzeugt, daß es eine moralische Pflicht des neuen vereinten Deutschlands ist, seine historische Verantwortung für den Holocaust anzuerkennen.
Wir hoffen auch, daß diese Verpflichtung eine beharrliche Bekämpfung von antisemitischen Erscheinungen, von Rassismus und Neonazismus umfassen und ihren Ausdruck auch im Erziehungswesen des vereinten Deutschlands finden wird. Wir erwarten, daß Deutschland auch weiterhin den Staat Israel unterstützt, in dem Überlebende des Holocaust ihr neues Zuhause gefunden haben, und daß es sich der Lieferung von Waffen und Kampfmitteln an Staaten enthält, die Israel feindlich gegenüberstehen, seine Existenz zu gefährden suchen und es zu vernichten trachten.«
Auf besondere Verärgerung vieler deutscher Bürger stoßen die gesamten oben aufgeführten Äußerungen, denen noch viele andere hinzugefügt werden könnten – allerdings auch positive Äußerungen der jüdischen »Otto Normalverbraucher« zur Vereinigung mit der DDR –, da nahezu die gesamte politische Führungsschicht der bisherigen beiden deutschen Staaten sich sehr weitgehend mit den Juden geäußert hat und den Juden bereits auch wieder einige Vorrechte eingeräumt wurden.

Während der normale Deutsche – mit Ausnahme von in der DDR rechtsstaatswidrig Verurteilten – vermögensrechtliche Ansprüche für in der Ex-DDR gelegenes Vermögen nur bis zum 13. Oktober dieses Jahres anmelden konnte, wurde die Frist für Bürger und Vereinigungen, die in der Zeit zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 aus rassistischen, politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden und deshalb ihr Vermögen in der DDR infolge von Zwangsverkäufen, Enteignungen oder auf andere Weise verloren haben, bis zum 31. März 1991 verlängert. Zwar gilt dies auch etwa für Kommunisten, Geistliche oder Zigeuner, doch sind in der Hauptsache die Juden hiervon begünstigt. Warum werden diese oben genannten Personengruppen überhaupt begünstigt, lautet dann auch die richtige Frage nicht weniger Deutscher.
Und auch die deutschen Politiker haben in den Tagen der Vereinigung oft auf die »besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber den Juden« hingewiesen und selbst noch in ihren Feierreden die Alleinschuld Deutschlands bekräftigt. So sagte etwa der frühere DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière, Deutsche hätten in diesem Jahrhundert durch zwei verheerende Kriege, durch die Ermordung von sechs Millionen Juden und viele andere nationalsozialistische Verbrechen unermeßliches Leid angerichtet. »Wir begreifen diesen Teil unserer Geschichte, der auf uns lastet, als eine dauerhafte Mahnung, der Versöhnung zu dienen und zur Verständigung unter den Völkern beizutragen.« Und Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte: »Wir stehen zu den moralischen und rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der deutschen Geschichte ergeben.«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte in seiner Rede: »Mit großer Achtung hat die Welt registriert, wie aufrichtig die freien Kräfte und zumal die Jugend in der DDR es als ihre Aufgabe ansahen gutzumachen, was das alte Regime der geschichtlichen Mitverantwortung schuldig geblieben war. Der Besuch der Präsidentinnen beider frei gewählter Parlamente vor ein paar Monaten in Israel zum Gedenken an den Holocaust hat dort einen tiefen Eindruck hinterlassen. Er symbolisiert die Gemeinsamkeit der Deutschen gerade auch in ihrer geschichtlichen Verantwortung.«
Und die »AJW« schrieb Anfang Oktober folgendes: »›Mit viel Verständnis für die Belange der jüdischen Gemeinschaft und großem Einfühlungsvermögen‹: So wertete Heinz Galinski ein Gespräch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker, das er am letzten Freitag führte. Das bundesdeutsche Staatsoberhaupt ließ sich in dem längeren Telefonat mit dem Direktoriumsvorsitzenden des Zentralrats der Juden über alle gegenwärtigen Anliegen und Wünsche der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ausführlich unterrichten. Von Weizsäcker habe die vorgetragenen Sorgen mit freundschaftlicher Anteilnahme aufgenommen, so Galinski. Zur Sprache gekommen seien vor allem die Probleme mit der Einwanderung jüdischer Immigranten aus der Sowjetunion und die rechtsradikalen Ausschreitungen der letzten Zeit.«

Da diese in den drei obigen Absätzen aufgeführten Zitate und Erklärungen an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen, ist die wachsende Verwunderung vieler Deutscher über die Erklärungen und Forderungen besonders des Zentralrats durchaus zu verstehen. Anders herum bedeutet dies aber nichts anderes, als daß diese Organisation Gefahr läuft, genau das zu bewirken, was sie zu verhindern sucht – und was wohl niemand will –: Nämlich eine neuerliche Kluft zwischen den nichtjüdischen und den jüdischen Deutschen aufzubauen. □

Deutschland-Journal

Ein Linksintellektueller gegen den Zeitgeist

Daß ein zur linksintellektuellen Szene gehörender Filmemacher ein Buch schreibt, ist nichts Ungewöhnliches. Daß aber die ganze etablierte Presse und vor allem seine Szene-Freunde unisono ein lautes Protest-Geschrei erklingen lassen, läßt auf ein Buch schließen, in dem jemand ungeschminkt die Wahrheit sagt. So auch in dem Buch »Vom Unglück und Glück der Kunst in Deutschland nach dem letzten Kriege« von Hans Jürgen Syberberg.

Vereinfacht gesagt, gibt Syberberg in dem Buch nichts anderes zu verstehen, als daß im Nachkriegsdeutschland derjenige Karriere machte, der sich anpasserisch verhielt, der das sagte, was die offizielle Meinung quasi vorgab. Wer sich nicht daran hielt, konnte hierzulande auch nichts werden, mußte sich sogar trotz Zensurverbots massive Opposition bis hin zum völligen Totschweigen gefallen lassen oder gar ein Verbot wegen Verstoßes irgendwelcher Gesetze hinnehmen (natürlich völlig losgelöst von der Zensur). Besonders gegen die Juden hätte angesichts der schrecklichen Taten des Dritten Reichs nichts gesagt werden dürfen. Wie von Syberberg gewohnt, benutzte er dabei oft sehr drastisch formulierte Vergleiche beziehungsweise ist in seiner Wortwahl manchmal sehr sprunghaft.

So heißt es etwa in dem Buch: »Wer mit den Juden ging wie mit den Linken, machte Karriere, und es hatte nicht unbedingt mit Liebe oder Verständnis oder gar Zuneigung zu tun. Wie konnten das Juden ertragen, es sei denn, sie wollten nur Macht.« Es gebe eine »unheilige Allianz für eine Kunst ohne Volk oder billiger bequemer schneller Wegwerfwaren wie Punk, Pop oder Junk«. Die Schuld Hitlers sei heute »als Wetzstein der Messer für die Karriere gut geeignet oder eine gute Ablenkung von inzwischen eigenen Schuldproblemen ... aber zu nichts Gutem führend.« Syberberg verteidigt also gar nicht, so wie es ihm die Rezensenten vorwerfen, Hitler, sondern sagt nichts anderes, als daß die Kunst des Schönen, Edlen, so wie sie etwa ein Arno Breker entwirft, heute von der herrschenden Kunstmafia abgelehnt wird, eben weil sie während des Dritten Reichs von den damals herrschenden gefördert wurde. Und schließlich ist es fast Gesetzt, daß alles, was zu dieser Zeit gefördert wurde, falsch war.

So schreibt Syberberg dann auch: »Es durfte eine Welt entstehen, vor der selbst ihre Anhänger heute erschrecken. Die Feinde der Natur hatten gewonnen und mit ihnen eine Ästhetik, die alle natürlichen Gesetze und Regeln ausgrenzte, verhöhnte.« Syberberg weiter: »Was früher die Natur der Gefühle, Sinne und Vernunft dem Abseitigen, Dunkeln, Kranken zuordnete, durfte nicht als erbarmungswürdig betrauert oder bekämpft werden oder als ein zu überwindendes erscheinen, sondern es triumphierte frech... Die Hölle feierte den Sieg ohne Feier im Kotzen vor sich selbst.«

Dann folgte die Generalabrechnung mit der modernen Kunst: »Das auffälligste Kriterium der modernen Kunst ist die Bevorzugung des Kleinen, Niedrigen, der Verkrüppelung, des Kranken, des Schmutzes vor dem Glanz.« Es gebe einen »Angriff auf alles, was heilig ist, hochsteht, heldisch erscheint und Unschuld bedeutet... Was neuer Kolonialismus und Verkrüppelung des Geistes ist, wird Multikultur genannt.«

Nach einigen markantn Aussagen über die Rolle Hitlers, Stalins, der USA, der Feststellung, daß Deutschland nach dem Kriege seine Identität verloren habe, sagt er dann ganz richtig das vorher, wie die Kritiker sich mit ihm auseinandersetzen werden. »Zunächst werden sie einmal zuschlagen mit alter Keule des Faschismus-Vorwurfs gegen den, der nicht zu domestizieren ist... Und sie werden sprechen von Reaktionären und Revanchisten wie früher von Konterrevolutionären.«

Es ist ein sehr interessantes Buch, dem aus nationaler Sicht nicht in allen Punkten zuzustimmen ist. Sicherlich ist es kein Buch, das Hitler verehrt oder, wie es die »FAZ« schrieb, daß »Syberberg alles in den Schatten (stellt), was der rechtsradikale Abhub sonst an Abwegigem zu äußern pflegt«. Vielmehr ist es ein Buch, das oftmals sicherlich unbequeme, nichtsdestoweniger aber zutreffende Wahrheiten ausspricht. □

Weizsäcker offenbarte sein wahres Denken

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in seiner Feierrede anläßlich der deutschen (Teil-)Wiedervereinigung sein wirkliches Denken offenbart, als er eine der grausamsten Revolutionen, die Wegbereiter der Internationalisten in ihrem Plan, die Welt zu unterjochen, war, lobte, nämlich die Französische Revolution, die von jedem wirklich freiheitlich denkenden Menschen verabscheut werden muß, da sie nämlich die Unfreiheit und Bevormundung des Volkes zu ihrem Kern hat.

»Die Gedanken der Französischen Revolution haben zusammen mit der Verfassungsentwicklung in Amerika und Großbritannien die Grundlage der westlichen Demokratie geschaffen.« Man beachte: Die Französische Revolution war ein Machwerk der Freimaurer, und bei der Unabhängigkeitserklärung der USA waren 53 von 56 Unterzeichner, 50 von 55 Mitgliedern der konstituierenden Nationalversammlung, sämtliche Gouverneure der 13 Gründerstaaten, 20 von 29 Generäle und 104 von 106 Offizieren ebenfalls Freimaurer (offizielle Freimaurerquelle). □

Konjunkturforscher lehnen Steuererhöhungen ab

Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik haben »energisch« Aussagen widersprochen, die Kosten für die deutsche (Teil-)Einheit würden bis zu 1,5 Billionen Mark (1500 Milliarden Mark) betragen. Erstens fielen die Kosten nur in mehreren Jahren an, zweitens handele es sich dabei um Investitionen, die alsbald wieder Erträge (Steuern und Sozialabgaben) abwürfen, und selbst wenn der Staat dafür Schulden aufnähme, so würde er gleichzeitig damit auch die Wirtschaft selber ankurbeln. Die Gefahr, daß aus der Verschuldung eine Krise werden könnte, sei »verhältnismäßig gering«.

Ebenso deutlich lehnen die Konjunkturforscher Steuererhöhungen ab. Würde man direkte Steuern (Lohn- und Einkommenssteuer) erhöhen, so beeinträchtige man damit die Leistungsbereitschaft von Wirtschaft und Bürgern. Höhere indirekte Steuern (zum Beispiel Mehrwertsteuer) trieben dafür die Inflationsrate an und verführten die Gewerkschaften im Gegenzug zu höheren Lohnforderungen. Dadurch könnte dann aber eine »Preis-Lohn-Spirale« in Drehung versetzt werden. Am sinnvollsten wäre ein drastischer Abbau der Subventionen, wodurch sich 20 bis 30 Milliarden Mark einsparen ließen. □

Deutscher Historikerkongreß ein Trauerspiel

Als ein wahres Trauerspiel hat sich der Verlauf des 38. Historikertages herausgestellt, der kürzlich in Bochum stattfand. Man erschöpfte sich in Debatten, ob man denn nun DDR-Historiker einfach so in den »Verband der deutschen Historiker« aufnehmen könnte oder ob man hierfür gewisse Auswahlkriterien schaffen müsse. Dann stand die Auseinandersetzung mit der DDR und was dort jahrelang geschah im Mittelpunkt der Diskussionen und Veranstaltungen.

Soweit bekannt wurde, hat man sich nicht in einer einzigen Veranstaltung mit den vielen neuen Forschungsergebnissen des Revisionismus auseinandergesetzt. Der sogenannte »Leuchter-Bericht« des amerikanischen Ingenieurs Fred A. Leuchter, in dem

dieser durch Untersuchungen herausgefunden haben will, daß es in den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek keine Menschenvergasungen gegeben haben soll, die Reduzierung der im Auschwitz umgekommenen Menschen von vier auf 1,3 Millionen durch offizielle polnische Stellen, die Ergebnisse der Untersuchungen des weltweit anerkanntesten Militärhistorikers, des in Frankreich lebenden Ferdinand Otto Miksche, waren nicht eine Minute Gegenstand der Diskussion.

Damit wurde auch eine gute Gelegenheit verpaßt, herauszufinden und der Öffentlichkeit zu erklären, ob diese oben erwähnten Gutachten den strengen Ansprüchen einer historischen Forschungsarbeit entsprechen oder nicht. Die Öffentlichkeit wartet noch immer auf ein offizielles Wort zu diesen Gutachten, Revidierungen und Büchern und ist hin- und hergerissen zwischen offizieller Geschichtsschreibung und den neuesten Ergebnissen des Revisionismus. □

Schnoor stellt sich bei Asyl stur

Mit »leidenschaftlichen Worten« hat sich der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) gegen Pläne der Unionsparteien ausgesprochen, wonach ein Katalog von Ländern aufgestellt werden soll, in denen keine politische Verfolgung stattfindet. Asylanträge von Bürgern dieser Staaten sollten dann prinzipiell abgelehnt werden.

Schnoor betonte, die Politik habe sich an den Werten der Verfassung auszurichten und nicht umgekehrt. Selbst ein massiver Ausbau von Grenzkontrollen werde den Ansturm von Flüchtlingen aus anderen Ländern nicht verhindern. »Wenn wir ihnen nichts abgeben, werden sie sich ihren Teil holen«, erklärte der Minister.

In diese Richtung passen auch Pläne der Bundesregierung, einen Teil der bislang hierzulande ausgegebenen Gelder für die Asylanten lieber den Heimatländern für infrastrukturelle Maßnahmen zur Verfügung zu stellen und damit den ausreisewilligen Bürgern einen Anreiz für den Verbleib in ihrer Heimat zu bieten. Es gibt aber auch Teile der Union, vor allem aus der CSU, die dies kritisieren und argumentieren, daß die betreffenden Länder oftmals selber durch eine falsche Ausgabenpolitik an den Problemen schuld sind und sie sich in erster Linie selbst helfen müßten. Auch gehe dieser Vorschlag an den wahren Problemen vorbei, da der Großteil der Asylgelder für Türken, Polen und Jugoslawen ausgegeben wird, die Ausgaben für Asylanten aus wirklich armen schwarzafrikanischen Ländern dagegen nur einen Bruchteil dessen ausmachen. □

Auseinandersetzung im »Weltkongreß«

Nach Informationen der stets gut unterrichteten »Privat-Depesche« werden seit einiger Zeit im Auswärtigen Amt angestrengte Aktivitäten des Leiters der Israel-Gruppe im Jüdischen Weltkongreß, Mattityahu Drobles, beobachtet. Der rechtsaußen angesiedelte Funktionär droht, eine internationale Kampagne einzuleiten, weil im Einigungsvertrag der Holocaust nicht erwähnt wird.

In einem in Israel verbreiteten Brief an die Deutsche Botschaft versichert Drobles nach Angaben der Privat-Depesche, er werde die private Organisation »Jüdischer Weltkongreß« auffordern, »die deutschen Staatsbeamten zu einer schnellen Änderung des Staatsvertrags zu veranlassen«.

Die Forderung von Drobles, so die »Privat-Depesche« weiter, wird auch vom Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, und vom Präsidenten des »Weltkongresses«, Edgar Bronfman, vertreten. Bundeskanzler Helmut Kohl akzeptierte wie bekannt den Vorschlag nicht. Galinski und Bronfman sind bei Kohl ohnehin nicht besonders gut angeschrieben, weil sie sich von Erich Honecker mit dem »Stern der Völkerfreundschaft« dekorieren ließen. □

Geheimdienst versagte im Osten

Erst in letzter Zeit sickerte mehr und mehr durch, wie schlecht der deutsche Geheimdienst über das, was im Osten geschah, informiert war und die Aufklärungsarbeit total versagte.

So sei etwa die Volksbewegung im Ostblock in ihrer Bedeutung nicht richtig eingeschätzt worden. Man habe zwar immer ziemlich genau gewußt, so gutinformierte Bonner Quellen, was Honecker, Krenz und die übrigen Mitglieder des DDR-Machtapparates gesagt und gedacht hätten. Aber über die politische Dimension der Denkprozesse in den Hinterköpfen der 16 Millionen Ex-DDR-Bewohner sei man nur unzureichend im Bilde gewesen. So sei der bundesdeutsche Geheimdienst beispielsweise zu lange davon ausgegangen, daß sich die SED trotz aller Vorkommnisse noch länger an der Macht halten könne.

Nach Ansicht des Bundesnachrichtendienstes (BND) wäre Gorbatschow schon vor Jahren gestürzt worden. Auch die Lockerung der Leine für die sowjetischen Satelliten und die Bereitschaft Terrain aufzugeben, sei vom BND nicht erkannt worden. Weder hätte der BND auch nur ansatzweise von dem ganzen Ausmaß der Stasi-Aktivitäten gewußt, noch wäre der BND imstande gewesen, konkreten Hinweisen auf RAF-Terroristen, die Unterschlupf in der DDR gefunden hätten, nachzugehen. □

Verstärkte Schächtungen durch Türken

Nach einer Meldung der »Deutschen Presse Agentur (dpa)« sind in mehreren mitteldeutschen Dörfern aus Westdeutschland angereiste Türken beim rituellen Schächten von Schafen beobachtet worden.

Die Türken erwarben demnach die Tiere bei Schäfern und töteten sie auf Wiesen mit langen Messern. Dabei wurden den Schafen die Hälse durchtrennt. Fell, Innereien und Blut blieben auf den Wiesen zurück.

Ein Amtstierarzt bezeichnete das Schächten als »die größte Tierquälerei, die mir in meiner ganzen Amtszeit vorgekommen ist«. Sie müsse hart geahndet werden.

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie besonders die Menschen aus streng moslemischen Ländern nicht bereit sind, sich in ihr Gastvolk, in diesem Fall dem deutschen, zumindest so weitgehend zu integrieren, daß Gesetze nicht überschritten werden. Zumal es heutzutage in der Bundesrepublik spezielle Schächtplätze gibt, wo die Tiere zuerst betäubt und dann auf rituelle Art und Weise geschächtet werden können. □

Was Briten an Deutschland befremdlich finden

»Deutschland wird sich daran gewöhnen müssen, nach der Vereinigung an noch höheren Maßstäben gemessen zu werden als vorher.« Das sagte der frühere britische Botschafter in der Bundesrepublik, Sir Julian Bullard, kürzlich in Frankfurt. So gebe es in seinem Land noch Probleme damit, wie sich die Reden von einer gesamteuropäischen Vision mit der von Deutschland bisher verfolgten westeuropäischen Vision verbinde.
Angesichts des weitgehenden Vertrags mit der Sowjetunion fragte Bullard, ob dies lediglich der Preis der Einheit sei oder eine Umorientierung der deutschen Politik bedeute? Für die Briten befremdlich seien auch Worte wie »neues Souveränitätsverständnis« und der Wille, Souveränitätsrechte an die Europäische Gemeinschaft abzutreten. In England wundere man sich bisweilen, »freiwillig den Status von Pennsylvania einzunehmen«. Da die Nachkriegszeit für Großbritannien eine Zeit des relativen Niedergangs, für das westliche Deutschland aber eine des relativen Aufstiegs gewesen sei, schwängen noch immer leichte Ressentiments in den deutsch-britischen Beziehungen mit. □

Geld

Rückwirkungen der Golf-Krise

C. Gordon Tether

Die internationale politische Umwälzung im Nahen Osten hat bereits die Gewässer der Weltwirtschaft in einem Ausmaß getrübt, was von mehr als vorübergehender Bedeutung sein muß – je nachdem wie rasch der Konflikt, von dem diese Unruhen ausgehen, gelöst werden kann. Ein ganzes Bündel von Szenarien, die für die Menschen aller Länder von Bedeutung sind, wird jetzt revidiert werden müssen.

Als die Entwicklung im Nahen Osten Anfang der siebziger Jahre eine Erhöhung des Welt-Ölpreises um das Vierfache auslöste, waren die Rückwirkungen schwerwiegend und weit verbreitet. Es ist in der Tat keine Übertreibung zu sagen, daß die Dinge niemals wieder so wurden, wie sie einmal waren. Insbesondere die in das globale System injizierten inflationären Drücke waren derart, daß in der unmittelbar darauf folgenden Zeit die Verbraucherpreise fast überall auf gut das Zweifache anstiegen – eine Situation, die völlig ohne Präzedenzfall war.

Es besteht eine angemessene Chance

Die unvermeidliche Folge davon war eine allgemeine Desorientierung des Wirtschaftslebens von derart tiefgreifender Natur, daß fast ein Jahrzehnt vergehen mußte, bevor irgendetwas wieder hergestellt werden konnte, was einer scheinbaren Normalität gleichkam.

Die politische Mischung, die den derzeitigen Sturm am Persischen Golf entfacht hat, ist natürlich eine wesentliche andere als die von vor 17 Jahren. Da dies so ist, sieht es so aus, als ob die Welt eine angemessene Chance hätte, daß ihr ein weiterer völliger Umsturz bei den Ölpreisen erspart bleiben wird.
Nachdem dies gesagt ist, liegt es bereits auf der Hand, daß – der Ölpreis einmal beiseite gelassen – der Einmarsch in Kuwait durch den Irak und dessen Nachwehen Kräfte von beträchtlicher potentieller Bedeutung für das wirtschaftliche Wohlergehen der Welt frei legt.
Und dies ist eine Aussicht von besonderer Bedeutung für Länder, die sich, wie die Vereinigten Staaten, verpflichtet haben, bei der Konfrontation mit der irakischen Herausforderung eine merklich größere Rolle zu spielen als die übrigen Beteiligten.

Zunächst muß erkannt werden, daß die Sache der »militärischen Bereitschaft« ein neues Aussehen bekommen hat. Die Hoffnungen, daß die durch Einwirkung der »Friedens-Dividende«, die mit dem allmählichen Auslaufen des Kalten Krieges errungen wurde, die Haushaltsprobleme wesentlich verringert werden könnten, sind deutlich weiter in den Hintergrund getreten. Und das nirgendwo stärker, als in den Vereinigten Staaten.

Das Inflationsproblem in den USA

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß, welchen Verlauf die neue militärische Auseinandersetzung auch immer nehmen wird, diese Operation dazu bestimmt ist, auf Monate – und möglicherweise auf Jahre hinaus – eine beherrschende Rolle in der amerikanischen Haushaltszene zu spielen. Das bedeutet nicht nur, daß es immer schwieriger wird, Steuererhöhungen zu vermeiden. Es ist kaum weniger gewiß, daß sich das Inflationsproblem wieder einmal verschlimmern wird.
Dies bringt es mit sich, daß wir einer Verschlechterung des weltweiten Wirtschaftsklimas entgegensehen, die die anderen Kräfte, die kürzlich als Bremse für die wirtschaftliche Expansion fungiert haben, noch verstärken wird. In die gleiche Richtung zieht die zerstörerische Auswirkung, die die Ereignisse, wie zu erwarten ist – sowohl direkt als indirekt –, auf den Fluß des Welthandels haben werden.

Wolken am Weltwirtschaftshimmel

Die Bewölkung am Weltwirtschaftshimmel wird darüber hinaus kaum dort enden. Was auch berücksichtigt werden muß, ist die schwächende Auswirkung der Unsicherheiten, die die Krise in die Außenhandelsmärkte injiziert hat. Weil erkenntlich ist, daß die Vereinigten Staaten in besonderem Ausmaß in die Nahost-Explosion verwickelt sein werden, war eine der ersten Folgen ein starkes Abfallen der Popularität des Dollar.
Innerhalb einer Woche erlitt er eine Abwertung von fünf bis zehn Prozent in bezug auf fast alle anderen Hauptwährungen.

Das ist schlimm genug. Was die Dinge noch schlimmer macht, ist die Tatsache, daß, weil der Dollar immer noch der Angelpunkt des Weltwährungssystems ist, sein Abfall von der Gunst des Publikums das gesamte Geldwesen der Welt viel unbeständiger machen muß.

Die Implikationen für den Weltgeldverkehr aller Art sind nur zu offensichtlich.

Da ist noch ein anderer Faktor, der in der vorausschaubaren Zukunft die Popularität von Währungen zersetzen wird. Es ist der Übergang von Papiergeld zu Edelmetallen, um zu verhindern, daß man nicht mehr so stark solchen Risiken wie die Blockierung oder Beschlagnahme von Bankkonten und ähnlichen Formen des Wohlstandes von Amts wegen ausgesetzt ist. Dies ist eine Erscheinung, die sich, keineswegs überraschend, seit dem Einmarsch in Kuwait durch den Irak in den Golfstaaten deutlich bemerkbar gemacht hat. Und es hat den Anschein, daß dies noch eine Zeitlang ein Merkmal der dortigen Szene bleiben wird, selbst wenn die Erwägungen, die sie ins Spiel gebracht haben, schnell dahinschwinden.
Da das Fleisch eines Mannes, sowohl auf dem Finanzgebiet als auch anderswo, das Gift eines anderen sein kann und umgekehrt, haben die Edelmetalle von dem Vertrauensschwund in Papiergeld profitiert. Das Gold selbst stieg innerhalb einer Woche nach Beginn der Krise von 350 Dollar pro Unze auf über 400 Dollar. Es scheint, daß in letzter Zeit beträchtlich mehr Metall als üblich darauf gewartet hat, auf den Markt zu kommen – erkennbar als Folge des Wunsches der UdSSR, ihre Bestände zur Eindämmung der Zahlungsbilanzkrise des Landes zu nutzen.

Dies könnte dahin tendieren, den Aufwärtsdruck, den die Ereignisse am Golf auf die Edelmetallpreise ausüben werden, zu begrenzen. Aber es sieht dennoch so aus, als ob die Flaute, die den Goldmarkt schon seit einiger Zeit kennzeichnet, als Sache der Vergangenheit betrachtet werden kann.

Für die breite Masse sieht es so aus, als ob das Wirtschaftsleben innerhalb des kommenden Jahres weniger sympathisch sein wird, als es einmal war. Verbesserungen des Lebensstandard werden schwieriger zu erreichen, Arbeitslosigkeit schwieriger zu vermeiden und eine Aushöhlung der Kaufkraft des angesammelten Vermögens schwieriger zu bekämpfen sein.

Auf dem Gebiet des Finanzwesens steht an der Wand geschrieben, daß die Preise auf den Aktienmärkten weniger schnell steigen werden – in der Welt als Ganzes fielen sie nach dem Einmarsch in Kuwait um fünf Prozent oder so –, und daß es stärkere Gründe dafür geben wird, Edelmetallen den Vermögenswerten in Papiergeld den Vorzug zu geben, als das in letzter Zeit der Fall war.

Dies sind Dinge von Bedeutung. Aber die Auswirkung mit den größten Folgen die der Streit am Golf letztendlich für breite Massen haben wird, besteht darin, daß der kommenden Wirtschaftspolitik ein Knüppel zwischen die Beine geworfen wird. □

Bundesbank

Keine Panikmache bei DDR-Umstrukturierung

Hans-Günther Maderer

Vor übertriebener Panikmache bei der Bewältigung der sicherlich sehr großen und noch schwierigeren Aufgabe der Umstrukturierung der Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern hat die Deutsche Bundesbank in ihren Monatsberichten gewarnt. Zwar seien die Probleme dabei sehr groß, doch keinesfalls so schlimm, wie von manchen Auguren immer gerne dargestellt.

So schreiben die obersten Währungshüter, daß die Ex-DDR durch die Öffnung der Grenzen, den eingeleiteten radikalen Wechsel des Wirtschaftssystems, und den Eintritt in die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik beziehungsweise der jetzt erfolgten Vereinigung die Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern gegenwärtig eine schmerzhafte Anpassungsphase durchläuft, der noch durch den kurz nach Öffnung der Mauer erfolgten Weggang vieler qualifizierter Fachkräfte erschwert werde. Verschärft durch den bereits damals beginnenden Verfall der Planwirtschaft habe dies bereits Ende 1989 und in den ersten Monaten dieses Jahres zu beträchtlichen Produktionsausfällen vor allem im Industrie- und Baubereich geführt. Und seitdem späten Frühjahr habe sich die Talfahrt der Produktion sogar noch »auf breiter Front beschleunigt«, da viele »Ossis« lieber die lange vermißten Westwaren kauften und in der DDR produzierte Waren verschmähten.

Die Bewältigung der Altlasten

Der hieraus resultierende massive Einfuhrsog habe viele Betriebe der Industrie und der Landwirtschaft dann aber zu scharfen Produktionsdrosselungen und anderen Umstellungsmaßnahmen gezwungen. Dies habe sich dann mittelbar auch auf andere Bereiche der dortigen Wirtschaft negativ ausgewirkt.

Die gegenwärtigen Übergangsschwierigkeiten dürften sich nach Ansicht der Bundesbank aber umso rascher überwinden lassen, je früher es gelinge, die noch vorhandenen starren Formen und Altlasten aus dem zusammengebrochenen planwirtschaftlichen Regime abzustreifen und die Regeln des marktwirtschaftlichen Systems konsequent auf die dortige Wirtschaft anzuwenden.

Doch gibt es auch über positive Dinge zu berichten. So habe sich etwa die Versorgungslage in Mitteldeutschland deutlich gebessert. Auch sei die private Sparneigung nach der Umstellung auf die DMark nicht stärker gefallen. Auch hätten sich die dortigen Lebenshaltungskosten trotz einiger Übergangsschwierigkeiten günstiger als vielfach erwartet entwickelt, was auch den Inflationsdruck auf den westlichen Teil Deutschlands abgemildert habe.
Unbedingt notwendig, aber besonders von den Gewerkschaften nicht immer beachtet, ist eine behutsame Lohnpolitik, selbst wenn das Streben der dortigen Arbeitnehmer natürlich verständlich ist, im Lohnniveau so schnell wie möglich ihren westlichen Brüdern gleichgestellt zu werden. Angesichts der geringen Produktivität der Unternehmen der Ex-DDR würde dies aber den Anpassungsprozeß nicht nur verlangsamen, sondern sogar insgesamt gefährden. Da sich binnen kurzer Zeit ein Abhängigkeitsverhältnis oder zumindest sehr enges Verhältnis zwischen den west- und mitteldeutschen Unternehmen ergeben wird, wird jedes Problem in der Ex-DDR sich zwangsläufig auch auf die Unternehmen in Westdeutschland niederschlagen und dadurch alles gefährden. Denn ohne ein entsprechend hohes Wachstum in Westdeutschland würde sich die Anpassung der mitteldeutschen Wirtschaft statt der nunmehr erwarteten vier bis fünf Jahre noch einige Jahre länger hinziehen.

Erfreuliches beim Lehrstellenmarkt

Wie positiv der Anpassungsprozeß verlaufen kann, zeigte sich beim Lehrstellenmarkt in den fünf neuen Bundesländern, für den noch vor wenigen Wochen der totale Zusammenbruch vorhergesagt wurde. In Wirklichkeit ist jedoch das genaue Gegenteil der vorhergesagten Katastrophe eingetreten. So haben sich für das Ausbildungsjahr 1990/91 insgesamt 156300 Schulabgänger um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben. Ende September – das letzte verfügbare Zahlenmaterial – waren bis auf 3209 junge Leute alle Bewerber vermittelt, berichtete das Institut der deutschen Wirtschaft.
Einer der besonders wichtigen Punkte ist auch die Ausgabenpolitik des Bundes. Hierzu schreibt die Deutsche Bundesbank: »Die finanzpolitischen Perspektiven für den gesamtdeutschen Währungsraum sind zwar in der genauen Größenordnung noch schwer zu übersehen, doch ist es auf jeden Fall dringend geboten, die staatlichen Defizite und damit die Inanspruchnahme der Kreditmärkte durch alle Gebietskörperschaften künftig im Zaum zu halten, damit die Geldpolitik angesichts der im Bundesgebiet herrschenden Hochkonjuktur nicht überlastet wird. Auf der Ausgabenseite und bei den Steuersubventionen stellt sich die Aufgabe, die teilungsbedingten Kosten abzubauen und darüber hinaus in mancher Beziehung neue Prioritäten zu setzen.«
So müsse in den kommenden Jahren der Ausgabenanstieg nicht nur in den konsumtiven Ausgaben in Grenzen gehalten werden. Was den investiven Bereich angehe, sei die Verbesserung der Infrastruktur im Gebiet der Ex-DDR vordringlich. Demgegenüber wäre es vertretbar, so die Bundesbanker, wenn im bisherigen Bundesgebiet bei den öffentlichen Investitionen zeitweise kürzer getreten würde. Dies wäre im Hinblick auf die angespannte Baukonjunktur ohnehin wünschenswert.
Dagegen würde die in der Ausgabenpolitik angestrebte Grundlinie in Frage gestellt, wenn die westdeutschen Länder und Gemeinden, die infolge der im ersten Staatsvertrag und im Einigungsvertrag getroffenen Finanzierungsregelungen weit weniger belastet werden als der Bund und deren Steuereinnahmen sich recht günstig entwickeln dürften, den Anstieg ihrer Ausgaben für investive wie für konsumtive Zwecke nicht drosseln würden.
Demgegenüber müsse sich der Bund auf beträchtliche Mehrbelastungen einstellen. Ob die Finanzausstattung der neuen mitteldeutschen Länder und der dortigen Kommunen ausreichen wird, um die anstehenden Aufgaben ohne übermäßige Kreditaufnahme oder weitere Bundeshilfe zu erfüllen, läßt sich heute nach Angaben der Bundesbank kaum mit Sicherheit beurteilen. Allerdings müsse auch für die mitteldeutschen Länder und Gemeinden insbesondere im konsumtiven Bereich das Gebot strickter Sparsamkeit gelten, vor allem in Hinblick auf den künftigen Personalbestand.
Alles in allem zeigt also diese kurze Zwischenbilanz sehr deutlich auf, daß sich die wirtschaftlichen Probleme der Ex-DDR auch ohne die besonders seitens der Linken prognostizierten Katastrophen bewältigen lassen. Notwendig ist nur eine gewisse Weitsicht und langfristiges Handeln. Denn nichts wäre zur Zeit tödlicher als lediglich auf den kurzfristigen Erfolg zielendes Vorgehen. Nötig ist aber auch eine schonungslose Aufklärung der dortigen Arbeitnehmerschaft und nicht besänftigendes Geschwafel. Denn es hat sich immer gezeigt, daß gerade der Arbeitnehmer sehr wohl zu verantwortungsvollem Handeln bereit ist, selbst wenn dieser mit Verzicht verbunden ist. □

Gold

Ein Metall verliert seinen Glanz

C. Gordon Tether

Warum ist als Folge der Irak-Krise der Gold-Preis so geringfügig angestiegen? Es besteht kein Zweifel darüber, daß der irakische Einmarsch nach Kuwait eine Trendwende der internationalen Gold-Preise bewirkt hat.

In den ersten sechs Monaten des Jahres sah der Markt dieses Metalls sehr trübe aus. Im Sommer lag der Dollar-Preis 60 Dollar unter dem Stand von etwa 420 Dollar pro Unze, mit dem er in den ersten Wochen dieses Jahres notiert wurde.

Den Verfall des Gold-Preises gestopt

Und es ging unter den Gelehrten das Gerede über die Möglichkeit umher, daß der Preis schnell genug nach unten gleiten könnte, um noch vor Ende des Jahres die Schallgrenze von 300 Dollar zu durchbrechen.

Die durch die Entscheidung des Irak, sich Kuwait einzuverleiben, hervorgerufene Explosion änderte dies alles – aber nicht, so wurde weiterhin argumentiert, so stark, wie man das eigentlich hätte erwarten können. Es gab sofort mehr Käufer als Verkäufer, und innerhalb weniger Wochen hatte sich der Verfall des Gold-Preises, den er in den vorangegangenen Wochen verzeichnet hatte, völlig ins Gegenteil verkehrt.

Jedoch wurde diese Erholung selbst anschließend in einem gewissen Grad wieder ins Gegenteil verkehrt. Wenn man das Ausmaß des Vormarsches des Dollar-Preises des Goldes nach Kuwait bewertet, muß darüber hinaus der Verfall des Dollar-Wertes auf den internationalen Märkten im gleichen Zeitraum berücksichtigt werden. Da dies einem Absetzen in der Größenordnung von zehn Prozent gleichkommt, kann man davon ausgehen, daß die Kuwait-Affäre wenig mehr getan hat, als den Verfall des Welt-Gold-Preises aufzuhalten.

Dies stand, wie zu erwarten war, in hervorstechendem Gegensatz zu der Verhaltensweise des Metalls in Zeiten akuter internationaler Spannung über die vergangenen beiden Jahrzehnte hinweg. Nachdem der Dollar-Preis des Goldes Anfang der siebziger Jahre von der strengen behördlichen Kontrolle befreit wurde, genoß Gold eine beträchtliche Popularität als Mittel, um das Kapital gegen die Bugwellen internationaler Konflikte, wie der, der sich kürzlich am Persischen Gold entwickelt hat, zu schützen.

Sowjets verkaufen Gold-Reserven

Die Folge war, daß der Dollar-Preis des Goldes unter diesen Umständen dahin zu spektakulären Fortschritten tendierte. Die offensichtliche Frage lautet daher: Warum geschah dies diesmal nicht?

Ein Teil der Erklärung hierfür ist fast gewiß in der Tendenz der Finanzmärkte zu suchen, die Explosion wegen des Irak-Konfliktes von Anfang an ziemlich gelassen zu betrachten. Die Krise wurde dort weitgehend als eine solche angesehen, die letztenendes sehr wahrscheinlich – auf diplomatischer Ebene – eingedämmt werden kann, was bedeutet, daß es ungeachtet des Säbelrasselns nicht zu einem gemeinsamen Kampf auf dem Schlachtfeld mit allen Folgen, die dieser nach sich ziehen würde, kommen wird. Dies hat sich zumindest bis jetzt als richtig erwiesen.

Ein anderer Faktor, der möglicherweise bei der Gestaltung der Reaktion des Goldes auf die Kuwait-Krise eine bedeutsame Rolle gespielt hat, ist die wachsende Kenntnis, daß der kürzliche Anstieg des Gold-Stromes in die Märkte hinein keine kurzfristige Erscheinung ist. Es scheint jetzt klar zu sein, daß der Aufschwung im Ausstoß des Goldes in den Erzeugerländern der zweiten Liga wahrscheinlich eine Zeitlang eingedämmt werden wird. Es ist gleichermaßen möglich, daß die UdSSR noch weitere Jahre unter großem Druck stehen wird, ihre Goldreserven anzugreifen, um das chronische Defizit ihrer Zahlungsbilanz zu decken.

Gold hat eine andere Bedeutung bekommen

Es gibt jedoch Gründe dafür zu glauben, daß dies nicht das Ende der Geschichte ist. Was der Golf-Konflikt an die Wand geschrieben hat – und es ist eine Botschaft von entscheidender Bedeutung – ist, daß die Finanzwelt in letzter Zeit das Gold im Vergleich zu früheren Zeiten in einem wesentlich anderen Licht sieht.

Um zu verstehen warum dies so ist, braucht man nur den Weg des Metalls – unter dem Gesichtspunkt seiner Fähigkeit, ein zuverlässiger Hafen für Ersparnisse zu sein, betrachtet – über die letzten 20 Jahre nachzuvollziehen. Im großen und ganzen gesehen war Gold durch die ganzen siebziger Jahre hindurch – von einem Jahr zum andern betrachtet – ein gutes Geschäft. Sein Preis stieg geldmäßig schnell genug, um diejenigen zu entschädigen, die sowohl wegen der erosiven Auswirkungen der Inflation auf den Wert des Geldes als auch wegen des geringer werdenden Interesses daran das Vermögen auf diese Weise festzulegen ihre Flagge auf ihm gehißt hatten. In vielen Fällen waren außerdem große Kapitalgewinne erzielt worden.

Diese Phase lief jedoch aus, als die Blase der Spekulation, die das Metall für ein paar kurze Wochen nach Beginn der achtziger Jahre über den Stand von 800 Dollar hinausgetragen hatte, platzte.

Seitdem schwankte der Preis von Jahr zu Jahr stark auf und ab. Aber der ihm unterliegende Trend wies nicht das Tragvermögen auf, das ihn in den vorausgegangenen zehn Jahren charakterisiert hatte. Die Folge davon war, daß es, von einem zum anderen Jahr betrachtet, kaum einen Ausgleich für den Verlust an Interesse für diejenigen gab, die bei der Anlage ihres Vermögens Gold den Vorzug gegenüber dem Papiergeld gegeben hatten.

Wenn man im Auge behält, wie ersprießlicher die auf Geldanlagen zu zahlenden Zinsen in jenen Jahren geworden sind, ist es nicht schwer zu erkennen, daß das Gold eine schlechte Leistung erbracht hat. Der Dollar-Preis des Goldes hielt sich in letzter Zeit auf fast dem gleichen Stand wie 1985. Daher sah jeder, der seinerzeit Gold erworben hatte, den realen Wert seiner Investition als Folge des Einflusses der Inflation auf die Kaufkraft des Dollar dahinschwinden.

Ein wahrer Grund zum Nachdenken

Aber eine typische Vermögenslage in Papiergeld hätte selbst unter Berücksichtigung des Wertverlustes des Geldes einen realen Gewinn von rund 30 Prozent erbracht.

Gold hat natürlich einige Eigenschaften, die es unter gewissen Umständen zu einer Art der Vermögensbildung machen, die fast jeder anderen Form der Geldanlage – zum Beispiel wenn die Notwendigkeit des Schutzes gegen die Aktivitäten gesetzloser Leute oder raubgieriger Regierungen gegeben ist – unter allen Umständen vorzuziehen ist. Es scheint jedoch, daß dies keine Erwägung mehr ist, die, über das weltweite Feld als Ganzes besehen, hoch genug gewichtet wird, um seine wachsende Unfähigkeit, die Herausforderung durch Anlagen in Papiergeld anzunehmen, wettzumachen.

Hier liegt offensichtlich für viele, die bislang die Flagge des Goldes auf dem Turm ihres Investitionsschlosses gehißt hatten, sehr viel Grund zum Nachdenken vor. □

George Bush

Der Kriegsherr der Banker

Webster Tarpley

In keinem anderen Land wird die historische Wirklichkeit am Ende des 20. Jahrhunderts dermaßen entstellt und mystifiziert wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Vorstellungen, die man sich gemeinhin über die Vereinigten Staaten macht, gehen zumeist auf Eindrücke aus der Zeit Eisenhowers oder Kennedys zurück und mögen damals richtig gewesen sein. Sie stammen aus einer Welt, die längst nicht mehr existiert – falls sie je bestanden haben sollte. Der Begriff »Amerika« weckt immer noch Vorstellungen von Gerechtigkeit, Fortschritt, Ehrlichkeit und gesellschaftlicher Verantwortung, die vielleicht auf alte »Perry-Mason«-Filme zutreffen mögen, nicht aber auf das Unterdrükkungsregime des derzeitigen US-Präsidenten George Herbert Walker Bush. Eine alles erdrückende internationale Pressekampagne, die von Bushs Hintermännern im Ostküstenestablishment und unter Beteiligung einiger seiner Mitarbeiter des Central Intelligence Agency (CIA) – deren Direktor Bush von 1975 bis 1976 war – betrieben wird, hat die Grenze zwischen Mythos und Wirklichkeit weitgehend verwischt.

Die amerikanische Invasion im Nahen Osten im August 1990 und der Einmarsch in Panama im Dezember 1989 bestätigen die Bereitschaft der Regierung Bush, alle Grundlagen des Völkerrechts zu mißachten, denn es handelt sich hierbei um nichts anderes als um einen Angriffskrieg und um Verbrechen gegen die Menschheit, wie sie in den Nürnberger Statuten 1945 definiert sind. Auch zeigt sich Bush als bereitwilliger Handlanger, wenn es um die Durchsetzung der »Bedingungen« und brutalen Austeritätsdekrete des Internationalen Währungsfonds (IWF) geht, durch die bereits viele Länder des Entwicklungssektors ruiniert und die Welt an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht wurde.

Im Gleichschritt mit Moskau

Im folgenden soll eine Realität aufgezeigt werden, die in ihrer Konsequenz geeignet ist, das Überleben der Menschheit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert in Frage zu stellen. Sah die Welt in den Vereinigten Staaten bislang einen unerläßlichen Partner und Helfer im Kampf gegen Tyrannei und Armut, so muß sie nun feststellen, daß George Bush die Vereinigten Staaten inzwischen an die Seite von Tyrannen und Sklaventreibern dieser Welt gestellt hat.

Viele werden dieser Darstellung energisch widersprechen und behaupten wollen, die eigentliche Bedrohung gehe immer noch von der Sowjetunion, China und dem Weltkommunismus aus. Tatsächlich lassen die Verbrechen, die in der Nachkriegszeit im Namen kommunistischer Machthaber begangen wurden, die Vereinigten Staaten noch anständig erscheinen, doch läßt sich inzwischen erkennen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion längst im Gleichschritt marschieren; während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde das Kondominat beziehungsweise das »Neue Jalta« konsolidiert.

Moralische Unterschiede zwischen den Supermächten lassen sich unter den Bedingungen des Kondominats nicht mehr ausmachen. Oder wer wollte bestreiten, daß George Bush inzwischen nach den Vorstellungen von Henry Kissingers und Lord Victor Rothschilds zur Hauptstütze kommunistischer Herrschaftsausübung geworden ist?

So verlangt Michail Gorbatschow im Herbst 1989 von George Bush Hilfe für das sowjetische Regime, forderte die kurzfristige Ansetzung einer Gipfelkonferenz, in deren Rahmen wesentliche strategische Zugeständnisse gemacht werden sollten. Das Ergebnis war der Gipfel in Malta, wo George Bush und US-Außenminister James Baker sich auf eine stärkere diplomatische und politische Unterstützung für Gorbatschow festlegten und gleichzeitig alles dransetzten, die Revolution in der DDR und anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas zu sabotieren und zu verraten.

US-Politik als Stimmungsmache

Im November 1989, am Vorabend des amerikanischen Thanksgiving-Fests, ließ Bush in einer TV-Sondersendung die Amerikaner wissen, er werde von nun an mit aller Macht Gorbatschows marode Perestroika stützen, und wenig später erklärte sein Stabschef im Weißen Haus, John Sununu, ebenfalls im Fernsehen, man werde für Gorbatschows Erfolg »Stimmung machen«.

Im Vorfeld von Malta hatten James Baker und CIA-Chef William Webster zu verstehen gegeben, die Vereinigten Staaten hätten Schwierigkeiten, eine blutige Niederschlagung friedlicher Menschenrechtsdemonstrationen hinzunehmen, doch werde man sich damit abfinden, wenn die »Aufrührer« zur Gewalttätigkeit neigenden nationalistische Extremisten seien und es sich um nichtchristliche und nichtweiße Völker handle. Die nachfolgenden Ereignisse in Aserbaidschan haben bewiesen, daß Gorbatschow



Der damalige US-Vizepräsident George Bush trifft General Manuel Noriega am 10. Dezember 1983 auf dem Flughafen von Panama-City.

George Bush

Der Kriegsherr der Banker

diese Botschaft dankbar entgegengenommen hat.

Ganz im Einklang mit dieser Politik machte US-Außenminister James Baker Mitte Dezember 1989 dem SED-Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, seine Aufwartung. Es war der erste Besuch eines amerikanischen Außenministers in der DDR, der als Geste der Unterstützung für das rapide zerfallende SED-Stasi-Regime verstanden werden mußte. Der Besuch war zudem eine ungeheure Beleidigung für alle Demokraten in den Staaten des Ostblocks, die sich mutig den Panzern und den Kugeln der Geheimpolizei entgegengestellt hatten, um Erich Honecker in der DDR, Gustav Husak in der Tschechoslowakei und Mieczyslaw Rakowski in Polen zu stürzen. Auch wurde Moskau dadurch ermuntert, in Rumänien im Verlauf eines gesteuerten Militärputsches die kommunistischen Gewährsträger Iliu Iliescu und Petro Roman an die Stelle des barbarischen Diktators Nicola Ceausescu zu setzen.

Unterstützung für Peking

James Baker reagierte auf die Unruhen in Rumänien mit einer Aufforderung an Moskau, mit Hilfe der Roten Armee die Ordnung wiederherzustellen. Das kommt einer späten amerikanischen Anerkennung der Breschnew-Doktrin von 1968 gleich, wonach die Sowjetunion für sich das Recht beansprucht, militärisch in den Satellitenstaaten einzugreifen.

Ähnlich verfuhr Bush am Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, am 4. Juli 1989, als zwei hohe Regierungsbeamte, Lawrence Eagleburger und Brent Scowcroft, ehemals Mitarbeiter der Unternehmensberatungsfirma Kissinger Associates, nach Peking schickte, um dem Regime Deng Xiao-Pings auch weiterhin amerikanische Unterstützung zuzusichern – nachdem dieses Regime erst einen Monat zuvor das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens angeordnet hatte.

Als Bush nach dem Gipfel von Malta Eagleburger und Scowcroft erneut nach Peking schickte, Wirtschaftssanktionen gegen Peking ablehnte und sein Veto gegen die Verlängerung der Visa für chinesische Studenten einlegte, konnte kein Zweifel daran bestehen, daß Bush hartnäckig entschlossen ist, Peking zu stützen, auch wenn der politische Preis für ihn selbst sehr hoch sein sollte.

Die amerikanische Oligarchie

Wenn wir kurz unsere Aufmerksamkeit der Persönlichkeit und Karriere George Bush widmen, darf dies nicht zu dem Schluß verleiten, der Mann sei an und für sich bedeutend. George Bush ist ein Handlanger des liberalen Ostküstenestablishments, jener Finanzoligarchie von Banker-, Juristen- und Politikerfamilien, die seit der Ermordung Abraham Lincolns vor 125 Jahren eine immer dominierende politische und wirtschaftliche Rolle gespielt haben. George Bush ist ein Geschöpf dieses Establishments, wenn auch seine Familie eine sehr untergeordnete Stellung einnimmt.

George Bushs Vater, Senator Prescott Bush, war ein führender Vertreter des sogenannten Trusts, einer Gruppe von Finanzleuten in der Wall Street und der Londoner City, die ab 1917 die Bolschewiken in Rußland unterstützten. Diese Gruppe spielte auch bei der Machtübernahme Adolf Hitlers 1933 eine wesentliche Rolle. Prescott Bush war ein Sprecher für die Investmentbank Brown Brothers Harriman, die sich durch besonders energische Unterstützung für Bolschewismus und Faschismus hervortat. Die führende Persönlichkeit dieser Bank war der jüngst verstorbene Averell Harriman, Franklin D. Roosevelts Gesandter bei Stalin und Churchill während des Zweiten Weltkriegs. Harriman setzte sich für amerikanische Lieferungen auf Kreditbasis an die Sowjets ein, er leitete das Europäische Wiederaufbauprogramm des Marshall-Plans von der OECD in Paris aus und war zudem Gouverneur des Staates New York.

Mit den Gefolgsleuten seiner Familie, George Kennan und Charles Bohlen vom US-Außenministerium, bahnte er 1945/46 den Weg für Churchills Hinwendung zum »Kalten Krieg«. 1952 war er Harry Trumans bevorzugter Kandidat für die Nominierung zum amerikanischen Präsidenten. Harriman spielte 1951 eine Schlüsselrolle, als General Douglas MacArthur als Kommandeur in Japan und im Fernen Osten abgelöst wurde.

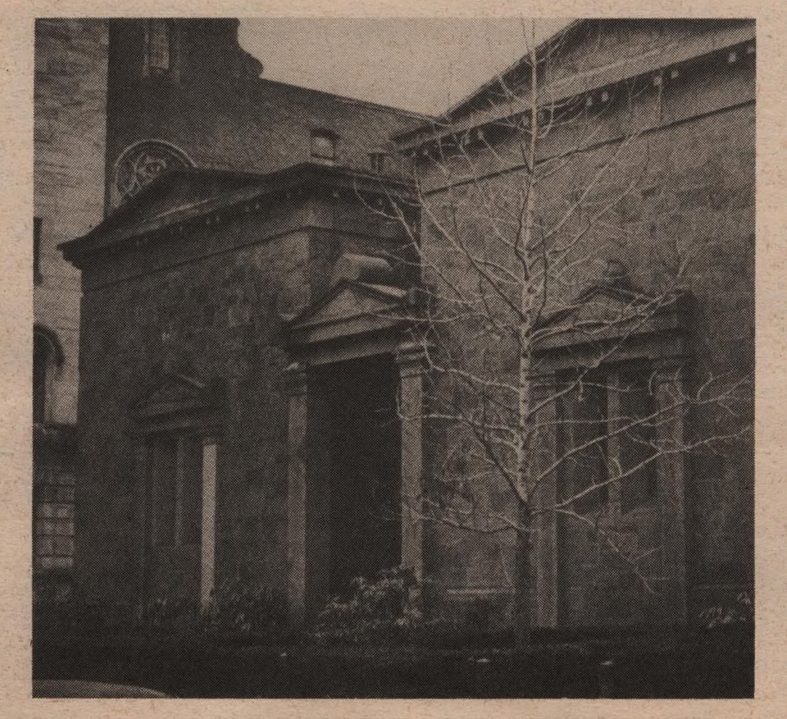
Später spielte er mit bei der Ermordung des südvietnamesischen Präsidenten Ngo Ding Diem und bei der Entfesselung des Vietnamkriegs. Harriman half bei der Vermittlung des Vertrags mit der Sowjetunion über die Begrenzung von Atomversuchen. Zuletzt war er mit Pamela Churchill verheiratet, der geschiedenen Frau von Winstons Sohn Randolph. Mit ihr zusammen kontrollierte er einen Flügel der Demokratischen Partei der USA.

George Bush besuchte die Philipps Academy in Andover, US-Bundesstaat Massachusetts, einem Vorort von Boston, eine exklusive Schule des Ostküstenestablishments, wo die Schüler auf das College vorbereitet werden. Später besuchte Bush die Universität Yale.

Die Loge Skull and Bones

Der politische Einfluß Yales geht von der berüchtigten geheimen Freimaurerloge Skull and Bones, auch als Russell Trust bekannt, aus. Unter den alljährlich 15 für Skull and Bones ausgewählten Doktoranden finden wir einflußreiche Persönlichkeiten des Ostküstenestablishments wie Oberst Henry Stimson, Mitglied einer republikanischen Regierung in den zwanziger Jahren, den Roosevelt später zum Kriegsminister des überparteilichen Kriegskabinetts im Zweiten Weltkrieg ernannte. Wir finden hier auch Averell Harriman, mehrere Mitglieder der Familie Taft, von denen einer 1908 amerikanischer Präsident wurde, und den früheren Direktor des Nationalen Sicherheitsrates der USA, Architekten des Vietnamkrieges und ehemaligen Sprecher des Establishments, Mc George Bundy vom Lovett-Clan in Boston.

Der Weg zu einer einflußreichen Position im amerikanischen Außenministerium und nach 1947 auch in den CIA führt auffallend häufig über Skull and Bones. Die Rituale und Zeremonien von Skull and Bones sind streng geheim, doch ist bekannt, daß sterbliche Überreste von Menschen dabei eine Rolle spielen.



George Bush ist Mitglied der berüchtigten geheimen Freimaurerloge Skull and Bones (Totenkopf) an der Yale-Universität.

Anläßlich des Jahrestages von Bushs Wahlsieg im November 1989 verglich ein Abgeordneter der Demokratischen Partei im amerikanischen Repräsentantenhaus das »emotionale Make-up« George Bushs mit der Werbung für ein beliebtes Müsli, die vor Jahren im amerikanischen Rundfunk und Fernsehen gesendet worden war. Das Müsli hieß Maypo, in den Werbespots trat immer ein Kind auf, das seiner Mutter zurief: »Ich will mein Maypo«. Der Abgeordnete verglich dieses Kind mit Präsident Bush.

Der Vergleich mit einem Müsli

Bushs hysterische und infantile Mentalität trat noch einmal nachhaltig auf einer Pressekonferenz im Dezember 1989 zutage, als die von Bush entsandten US-Streitkräfte noch vergeblich im Dschungel von Panama nach General Noriega suchten. Die Journalistin Sarah McLendon fragte Bush bei dieser Gelegenheit nach seinen zahlreichen Treffen mit Noriega, als dieser noch mit dem amerikanischen Geheimdienst zusammengearbeitet hatte. Statt zu antworten, droht Bush damit, keine weiteren Pressekonferenzen mehr abzuhalten. Das führte zu einer Nachfrage der UPI-Korrespondentin Helen Thomas, der Doyenne des Pressekorps des Weißen Hauses, ob diese Drohung ernst gemeint sei.

Bush ist von seiner eigenen Popularität besessen und zeigt sich angeblich doch überrascht, daß seine Umfrageergebnisse noch immer so hoch sind, wie die Zeitungen behaupten. Ihm ist wohl bewußt, daß er im Unterschied zu Reagan nicht mit der loyalen Unterstützung einer geschlossenen Bevölkerungsgruppe in den USA rechnen kann. Er hat furchtbare Angst, seine Popularität könne über Nacht schwinden, wenn eine ernste Krise ihn zu einer Kurskorrektur zwingt.

Bush hat niemals vergessen, daß man ihn während seiner Wahlkampagne 1988 als »Wimp« bezeichnete – ein amerikanischer Slangausdruck für einen impotenten Schwächling zweifelhafter Männlichkeit. Es ist unübersehbar, daß diese Bezeichnung einen wunden Punkt seiner Persönlichkeit traf. Bushs Mutter war eine hervorragende Sportlerin und bekannte Golfspielerin. Der junge Bush wollte die Mutter in sportlicher Hinsicht immer übertrumpfen. In der »Prep-School« und im College belegte er Sport, doch gehörte er in Yale zur Baseball-Mannschaft, was an und für sich ehrenvoll wäre, jedoch kaum spektakulär dort, wo sich alles um Football dreht.

Durch Pressekommentare aufgeschreckt, macht sich Bush erhebliche Gedanken über seine Körpersprache, besonders über einen unglücklichen Hang zu abrupten und nervösen Bewegungen der Arme und des Rumpfes. Einige Beobachter haben Bushs Körpersprache als Ausdruck eines latenten Komplexes unterdrückter Homosexualität interpretiert. Als Antwort auf dieses Problem haben Bushs Image- und Kleiderberater wie Lee Atwater vom Vorstand der Republikanischen Partei mit ihm die Kontrolle seines Gesichtsausdruckes und seiner Gesten geübt, um zu verhindern, daß die Körpersprache größeren Schaden an Bushs öffentlicher Person anrichtet.

Auch die Medien unternahmen große Anstrengungen, das Bild des »Wimp« abzubauen. Bushs Image im Wahlkampf orientierte sich weitgehend an dem »harten Burschen« Clint Eastwood. Bushs Hauptwahlaussage: »Lest von meinen Lippen ab – keine neuen Steuern« war die Abwandlung eines bekannten Satzes aus einem Film dieses Hollywood-Stars.

In seinen ersten Sommerferien nach der Amtseinführung 1989 in Kennebunkport sah man Bush fischen, Ball spielen, Jagen, Motorboot fahren, man sah, wie er angekleidet ins Wasser sprang und auch sonst Teddy Roosevelt nachzuahmen suchte. Um gewisse patrizierhafte Züge aus Bushs Sportprofil zu verbannen, richtete man im Weißen Haus einen Platz für volkstümliche Wurfspiele ein. Seine Hündin Millie mußte Junge werfen, um Bushs Image noch weiter aufzubessern und zu »vermenschlichen«. Jedes Detail dieser Art wird auf das Sorgfältigste von Werbefachleuten kalkuliert, um die öffentliche Stimmung zu beeinflussen.

Die Netzwerke, die Henry Kissinger als US-Außenminister schuf, geben noch heute in Washington den Ton an.

Im Laufe des Jahres 1990 wurde Bush zum Verwalter der größten wirtschaftlichen Depression, der größten Bankenpanik in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Nicht zuletzt waren es gerade die Kreise, denen Bush angehört, die die Voraussetzungen für diese wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe geschaffen haben. Der Wirtschaftszusammenbruch wird eine politische Instabilität hervorrufen, die die ursprünglichen Pläne der Regierung Bush durchkreuzt, die amerikanische Bevölkerung einem oligarchischen Joch zu unterwerfen.

Das erste Jahr des Regimes Bush läßt sich am besten so beschreiben: Bush, Thornburgh, Webster, Baker, Scowcroft und andere bilden einen repressiven Polizeistaat – in anderen Staaten oft auch als »bürokratisch-autoritäres« Regime bezeichnet. Ziel ist die Aufsplitterung des amerikanischen Volkes, so daß die Einführung der Politik des Establishments auf keine geeinte Opposition trifft.

Politische Passivität bei den Bürgern

Da das Regime Bush unfähig ist, durch Politik und Ideen zu regieren, muß das Land im wesentlichen durch polizeistaatliche Unterdrückung regiert werden. Anklagen, Schuldverhandlungen, Schnellverfahren, gelegentlich mysteriöse Todesfälle, Verschwinden oder öffentliche Diskreditierung und Ächtung politischer Gegner des Regimes durch die allgegenwärtigen elektronischen Medien – das sind die Werkzeuge, mit denen diese wahnwitzige Politik umgesetzt werden soll. Deshalb haben einige Beobachter das Regime Bush als Bonapartismus sui generis bezeichnet – kein Bonapartismus der Streitkräfte, der Polizei und Gerichte, sondern der Geheimdienste, geführt von einem Präsidenten, der Direktor des CIA war, und einem CIA-Direktor, der jahrelang Chef des FBI war.

Die Demokraten im US-Kongreß stellen für Bush kein Problem dar. Der Sprecher des Repräsentantenhauses Jim Wright, Demokrat aus Texas und nach dem Vizepräsidenten an zweiter Stelle in der Amtsnachfolge des Präsidenten, wurde zum Rücktritt gezwungen, nachdem ein Skandal über angebliche Unregelmäßigkeiten bei Nebeneinkünften aus einer Buchveröffentlichung bekannt geworden waren. Ähnliche Skandale trafen auch vormals einflußreiche Demokraten im Senat und ließen sie alle Macht verlieren.

George Bush

Der Kriegsherr der Banker

Die politische Passivität der amerikanischen Bevölkerung ist inzwischen legendär: Bestenfalls 35 bis 40 Prozent derjenigen Wahlberechtigten, die sich überhaupt registrieren ließen, gehen bei Kongreßwahlen zur Wahl, bei Wahlen zu den Bundesstaatsparlamenten oder Kommunalwahlen sind es oft weit weniger. So läßt sich die Illusion von freien Wahlen und einer demokratischen Regierung in den Vereinigten Staaten aufrechterhalten, obwohl oft die Zustimmung von allenfalls 15 bis 20 Prozent der Wahlberechtigten für eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreicht. Wie erklärt sich die Passivität der amerikanischen Bevölkerung in einer Nation, die die älteste geschriebene republikanische Verfassung der Welt besitzt?

Herrschaft durch politischen Mord

Die Antwort liegt in annähernd drei Jahrzehnten tiefer politischer Demoralisierung. In den letzten dreißig Jahren wurde eine politische Führungspersönlichkeit nach der anderen ermordet. Die Amerikaner mußten erleben, wie ihr Lebensstandard fortwährend sank; gleichzeitig ließen sie eine ungeheuere Medienkampagne über sich ergehen, daß man dagegen nichts tun könne. Die Bevölkerung duldete Angriffe auf den industriellen Fortschritt, die das Ziel haben, die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen. Die Amerikaner haben tatenlos zugesehen, wie die Bürgerrechtsbewegung, die Gewerkschaftsbewegung und selbst die Studentenbewegung zerschlagen wurden.

Der erste entscheidende Einschnitt war die Ermordung John F. Kennedys am 22. November 1963. Einmal abgesehen von seinen sicherlich auch vorhandenen Schwächen und Fehlern vertrat John F. Kennedy die besten und nobelsten Sehnsüchte Amerikas. Er war der Präsident der »New Frontier« und des Raumfahrtprogramms, einschließlich des Apollo-Programms, das erstmals einen Menschen auf den Mond brachte. Viele erkannten damals, daß Kennedy nicht von einem Einzeltäter ermordet wurde, sondern ein internationales Komplott dahinterstand, das die Zustimmung höchster Regierungsstellen genoß.

Alle Bemühungen des Bezirksstaatsanwaltes von New Orleans, James Garrison, die finsteren Machenschaften hinter dieser Operation zu entlarven, wurden vor den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit sabotiert und unterbunden, wozu auch der mysteriöse Tod zahlreicher Zeugen gehörte.

Nachdem dann Jack Ruby Kennedys Mörder Lee Harvard Oswald vor laufenden Fernsehkameras erschoß, konnte die »Warren-Kommission« unter dem Vorsitz des damaligen Obersten Verfassungsrichters der Vereinigten Staaten, Earl Warren, die phantastische Fiktion über die Vorgänge auf dem Dealy-Plaza in Dallas als vermeintliche Tatsache hinstellen. Der Untersuchungskommission gehörten auch der ehemalige Direktor des CIA, Allen Dulles, der spätere US-Präsident Gerald Ford und weitere herausragende Persönlichkeiten an. Die Sabotage der Ermittlungen Garrisons und fünf Jahre später, im Juni 1968, die Ermordung von John F. Kennedys Bruder Robert Kennedy verstärkten den Eindruck, daß hier eine finstere und gesetzlose Macht am Werk war, die der Gerechtigkeit spottete.

Am 4. April 1968 folgte die Ermordung des Bürgerrechtlers Martin Luther King. King wurde genau zu dem Zeitpunkt umgebracht, als er über die Forderung nach Bürgerrechten und gleichem Wahlrecht hinausging und wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle Amerikaner gleich welcher Hautfarbe forderte. Als James Earl Ray des Mordes an King überführt wurde, ignorierte man die Existenz einer »Get King«-Arbeitsgruppe, zu der der FBI-Direktor J. Edgar Hoover und andere Regierungsbeamte und Mitglieder des Establishments gehörten. Wieder einmal hatte mörderische Rechtlosigkeit triumphiert.

Einige Jahre vor King war der Führer der Black-Power-Bewegung, Malcolm X, ermordet worden. Später verschwand James Hoffa, der Vorsitzende der Teamster, der größten und politisch wichtigsten Gewerkschaft der Vereinigten Staaten. Man hat nie wieder von ihm gehört, seine Leiche wurde nie gefunden, kein Mörder wurde je überführt. Es war bekannt, daß seit den fünfziger Jahren eine »Get Hoffa«-Arbeitsgruppe auf der Ebene des FBI und des amerikanischen Justizministeriums existierte.

Die Verwilderung politischer Sitten

1972 wurde ein Mordanschlag auf den Gouverneur von Alabama und damaligen Präsidentschaftsbewerber der Demokratischen Partei, George Wallace, verübt, ein Südstaaten-Populist, dessen Beliebtheit sich aus seinen Attakken gegen die Politik des Ostküstenestablishments ergab. Der Mordanschlag beendete seinen Präsidentschaftswahlkampf und machte ihn zum Krüppel. Auch hier fand man einen »Einzeltäter«, der angeblich ganz allein für die Tat verantwortlich war. Für die amerikanische Bevölkerung bedeuteten diese und weitere Morde und Anschläge einen Alptraum politischer Gewalt und Rechtlosigkeit.

Diese Verwilderung politischer Sitten ging einher mit der Katastrophe des Vietnamkrieges. Die Planer des Ostküstenestablishments, die aus dem Koreakrieg und aus den Erfahrungen der französischen Kolonialpolitik nichts gelernt hatten, provozierten mutwillig einen unnötigen, völkermörderischen Angriffskrieg, der schließlich in einer katastrophalen Niederlage für die USA mündete, von der sich die amerikanischen Institutionen nicht wieder erholt haben. Eine Generation von Studenten und Jugendlichen protestierte mit Recht gegen diesen Krieg, endete dann aber in Ratlosigkeit und Verzweiflung. Es bedeutete auch das politische Ende der Demokratischen Partei, wie man sie bis dahin gekannt hatte.

Der Drogenmißbrauch, teilweise eingeschleppt aus Vietnam, wo ihn die Kommunisten als eine ihrer Waffen gegen die amerikanischen Streitkräfte einsetzten, wurde zur Keimzelle einer Krise, die die amerikanische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Die Vereinigten Staaten sind heute der größte Absatzmarkt illegaler Drogen, über 60 Prozent der Weltdrogenproduktion werden hier verbraucht. Damit einher geht eine Verbrechenswelle nie dagewesenen Ausmaßes. Wie die Süchtigen auf den Stoff ist das amerikanische Bankensystem auf die »Wäsche« der illegalen Gelder aus dem Drogengeschäft angewiesen. Doch davon ungerührt unterstützt das US-Außenministerium aktiv die Drogenexportländer China und Syrien, von der UdSSR ganz zu schweigen.

Auf Vietnam folgte der Watergate-Skandal, in dessen Verlauf das Präsidentenamt und andere Regierungsinstitutionen diskreditiert und gleichzeitig die noch verbliebenen vernünftigen Strömungen der Republikanischen Partei ausgeschaltet wurden. Das amerikanische Volk, das Nixon in dem bis dahin größten Erdrutschsieg seiner Geschichte ins Amt wählte, erfuhr von den Medien, daß es einen Kriminellen gewählt habe. Henry Kissinger erhielt eine einflußreiche Stellung, die er bis 1977 behielt. Die Netzwerke, die er damals schuf, geben bis heute im offiziellen Washington den Ton an. Nach Meinung vieler Beobachter arbeiteten die Medien, Teil der Administration und einige Mitglieder des Kongresses im Interesse eines kalten Putsches des Establishments gegen die Präsidenten.

Wahlen wurden zum bloßen Ritual

Mit Jimmy Carter schließlich zog ein Mann ins Weiße Haus ein, der gar nicht gewählt worden war, denn eigentlich hatte Gerald Ford die Wahlen gewonnen. Mit der synthetischen Figur des Erdnußfarmers im Präsidentensessel demonstrierte die Trilaterale Kommission vor aller Welt eindrucksvoll, daß die Macht keineswegs vom Volk ausgeht, sondern ganz im Ermessen einer kleinen Clique machthungriger Männer liegt. Die Wahlen wurden zum bloßen Ritual.

Gegen Ende der Administration Carter erschütterte der »Abscam-Brilab«-Skandal die Nation. Dabei handelte es sich um eine Operation des FBI, mißlie-

bige Volksvertreter auszuschalten. Prominentestes Opfer war Senator Harrison Williams aus New Jersey. Zweck dieser Operation war die Diskretierung des Kongresses, mit der Folge, daß dem Gesetzgeber nunmehr lediglich die Aufgabe zufiel, die Politik des FBI abzusegnen.
Diese Schrecken wurden durch die künstlich erzeugte Ölkrise der Jahre 1973 bis 1974 und 1979 verschärft, als die amerikanische Regierung unwillig war, sich dem internationalen Ölkartell, den Banken der Wall Street und der Londoner City zu widersetzen. Zur Durchsetzung astronomischer Preiserhöhungen sowie der Einführung des weltweiten Petrodollar-Recycling scheute man nicht davor zurück, einen Krieg im Nahen Osten vom Zaun zu brechen sowie über die Medien die Bevölkerung in Hysterie zu versetzen. Lange Autoschlangen vor Tankstellen und erste wirtschaftliche Erschütterungen waren die Vorboten eines sinkenden Lebensstandards.

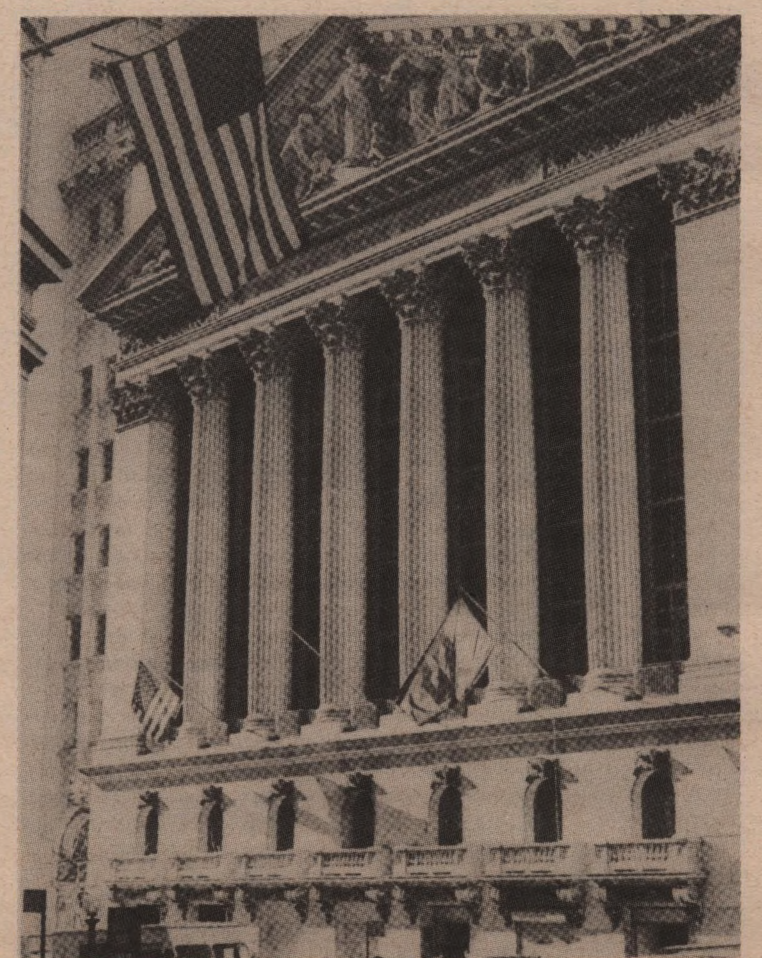
Zum ersten Mal seit der Erschließung Nordamerikas durch europäische Siedler Anfang und Mitte des 17. Jahrhunderts ist der Lebensstandard der jüngeren Generation, die heute im Berufsleben steht, deutlich und fühlbar niedriger als der ihrer Eltern. Ein eigenes Haus, traditionell eines der wichtigsten Ziele im Leben eines Amerikaners, ist heute für die Mehrzahl der jungen Familien unerschwinglich. Etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt in Armut und verfügt über ein Einkommen, das unter dem Existenzminimum liegt.
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung liegen, entgegen den Angaben der offiziellen Statistik, heute bei etwa 30 Prozent der potentiell Erwerbstätigen. Fünf bis sechs Millionen Menschen sind obdachlos und leben und sterben auf den Straßen oder in Obdachlosenasylen, wobei der stärkste Anstieg bei Familien mit kleinen Kindern zu verzeichnen ist. Unter diesen sich verschlechternden Bedingungen ist der Kampfgeist der Gewerkschaften durch faule Kompromisse der Gewerkschaftsfunktionäre und anhaltende Lohnkürzungen gelähmt worden. Reagans spektakulärer Kampf gegen die Fluglotsen Anfang der achtziger Jahre war der bisherige Höhepunkt, nicht der Beginn dieses Prozesses.

In den großen Städten entlang der Atlantikküste breiten sich die Slums, Armut und Drogensucht wie Krebsgeschwüre aus. Die Landwirtschaft ist auf betreiben der internationalen Getreidekartelle in den Bankrott getrieben worden. Die Getreidekartelle stehen den sieben Öl-Schwestern an Macht nicht im geringsten nach.

Die ehemalige Industrieregion der Großen Seen ist heute ein Schrotthaufen. Die drei größten Autohersteller sind in ernsten Schwierigkeiten, und George Bushs Gesetz für die Reinhaltung der Luft wird das endgültige Aus für viele große Industriebetriebe bedeuten.

Passivität und Demoralisierung

Der Aufschwung bei der Energie- und Computerindustrie und im Immobiliengeschäft, der sich vom Silicon Valley in Kalifornien bis Florida erstreckte, ist Konkursen, Betriebsschließungen, Massenentlassungen und der Krise der Spar- und Kreditkassen gewichen. Die Immobilienmärkte brechen zusammen, die großen Handelsbanken werden ihnen bald folgen. Die Makler an der Wall Street sind zahlungsunfähig. Um das Maß vollzumachen, verlangt Bush jetzt Einschnitte bei der Luftfahrt- und Verteidigungsindustrie, dem einzigen Industriezweig, der noch funktioniert.
Zu der Passivität und Demoralisierung, die durch politische Morde und deren Vertuschung, militärische Niederlagen, Staatsstreiche, wirtschaftlichen Niedergang und Niederlagen der Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen wurden, kommt jetzt ein weiterer Faktor: Das Scheitern und der Zusammenbruch der konservativen Bewegung um Präsident Reagan, die gegen das Establishment und sein Vorgehen protestierte und die Dinge wieder ins Lot bringen wollte. Was immer Reagans Absichten gewesen sein mögen, er scheiterte kläglich bei der Einhaltung seiner Versprechen aus seinen beiden Präsidentschaftswahlkämpfen.


Die Wall Street diktierte die verheerende Wirtschaftspolitik der Regierung Bush.

So hatte Reagan beispielsweise versprochen, Henry Kissinger werde nie wieder Einfluß auf das Weiße Haus ausüben. Trotzdem gab er ihm bereits in seiner ersten Amtszeit als Präsident den Vorsitz eines wichtigen Ausschusses für Mittelamerika und machte ihn zum Mitglied des Außenpolitischen Beraterstabes des Präsidenten (Presidential Foreign Intelligence Advisory Board, PFIAB).

Nachdem er in seiner Wahlkampagne das Establishment angegriffen hatte, das nach Ansicht vieler Amerikaner zu viele Zugeständnisse gegenüber Moskau machte, gab Reagan seine Angriffe gegen das »Reich des Bösen« aus dem Jahre 1981 auf und umarmte im Sommer 1988 Michail Gorbatschow auf dem Roten Platz. Reagan blieb der nette Onkel, aber er wurde seinen wichtigsten Absichten untreu.
Reagan hatte kein eigenes Wirtschaftsprogramm, was schon dadurch deutlich wurde, daß er Jimmy Carters Zentralbankchef, Paul Volcker, bis Mitte 1987 beibehielt.

Man kann geteilter Meinung über die konservative Bewegung Amerikas sein, die in den fünfziger und sechziger Jahren entstand. Tatsache ist, daß diese Bewegung, die 1964 Goldwater und 1968 und 1972 Wallace unterstützte, heute am Ende ist. Was immer ihre politischen Ideen und ihre Führer waren, sie haben nicht überdauert, und die verschiedenen konservativen, neokonservativen und anderen Strömungen sind der allgemeinen amerikanischen Passivität verfallen. Die »Bush-Männer« wurden zu den endgültigen Totengräbern der Reagan-Konservativen. Sie empfanden die Freundeskreise des ehemaligen Präsidenten in Kalifornien und anderswo als eine Bedrohung.

In den ersten Monaten des Jahres 1990, gut ein Jahr nach George Bushs Amtseinführung, hat das amerikanische Leben einen Tiefpunkt erreicht und alles deutet darauf hin, daß dieser Zustand vom liberalen Ostküstenestablishment noch weiter zementiert wird. Ist damit das »Ende der Geschichte« erreicht? Hat diese totale, irrationale Macht des Ostküstenestablishments in den Vereinigten Staaten den Endsieg davongetragen? □

Neue Welt-Ordnung

Planziel der Banker

John Springfield

»In der Politik geschieht nichts durch Zufall. Wenn sich etwas ereignet, dann können sie sicher sein, daß es so geplant war«, stellte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt fest.

Die USA werden heute von Leuten geführt, die als Mitglieder des sogenannten linksliberalen »Eastern Establishment« (Ostküsten-Establishment) bezeichnet werden, darunter einige der reichsten Banker der USA – zum Beispiel die Rockefeller, die Andreas, die Hammer und Hunderte mehr – und gewisse linksliberale Persönlichkeiten aus den Medien, dem Militär, den Universitäten und der Politik. Diese Gruppe dominiert beide politischen Parteien, die größten Banken und die multinationalen Unternehmen und betreibt die zwei führenden politischen Organisationen, das Council on Foreign Relations (CFR) und die »Trilaterale Kommission«.

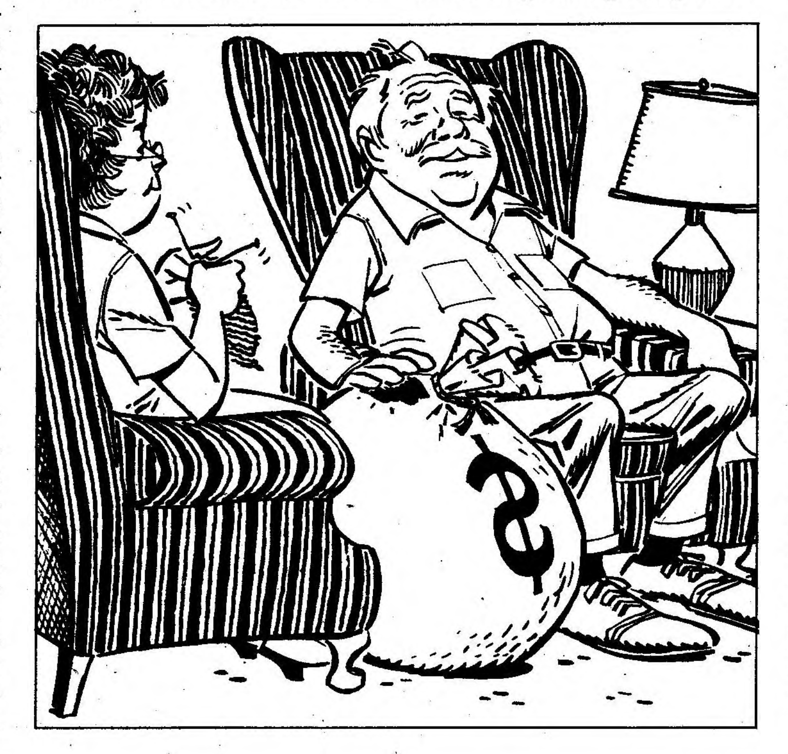
Mega-Profite für die Verbündeten

Diese Gruppe des amerikanischen Establishments hat seit den zwanziger Jahren die amerikanische Außenpolitik kontrolliert. Sie hängen eng mit den britischen »Fabian-Sozialisten« zusammen, den Bilderbergen, der Sozialistischen Internationale, dem Club of Rome und anderen Internationalisten-Gruppen, die für die »Eine-Welt-Regierung« arbeiten. Ihre Schlagworte für die neue Welt-Regierung heißen: »New World«, »New World Order«, »One World«.

Diese Gruppe hat die amerikanische Regierung unter Präsident Jimmy Carter vollständig dominiert, hat großen Einfluß auf die Regierung von Ronald Reagan gehabt und hat die Bush-Regierung vollständig unter Kontrolle. Der Aufbau von kommunistischen Regierungen wie etwa die Sowjetunion und die Volksrepublik China, als Schritte auf dem Weg zur »Ein-Welt-Regierung« und für Mega-Profite für ihre Verbündeten in der Welt der Banken und Multis, ist eine Art von Standard-Vorgehen dieser Gruppe.

Diese Leute glauben tatsächlich, daß die »gemeinsamen Interessen der USA und der Sowjetunion zusammengeschlossen werden können – genau wie irgendeine Fusion von Unternehmen –«, stellte Roman Gaither schon 1953 fest. Das ist der Grund, warum eine amerikanische Regierung nach der anderen ständig Milliarden von Dollar an Hilfe und High-Tech-Transfer in die kommunistischen Länder transferiert hat.

Tatsächlich haben diese Kreise, wie ihre bereits verstorbenen Kollegen, die Bolschewiken schon seit den Jahren vor 1917 finanziell unterstützt. Alexander Solschenitzin hat von diesen Leuten gesagt: »Da gibt es auch eine andere Gruppe von Helfern – auf den ersten Blick eher seltsam anmutend, ja überraschend – bei näherem Nachdenken aber klar begründet und leicht zu verstehen, das ist die Allianz zwischen unseren kommunistischen Führern und euren Kapitalisten.«



Die Vereinigten Staaten von Europa

Woodrow Wilson sagte von ihnen: »Es gibt da eine Macht, die so gut organisiert ist, so fein, so aufmerksam, so umfassend, so vollständig, so überzeugend, daß man gar nicht mehr Hochachtung haben kann.«

Diese Leute bestehen aus Sozialisten, die nicht nur mit Absicht sich für die Freiheit der Massen einsetzen, sondern die sich wohl fühlen würden, wenn sie das Big-Brother-System von George Orwell gemäß »1984« leiten könnten. Sie fördern massive sozialistische Gesetze in den USA; sie sind für ein Ende der finanziellen Privatsphäre und schließlich für eine »cashless-society«, und für eine Reihe von regionalen Regierungen in der Welt – wahrscheinlich drei –, die zur »New World Order« bis zur Jahrtausendwende führen sollen.

Die Vereinigten Staaten von Westeuropa sollen 1992 als eine dieser Regionalregierungen entstehen; der North American Common Market einschließlich Kanada, USA und Mexiko eine weitere. Die »Japanes-Pacific-Rim-Community« dann die dritte. Dies paßt nahtlos zur »Trilateral Group of North America, Europe and Japan« von Zbigniew Brzezinski. Seltsamer Zufall: Auch George Orwells »1984« hatte drei regionale Regierungen – Ozeania, Eurasia und Ostasia.

Das Konzept der Vereinigten Staaten von Westeuropa stammt vom französischen Sozialisten Jean Monnet, noch aus den Nachkriegsjahren. So wurde der Europäische Gemeinsame Markt geboren, verwandelte sich in die Europäische Gemeinschaft und wird 1992 zu den Vereinigten Staaten von Europa werden.

Diese wirtschaftliche Union ist dabei eine politische Union zu werden, getrieben und geleitet von Europas fanatischen Sozialisten und Ein-Weltlern. Dieses vereinigte Europa wird von Sozialisten regiert, für Sozialisten. Es wird als eine Art Quanten-Sprung vorwärts zur Welt-Regierung bis zum Ende der Dekade angesehen.

Gorbatschow ist der kontrollierende Partner

Präsident George Bush und seine Freunde aus dem Establishment möchten, daß die USA an dieser Vereinigung teilnehmen. US-Außenminister James Baker sagte in Berlin am 12. Dezember 1989: »Wir sind Europäer – wir wollen ein neues Europa auf der Basis des ›Atlantizismus‹ gründen.«

Die Linksliberalen des »Eastern Establishment« sehen die Teilnahme Amerikas als einen gigantischen Schritt vorwärts zur »New World Order«, von der Bush und seine Freunde schwärmen. Wenn die USA mitmachen, dürfte der Name wohl in Atlantische Gemeinschaft umgewandelt werden.

Gorbatschow und sein Politbüro möchten ebenfalls teilnehmen wegen all der wirtschaftlichen, finanziellen und High-Tech-Vorteile für die Sowjets, und natürlich auch wegen der Übermacht, die die Sowjets so über die Westeuropäer erhalten würden. Gorbatschow spricht immer wieder

von einem vereinten Europa von Wladiwostok bis zum Atlantik – »ein gemeinsames europäisches Haus für alle von uns«. Gorbatschow schwebt vor, der kontrollierende Partner in dieser neuen Achse zu werden.

Ein wieder vereinigtes Deutschland könnte mitmachen und das neu entstandene Europa wirtschaftlich dominieren. Danach könnte eine restrukturierte Sowjetunion sich anschließen und die übrigen dominieren. Gegen 1995 wird das gesamte Osteuropa und die Sowjetunion wahrscheinlich Mitglied dieser europäischen Union sein.

Die Länder im vereinten Europa werden einen Großteil ihrer nationalen Souveränität aufgeben. In Frankreich zum Beispiel hat der Übergang der Souveränität an Europa eine Situation geschaffen, in der 40 Prozent der Gesetze in Frankreich nun von Direktiven aus Brüssel stammen statt von der Nationalversammlung.
Nur Margaret Thatcher sieht die Gefahren und versucht Großbritannien herauszuhalten. Die britischen Sozialisten werden sie daher aller Wahrscheinlichkeit innerhalb der nächsten zwölf Monate aus dem Amt drängen.

Das Grün-Machen der Roten

Ganz Europa – nicht nur die Sowjetunion und der Ostblock – ist derzeit in einem Prozeß der Perestroika, der Restrukturierung. Der erste Schritt ist schon fast abgeschlossen mit der 1992 entstehenden neuen gemeinsamen Währung für die EG-Länder. Dann soll die schrittweise Aufgabe der nationalen Souveränität an das europäische Parlament folgen.

Die USA und die Sowjetunion werden eine Art von »Superpower«-Allianz eingehen, um als Welt-Polizist für die Erhaltung und Vergrößerung der »New World Order« einzutreten. Diesen Prozeß kann man das Grün-Machen der Roten nennen. Es wird ihre Teilnahme bei solchen Dingen einschließen wie den Schutz der Umwelt, den Krieg gegen Drogen und Terrorismus.
Die breiten Zielsetzungen dieser Zusammenarbeit hat Michael Gorbatschow in seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen im Dezember 1989 skizziert und sie wird Gestalt annehmen in neuen Verträgen, die die Rolle des Internationalen Gerichtshofes verstärken sollen.
Die Agenda für die »New World Order« ist ohne Zögern seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorwärts getrieben worden – ohne Unterbrechung in der Strategie und nur mit gelegentlichen taktischen Veränderungen. Die letzte Frage, die noch beantwortet werden muß, heißt: Ist das alles wirklich so schlecht?
Ja, weil im weiteren Verlauf wir mehr und mehr von unserer Freiheit verlieren und das meiste unseres Geldes. Wenn der Jahrzehnte alte Insider-Traum einer »Neuen Welt-Ordnung« näher und näher seiner Realisierung kommt, dann wird unsere persönliche Entscheidungsfreiheit eingeengt. Wir werden, wie Carroll Quigley in seinem Buch »Tragedy and Hope« schreibt, numeriert sein von der Geburt an und durch das ganze Leben begleitet werden. Es ist der Alptraum von George Orwell, der hier wahr wird. □

Banker-Journal

Bund bedient Altschulden des Deutschen Reiches

Die Bundesrepublik wird bald Zinsansprüche aus Anleihen des Deutschen Reiches bedienen und darüber Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren ausgeben, die rückwirkend vom 3. Oktober 1990 an mit drei Prozent jährlich zu verzinsen und nach fünf Freijahren mit zwei Prozent zu tilgen sind. Nach Angaben der Bundesschuldenverwaltung ist dies im Londoner Abkommen über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953 für den Fall der Wiedervereinigung vorgesehen.

Die Zinsrückstände aus den Jahren 1945 bis 1952 ergeben sich aus der Dawes-Anleihe (1924), der Young-Anleihe (1930) und der Zündholz- oder Kreuger-Anleihe (1930). Außerdem ist beabsichtigt, die von 1937 bis 1952 aufgelaufenen Zinsrückstände auf den beiden Preußischen Äußeren Anleihen von 1926 bis 1927 zu bedienen. □

Eurocheque wird unter die Lupe genommen

Im Jahr 1989 wurden 42 Millionen Eurocheques für einen Gesamtbetrag von über zwölf Milliarden DM ausgestellt, darunter 27 Millionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Seit 15 Jahren erfreut sich dieser Scheck als praktisches, garantiertes und nahezu überall akzeptiertes Zahlungsmittel wachsender Beliebtheit, so daß die EG-Kommission ohne Bedenken der Organisation »Eurocheque International« eine Freistellung von den strengen Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft erteilte. Die Arbeit von »Eurocheque International« beruht in der Tat auf Vereinbarungen, die im Prinzip nach den Römischen Verträgen nicht erlaubt sind. Aber wegen der vielen Vorteile kam eine Ausnahmereglung in Frage, zumal sie auch im EG-Vertrag vorgesehen ist.

Nun stellte die Kommission fest, daß es neben diesen Vorteilen auch Nachteile, insbesondere für die Benutzer gibt. Nach zahlreichen Ermahnungen schickte »Eurocheque International« eine Mitteilung über Beschwerdepunkte, daß die bereits abgelaufene Ausnahmeregelung nicht mehr erneuert werden könnte. Es sind vor allem fünf Aspekte, die bei der Brüsseler Behörde schwerwiegende Bedenken aufkommen lassen.

Zunächst ist es ein Mangel an Klarheit über die Kosten, die dem Benutzer bei grenzüberschreitenden Zahlungen berechnet werden. Ein zweiter Grund zur Klage sind die Änderungen der Richtlinie der Interbanken-Kommission, insbesondere die Berechung einer Mindestgebühr seit 1988. Dasselbe Problem stellt sich auch bei Bargeldabhebung an ausländischen Geldautomaten.

Der dritte Beschwerdepunkt ist darauf zurückzuführen, daß immer nur der Höchstsatz der Interbank-Gebühr dem Kunden in Rechnung gestellt wird. Außerdem sind die zu niedrigen Plafonds für die Garantie der Eurocheques – ca. 170 ECU (ein ECU gleich DM 2.06) – und für den gegenseitigen Ausgleich (Kompensation) innerhalb des Systems – 340 ECU – für den Verbraucher von Nachteil, denn bei Überschreiten dieser Plafonds wird der Eurocheque wie eine internationale Überweisung bewertet und mit entsprechend höheren Kommissionsgebühren belastet.

Ein letzter Klagepunkt betrifft insbesondere Frankreich, wo die Kommission gleich zweimal kassiert wird: vom Aussteller des Schecks und vom Empfänger. Die Vertretung der französischen Banken im Eurocheque-System, die »Groupement des Cartes Bancaires«, erhielt ebenfalls eine Klage der EG-Kommission.

So müssen die Banken einsehen, daß der europäische Verbraucher nicht willkürlich mit Gebühren belastet werden kann. Dies zumal die Kreditkarten, die Wechselgeschäfte zum günstigsten Kurs erlauben, eine ernstzunehmende Alternative sind und bald das Ende des Schecks einläuten könnten. Dies setzt aber voraus, daß die für das Kreditkartensystem Verantwortlichen ihre Koordinierung auf europäischer Ebene verbessern und den gegenseitigen Zugang zu den automatischen Netzen garantieren. □

Sowjets entdecken die Wirtschaftspolitik des Grafen Witte

Ein Aufruf zur Wiederbelebung der Wirtschafts- und Außenpolitik des Grafen Sergej Witte, Premierminister unter Zar Nikolaus II. um die Jahrhundertwende, erschien in der Juli-Ausgabe des Monatsblatts des sowjetischen Außenministeriums »International Affairs«. Darin wird vorgeschlagen, daß Wittes Entwicklungspolitik wiederbelebt werden sollte, verankert in Rußlands »gutem und verläßlichem Partner« Deutschland.

Der Aufruf erfolgte in Form eines Briefes: »Foreign Policy to Meet National Priorities« (»Außenpolitik muß nationalen Prioritäten entgegenkommen«), geschrieben von Juri Ilyin, dem stellvertretenden Direktor von International Politics at the Higher Party School (Weltpolitik an der höheren Parteischule) in Moskau.

Ilyin stellt fest: »Die alte europäische Ordnung ist zerbröckelt. Täuschen wir uns nicht: Die Nachkriegsregelung ist verschwunden und wird niemals zurückkehren. Man kann und muß vielleicht darüber reden, aber das ist, als wenn man versuchen wollte, an der heiligen Allianz und dem Versailles-System jener Tage festzuhalten... Daher müssen wir unsere Annäherung an die ›deutsche Frage‹ auf unsere langfristigen Interessen aufbauen.«

Ilyin versicherte, daß, als Rußland aufhörte auf Witte, der in der Revolution von 1905 gestürzt wurde, zu hören, dies zum Ersten Weltkrieg und zum Ruin Rußlands führte: »Rußlands Auseinandersetzung mit Deutschland im Ersten Weltkrieg hat sich als erstaunlich sinnlos erwiesen. Denn sie unterbrach einen dreißigjährigen Zyklus des schnellsten Wirtschaftswachstums der Welt. Nun, welchen Verlauf hätte die Weltgeschichte wohl genommen, wenn die Herrscher Rußlands dem weltgewandten und klugen Staatsmann Graf S. Y. Witte gefolgt wären, der zur Zeit der Jahrhundertwende eindringlich für 20 bis 25 Jahre völliger Ruhe in den auswärtigen Angelegenheiten Rußlands eintrat.«

Ilyin lobt Witte dafür, daß er nicht dazu bereit war, »für Großbritannien bei dessen Konfrontation mit Deutschland die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wenn Rußland sich aus der Entente herausgehalten hätte, dann hätte die Weltgeschichte einen völlig anderen Verlauf genommen. Jetzt haben wir wieder einmal eine ähnliche Schwelle in unseren Beziehungen mit Deutschland erreicht und Gott bewahre uns davor, die Kastanien für jemand anders aus dem Feuer zu holen. Daher ist es höchste Zeit, daß wir uns wieder auf die traditionellen Werte der russischen Außenpolitik besinnen... Ein vereintes Deutschland muß Rußlands guter und verläßlicher Partner sein. Wir sollten, wenn auch verspätet, die oben genannten Empfehlungen des Grafen Sergej Witte beherzigen.« □

Thailands Kra-Kanal-Projekt wird wiederbelebt

Ein in der »Bangkok Post« erschienener Artikel weist darauf hin, daß die Kampagne zum Bau eines Kanals durch Thailands Landzunge Kra hindurch, zur Entlastung des Ballungsgebietes in der Straße von Malakka, noch nicht tot ist. In dem Artikel, der von einem Mitglied der Studiengruppe »Kra Canal Project«, General Chaiyo Kra, verfaßt wurde, wird erklärt, warum der Kra-Kanal immer noch von wesentlicher Bedeutung ist, obwohl die Thai-Regierung mit ihrem ehrgeizigen alternativen Programm Southern Seaboard schnell voranschreitet.

Der General sagt, der Kra-Kanal sei das einzige Mittel, um den Lebenstandard des thailändischen Volkes, von dem 80 Prozent immer noch als »arm« eingestuft werden können, dramatisch zu verbessern. Der Verfasser führt aus, daß der Kanal eine große Anzahl von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen würde, und daß die Studiengruppe »die Errichtung von großen Industriekomplexen an beiden Seiten des Kanals zur Erzielung von Deviseneinnahmen ins Auge faßt«.

Der General betonte, daß wenn das Land seine Wirtschaftsentwicklung in der richtigen Weise vorantreibt, dieses Projekt dazu beitragen wird, die Stärke des Landes in anderen Bereichen zu festigen. Die Studiengruppe, so berichtet er, wird Meinungsumfragen für das Projekt organisieren, vor allem unter der Bevölkerung des südlichen Thailands, die am stärksten davon profitieren würde. Sie werde sich auch um Unterstützung für den Plan durch Politiker, Geschäftsleute und Akademiker sowohl in Thailand als auch in anderen Ländern, darunter in den USA, Japan und dem Nahen Osten, bemühen. □

UN zeichnen düsteres Bild der Dritten Welt

Die UN-Conference of Trade and Development sagte zum Abschluß ihrer Tagung in Paris eine wirtschaftliche Verschlechterung für die 41 ärmsten Länder der Welt voraus, eine Situation, die durch die jüngsten Ölpreiserhöhungen merklich verschlimmert worden sei.
Die UN-Organisation hat errechnet, daß diese ärmsten Länder, mit 70 Milliarden Dollar an Schulden, bis 1995 weitere elf Milliarden Dollar an Hilfeleistungen benötigen werden, um sie auf dem Weg der Erholung zu bringen, daß aber ein Ölpreis von 25 Dollar pro Barrel diese Summe auf mehr als 14 Milliarden Dollar erhöht.

Um ein Wachstumsniveau von fünf Prozent pro Jahr zu erreichen, brauchen diese Länder 36 Milliarden Dollar an Hilfeleistungen pro Jahr, oder das Dreifache des Betrages, den sie im vergangenen Jahr erhielten.

In dem Konferenzbericht wird festgestellt, daß nur wenige europäische Länder ihr feierliches Gelübde von 1981, 0,15 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Hilfe an die Dritte Welt bereitzustellen, eingehalten haben, während die meisten, darunter die USA und Japan, dahinterherhinken. Stattdessen machte die Gesamtsumme der Hilfe nur 0,09 Prozent des Bruttosozialproduktes aus, so daß die über das Jahrzehnt hinweg angestrebten Ziele um etwa 40 Milliarden Dollar unterschritten wurden.

»Wir dachten, daß sich die Dinge nach 1981 weitgehend verbessern würden, aber sie verschlimmern sich« sagte Yves Berthelot, stellvertretender Generalsekretär dieser UN-Organisation. »Es ist einfach nicht hinzunehmen, daß ein Zehntel der Weltbevölkerung ein Schattendasein führt.« □

USA kritisieren europäische Luft- und Raumfahrt

Ein neuer vom amerikanischen Handelsministerium in Auftrag gegebener Bericht besagt, daß die Airbus-Industrie – das europäische Konsortium von deutschen, französischen, spanischen und britischen Luft- und Raumfahrtgesellschaften zur Entwicklung und Bau von zivilen Passagiermaschinen mit fortschrittlicher Technologie – niemals gewinnbringend sein wird. Aber wenn europäische Regierungen sie weiterhin subventionieren, wird Airbus die amerikanischen Flugzeugbauer einen beträchtlichen Marktanteil und Gewinne kosten.

In der von Gellman Research Associates aus Jenkintown, Pennsylvania, erstellten Studie, wird festgestellt, daß die sich ansammelnden Schulden des Airbus-Konzerns gegenüber europäischen Regierungen von gegenwärtig 13 Milliarden Dollar bis 2008 auf 30 Milliarden Dollar ansteigen werden. Wenn Airbus gezwungen worden wäre, die 13 Milliarden Dollar zu handelsüblichen Zinssätzen zu borgen, dann hätte das Projekt 26 Milliarden Dollar gekostet, heißt es in der Studie.

Die Vereinigten Staaten haben verlangt, daß Airbus seine Gelder auf dem Finanzmarkt borgen soll, statt Regierungsgelder zu empfangen, die vielleicht gar nicht zurückgezahlt werden müssen. Sollten die Europäer sich dieser Forderung nicht beugen, drohen die Vereinigten Staaten mit einer förmlichen Klage vor einem besonderen Gremium der General Agreements of Tariffs and Trade (GATT) gegen die Subventionierungen, die Airbus vor internationalen Währungsschwankungen schützen.

»Werden Sie auf einen Experten an der Wall Street schauen, oder werden Sie mit einem Mitglied der französischen Nationalversammlung reden, um festzulegen, ob ein Projekt kommerziell lebensfähig ist?« fragte ein nicht namentlich genannter amerikanischer Regierungsvertreter das »Journal of Commerce«. □

Probleme mit weltweiter Wasserknappheit

»Achtzig Länder, die 40 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, leiden bereits an ernsthaftem Wassermangel«, wurde auf einer Konferenz von 115 Ländern, die sich die Global Consultation of Safe Water and Sanitation aus New Delhi berichtet. »Die Wasserknappheit nimmt rapide zu«, stellten die Teilnahmer dieser Konferenz fest.

1975 gab es bereits 19 Entwicklungsländer ohne ausreichende erneuerungsfähige Wasservorkommen. Bis zum Jahr 2000 werden zehn weitere Länder ebenfalls ohne ausreichende Wasserquellen sein, und um 2025 wird es nach »optimistischen Maßstäben gemessen« 37 Länder mit schwerwiegendem Wassermangel geben. Die World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation) berichtete, daß in diesem Jahr 1,2 Milliarden Menschen in der Dritten Welt ohne sichere Wasserversorgung sind 243 Millionen in städtischen Gebieten und 989 Millionen in ländlichen Gebieten. Es gibt Millionen weiterer Menschen, die Wasser nur sporadisch für ein paar Stunden pro Tag bekommen, darunter die Mittelklasse-Bezirke von Hauptstädten wie New Delhi.

Mehr als 1,7 Millionen Menschen in der Dritten Welt, meistens in Afrika und Südasien, haben keinerlei sanitäre Einrichtungen. □

Spanische Banken wollen Geldwäsche bekämpfen

Die Spanish Private Bankers Association (AEB) und die Spanish Savings Banks Confederation (CECA) haben sich auf einer in Madrid stattgefundenen Sitzung dazu bereit erklärt, gegen die Drogengeldwäsche vorzugehen. Zu den zu treffenden Maßnahmen gehört eine besondere Überwachung von Transaktionen aus Steuerparadiesen; Konten, die zu einem speziellen Zweck eröffnet werden, werden streng beobachtet; es dürfen keine Konten eröffnet werden oder Safes gemietet werden, ohne daß alle Unterzeichner der Bank bekannt sind; keine Abwicklungen über eine Million Peseten werden durchgeführt, ohne daß die betreffenden Personen sich ausgewiesen haben; die Banken werden ihre Kunden nicht über Überprüfungen ihrer Finanztätigkeiten durch Polizei und Behörden unterrichten, wenn diese mit organisiertem Verbrechen oder Drogen zusammenhängen.

»Alles, was wir jetzt brauchen, ist eine Schnüfflernase, weil es angesichts des Umfangs der Geschäftsabwicklungen nicht leicht sein wird, herauszufinden, wer sich verdächtig gemacht hat«, führte der CECA-Leiter Juan Posé Pinto vor der Presse aus.

Kurz nach der Sitzung trafen sich der spanische und der britische Innenminister in Madrid, vorgeblich um darüber zu diskutieren, daß Gibraltar, ein Steuerparadies, jede einzelne, der von der spanischen Banken vorgeschlagenen Maßnahmen, ablehnt. □

Auf der Hut vor dem neuen Freund des Westens

Mike Blair

Die meisten der einflußreichen Länder des sogenannten Westens halten die Sowjetunion unter Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow für einen neuen freundlichen Riesen und den Kalten Krieg der letzten viereinhalb Jahrzehnte für beendet. In den freien Ländern Skandinaviens werden die Absichten der Sowjets jedoch mit Skepsis betrachtet.

Die skandinavischen Länder, die bei einer Ost-West-Auseinandersetzung an der Frontlinie stehen würden, sind so skeptisch über die Sowjets, daß sie ihre militärische Kriegsbereitschaft erhöhen, nicht abbauen. Und dies geschieht nicht ohne guten Grund.

Die Furcht vor den Sowjets

Von den skandinavischen Ländern sind es vor allem die Finnen, die Schweden und die Norweger, die am meisten vor den Sowjets auf der Hut sind. Sie alle befürchten, daß die Sowjets zu einem Schlag gegen sie ausholen könnten, um sich die Herrschaft über die Ostsee zu sichern. Dies wäre ein besonders kritischer Punkt für die Sowjets, wenn sie schließlich durch die öffentliche Weltmeinung dazu gezwungen würden, die Herrschaft über die gefangen gehaltenen Nationen Litauen, Lettland und Estland aufzugeben und damit ihre Hauptstützpunkte an der Ostseeküste verlieren.

Die Sicherheit ihrer bedeutsamen Marineanlagen auf der Halbinsel Kola, die an Finnland und die Nordspitze Norwegens grenzt, ist für die Sowjets lebenswichtig.

Finnland und Schweden, beide Länder sind neutral wie die Schweiz; aber anders als die Schweiz, die ihre militärischen Streitkräfte aufgrund der scheinbaren Annäherung zwischen den Sowjets und den westlichen Demokratien abbaut. Finnland und Schweden sind besonders auf der Hut und haben gute Gründe dafür, den sowjetischen Absichten zu mißtrauen.

Im Falle Finnlands stellte ein westlicher Beobachter kürzlich fest, daß »die Finnen von sich sagen, daß sie keine Freunde haben«. Das kleine Land von nur fünf Millionen Einwohnern erinnert sich an 1939, als die Sowjets sich ohne Warnung über die finnischen Grenzen ergossen, unter dem Vorwand, am Ende des Ersten Weltkriegs Land verloren zu haben, als Finnland unabhängig wurde.

Die Finnen wehrten sich mit einer solchen Verbissenheit, daß der sowjetische Diktator Josef Stalin und die Lakaien des Kreml schockiert waren.

Auf den Winterkrieg eingerichtet, nutzten die klugen Finnen das Wetter und das stark bewaldete Terrain ihres Landes als mächtige Waffen aus. Sie brachten den sowjetischen Koloß zum Stillstand, zerschlugen ihn in Stücke und verzehrten dann die Stücke.

Am Ende verloren die tapferen finnischen Soldaten jedoch im Kampf einer gegen zehn das Gebiet, das die Sowjets unbedingt haben wollen.

Dann griffen sie 1941 als Verbündete der Deutschen die Sowjets erneut an.

Die Finnen verloren insgesamt 60000 Männer, aber die Sowjets verloren mehrere Hunderttausend. Sie gelobten nie wieder unvorbereitet in eine Falle gehen zu wollen.

Ein kleines aber mächtiges Land

Finnlands Berufsstreitkräfte sind durch einen Friedensvertrag mit den Sowjets, der nach Ende des Zweiten Weltkriegs unterzeichnet wurde, begrenzt. Dem Land wird eine Armee von nur 42000 Mann und 60 Kampfflugzeugen zugestanden. Nichtsdestoweniger haben die Finnen den Vertrag geschickt umgangen und sind nun auf einen totalen Krieg – gegen jeden – vorbereitet.

Dank eines bemerkenswerten Reservesystems können die Finnen 700000 weitere Kampftruppen in einer oder zwei Wochen mobilisieren. Weitere 400000 stehen für Hilfsdienste zur Verfügung.

Damit stünden 22 Prozent der Bevölkerung Finnlands, mehr als das Vierfache im Zweiten Weltkrieg, unter Waffen. Das wäre so, als hätten die Vereinigten Staaten 54,7 Millionen Männer unter Waffen.

Mit der gleichen erfolgreichen Taktik

Finnlands Küste wird von etwa 80 leichten Angriffs- und Patroullienschiffen geschützt, die sich im wesentlichen auf eine ausgeklügelte Elektronik stützen. Finnlands Großstädte und Luftstützpunkte werden durch ein System von Boden-Luft-Raketen und elektronisch gesteuerter Luftabwehr-Artillerie geschützt. Das ganze Land ist mit den modernsten Radaranlagen bedeckt. Die Finnen haben Luftschutzbunker, die etwa die Hälfte der Bevölkerung aufnehmen können.

Finnlands Hauptverteidigung ist jedoch seine Infanterie, seine Fußsoldaten. Ihre hauptsächliche Taktik nennt sich »motti« – Hinterhalt und Umzingelung.

Finnlands militärische Führer kalkulieren damit, daß ein Invasor gezwungen wäre, die wenigen engen Straßen zu benutzen, die sich durch die dichten finnischen Wälder winden. Längs dieser Straßen wäre der Feind den Gue-

Skier und Rentiere machten die finnische Infantrie im Krieg gegen die Sowjets sehr beweglich.

rilla-Streitkräften ausgesetzt, die auf Skiern heranfegen und den Feind in kleinen Abschnitten eingrenzen und vernichten würden.

Es ist genau die gleiche Taktik, die sie 1939 so erfolgreich gegen die Sowjets angewandt haben. Wenn die Sowjets das vergessen haben, die Finnen ganz bestimmt nicht.

Der Schlüssel zu Finnlands Verteidigung ist die Ausbildung. Das Land hat eine allgemeine Wehrpflicht. Junge Männer – Frauen sind ausgenommen – werden mit 19 Jahren eingezogen und müssen acht bis elf Monate dienen. Sie bleiben in der Reserve bis sie 60 Jahre alt sind. Annähernd 50000 Reservisten werden jedes Jahr zum Auffrischungslehrgang herangezogen.

Wie betrachten die Finnen ihre sowjetischen Nachbarn heute?

»Sie hassen die Russen, aber sie reden nicht darüber«, sagt ein ehemaliger westlicher Attaché in Helsinki.

Schweden als Ziel der Sowjets vorgesehen

Andererseits konnten sich die Schweden als Neutrale aus dem Zweiten Weltkrieg heraushalten. Nichtsdestoweniger verfügen sie über eine der mächtigsten und tüchtigsten Militäreinrichtungen in Europa, und sie sind davon überzeugt, daß sie von den Sowjets als Ziel vorgesehen sind.

Seit Jahren verletzen sowjetische Unterseeboote schwedische Küstengewässer, untersuchen die U-Boot-Abwehreinrichtungen des Landes und wagen sich in die vertraulichen Gewässer der schwedischen Marinestützpunkte hinein. Obwohl Aktivitäten des Kalten Krieges dieser Art anderswo nachgelassen haben, haben sie unter Gorbatschow in schwedischen und norwegischen Gewässern zugenommen.

Die Schweden sind davon überzeugt, daß das Eindringen sowjetischer U-Boote in ihre Gewässer irgendwie mit der sowjetischen Planung für den dritten Weltkrieg und damit verbundenen vorgesehenen Fällen zusammenhängt.

General Bengt Gustafsson, Oberkommandeur der schwedischen Streitkräfte, sagte, die Anwesenheit sowjetischer Unterseeboote in schwedischen Küstengewässern hänge in irgendeiner Weise mit der sowjetischen »Einsatzbereitschaft« zusammen.

»Sie tun dies, weil sie das schon sehr lange getan haben und weil keinerlei Risiko damit verbunden ist«, sagte Carl Bildt, Vorsitzender der schwedischen Gemäßigten Partei kürzlich im schwedischen Parlament, als er zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben aufrief.

Es geht um die Seewege in den Atlantik

Bildt sagt, er sei davon überzeugt, daß die Sowjets die Küstengewässer als Teil eines Planes verletzen, um sich im Falle eines Krieges die Oberhoheit über die Ostsee zu verschaffen. Aus einem Bericht der amerikanischen Rand Corporation geht hervor, daß die Sowjets mehr als 30mal pro Jahr eindringen.

Der Rand-Bericht warnt davor, daß die sowjetische militärische Strategie sich auf Grund des Zusammenbruchs des Warschauer Paktes jetzt mehr auf den Norden verläßt. Außerdem wird in dem Bericht festgestellt, daß die Sowjets ihre auf der Halbinsel Kola stationierten Atom-U-Boot-Streitkräfte schützen müssen. Um dies tun zu können, heißt es in dem Bericht, sind sie wahrscheinlich dabei, einen neuen Plan für unvorhergesehene Fälle auszuarbeiten, um Schweden und Norwegen zu annektieren, damit sie die Seewege in der Ostsee und im Nordatlantik in die Hand bekommen.

Sowohl schwedische als auch norwegische militärische Führer möchten, daß der Rand-Bericht sehr ernst genommen wird, und Norwegen als NATO-Mitglied versucht die anderen NATO-Länder zu warnen, den Sowjets nicht allzu rasch Vertrauen entgegenzubringen. □





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7.50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 78.– einschließlich 7% Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 78.– zuzüglich DM 15.– Versandtkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. Dezember 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Sowjetunion

Betrug durch den Bären

Peter Blackwood

Ist der Kommunismus wirklich tot? Ist der Kalte Krieg tatsächlich zu Ende? Ist Gorbatschow wirklich der große Mann des Friedens? Ist das sowjetische System tatsächlich in seinen letzten Zügen? Warum eigentlich haben amerikanische Politiker und Wirtschaftsführer für über 50 Jahre andauernd dem sowjetischen Imperium zu Wachstum und Expansion verholfen, obwohl die Sowjetführer sie mit dem Tod bedrohten? Die Antwort auf diese Fragen könnte die Zukunft der Menschheit für Generationen, wenn nicht für Jahrhunderte beeinflussen.

Was geschieht tatsächlich im Sowjet-Imperium? Es ist nicht dabei sich aufzulösen, wie die westliche Presse ständig uns einzuhämmern versucht. Vielmehr sind die Sowjets dabei, sich neu zu strukturieren, zu reorganisieren und noch mehr zu bewaffnen, für den endgültigen Stoß gegen den Westen, um in den nächsten fünf bis zehn Jahren die Weltherrschaft zu übernehmen. Der Kommunismus ist nicht tot, so lange wenigstens nicht, wie die Religion des Marxismus-Leninismus und der Traum von der Weltrevolution in den Köpfen der Kremlherrscher weiterlebt.

Hinter dem Lächeln sind Zähne aus Eisen

Gorbatschow ist nicht ein großer Mann des Friedens, noch ist der Kalte Krieg zu Ende. Solange wie der militärische Apparat der Sowjets weiter wächst zur großartigsten »Militär-Maschine«, die die Welt je gesehen hat. Und so lange wie die Sowjets fortfahren für jährlich 15 bis 20 Milliarden Dollar Waffen nach Angola, Mozambique, Libyen, Äthiopien, Afghanistan, Zentralamerika und den Philippinen zu senden, während gleichzeitig ein Dutzend »nationale Befreiungskriege« unter Feuer gehalten werden.

Michail Gorbatschow ist nicht der Reformer, noch im geheimen ein Liberaler, noch ein Christ, wie uns die westlichen Medien erzählen. Er ist der hardest-core Marxist-Leninist seit Lenin selbst, der Mann, von dem der frühere sowjetische Präsident Andrej Gromyko sagte: »Hinter dem Lächeln sind Zähne aus Eisen.«

In einer Rede vor russischen Studenten am 15. November 1989 sagte Gorbatschow: »Wir sind für Lenin, der lebendig ist ... Beim Aufbau unserer Zukunft basieren wir auf dem gigantischen intellektuellen und moralischen Potential der sozialistischen Idee in Verbindung mit der Theorie des Marxismus-Leninismus ... Wir erkennen keinen rationalen Grund, diesen spirituellen Reichtum des Marxismus aufzugeben.

Unsere Partei bleibt die Partei Lenins

Durch die Restrukturierung (Perestroika) wollen wir dem Sozialismus einen zweiten Anstoß geben und das ganze weite humanistische Potential des sozialistischen Systems in seinem ganzen Reichtum verfügbar machen.



Michail Gorbatschow ist nicht der Reformer, noch im geheimen ein Liberaler, hinter seinem Lächeln sind Zähne aus Eisen.

Um das zu erreichen, muß die Kommunistische Partei der Sowjetunion zu den Wurzeln und Prinzipien der bolschewistischen Revolution zurückkehren, zu den Ideen Lenins über den Aufbau einer neuen Gesellschaft ... Unsere Partei war und bleibt die Partei Lenins. Kurz, wir sind für einen Lenin, der lebendig ist ... Wir müssen die Antworten suchen geführt vom Geist des Leninismus, von der Art des Denkens bei Lenin und von der Methode der dialektischen Erkenntnis.«

Tönt das nach einem Mann, der dem Absterben des Kommunismus zusieht? Der Lenin, den Gorbatschow verehrt, sagte: »Wir schreiten vorwärts durch Rückzug«, »Wenn wir schwach sind, zeigen wir Stärke« und »Wenn wir stark sind, zeigen wir Schwäche«. Die alte dialektische Doktrin Lenins, nämlich zwei Schritte vorwärts zu gehen und dann einen zurück, um unsere Feinde zu verwirren, ist sicher eine Methode, die von seinem gelehrigen Schüler Gorbatschow heute angewendet wird. Die Getreuen nennen es den »wissenschaftlichen Sozialismus«. Natürlich hat Gorbatschow betont, daß er nicht beabsichtigt den Sozialismus zu beseitigen, sondern er will ihn erneuern, restrukturieren und stärken.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als wenn der kommunistische Block auseinanderfällt. Aber in Wirklichkeit hat die Sowjetunion die vollständige Kontrolle über den Liberalismus-Prozeß und folgte genauestens den Anweisungen eines vom KGB erarbeiteten Planes, erarbeitet von Yuri Andropow und dem KGB vor fast zehn Jahren.

Aber es gibt einen zweiten Plan, einen Plan, den die westlichen Sozialistenführer von Washington bis Bonn und Brüssel vorwärtstreiben. Und dieser Plan zielt ab auf eine Welt mit einer sozialistischen Regierung (New World Order) bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Dann sollen die wirtschaftlichen und politischen Interessen Amerikas, von West- und Ost-Europa, des Sowjetblocks und des Orient in einer gigantischen weltweiten sozialistischen Regierung oder Diktatur zusammengefaßt werden.

Die Sowjetische Strategie in Europa

Aber es gibt noch ein drittes Drehbuch, eines das schwerer zu definieren und zu beurteilen ist, das aber trotzdem immer mehr in den Vordergrund tritt. Das ist der

Plan der New-Age-Bewegung, ein okkultes, quasi übernatürliches Drehbuch für eine Weltregierung bis zum Jahr 2000. Alle – man kann auch von Verschwörungen sprechen – haben ein gemeinsames Zieldatum um das Jahr 2000 für ihre Art der Weltregierung. Alle drei laufen parallel, überlappen sich, kooperieren und fördern sich gegenseitig. Alle drei aber unterscheiden sich wesentlich, alle aber haben eine böse, übernatürliche und satanische Dynamik, die sie vorwärts treibt.

So wie der Stand der Dinge jetzt aussieht, sieht es so aus, als wenn eine Kombination der drei Konzepte beziehungsweise Verschwörungen für die Einwelt-Regierung sich schlußendlich, das heißt bis zum Ende des Jahrzehnts, durchsetzen wird.

Was heute in Europa geschieht, ist ein vor etwa zehn Jahren verfaßtes Konzept der Sowjets zur völligen Umwälzung des europäischen Schachbretts, um bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt zu Gunsten der Sowjetunion zu arrangieren. Einige der Schlüsselelemente in diesem Drehbuch sind:

Die Sowjetunion täuscht einen wirtschaftlichen Zusammenbruch vor. Die Sowjetunion ist in Wahrheit viel stärker als es dem Westen weiß gemacht wird, wie rasch eine genauere Analyse ihrer militärischen Stärke und Produktion, ihr Weltraum-Programm, ihre Öl-, Mineral- und Industrie-Produktion zeigen würden.

Die Sowjetführer haben einfach entschieden, den größten Teil ihres wirtschaftlichen Potentials in die militärische Stärke anstatt in normale wirtschaftliche Aktivitäten zu stecken. Die sowjetische und die westliche Presse beklagen einen Mangel an Seife und Toilettenpapier, während der Kreml gleichzeitig alle 37 Tage ein neues Multi-Milliarden Dollar teures Atom-U-Boot aus Titanium baut, das sich das amerikanische Verteidigungsministerium nicht leisten kann.

Rußland soll – so der Plan – den Kommunismus als tot erklären, den Kalten Krieg als beendet und eine neue Welle an Demokratie in der Sowjetunion und dem Ostblock entstehen lassen. Kommunistische Parteien im gesamten Sowjetblock sollen sich unschuldige Namen – zum Beispiel Sozialdemokraten – zulegen, reorganisiert werden und mit weniger bekannten Kommunisten an der Spitze. Auch soll die Geheimpolizei »öffentlich« aufgelöst, in Wirklichkeit aber umgetauft, reorganisiert und fortgesetzt werden.

Oppositionsgruppen soll erlaubt sein, sich auszudehnen, aber mit starker Infiltration von Kommunisten und der Geheimpolizei. Gefälschte Wahlen sollen mit starker Unterstützung der Medien abgehalten werden.

Der Name Kommunismus wird aus dem Politgeschehen verschwinden und ein Name ähnlich wie demokratischer Sozialismus soll angenommen werden.

Geheime Aufrüstung statt Abrüstung

Die Sowjets sollen – nach Plan – die spektakulärste Abrüstungskampagne, die die Welt je gesehen hat, starten, mit großen »öffentlich« vorgetragenen Konzessionen, mit Unterzeichnung des INF- und des START-Vertrages. Sodann sollen diese Verträge und alle früheren massiv gebrochen werden, während dies gleichzeitig geleugnet wird.

Wenn Deutschland wieder vereinigt ist, wird – gemäß dem Plan – die Sowjetunion große Anstrengungen unternehmen, um die Deutschen von ihren übrigen westlichen Nachbarn politisch, militärisch und psychologisch zu trennen.

Amerika soll dann – in der neuen Ära nach dem Kalten Krieg, nach dem Kommunismus, im neutralisierten Europa – dazu gebracht werden, daß es seine gesamten Truppen und Waffen aus Westeuropa zurückzieht. Pazifistische europäische Regierung und Bevölkerungen werden einen solchen Rückzug verlangen und linker sowie kommunistischer Druck in den europäischen und amerikanischen Medien und im amerikanischen Kongreß werden einen solchen Rückzug zum fait accompli machen. Tatsächlich hat der entsprechende Druck in dieser Richtung in Europa und in den USA schon begonnen.

Amerika und der Westen sollen – gemäß Plan – dann die »neu demokratisierten« osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion selbst finanziell massiv unterstützen. Amerika und Westeuropa werden eine Rechnung von 40 bis 50 Milliarden Dollar im Jahr übernehmen, was früher von den Sowjets aufgebracht werden mußte.

Direkte US-Finanzhilfe an die Sowjetunion ist bereits im amerikanischen Kongreß und von gewissen Vertretern des Establishments vorgeschlagen worden. Kredite der US-Banken, des IWF und der Weltbank beginnen schon nach der UdSSR zu fließen. In den nächsten fünf Jahren werden wohl über 100 Milliarden US-Dollar an Krediten und in Form von Wirtschaftsprojekten in die Sowjetunion fließen.

Man darf die Sowjets aber auch nicht technologisch unterschätzen. Niemals unterschätze den Feind! Sie gingen den USA in der Raumfahrt und in vielen Bereichen der Waffen-Technologie voraus. Sie bilden zehnmal so viele Wissenschaftler und Ingenieure aus als die USA. Die Sowjets hoffen in den neunziger Jahren einige wesentliche Durchbrüche in der Waffen-Technologie zu erreichen.

Mit Hilfe von High-Tech aus Japan, Europa und den USA werden im Bereich postnuklearer Waffen Produkte angestrebt, die das Schicksal des Westens ein und für alle mal besiegeln könnten. Die sowjetische Führung ist überzeugt davon, daß der Schlüssel zur Weltherrschaft im unbeschränkten Zugang zu westlicher Wissenschaft und Technologie liegt.

Das gemeinsame europäische Haus

Die NATO und der Warschauer Pakt sollen – laut Plan – schließlich aufgelöst werden und eine gesamt-europäische Sicherheitstruppe, bestehend aus den Armeen von Ost- und Westeuropa, soll gebildet werden. Natürlich soll Moskau der dominierende militärische Faktor im entmilitarisierten Europa sein. So soll die Finnlandisierung von Europa erreicht werden. Westeuropa soll vollständig nuklear-freie Zone in diesem Szenario werden.

Ost- und Westeuropa sollen in ein gemeinsames »europäisches Haus« umgebildet werden. Dieser Zusammenschluß soll zuerst wirtschaftlich und dann erst politisch erfolgen. Ein vereintes Europa soll neutralistisch, sozialistisch und schließlich finnlandisiert sein. Dieses Europa soll die USA wirtschaftlich und militärisch ausschließen. Die sowjetische Politik hat nie aufgehört, die USA – gewissermaßen ihr größter Gegner – aus Europa herauszutreiben und zu isolieren. Gorbatschow und dem KGB-Drehbuch schwebt eine große sozialistische Union von Wladiwostok bis zum Atlantik vor – unter der Vorherrschaft der Sowjetunion natürlich.

Die chinesische Bedrohung gegen den Südosten der Sowjetunion könnte durch Abschluß eines Sino-sowjetischen-Nichtangriffspakt ausgeglichen werden. Solch ein Vertrag wird gegenwärtig ausgehandelt und einzelne Vertragssegmente konnten schon unterzeichnet werden.

Wenn dann die West- und Ostflanke der Sowjetunion geschützt ist, die USA aus Europa vertrieben und zudem entwaffnet und demoralisiert sind, wäre die Sowjetunion frei, um militärisch in den Raum des Persischen Golfs vorzudringen, um die Ölfelder am Golf zu dominieren. Das ist ein Teil der Breschnew-Doktrin (1973), nämlich die zwei Schatzkammern zu besetzen, von denen die Existenz des Westens abhängt: Die Ölfelder rund um den Persischen Golf und die strategischen Mineral-Vorkommen im südlichen Afrika.

Südafrika könnte schon innerhalb von zwei bis drei Jahren und der Rest gegen Ende der neunziger Jahre in die Hände der Sowjets fallen. Wenn das geschieht, ist der Westen praktisch schachmatt gesetzt und die Defacto-Kapitulation – das würde dann jedoch »Anpassung« genannt werden – der USA und des Westens könnte aller Wahrscheinlichkeit nachfolgen. □



Europa-Journal

Cholera und Diphterie in der UdSSR

Die Sowjetunion wurde in Stawropol und Usbekistan von Ausbrüchen von Cholera und in Moskau von Diphterie heimgesucht, berichtet die sowjetische Presse. Während zwei Ausbrüche von Cholera, wie berichtet, unter Kontrolle gebracht wurden, wurde Ende August über einen Ausbruch von Cholera in Rostow am Don berichtet.

»Vremya« berichtete über den Ausbruch von Cholera in Stawropol Krai im Süden, einem Gebiet, das mit Tausenden von Flüchtlingen, speziell aus Zentralasien, überflutet worden ist. Eine Notstandskommission überwacht die Wasserversorgung und die Abwassereinrichtungen der Stadt. »Man hat den Verdacht, daß die Wasserverschmutzung auf heftige Regenfälle zurückzuführen ist und dadurch die Wasserleitungen in Unordnung gebracht wurden«, heißt es bei »Vremya«.

Der stellvertretende sowjetische Gesundheitsminister äußerte gegenüber der »Izvestia«, daß seit dem 30. Juli 1990 in Stawropol 114 Menschen ins Krankenhaus eingeliefert wurden, davon 49 mit Cholerasymptomen, darunter 14 Kinder. Elf der Opfer seien Syrer, die sich in der Sowjetunion auf Baustellen befinden und von denen man glaube, sie seien die Ursache der Krankheitsausbrüche.

Auch die »Prawda« berichtet über die Entdeckung von Cholera in Kattakurgan, Samarkand Oblast, Usbekistan. Im August verfügte der Präsident der usbekischen Sowjetrepublik eine Verbesserung der Trinkwasserversorgung für die ländliche Bevölkerung als oberste Priorität.

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass berichtet, daß Diphterie ausgebrochen sei und in Moskau acht Menschenleben gefordert habe, wo es 154 bekannte Fälle dieser Krankheit gebe, darunter 33 Kinder. Nikolai Filatow, ein Epidemiologe, führt die Krankheitsausbrüche auf die Knappheit von Wegwerf-Spritzen zurück. Die Menschen haben Angst vor Aids, daher legen sie keinen Wert auf Verhütungsspritzen für andere Krankheiten. □

Die Akten über die Lockerbie-Tragödie werden geschlossen

Die Absicht der Bush- und Thatcher-Regierung, mit Hafez al-Assads Syrien gegen den Irak zusammenzuarbeiten, wird über die Luftkatastrophe von Lockerbie von 1988 den Mantel des Schweigens decken, berichtet die englische Zeitung »Private Eye«. Die britische Regierung hatte einst öffentlich damit geprahlt, daß ihr bekannt sei, daß eine Bande von Nahost-Terroristen mit Stützpunkt in Syrien die Bombe gelegt hat, mit der die Düsenmaschine der Pan-Am in die Luft gesprengt wurde. Aber jetzt einigten sich Thatcher und Bush darauf, »über Lockerbie die Akten zu schließen«, und als ein britischer Minister versuchte eine öffentliche gerichtliche Untersuchung in Gang zu bringen, wurde er »schnell von Thatcher zurecht gewiesen«.

Wie die Zeitschrift berichtet, ist einer der Gründe für das »seltsame Schweigen« darin zu sehen, daß die syrischen Terroristen entweder bei westlichen Geheimdiensten in Dienst standen oder über zivile Luftlinien Drogen schmuggelten oder beides.

»Jetzt kommt jedoch noch eine neue Dimension hinzu, um das Schweigen zu erklären. Es ist nämlich bekannt, daß die wiederholt in Zeitungen genannte syrische Bande der syrischen Regierung nahesteht. Es ist die Strategie der britischen und amerikanischen Regierung am Golf, Iraks Saddam Hussein von allen anderen arabischen Führern zu isolieren, und in dieser Hinsicht ist Präsident Assad von Syrien ebenso wichtig wie zweideutig.«

Er kann nicht so leicht »zurecht gebogen werden, wie sagen wir einmal die saudische Monarchie oder Mubarak von Ägypten, und diplomatische Beziehungen mit ihm – die erst kürzlich abrupt abgebrochen wurden – müssen erst wieder hergestellt und gepflegt werden. Eine Folge davon ist, daß, wenn eine Untersuchung über den tödlichen Unfall in Schottland beginnt, die Familien der Opfer von Lockerbie noch frostiger im Dunkeln gehalten werden müssen.« □

Europa steht Wachstums-Zeitalter bevor

»Dieses Europa wird die übrige Welt hinter sich herziehen«, meint der italienische Außenminister Gianni de Michelis, Mit-Vorsitzender der Europäischen Gemeinschaft. »Ich bin fest davon überzeugt, daß wir es mit einem wirklich außergewöhnlichen Zeitalter des Wirtschaftswachstums zu tun haben, das wir lange nicht mehr erlebt haben. Ich scheue mich nicht zu sagen, daß das, was so eben begonnen hat, eine Art Belle époche Europas ist, die 15 bis 20 Jahre und länger dauern wird. Alle Voraussetzungen sind gegeben und in dieser Zeit könnte Europa jährlich um vier oder gar fünf Prozent wachsen. Das ist die doppelte Wachstumsrate, wie die für die Weltwirtschaft vorausgesehene.«

De Michelis hob hervor, daß »Deutschland die wahre Super-Lokomotive wird, die das übrige Europa hinter sich herzieht, mit Vorteilen für jedermann. Die Produktionsbasis Europas ist bereits enorm. Westeuropa zusammen mit dem Osten und einigen hervortretenden Länder im Mittelmeerraum wird eine Bevölkerung von über eine Milliarde Menschen haben, was einen Markt darstellt, der weit größer als der der USA ist. Dies ist eine geopolitische Revolution von wahrhaft epochemachenden Dimensionen.«

De Michelis schließt »Unfälle« nicht aus, die diese große Veränderungen stören könnten, gab sich jedoch zuversichtlich. »Wenn Amerika in eine Wirtschaftskrise fällt ... helfen wir der Wirtschaft der USA.« □

Katholische Zeitung kritisiert Prinz Philip

»Wie alle Grünen, haßt der Herzog von Edinburgh vor allem die Menschen, und er möchte, daß sie entweder verschwinden oder drastisch verringert werden«, schrieb Vittorio Missori in der Zeitung der italienischen katholischen Bischofskonferenz »Avvenire«. Missori ist ein angesehener Theolige und Historiker des Vatikans, der der Gruppe um Kardinal Ratzinger nahesteht.

Über Prinz Philip, den Präsidenten des World Wide Fund for Nature, schreibt Missori: »Der WWF, die mächtigste und reichste Organisation der Welt, wurde von Prinz Philip, dem Ehemann der britischen Königin, und von Prinz Bernhard der Niederlande ins Leben gerufen. Innerhalb seiner Führung befinden sich einige der bedeutsamsten Ölmagnaten, Industriellen und Banker auf dem Planeten. Prinz Philip ist eine sehr eigenartige Person, stand seit Jahren im Clinch mit Eduard Herzog von Kent, wobei es um den angesehendsten und einflußreichsten freimaurerischen Posten aller Kontinente ging, nämlich dem des Großmeisters der Großen Mutterloge von England. Nachdem der Herzog von Kent den Kampf gewonnen hatte, verband Philip, obwohl er immer noch ein hoher und aktiver Würdenträger des Freimaurertums blieb, dieses ›verdeckte‹ Engagement mit dem offeneren des WWF.«

Bezüglich Philips Haß auf die menschliche Rasse zitiert Missori dessen Erklärung gegenüber der deutschen Presseagentur dpa: »Wenn ich noch einmal geboren würde, dann möchte ich ein tödlicher Virus sein, um bei der Lösung des Problems der Überbevölkerung behilflich zu sein.«

Missori nimmt dazu wie folgt Stellung: »Der Prinz hat in der Tat wiederholt gesagt, daß das wahre ökologische Probleme in der Tatsache besteht, daß es in der Dritten Welt mehr Geburten als Todesfälle gibt.« □

Freimaurer-Logen breiten sich in ganz Osteuropa aus

Das Freimaurertum ist seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa im Aufstieg begriffen, heißt es in der katholischen Zeitschrift »30 Giorni«. »Werden wir jetzt, wo die Vision der Wiedereroberung Osteuropas durch das Christentum schnell dahinschwindet, bald die Verherrlichung der liberalen demokratischen Aufklärung erleben?«, wird in dem Artikel gefragt.

Nach diesem Bericht sind es die französischen Freimaurer, die »die Wiedereroberung des Ostens anführen«. »Aus Frankreich geben die Enkelkinder des aufgeklärten Voltaire euphorische Erklärungen gegenüber den Massenmedien ab, organisieren Konferenzen mit den Würdenträgern Osteuropas, bekunden in der Öffentlichkeit einen bemerkenswerten Aktivismus. Dies ist ungewöhnlich für eine Organisation, für die Geheimhaltung früher einer ihrer Stärken war.«

Das Journal hebt die Tätigkeit von Jean Robert Ragache, Großmeister des Groß-Orient von Paris, insbesondere dessen jüngste Reise in die Tschechoslowakei hervor, wo er vom Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten und dem Bürgermeister von Prag empfangen wurde. Zwei erlauchte Tschechoslowaken waren Freimaurer: Eduard Benesch, Präsident der Tschechoslowakischen Republik, der nach dem Münchener Abkommen von 1938 zurücktrat, und sein Vorgänger, Thomas G. Masaryk. □

Solschenizyn: Rußland wieder aufbauen

Ein Aufsatz mit der Überschrift »Wie wir Rußland wieder aufbauen müssen« aus der Feder des im Exil lebenden russischen Schriftstellers und Historikers Alexander Solschenizyn wurde in der in großer Auflage erscheinenden Tageszeitung der Jugend der KPdSU »Komsomolskaja Prawda« veröffentlicht. Solschenizyn malt darin ein erschütterndes Bild von Rußlands Selbstzerstörung und ruft das Land dazu auf, alle nicht-slawischen Republiken ihres Weges ziehen zu lassen und zu einer Nation der »Ostslawen« – der Russen, Ukrainer und Weißrussen – zu werden.

»Für den Kommunismus ist die Zeit zwar abgelaufen, aber sein Betongebäude ist noch nicht zusammengebrochen«, schreibt Solschenizyn. »Und es könnte passieren, daß wir, statt befreit zu werden, von seinen Trümmern plattgedrückt werden. Die Republiken können nicht mehr von der Loslösung abgehalten werden. Die Zentrifugalkräfte sind so stark, daß diese nicht mehr ohne Gewalt und Blutvergießen von ihrem Vorhaben abgebracht werden können. Und wenn das der Preis wäre, den wir dafür bezahlen müßten, dann sollten sie auch nicht davon abgehalten werden.«

»Wir haben uns selbst unseres früheren Wohlstands beraubt«, führt er fort. »Wir haben die Bauern als Gesellschaftsschicht mit samt ihren Dörfern kaputt gemacht. Wir haben unsere Erde und Gewässer verschmutzt. Wir haben unsere Frauen durch harte Arbeit verbraucht. Wir haben sie von ihren Kinder getrennt. Wir haben die Gesundheitspflege vergessen. Wir haben vergessen, was gesunde Ernährung ist. Millionen sind obdachlos, und wir halten nur an einer Sache fest: Wir befürchten, daß man uns das hemmungslose Trinken wegnehmen wird.« □

Kardinal Ratzinger zerschlägt die alten Strukturen der Kirche

Joseph Kardinal Ratzinger hat in mehreren kürzlich gehaltenen Ansprachen gegen die »alten« und »überflüssigen« Strukturen der katholischen Kirche gewettert. Er kritisierte auch die Kurie, die Kirchenverwaltung. Der Kardinal, ein Spitzenbeamter des Vatikans, ist Vorsitzender der Kongregation für Fragen des Glaubens.

»Die Kirche braucht immer menschliche Hilfsstrukturen, aber sie werden alt und laufen Gefahr, von dem abzulenken, was wirklich von wesentlicher Bedeutung ist. Aus diesem Grund müssen sie immer wieder entfernt werden, wie Strukturen, die halt überflüssig geworden sind«, sagte er vor der Jahresversammlung der Communione e Liberazione in Rimini.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz ging er noch weiter auf diesen Punkt ein: »Die Prüfung des Gewissens muß sich auch auf die Kurie erstrecken. Zum Beispiel, wieviele Ministerien sind wirklich erforderlich? Ich befürchte, daß die Leute vergessen, daß es das eigentliche Ziel der Kirche ist, in der Welt mildtätig zu wirken, so beschäftigt sind wir mit unseren Strukturen.«

Ratzinger griff auch die Einführung der »Demokratie« in der Kirche an: »Eine Kirche, die nur auf den Entscheidungen einer Mehrheit beruht, wird zu einer rein menschlichen Kirche. In den Glaubensbekenntnissen sind wir ›self-made‹, die Bedeutung des Wortes ›glauben‹ geht niemals über die Bedeutung ›wir denken‹ hinaus.« □

Papandreou sieht einen »heißen Krieg« zwischen Nord und Süd

Der ehemalige griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou, ein führender Kopf der Sozialistischen Internationale, steuerte in der »Hindustan Times« einen Kommentar bei, in dem er auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Nord und Süd hinwies.
»In wenigen kurzen Monaten ist der Friede nach dem Kalten Krieg zwischen Ost und West der neuen Gefahr eines Krieges zwischen Nord und Süd gewichen», schreibt Papandreou. Die Golfkrise entwickelt sich rasch zu einem solchen Konflikt, da ein allgemeiner Kampf zwischen dem Westen einerseits und dem arabischen Nationalismus sowie dem Islam andererseits zu einer »heißen Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd« werden könnte. Es besteht kein gangbarer Weg, einen Schießkrieg am Golf einzudämmen, da »die arabische Nation« im Falle eines Krieges mit den Vereinigten Staaten den Irak unterstützen würden, ungeachtet dessen, was arabische Führer derzeit von sich geben.
Papandreou behauptet, die allgemeine Ansicht in Europa tendiere dahin, daß Washington deswegen so intensiv am Golf aufmarschiert, weil die Gewalt über die Region und deren Öl den USA eine »strategische Hebelwirkung über weltpolitische Angelegenheiten« verleiht. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, stellt sich Europa gleichermaßen dagegen, daß der Irak oder die Vereinigten Staaten die Energieresourcen des Golfs beherrschen, da dies »einem Machtzentrum« zuviel Kontrolle in die Hand geben würde. »Die völlige Beherrschung des Golfs durch die USA würde den Amerikanern einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil über Europa einbringen«, versicherte Papandreou. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Vereinten Nationen die Golfkrise lösen müssen, nicht einseitig die USA. □

Havel ruft zu einem Sicherheitssystem im Nahen Osten auf

Der tschechoslowakische Staatspräsident Vaclaw Havel verurteilte in einem Interview in der französischen Tageszeitung »Libération« sowohl den »Expansionismus« des irakischen Präsidenten Saddam Hussein als auch die Gefahr des islamischen »Fundamentalismus«, der sich über der ganzen Region ausbreite, und rief zur Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems auf, um mit diesem Problem fertig zu werden. □

Sowjetunion

Im Westen Abrüstung – in Moskau Aufrüstung

Donald S. McAlvany

»Vorschläge für nukleare und konventionelle Abrüstung strömen von sowjetischen Stellen auf uns zu. Hoffen wir, daß sie doch zu etwas Gutem geraten. Auf der anderen Seite, die wirklichen Trends in der sowjetischen strategischen Nuklearaufrüstung – die Rüstung, die die USA direkt bedrohen – haben wenig oder keine Ähnlichkeit mit Michael Gorbatschows süßen Worten.« US-Generalmajor Henry Mohr.

Und der Oberkammandierende der NATO-Truppen in Europa, US-General James Galvin, formuliert es so: »Seit Gorbatschow an der Macht ist, haben die Sowjets mehr Panzer und Artillerie-Geschütze in Dienst genommen, als gegenwärtig in allen Armeen in Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland zusammen vorhanden sind.«

Die Rote Armee wird immer stärker

Die Sowjets hoffen, ihre Abrüstung werde die westliche Vorstellung von einer sowjetischen Bedrohung verringern, während sie gleichzeitig die Realität dieser Bedrohung vergrößern. Das stimmt überein mit Gorbatschows Aussagen, daß das Ziel seiner Glasnost darin besteht, die »Feinde der UdSSR zu eliminieren«.

Die sowjetische Militärmacht und Überlegenheit über die USA, die NATO und den gesamten Westen ist beachtenswert und nimmt noch zu, dies trotz aller Programme für Frieden, Abrüstung und dem angeblichen Tod des Kommunismus, Ende des Kalten Krieges und der Aufteilung des Sowjet-Imperiums. Heute ist die Rote Armee die stärkste und am besten mit modernen Waffen ausgerüstete Armee der Welt, eine Tatsache, die jeder höhere militärische Befehlshaber oder Nachrichten-Offizier in der Welt bestätigen kann.

Während die USA sechs Prozent des Bruttsozialproduktes jährlich für Verteidigung ausgeben und die westlichen Alliierten etwa die Hälfte davon, erreicht diese Zahl bei den Sowjets atemberaubende 18 Prozent.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Defense Intelligence Agency (DIA), des Nachrichtendienstes des amerikanischen Verteidigungsministeriums, stellt fest, daß die Sowjets mehr als 5,5 Millionen Mann unter Waffen haben – einschließlich 530000 interne Sicherheitstruppen – im Vergleich zu 2,1 Millionen Amerikaner. Einige Hunderttausend sowjetische Militärberater sind in Kuba, Libyen, Vietnam, Angola, Äthiopien, Nicaragua, Peru, Laos, Kambodscha, Indien, Afghanistan, Irak, Kuwait und in mindestens 14 Ländern in Afrika gemäß diesem Bericht stationiert. Der Bericht hält auch fest, daß die Sowjets 620 Nuklearbomber gegenüber 244 der USA besitzen – viele davon sind 30 Jahre alt, technisch überholte B-52 Bomber. Die Sowjets produzieren im Jahr 45 neue Bomber und 700 neue Kampfflugzeuge.

Die Sowjets setzen die rasche Einführung der SS-24, Eisenbahn-gestützte Raketen-Systeme, und die SS-25, Straßengestützte Raketen, fort. Im März 1990 schrieben die amerikanischen Senatoren Malcolm Wallop, Jesse Helms und Steve Symms an US-Präsident Bush und verlangten Antwort auf vier bedeutendere Verstöße der Sowjets gegen den INF-Vertrag.

Besorgte Senatoren schreiben dem Präsidenten

Außerdem verweigerten kürzlich die Sowjets während einer Dauer von drei Wochen den Amerikanern ihre vertraglich zugesicherten Inspektionsrechte in sowjetischen Raketen-Eisenbahnwaggons in der Votkinks-Raketenfabrik. Sie verweigerten auch den Einsatz des amerikanischen Röntgen-Verfahrens für Fracht. Die Bush-Regierung hat nur unter Zögern und auf Grund von direkter Befragung zugegeben, daß es bereits 300 technische und andere Verletzungen des INF-Abkommens durch die Sowjets seit 1988 gab.

Moskaus Aufrüstung der Marine beschleunigt sich weiterhin, mit vier großen, modernen; neuen Flugzeugträgern; 7000 Handelsschiffen – praktisch alle ausgerüstet für elektronische Spionage und andere militärische Verwendung –; eine Flotte von 450 U-Booten, die jetzt erweitert wird durch eine große Zahl von modernsten U-Booten der Typhoon- und Delta IV-Klasse und neuen Atom-U-Booten der Typen Akula und Sierra, die mit SSN-21 Samson Nuklear-Cruise-Missiles ausgerüstet sind.

Die Sowjet-Marine entwickelt gegenwärtig und wird sie in den neunziger Jahren einführen U-Boote, die über eine Meile tief, bei Geschwindigkeiten von 50 bis 100 Knoten tauchen können; hoch präzise Torpedos, die mit 200 bis 300 Knoten laufen; See gestützte Cruise-Missiles mit einer Reichweite von über 1600 nautischen Meilen; Luftabwehr-Raketen auf U-Booten; Senkrechtstarter und Lander auf U-Booten.

In den nächsten zehn bis 20 Jahren wird allgemein damit gerechnet, daß der U-Boot-Krieg die effektivste und gefährlichste Form des Krieges überhaupt sein wird, weil U-Boote so schwer zu entdecken und zu bekämpfen sind. Gegenwärtig besitzt die Sowjetunion über zwei Dutzend Atom-U-Boote, die vor der amerikanischen Ost- und Westküste und im Golf von Mexiko im Einsatz stehen, mit Atomraketen, die auf größere amerikanische Städte und militärische Einrichtungen gerichtet sind.

Jede sowjetische Abrüstung bei der Marine, die tatsächlch stattfindet, betrifft jedoch nur alte und überholte Kriegsschiffe, die keinen militärischen Wert mehr besitzen, wie etwa die Kreuzer der Swerdlow-Klasse, Begleitschiffe mit Kotlen- und Kanen-Raketen, Fregatten der Riga-Klasse und U-Boote vom Typ November, Hotel und Whiskey.

Nur die alten Panzer werden abgerüstet

Obwohl die USA unter der Reagan-Administration nur 50 neue ICBM-Raketen produzierten, brachten die Sowjets gleich drei neue Klassen von Raketen heraus: 10 SS-24 mit je zehn Sprengköpfen; 130 SS-25 und eine große Zahl von vertragswidrigen SS-26.

Die Sowjets sind dem Westen weit voraus in der Raumfahrt, mit zwei Raumstationen, während die USA noch Jahre von der ersten entfernt sind.

Die US-Militärausgaben haben seit 1985 um 16 Prozent abgenommen. In der gleichen Zeit erhöhten die Sowjets ihre Ausgaben um 25 Prozent, mit besonderem Gewicht auf neue Waffentypen.

Die sowjetische Produktion von neuen Hochleistungs-Kampfpanzern, T-80 mit Granaten abweisender Panzerung, erreicht derzeit 3500 Stück im Jahr – zu dem Vorsprung von bereits 50000 Panzern, den die Sowjets über die USA erreichen.

General Walter Walker, früherer NATO-Befehlshaber für Nordeuropa, heute US-Botschafter in Bonn, meinte kürzlich: »Die Sowjetunion verfügt nun über die modernsten Panzer und diese sind so gut gepanzert, daß sie praktisch unzerstörbar sind. Die Panzer der NATO haben nicht genug Feuerkraft, um die Panzerung des T-80 zu durchschießen. Natürlich kann Gorbatschow es sich erlauben, massive Abrü-

stung bei der Anzahl überholter Panzer des Warschauer-Pakt zu machen, denn er ist immer noch mit einer modernen Panzerwaffe ausgerüstet, die der NATO weit überlegen ist.«

Seltsame sowjetische Militär-Aktivitäten

Für eine friedliebende Supermacht in der Ära nach dem Kalten Krieg beschleunigen die Sowjets einige sehr seltsam und ominös anmutende militärische Maßnahmen. Auf der Kola-Halbinsel haben die Sowjets 446 Marine-Flugzeuge stationiert; 212 Übersee-Kriegsschiffe; 142 U-Boote; eine Marine-Spetsnaz-Brigade; eine Marine-Infanterie-Brigade; zwei motorisierte Schützen-Divisionen; 22 Flugplätze; zwei strategische Basen für Nuklear-Bomber; 18 Flugfelder; neun Armee-Basen; neun U-Boot-Basen; ein Komplex für Kurzstrecken-Atomraketen.

Diesem sowjetischen Aufmarsch stehen 500 norwegische Grenzwächter gegenüber. Norwegen verweigert die Stationierung von NATO-Truppen auf seinem Gebiet. Im Kriegsfall können die Sowjets innerhalb von 48 Stunden die ganze skandinavische Halbinsel hinunterfegen und so Westeuropa vollständig ausflankieren.

Großes Interesse an Alaska

Sowjetische Militär-Aktivitäten in und um Alaska herum haben in den vergangenen zwei Jahren ebenfalls dramatisch zugenommen, mit einer großen Fülle von Beweisen für zahlreiche Spetsnaz-Landungen in Alaska selbst. General Thomas McInerney, Befehlshaber des Alaska Air Command, wurde zitiert, daß 1987 im Luftraum von Alaska 56 sowjetische Flugzeuge abgefangen wurden, wobei die Anzahl für 1988 und 1989 nochmals stark zugenommen habe.
US-Generalleutnant Jimmie V. Adams, Vizekommandant des US-Tactical Air Command, stellte fest: »Wir erwarten, daß bis 1995 die Bedrohung durch Cruise Missiles – in der Nähe von Alaska – auf 1000 Raketen und auf 150 Bomber anwächst.«

Die Sowjets zeigen derzeit ein großes Interesse an Alaska. Dieser dünn besiedelte Staat – Bevölkerung unter 400000 – liegt strategisch nur wenige Meilen von Sibirien und den sowjetischen Hauptgebieten entfernt. Dutzende von sowjetischen Delegationen für Wirtschaft, Erziehung, Kultur und Politik haben Alaska in den letzten drei Jahren besucht. Auch die sowjetische Spionage in Alaska hat dramatisch zugenommen. Aeroflot-Flugzeuge landen periodisch in Anchorage. Wenn die Sowjets jemals die USA angreifen sollten, dann werden sie zuerst Alaska besetzen. Eine Handvoll von Spetsnaz-Teams könnte dies ohne Probleme erledigen.

Vor etwa zwei Jahren führte Sowjetmarschall Sergeji Akhramreyev einen simulierten Raketenangriff auf Pearl Harbor und auf Hickam Field in Hawaii, indem er seine SS-26 Rakete, die 20 Sprengköpfe tragen kann, auf einen Punkt 220 Meilen nördlich der westlichen Hawaii-Inseln abfeuerte. US-Behörden faßten dies als Hinweis der Sowjets auf, daß sie jederzeit die US-Basen im Pazifik zerstören können.
Andernorts im westlichen Pazifik ersetzen die Sowjets ihre älteren TU-16 Bomber und MiG-23 von Cam Ranh Bay in Vietnam mit neueren Hochleistungs Bombern vom Typ Backfire, Bear F Mod III, SU-27 Flanker und MiG-29 Fulcrum fighters.

Waffen für die kommunistischen Freunde

Es ist äußerst befremdend, daß in einer Zeit, wo der Kommunismus »angeblich« tot sei, wo der Kalte Krieg »angeblich« auch tot sei, und wo »angeblich« die Sowjetunion bankrott sei, daß dann die Sowjets jährlich militärische Hilfsgüter – Gesamtwert über 15,5 Milliarden Dollar – für vier Milliarden Dollar nach Afghanistan, für 2,5 Milliarden Dollar nach Vietnam, für sechs Millarden nach Kuba, für 1,5 Milliarden nach Angola und für eine Milliarde nach Nicaragua (gemäß Angaben von US-Senator Orrin Hatch) liefern.

Hatch, ein Mitglied des Nachrichtendienst-Komitees des US-Senats, erinnerte kürzlich daran, daß weitere Milliarden Dollar in sowjetischen Waffen einschließlich modernste MiG-29, Hind-24 Helikopter-Gunships, Mi-17 Truppentransport-Helikopter, eine Myriade von SAM-Raketen, SCUD-Raketen, Panzern, gepanzerten Fahrzeugen und Kleinwaffen an die Alliierten der Sowjets in Kambodscha, Mozambique, El Salvador, Äthiopien, Syrien, Libyen, Nordkorea und an eine Reihe von kommunistischen Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt gehen.

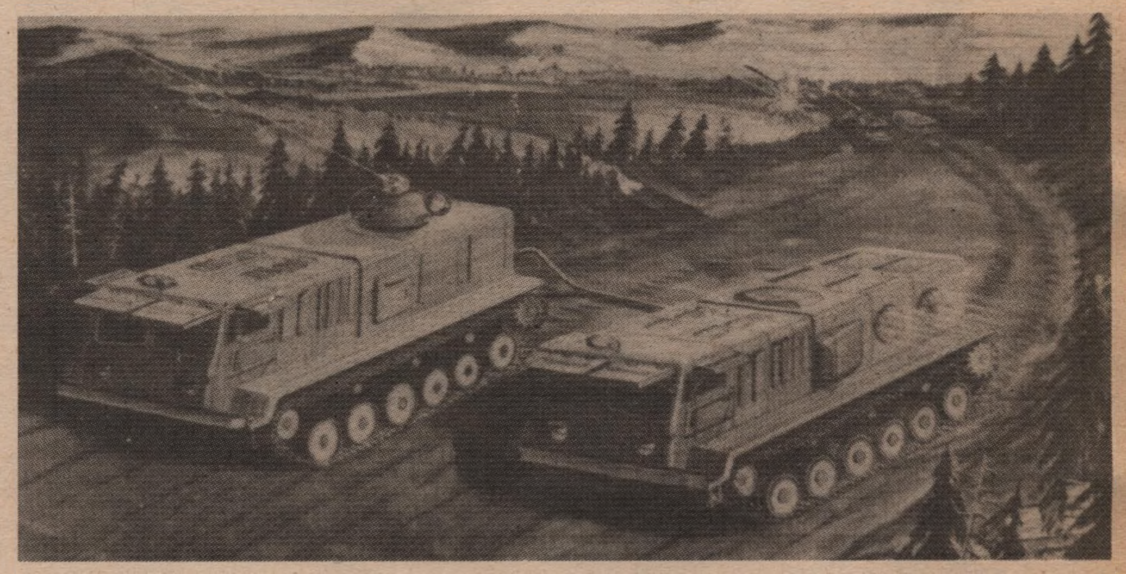
Wo bleibt der sowjetische Stahl?

Schon 1959 wunderte sich der damalige US-Senator John F. Kennedy über die Diskrepanz zwischen der sowjetischen Stahlerzeugung und der kleinen Menge an Stahl, der für Autos und andere Konsumgüter verwendet wird. Kennedy folgerte, daß der Löwenanteil des Stahls – wohl über 90 Prozent – in die Waffenproduktion gehe, das war zu einer Zeit, als weniger als ein Prozent der US-Stahl-Erzeugung für Waffen verwendet wurde.

1989 produzierten die Sowjets 160 Millionen metrische Tonnen Stahl – mehr als das Dreifache der Produktion von Ende der fünfziger Jahre –, aber sie stellten nur 1217000 Autos her – weniger als fünf Prozent der gesamten sowjetischen Stahlerzeugung.

Der westliche Abrüstungswahn

Andere Konsumgüter und Neubauten – so wird geschätzt – benötigten höchstens weitere fünf Prozent der Stahlerzeugung. Frage: Was geschieht mit dem Rest der sowjetischen Stahlerzeugung – also etwa 144 Millionen metrische Tonnen jährlich –? Antwort: Die gehen in den Bau der größten Militärmaschine, die die Welt je gesehen hat.



Dieses sowjetische Lasergeschütz wird in keinem Abrüstungsvertrag bis heute erwähnt.

»Perestroika und die Modernisierung der sowjetischen Technologie unter dem neuen ökonomischen Denken und freierer Ost-West-Handel werden mithelfen, die militärische Macht unseres Landes zu vergrößern und die sowjetischen Abrüstungsvorschläge dienen als Mittel zur Entwaffnung des militärisch-industriellen Komplexes der NATO.« General Wladimir Kryuchkow, Chef des KGB, im November 1989.
Die wichtigste Zielsetzung der

Sowjetunion

Im Westen Abrüstung – in Moskau Aufrüstung

gegenwärtigen Glasnost-Perestroika-Desinformations-Kampagne, die von Gorbatschow und den Kreml-Führern ausgeht, ist die Neutralisierung der NATO, der Rückzug der US-Truppen und Waffen aus Europa und der Kollaps von Westeuropa in Neutralität und schließlich die Entwaffnung von Amerika und dem Westen.

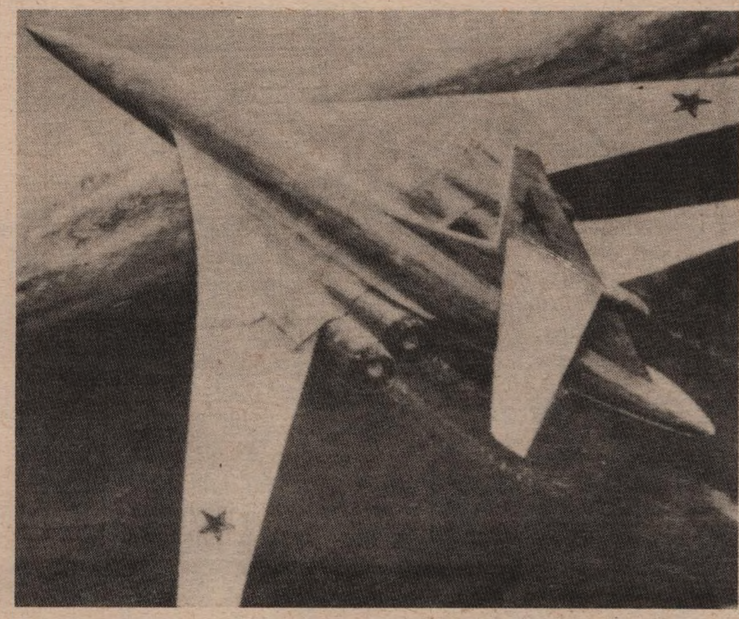
Die Sowjets haben vorgeschlagen, ihre Truppen bis auf 195000 Mann aus Europa abzuziehen. Aber selbst wenn sie alle abziehen würden, sie sind nur einige hundert Kilometer entfernt und könnten in weniger als 48 Stunden zurück sein. Anders die zurückgezogenen US-Truppen, sie sind jenseits des Atlantiks, mit einem großen Teil der 450 sowjetischen U-Boote und der starken Nord-Flotte hinter der Kola-Halbinsel, die bereit sind, sie aufzuhalten.

Mitte März 1990 verwies der NATO-Befehlshaber für Zentraleuropa auf die Veränderungen in Osteuropa und strich Manöver, die gegen Ende März hätten stattfinden sollen. Im März empfahl Island, eines der wichtigsten Marine-Mitglieder der NATO, die Marine-Abrüstung voranzutreiben, und der Premierminister bestätigte, daß auch andere NATO-Mitglieder die Marine-Abrüstung gern sehen würden.

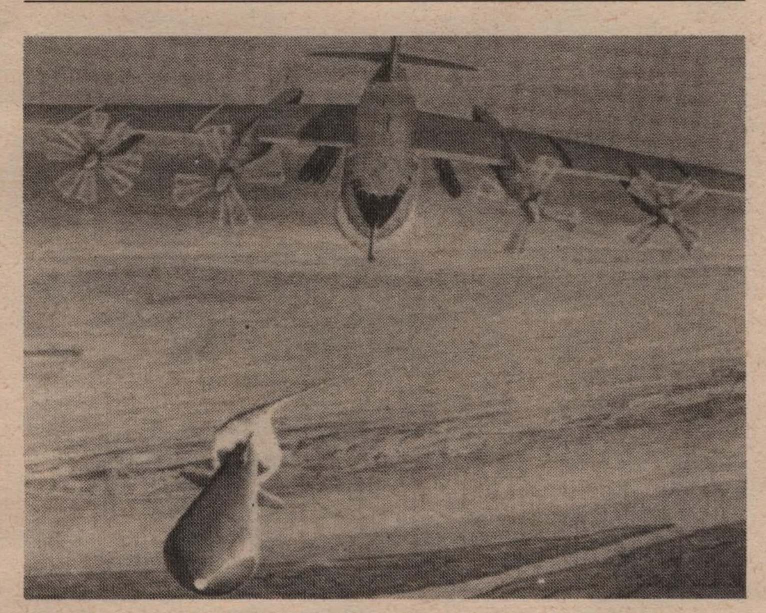
US-Kommunisten machen mobil

Im Februar schlug Präsident Bush den Abzug von 105000 US-Truppen aus Europa vor und im März 1990 regte der neue tschechische Präsident Vaclav Havel an, daß NATO und Warschauer-Pakt durch ein neues System gegenseitiger gemeinsamer oder kollektiver Sicherheit ersetzt werden sollten, indem die militärischen Kräfte der NATO und des Warschauer-Paktes in eine große gesamteuropäische Streitmacht zusammengeschlossen würden.

In der Zwischenzeit ziehen die Kommunistische Partei der USA und ihre Dutzenden angeschlossenen Frontorganisationen auf eine intensive Propaganda-Kampagne, daß Amerika seine Truppen und Waffenarsenal drastisch reduzieren soll. Das alles, so heißt es, wegen des »Tod des Kommunismus«, des »Ende des Kalten Krieges« und der »Demokratie in Osteuropa«. Die Kampagne zeigt Wirkung in den linken US-Medien des Establishments und unter den Linksliberalen im amerikanischen Kongreß. Gus Hall, der Generalsekretär der CPUSA (Communist Party of the USA), hat betont, daß die Partei heute größeren Einfluß denn je in der Geschichte hat, weil sie die Amerikaner überzeugt, daß die Sowjetunion nicht mehr länger eine Bedrohung ist. In ihrer offiziellen Publikation nennt sie sich selbst die »interne Kraft« und den »internen Sektor« der Weltrevolution. Die Propaganda ist angefüllt mit Aufrufen zur »ökonomischen Konversion« (Bekehrung), das sind ihre Worte für die »Friedens-Dividende«, die an Bedeutung gewinnt in der öffentlichen Meinung.



Der strategische sowjetische Bomber der neuen Generation mit dem Spitznamen »Blackjack«.



Bear-H, eine aktualisierte Version des TU-95, gehört zur jüngsten Generation sowjetischer Bomber, die mit den neuen AS-15 Marschflugkörpern bestückt sind.

Im Dezember 1989 behauptete die linke Umwelt- und Friedensorganisation Greenpeace, daß aufgrund ihnen zugegangener Daten – gemäß dem amerikanischen Gesetz über die Freiheit der Information – die US-Marine ihr taktisches Nuklearwaffen-Arsenal während der vergangenen zwei Jahre um ein Drittel reduziert habe, und daß die Marine die Überwasserschiffe auf den zahlenmäßig niedrigsten Stand seit 1950 reduziert habe – wobei die Schiffe mit Einrichtungen zum Abschuß von Nuklearwaffen von 187 auf 49 gesunken seien. Der Sprecher von Greenpeace folgerte daraus, daß während die Sowjetunion von Abrüstung spricht, die USA tatsächlich abrüsten.

Die FOG-M video-gesteuerte Anti-Panzer-Waffe, die Anti-Helikopter-Raketen der Armee und etwa ein Dutzend anderer militärischer Waffenprojekte wurden schon gestrichen, als Teil der sogenannten »Friedens-Dividende«. Und in Europa hat Amerika angefangen, abzubauen oder zu schließen elektronische Abhör-Einrichtungen im Wert von über eine Milliarde Dollar an den Grenzen zu Osteuropa. Warum soll man noch bei den »Freunden« spionieren?

Amerika und der Westen werden gegenwärtig verleitet durch eine der klügsten Täuschungs-Strategien, die die Geschichte je erlebt hat. Die Sowjetunion rüstet auf schneller und umfassender als je ein Land in der ganzen Geschichte dies getan hat, während sie gleichzeitig behauptet, abzurüsten.

Wie schon Stalin einmal sagte: »Worte haben keine Beziehungen zu Taten, anders ausgedrückt, um was für eine Art von Diplomatie handelt es sich? Worte sind eine Sache, Taten eine andere. Gute Worte sind ein Versteck für böse Taten. Seriöse Diplomatie ist genau so wenig möglich wie trockenes Wasser oder hölzernes Eisen.«

Und auch Lenin stellte einmal fest: »Im Krieg binde niemals deine Hände durch Bedenken wegen Formalitäten. Es ist verantwortungslos nicht zu wissen, daß ein Vertrag nur ein Mittel ist, um Stärke zu gewinnen. Verträge sind gemacht, um gebrochen zu werden.« Lenin fügte hinzu: »Sie rüsten ab, wir rüsten auf.« □

Ein Profil der Anti-Defamation League

Dritter Teil und Schluß

Peter Blackwood

Die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith Loge gibt sich als gemeinnützige Gesellschaft aus, die darauf abzielt eine Diffamierung von Juden und anderer religiöser und ethnischer Gruppen auszuschalten, das gute Einvernehmen unter allen Völkern zu fördern. Nichts könnte jedoch von der Wahrheit weiter entfernt sein.

Ungeachtet der Tatsache, daß die ADL wiederholt mit dem organisierten Verbrechen, ausländischen Spionageagenturen und inländischen internationalen Terroristengruppen in Verbindung gebracht wurde, ist es der Liga gelungen, eine höchst erfolgreiche Kampagne zu führen, um sich in die tägliche Arbeit praktisch jeder größeren Polizeistation in den Vereinigten Staaten einzuschmuggeln. Dabei hat sie stark von ihrem langjährigen »besonderen Verhältnis« zum FBI – das unter den letzten Direktoren William Webster und William Sessions blühte – und von ihrer tiefen Verwicklung in das Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums Gebrauch gemacht.



Der ehemalige FBI-Chef William Webster, heute Chef des CIA, hat ein besonderes Verhältnis zur ADL.

Das Eindringen in den Gesetzesvollzug

Im Frühjahr 1989 führte Justin Finger, der außerordentliche landesweite Direktor der ADL, eine Delegation amerikanischer Gesetzesvollzugsbeamter zu einer für sie kostenlosen Rundreise nach Israel, die auch Zusammenkünfte mit der israelischen Staatspolizei, der Shin Beth, dem Mossad und Spezial-Terroristenbekämpfungseinheiten einschloß. Unter den leitenden Herren der Polizei auf dieser Rundreise befanden sich die Polizeichefs verschiedener amerikanischer Städte und Minister von US-Bundesstaaten.

Die Reise war die dritte in einer Reihe von ADL-geförderten Besuchen in Israel von höheren städtischen Polizeibeamten seit 1987 und ist ein Teilaspekt des immer stärker werdenden Eindringens der ADL in das amerikanische Gesetzesvollzugs- und Gerichtswesen. Seit 1988 veröffentlicht die ADL ein »Law enforcement Bulletin«, das kostenlos an Polizeidienststellen, private Wach- und Schließgesellschaften und an Behörden der amerikanischen Bundesregierung verteilt wird.

Der »Bulletin ist eine Mischung von richtiger und verzerrter Information, grundsätzlich gegen die palästinensische Bewegung, palästinenserfreundliche Elemente innerhalb der Linken und gegen alle Variationen von Gruppierungen des rechten Flügels in den USA gerichtet.

Gute Kontakte zu Polizei und Staatsanwälten

Im Jahre 1986 erfuhren unsere Korrespondenten von Polizeibeamten in Atlanta, US-Bundesstaat Georgia, daß Charles Wittenstein, der regionale Direktor der ADL, sich an dortige Polizeibeamte gewandt habe mit dem Angebot, ihr gesamtes Informanten-Programm zu finanzieren und zu leiten. Ähnliche Vorstöße sind anscheinend auch anderswo in den USA unternommen worden.

Ein Überblick über die Ausgaben des monatlichen Nachrichtenbriefes der ADL des letzten Jahrzehnts zeigt, daß in den 31 Bezirksbüros in den Vereinigten Staaten die Personalchefs einen Großteil ihrer Zeit auf Verbindungen mit Polizei und Staatsanwälten aufwenden und oftmals Informationen liefern, die von den eigenen Spitzeln der ADL innerhalb der radikalen Linken und Rechten gesammelt wurden.

Zum Beispiel: Im Februar 1984 sprachen Stan Anderman, Bezirksdirektor der ADL in St. Louis, und Michael Lieberman, Bezirksdirektor der ADL im Mittelwesten, auf einer Konferenz des Gesetzesvollzugs am Ozark Lake. Andere Sprecher waren Jim Winter, der Direktor des Counter-Terror Programms des FBI; Jim Elder, Leiter der Dienstelle des Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (BATF) in St. Louis; Tom Kelly, Leiter des Bureau of Investigations in Kansas; Howard Hoffman, Leiter der Missouri Highway Patrol; und Mark Middleman, ein ehemaliger assistierender Generalstaatsanwalt von Missouri, der als Berater für die Mitarbeiter der ADL angeheuert wurde.

Berater in Fragen des Terrorismus

Am 13. Februar 1986 sprachen zwei ADL-Amtsträger, Michael Kozin und der Bezirksdirektor für den Mittelwesten Michael Lieberman, auf einer Konferenz in Chicago über die Reaktion des Gesetzesvollzugs auf den Extremismus im Bereich der Farmer. Weitere Teilnehmer an der Konferenz waren der Direktor der US-Commission on Civil Rights in Illinois, Rhona Stewart; der Chef des FBI von Chigaco, Joseph Lewis; der Dienststellenleiter des BATF in Chicago, James Seaves; der Direktor der Staatspolizei in Illinois, James Zagel; und der Staatsanwalt von Chicago, James Reidy.

Im Februar 1987 war die ADL Schirmherrin einer ganztägigen Konferenz über Terrorismus am Hauptsitz des FBI in Indianapolis, an der 140 Polizeibeamte teilnahmen. Die Konferenz diente vorgeblich zur Vorbereitung der Pan-American Games, und die programmatische Rede hielt Robert Kupperman vom Center for Strategic and International Studies an der Georgetown University in Washington, ein häufiger Gast bei Veranstaltungen der ADL über Terrorismus.

Auf anderen, ähnlichen Konferenzen mit der örtlichen Polizei schmuggelte die ADL »Experten« mit nachweislich langjährigen Bindungen zum Mossad ein. Darunter befanden sich: Professor Uri Ra'anan, der Anwerber des verurteilten Spions Jonathan Pollard, und Professor Yonah Alexander.

Die ADL, Israel und der Tempelberg-Komplott

Seit Gründung des Staates Israel unterhält die ADL ihre eigene »besondere Beziehung« zum israelischen Geheimdienst Mossad, vor allem zu den korrupten Geheimdienstkreisen, die der Autor Jacques Derogy als »die israelische Mafia« bezeichnete.

Meshulam Riklis, Schützling des ADL National Chairman Burton Joseph, der in die Plünderung

ADL

Ein Profil der Anti-Defamation League

der IOS durch Bialkin und Vesco verwickelt war, ist seit Jahren der Finanz»engel« des ehemaligen Verteidigungsministers Ariel Sharon. Riklis kaufte eine große Ranch in der Negev-Wüste und vermachte sie Sharon, dem Führer des äußerst militanten Flügels der Likud-Partei, als Geschenk. Auf dieser Ranch fanden im Mai und November 1982 eine Reihe von geheimen Sitzungen statt, um einen ehrgeizigen Immobilienplan auszuhecken, der darauf abzielte, die permanente Gewalt der Israelis über die besetzten Gebiete am Westufer, im Gazastreifen und Ostjerusalem zu konsolidieren und die Basis für den Strom von russisch-jüdischen Einwanderern der letzten Jahre vorzubereiten.

Nach Augenzeugenberichten brachten die Zusammenkünfte auf der Sharon-Ranch Repräsentanten der Bronfmans, Lord Harlech und Lord Carrington von Großbritannien, Henry Kissinger und Kenneth Bialkin von der ADL zusammen. Über ein ausgedehntes Netzwerk von in Amerika ansässigen christlich-fundamentalistischen Gruppen operierend, traf die ADL-Sharon-Gruppe Vorkehrungen für den Ankauf von Dutzenden von Gebäuden und Landparzellen in den umstrittenen Gebieten und schmiedete Pläne für deren spätere Besiedlung durch militante jüdische Aktivisten.

Ein Netzwerk von fanatischen zionistischen Fundamentalisten, basierend auf einer Reihe von »yeshivas« (jüdischen Gemeindeschulen) innerhalb von Jerusalem, darunter Ateret Cohanim, begannen mit illegalen Ausgrabungen an islamischen heiligen Stätten in der Altstadt von Jerusalem und verkündeten, daß sie den dritten Tempel an seinem ursprünglichen Standort neu errichten werden – auch wenn das bedeuten würde, das Gewölbe auf dem Felsen auf dem Tempelberg, den zweitheiligsten Ort des Islams, in die Luft zu sprengen.

Diese zionistischen Fanatiker, von denen viele mit der Jewish Defense League von Meir Kahane und der Kach-Bewegung in Verbindung stehen und die stark von den finanziellen Unterstützern von JDL und ADL in den Vereinigten Staaten unterhalten werden, haben in den letzten Jahren Dutzende von Angriffen mit



Ariel Sharon, Führer des äußerst militanten Flügels der Likud-Partei, realisiert die Pläne der ADL in Israel.

Maschinengewehren und Handgranaten auf das Gewölbe auf dem Felsen verübt. Fast jedes Mal verteidigte Ariel Sharon die Aktonen, und führte sogar Protestversammlungen an, als israelische Polizei dei Angreifer unter Einsatz von Gewalt vom Tatort entfernte.

Papst betrübt über schwere Zwischenfälle

Die dramatischste Konfrontation fand während der Osterfeierlichkeiten 1990 statt, als eine Gruppe von 150 Ateret-Cohanim-Fanatiker sich ungesetzlicherweise eine Untervermietung im St. John's Hospice im christlichen Teil von Alt-Jerusalem verschaffte und versuchte, das Gebäude zu besetzen. Als der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem einen friedlichen Protestzug gegen die Aktion anführte, ging die israelische Polizei gegen ihn und andere Demonstranten mit Tränengas vor.

Am 17. April 1990 gab die amtierende Likud-Regierung von Jitzhak Shamir eine Erklärung heraus, in der zugegeben wurde, daß das Ministerium für Wohnungsbau, geleitet von Morton Rosenthal und dem Mitarbeiter von Jon Speller, David Levi, die Übernahme des Hospiz durch Ateret Cohanim insgeheim finanziert hatte. Diese Vorfälle veranlaßten Papst Johannes Paul II. dazu, Osterpilgern in Rom zu sagen, daß die »schweren Zwischenfälle« in Jerusalem »auch für mich Ursache des Leids und der tiefen Besorgnis sind«.

Spionage für ausländische Geheimdienste

Die Verwicklung der ADL in den schmutzigen Unterleib der israelischen Politik begann nicht mit dem Sharon-Komplott. Laut Gerichtsberichten und anderen Quellen wird die ADL schon seit Jahrzehnten als bequemer Deckmantel für Operationen des israelischen Mossad innerhalb der Vereinigten Staaten benutzt. Mehr als einmal standen diese Operationen in direktem Gegensatz zu den Interessen der Staatssicherheit der USA.

1967 reichte der ehemalige Beamte des B'nai B'rith, Saul I. Joftas, eine Verleumdungsklage ein und behauptete, er sei gefeuert worden wegen seiner Weigerung, bei geheimen Spionageoperationen des israelischen Geheimdienstes, die über den B'nai B'rith und die ADL abgewickelt wurden, zu kooperieren. Aus Aussagen, die bei diesem Verfahren gemacht wurden, geht hervor, daß 1960 der Ehrenvizevorsitzende der ADL Phillip Klutznick, seinerzeit Präsident des B'nai B'rith, mit dem Namen des Ordens eine Operation des israelischen Geheimdienstes in New York gedeckt hatte, die darauf abzielte, in die US-Geheimdienste einzudringen, dadurch, daß diesen Teilinformationen über die UdSSR lockend vor die Nase gehalten wurden.



Edgar Bronfman, Whisky-Produzent und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses, gehört zur Leitung der ADL.

Der Einsatzleiter des Mossad für diese Operation war Uri Ra'anan, damals Leiter der Informationsabteilung des israelischen Konsulats in New York, der später dabei mitwirkte, den israelischen Agenten »unter falscher Flagge« Jonathan Pollard anzuwerben. Ein weiteres Mitglied dieser Zelle war der Generalanwalt Arnold Forster, seinerzeit außerordentlicher landesweiter Direktor.

Eine weitere von dieser Gruppe durchgeführte Operation wurde während des Gerichtsverfahrens in einem Brief an Joftas vom 7. Juli 1961 des damaligen landesweiten Direktor der ADL Benjamin Epstein aufgedeckt.

In dem Brief stand: »Wie Sie wissen, führt die Anti-Defamation League seit vielen Jahren sehr wichtige, vertrauliche Untersuchungen arabischer Tätigkeiten und Propaganda durch ... Wir sammeln seit 1948 alle Informationen über Tätigkeiten der arabischen Konsulate, der arabischen Delegation bei den Vereinten Nationen, des Arabischen Informationszentrums, des Arabischen Flüchtlingsbüros und der Organisation Arabischer Studenten.«

Im Rest des Briefes ließ sich der Schreiber des längeren und breiten über diese Spionagetätigkeit aus und bettelte um zusätzliche Gelder dafür.

Hintergrund des Pollard-Spionagefalls

Dieses Zusammenwirken zwischen der ADL und dem Mossad zur Vortäuschung eines Sachverhalts bei der Durchführung von Spionageoperationen des Jahres

1960 innerhalb der USA dauerte anscheinend unvermindert bis zur Verhaftung von Jonathan J. Pollard im November 1985 an. Als Analytiker des Naval Investigative Service (NIS) zur Bekämpfung des Terrorismus gehörte Pollard einem von »Dirty Rafi« Eytan, einem Mossad-Agenten und intimen Freund von Ariel Sharon, der einst aus dem Büro des Premierministers heraus eine Elite-Killermannschaft leitete, ins Leben gerufenen Spionagenetzwerk an.

Pollard war ursprünglich von Dr. Uri Ra'anan, dem ehemaligen israelischen Konsulatsbeamten und langjährigen Kollaborateur der ADL, der eine spezielle Lehrerstelle am Center for International Security Studies an der Fletcher School of Diplomacy an der Tufts University in Boston angenommen hatte, für den Mossad profiliert worden. Einmal angeworben, wurde Pollard von Oberst Aviem Sella, einem Offizier der israelischen Luftwaffe, der unter dem Deckmantel der Teilnahme am Abiturientenlehrgang an der New York University operierte, »in die Mangel genommen«. Sellas Frau Ruth war während der ganzen Zeit der Pollard-Sella-Operation in der Rechtsabteilung am Hauptsitz der ADL in New York tätig.

Aus Protest gegen die Verurteilung Pollards zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen seiner Spionagetätigkeit beförderte die israelische Regierung Sella in den Rang eines Generals. Als Reaktion darauf eilte eine ADL-Delegation nach Israel, um einen völligen diplomatischen Bruch, der möglicherweise eine tiefere Untersuchung des Pollard-Netzwerkes zur Folge gehabt und schließlich zum Hauptsitz der ADL geführt hätte, zu verhindern.

Geheime Informationen für KGB und GRU

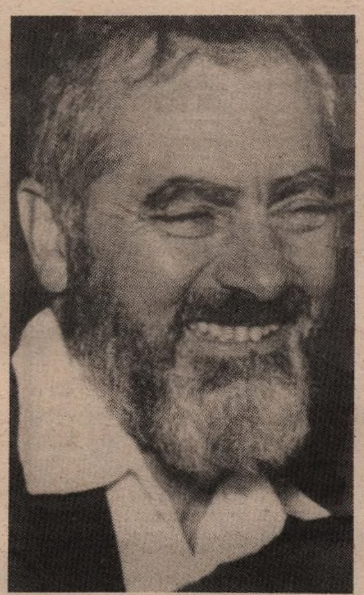
Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hatte das Gericht ersucht, die Höchststrafe über Pollard zu verhängen, nachdem »Schadensfeststellungen« des US-Geheimdienst ergeben hatten, daß ein Großteil der von Pollard gestohlenen streng geheimen Informationen in die Hände von KGB und GRU geraten waren.
Wie berichtet schloß Weinberger daraus, daß das gesamte Eytan-Netzwerk sowohl für den Mossad als auch für die Russen gearbeitet hatte. Weinberger ordnete eine umfangreichere Untersuchung an, um die Identität eines »X Committee« zu ermitteln von dem angenommen wurde, daß es mit Pollard zusammengearbeitet hatte. Einige Spezialisten des US-Geheimdienstes glauben, daß eine volle Untersuchung der Tätigkeiten des »X Committee« eine bedeutsame Schnittstelle mit der National Commission der ADL aufdecken würde.

Während Weinberger in der Pollard-Affäre Druck ausübte, wurde ein anderer Skandal ruchbar, in den ein weiterer ADL-Genosse, der stellvertretende Generalstaatsanwalt Arnold Burns, ein Direktor der Sterling National Bank der ADL, verwickelt war. Seine Anwaltspraxis Burns and Summit wurde dabei erwischt, daß sie eine Kette von merkwürdigen Steuerschlupflöchern in Übersee unterhielt, die bedeutsame Steuerabschreibungen für nichtvorhandene Investitionen in israelische Forschungs- und Entwicklungsfirmen beanspruchte. Einer, der mit dem Schwindelunternehmen verbundenen Anwälte, war Howard Katz, der Zahlmeister des Pollard-Spionagerings.

Eine andere, immer noch aktive ADL-Verbindung zum Pollard-Spionagering, hat Mira Lansky Boland, Leiterin der Büros der Fact-Finding Division der ADL in Washington, zum Mittelpunkt. Lansky Boland war Klassenkameradin von Jonathan Pollard an der Fletcher School und gehörte zur gleichen enggestrickten Gruppe von Studenten unter Professor Ra'anan. Fast zur gleichen Zeit als Ra'anan mithalf, Pollard in die Vertrauensstellung beim NIS einzuschleusen, trug er anscheinend auch dazu bei, Lansky ihren Job bei der ADL zu verschaffen.

Die ADL unterwandert die Farm-Bewegung

Nach der starken Infusion von Bargeld in die ADL durch den Getreidekaufmann Dwayne Andreas aus Minneapolis, des Vorstandsvorsitzenden von Archer Daniels Midland Inc., von 1978 an, begannen die Büros der ADL in Minneapolis, Chicago, St. Louis, Atlanta und Omaha als Amtsgehilfen der großen Getreidekartells des Mittelwestens zu funktionieren, die gerade dabei waren, ihre Möglichkeiten zur Sammlung von Informationen und zur Durchführung von allerlei schmutzigen Tricks zu erweitern, ungeachtet der stärker werdenden Bedrohung durch Proteste der Farmer gegen Abweisungen (Verfallserklärungen eines Grundstücks zugunsten von Hypothekengläubigern) und gegen ständig steigende Betriebskosten.



Rabbi Meir Kahane und seine Jewish Denfense League (JDL) arbeiten eng mit der ADL zusammen.

Verbindungen der ADL zu Getreidehändlern hatte es schon vorher gegeben, besonders unter dem Vorsitz von Burton Joseph in der Zeit von 1975 und 1978. Joseph war selbst im Landwirtschaftsproduktengeschäft tätig, als Leiter einer Firma namens I. S. Joseph in Minneapolis. Joseph und einer der Vizevorsitzenden der ADL, Max Kampelman, waren in den inneren Kreisen der ADL wegen ihrer engen Bindungen zur Minnesota Farm Labor Party und zu den Politikern Hubert Humphrey und Walter Mondale, der »Minneapolis-Mafia«, bekannt.
Die ADL hat auch jahrelang von der finanziellen Großzügigkeit der Familie Moore von der Nabisco Corporation – ein weiterer Riese in der Getreideindustrie – profitiert.

Anstatt körperliche Gewalt anzuwenden, um die entstehende Volksbewegung unter den Farmern zu zerstören, griff die ADL in ihre übliche Trickkiste: Indem sie die Protestbewegung der Farmer zur Brutstätte des Antisemitismus und des Rechtsradikalismus erklärte, führte die ADL einen Propagandafeldzug, verbreitete grob verzerrte »Nachrichten« an Bundes-, Staats- und Gemeindepolizeibehörden und arbeitete mit einem Netz von Linksradikalen zusammen, stellte »Gegenbanden« auf, um den Aufruhr in populistische und wirkungslose Bahnen zu lenken.

Am 10. Januar 1986 trat der Bezirksdirektor der ADL in Minneapolis, Morton Wrywick, als programmatischer Redner auf der Gründungskonferenz des Family Farm Resource Organizing Committee (FFROC = Ausschuß zur Organisation von Hilfsmitteln auf dem familieneigenen Bauernhof), einer Koalition von Gruppierungen des linken Flügels der Farmer, in der sich die Socialist Workers Party, Groundswell, Prairie Fire, das Center for Rural Affairs, Catholic Rural Life und das Center for Democratic Renewal (CDR) zusammengeschlossen haben.

Joe Krastil war der nominelle Leiter der Gruppe, die einen gerade freigegebenen ADL-Bericht mit dem Titel »The Farmer and the Extremist« verteilte, als Teil ihres »Beratungsdienstes« an kurz zuvor bankrott gegangene Farmer. Aus Interviews, die seinerzeit gegeben wurden, geht hervor, daß Krastil von Ken Lawrence, einem in Mississippi ansässigen Aktivisten ausgebildet wurde, der mit der Londoner »Searchlight-Gruppe«, einer bekannten Frontorganisation des KGB, in Verbindung stand. Lawrence schreibt auch regelmäßig für das Blatt des CIA-Überläufers Philip Agee »Covert Action Information Bulletin« und »The Public Eye«, das von Charles »Chip« Berlet herausgegeben wird.

Ein weiterer Gründer der FFROC-Front, Lenny Zeskind, leitet das Center for Democratic Renewal (Zentrum für Demokratische Erneuerung), ehemals das Anti-Klan Committee, mit Lynn Wells, ein ehemaliger Führer der Jugendgruppe der Communist Party und späterer Mitbegründer der Maoist October League. Dan Levitas, ein Gründer von Prairie

ADL

Ein Profil der Anti-Defamation League

Fire, eine weitere linksstehende Aufruhr stiftende Gruppe der amerikanischen Farmer, die von der ADL gefördert wird, zog kürzlich nach Atlanta und schloß sich Zeskind und Wells im CDR an.

In Interviews, die Anfang 1986 stattfanden, bestätigte sowohl Donald Burger, Leiter des Bezirksbüros des Community Relations Service des amerikanischen Justizministeriums in Kansas City, als auch David Tell, Leiter der Program and Policy Division der US-Commission on Civil Rights in Washington, daß die ADL und mit der ADL in Verbindung stehende Agenten wie Levitas und Zeskind voll in die Tätigkeiten der Bundesregierung für die Farmer integriert seien. In ähnlicher Weise bestätigte Mark Tirchie, im Büro des Gouverneurs von Minnesota und Ann Kesten, im Büro des Generalstaatsanwalts von Minnesota, ihre Abhängigkeit von der ADL, um Informationen und Anweisungen zur »Bekämpfung des Extremismus in der Farmergemeinschaft zu bekommen«.

ADL nimmt den Vatikan aufs Korn

In den letzten Jahren spielte die ADL hinter den Kulissen eine bedeutende Rolle als Opposition gegen die Bewegung für das Leben, sowohl durch Eingabe einer Reihe von Schriftsätzen als sachkundige Berater bei allen größeren Abtreibungsverfahren, die derzeit beim Obersten Gericht der USA anhängig sind, als auch durch Entfaltung ihres Netzwerks von Spionen und Spitzeln zur Verunglimpfung der Bewegung Right of Life (Recht auf Leben) als Hafen für Neonazis, Antisemiten und rechtsextreme Terroristen.

Am 1. Mai 1990 bestätigten Mitglieder der Civil Rights Division der ADL in Interviews mit unseren Korrespondenten, daß die ADL ihre Kampagne zur Zerstörung der Pro-Life-Bewegung verstärkt habe. Eine ADL-Mannschaft von Anwälten und Experten seien dabei, Videofilme und Nachrichtenberichte über den gewaltigen Marsch der »Bewältigung für das Leben« in Washington am 30. April 1990 zu überprüfen, um »Extremisten« und »Antisemiten«, die daran teilgenommen hätten, zu identifizieren.

Aus einer weiteren ADL-Quelle verlautet, daß die ADL Dossiers über Anti-Abtreibungs- Aktivisten zusammengestellt habe, mit besonderer Aufmerksamkeit auf Überwachung der Mitglieder der Operation Rescue (Operation Rettung). Die Dossiers werden wie berichtet den Behörden des Gesetzesvollzugs zur Verfügung gestellt, die in betrügerischer Weise versuchen, die sogenannten RICO, die Statuten gegen das organisierte Verbrechen, zur straflichen Verfolgung der Operation Rescue anzuwenden.

Die ADL hat eine Reihe von Gutachten vorgelegt, in denen ein radikaler Standpunkt für die Abtreibung vertreten wird.

Abtreibungsgegner sind Antisemiten

In den Gutachten wird dahingehend argumentiert, daß die Statuten gegen die Abtreibung von »Illinois, Minnesota und Ohio ... dadurch gegen die Festsetzungsklausel verstoßen, daß sie eine religiöse Theorie über die Frage »wann das Leben beginnt« unterstützen, und dadurch daß sie »der freien Religionsausübung einer Frau eine unzulässige Last aufbürden, indem sie ihr fundamentales religiöses Interesse daran, zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft fortsetzen will oder nicht, einschränken«.

Diese Argumentation stimmt mit Dutzenden von Schriftsätzen der ADL überein, in denen das Verbot des Gebets in der Schule und eine »wertfreie« Schule und Gesellschaft gefordert wird, in der wissenschaftlich begründete moralische Grundsätze keine Tragkraft haben.

Noch mehr auf den Punkt kommt Laura Kam-Issacharoff, ein Mitglied des Israel-Büros der ADL, in einem Artikel für die Ausgabe der »Jerusalem Post« vom 6. März 1990 mit der Überschrift »Anti-Semitismus in the Anti-Abortion Movement« (»Antisemitismus in der Bewegung zur Bekämpfung der Abtreibung«).

Der einführende Absatz lautet: »Verstärkte antisemitische Bekundungen in der leichtfertigen Diskussion über Abtreibungen beunruhigen jüdische Führungspersönlichkeiten in den USA. In mehreren Staaten hat das FBI damit begonnen, die daraus entstehende Haß-Post zu untersuchen, die an jüdische politische Führer und Ärzte gesandt wird, die für die Entscheidungsfreiheit sind.«

Der verbleibende Teil des Artikels enthält eine übertriebene Behauptung nach der anderen mit denen suggeriert werden soll, daß Pro-Life-Aktivisten irgendwie der Ansicht seien, daß jüdische Ärzte aus Rache für den Holocaust christliche Babies töten.

Der Papst als Zielscheibe

Einen Tag nachdem Papst Johannes Paul II. seine »Besorgnis« über die Vorfälle am St. John's Hospice in Jerusalem zum Ausdruck gebracht hatte, gab der landesweite Direktor der ADL Abraham Foxman, wie in der »Washington Jewis Week« vom 3. Mai 1990 berichtet wird, folgende Erklärung ab: »Ich bin besorgt und beunruhigt über die Art und Weise, in der die Christenheit reagiert hat, indem sie dies zu einer religiösen Konfrontation auf internationaler Ebene aufbauschte ... Diese Orgie der Kritik (das heißt des Papstes) hat böse Untertöne. Sie grenzt vielleicht sogar an Kreuzzugs-Mentalität.«

Foxmans Bemerkungen sind nur Teil einer Reihe von dramatischen Zusammenstößen zwischen der ADL und dem Vatikan. Der letzten Konfrontation im Herbst 1989 folgte eine Provokation durch den von der ADL gesteuerten Terroristen Mordechai Levy in der Coalition of Concern, die versuchte, ein außerhalb des Geländes des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz in Polen gelegenes Karmeliter-Kloster zu schließen.

Glenn Richter, ein Freund von Levy, gab eine Pressenotiz heraus, nachdem er den Rabbiner Avraham Weiss, auch ein Freund Levys, auf einem Besuch begleitet hatte, der zu einem Zusammenstoß mit Arbeitern im Kloster führte, und in der beschrieben wird, wie seine Gruppe das Kloster umstellt und gefordert habe, es zu beseitigen und sich darüber beschwert habe, »daß das 25 Meter hohe Kreuz das Andenken an die jüdischen Märtyrer von Auschwitz entweiht«.

Rabbi Avraham Weiss gab eine Presseerklärung heraus, in der er feststellte, Kardinal Franciszek Marcharski von Krakau sei »abstoßend«, weil er die Coalition of Concern des »Mangels an Achtung vor den Nonnen und vor ihrer menschlichen und christlichen Würde« und der Mißachtung »der Symbole des Glaubens und der Pietät durch Versuche, das Kloster zu übernehmen« bezichtigt habe.
Rabbi Weiss rief »jüdische Führungspersönlichkeiten auf, den Dialog mit dem Vatikan einzufrieren«, solange bis dieser das Kloster geschlossen habe. In einem Artikel in der »New York Post« behauptete er, Papst Johannes Paul II. und der Vatikan hätten nichts getan, um die Juden vor den Nazis zu schützen.

Am 15. August 1989 verurteilte Elan Steinberg, ein Helfer von Edgar Bronfman, den Papst wegen des Antisemitismus, der sich aus Versuchen des Papstes ergebe, »den Holocaust zu entjuden«.

Steinberg sagte, es sei »anstößig«, daß sich der Papst mit dem österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim getroffen hat. Steinberg äußerte zu einem Journalisten, das hauptsächliche theologische Problem die »triumphalistische Vision« des Papstes, die, wie er sagte, ein Schritt zurück vom »Progressivismus des II. Vatikanischen Konzils« sei. Der Papst, warnte Steinberg, gründe eine »konservative Internationale«, die in Fragen der Abtreibung, über Sexualität bis zu interkonfessionellen Gesprächen zwischen Katholiken und Juden rückständig sei, der Liberation Theology (Befreiungs-Theologie) in Mittelamerika die Unterstützung verweigere und Solidarnosc in Polen auf einen gefährlichen Kurs steuere, der Edgar Bronfmans Freund, den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, schwächen könnte.

Im vergangenen Jahr, als eine Gruppe von Abgeordneten des Staates Texas einen Gesetzesentwurf einbrachte, mit dem gewisse satanische Ritualpraktiken unter Strafe gestellt werden sollten, schrie das ADL-Büro in Dallas »Antisemitismus!« und versuchte, die jüdische Gemeinde zu mobilisieren, um die Verabschiedung dieses Gesetzes zu blockieren. Die Bemühungen der ADL stießen jedoch auf taube Ohren,

Die ADL verteidigt Satan

da die meisten Rabbiner und andere führende Persönlichkeiten der Judenheit ehrlich entsetzt waren über die jüngste Entdeckung in Matamoros, Mexiko, einer ritualen Massenbegräbnisstätte auf einer Ranch, die von einem berüchtigten Drogenschmugglerring benutzt wurde. Der Gouverneur von Texas, William Clements, rief beide Häuser der staatlichen Gesetzgebung zu Sondersitzungen zusammen, um den Gesetzentwurf, den ersten von mehreren dieser Art zur Bekämpfung des Satanismus, einstimmig zu verabschieden und damit überall im Lande zum Staatsgesetz zu machen.

Das Gezeter der ADL über »Freiheit der Religion« in Texas spiegelte die langjährige Komplizenschaft der ADL bei der Verbreitung des Satanismus und der Drogen-Rock-Sex-Gegenkultur wider. Der erste nachgewiesene Vorfall der Verwicklung der ADL in diese Dinge geht auf Anfang der sechziger Jahre zurück, als Rabbi Maurice Davis, später aus Westchester County, New York, sich an dem Project MK-Ultra, der Razzia des CIA gegen den Gebrauch von LSD-25 und anderer psychedelischer Drogen zur Geistesbeherrschung (mind control) und Massenmanipulation beteiligte. Davis war Kaplan im Addiction Research Center (Forschungszentrum für Drogenabhängigkeit) in Lexington, Kentucky, eine Brutstätte der geheimen LSD-Erprobung durch den CIA.

Spuren führen zum Occult-Bureau

Nach Aussagen von Davis' damaligen Mitarbeitern, half der Rabbi bei der Aufspürung einiger der menschlichen LSD-Versuchskaninchen mit, als diese zur ambulanten Behandlung entlassen wurden. Das volle Ausmaß von Davis' Verwicklung in das CIA-Projekt wird möglicherweise nie bekannt werden, weil der Chefchemiker des CIA, Dr. Sidney Gottlieb, 1972 Millionen von Seiten von MK-Ultra-Akten auf Geheiß des scheidenden CIA-Direktors Richard Helms durch den Reißwolf drehte.

Es ist jedoch anzunehmen, daß Davis' Dienste sehr geschätzt wurden, denn nach seiner Versetzung nach Indianapolis Mitte der sechziger Jahre wurde er zu einem der ersten Besucher von Pastor Jim Jones und seines People's Temple (Tempel des Volkes) – den verschiedene Autoren als weiteres »Projekt« des Anglo-American Occult Bureau bezeichnet haben. Der bischofliche Priester und spätere Bischof Paul Moore, Nachkomme der gleichen Familie Moore, die die ADL die letzten Jahrzehnte hindurch großzügig finanziert hatte, schloß sich Davis dabei an.

Moore zog später nach New York City, wo er den Vorsitz über die Cathedral of St. John the Divine, ein berüchtigtes Zentrum der New-Age-Bewegung, führte.

Das Geschäft mit den Kulten

In Indianapolis verhalfen Davis und Moore Jim Jones zu einem Sitz in mehreren Gemeindeaufsichtsräten. Davis leitete persönlich den Verkauf seiner eigenen Synagoge an Jones in die Wege und arrangierte das Grundpfandrecht für den zukünftigen ersten People's Temple.

Als Davis nach New York umzog, kurz nachdem Jones seine Anhänger nach San Fransisco umgesiedelt hatte, war der Rabbi, inzwischen eine aktive Figur in ADL-Kreisen, eine der ersten religiösen Persönlichkeiten die gegen die gefährliche Weiterverbreitung der Zwangskults vorgingen. Aber weit davon entfernt, ein Damaskuserlebnis (Bekehrung des Apostels Paulus vor Damaskus) zu sein, war Davis' neues Profil nur die Fortsetzung seiner Verwicklung in die Bemühungen des Occult Bureau.
Zusammen mit anderen MK-Ultra-Veteranen, wie Dr. Louis West und Robert J. Lifton, rief Davis Anfang der siebziger Jahre die »Entprogrammierungs«-Bewegung als »Lösung« des Problems, der wie Pilze aus dem Boden schießenden Zwangskults, ins Leben, die Davis selbst mit gehegt und gepflegt hatte. Durch das folgende Jahrzehnt hindurch wurden Hunderte von Mitgliedern von Pseudo-Religions- und Therapie-Kults wie die Unification Church, die Church of Scientology, The Way International und die Hare Krishnas entführt und rund um die Uhr herum der Entkleidung, der körperlichen Mißhandlung und anderer Formen der Verhaltensveränderung unterzogen – oft nicht anders als die Behandlung, die ihnen zuteil wurde, als sie noch den Kults angehörten. In fast jedem Fall mußten die Angehörigen der Kultmitglieder für die von Davis und seinen Mitarbeitern geleistete Entführungsdienstleistungen tüchtig bluten.

Die Folgen der Assisi-Konferenz

1974 gründete Davis »Citizens Engaged in Reuniting Families« (CERF = »Bürger die sich zur Zusammenführung von Familien verpflichten«), eine Fassade der Entprogrammierer, die sich später mit zwei großen Anti-Kult-Agenturen, der American Family Foundation und dem Cult Awareness Network, zusammenschloß.
Die Reaktion nach Jonestown zunutze machend, richtete die ADL ein Vollzeit-Anti-Kult-Center ein, das am Hauptsitz des B'nai B'rith in Washington untergebracht und von Esther Dietz und Asya Komm geleitet wurde. Das Cult Center des B'nai B'rith unterhielt gemeinsame Büros mit dem Cult Awareness Network.
Zu Davis' Angestellten zählten Dennis King und Kalev Pehme, die beide für die Wochenzeitung »Our Town« arbeiteten. 1978 schrieb Pehme für »Our Town« ein inbrünstiges Epistel über das Foundation Faith of the Millennium, ehemals die Process Church of the Final Judgment. Diese geradeheraus satanische Organisation war so eng mit den Morden an der Familie Manson an der Westküste im Jahre 1969 verbunden, daß sie ihre Operationen zurück zur Ostküste verlegen und ihren Namen ändern mußte.
Nach »The Ultimate Evil« von Maury Terry, ein Bericht über die »Son of Sam«-Morde in New York, wurde die Process Church, jetzt außerhalb von Westchester County ansässig, verdächtigt, ebenfalls mit jenen ritualistischen Tötungen in Verbindung gestanden zu haben.

Eine weitere Person, die zusammen mit dem von dem Mobster (Gangster) Ed Kayatt beherrschten Blatt »Our Town« in Erscheinung trat, war Dennis King, ein Schützling von Maurice Davis. Bis spätestens 1979 war King ein ganztagsbeschäftigter wertvoller Mitarbeiter der Fact-Finding Division der ADL und Informant für eine Vielzahl von amerikanischen Bundes- und Staatsdienststellen und Anklägern. Die ganze Zeit hindurch war King Mitglied der Humanist Society of New York, eines weltlichen humanistischen Klubs, der mit der Society for Psychical Research, SIECUS (Radikale Bewegung zur Sexualerziehung) und anderer New-Age-Gruppierungen zusammenhängt.
Die Verbindungen des ADL zu ausgesprochen satanischen Kreisen bestanden keineswegs nur auf der unteren Ebene. Der ADL-Mogul Edgar Bronfman wird seit spätestens dem 17. April 1989 mit diesem Projekt in Verbindung gebracht, als er und Großbritanniens Prinz Philip den Sacred Literature Trust ins Leben riefen, der darauf abzielt, die religiösen Stiftungen der Ökologie und des Umweltschutzes – das heißt die Wiederbelebung der Mutter Erde – publik zu machen. Auf einer Pressekonferenz der Vereinten Nationen in New York an jenem Tage verkündeten der Bronfman-Gehilfe Rabbi Arthur Hertzberg und der Sprecher Prinz Philips, Martin Palmer, das Projekt. Palmers zahlreiche Schriften über verschiedene Gesichtspunkte der gnostischen Theologie werden vom Lucis Trust – ehemals Lucifer Trust –, einer Elitegruppe, die aus der Thesophie-Bewegung des 19. Jahrhunderts entstand, veröffentlicht. Was den Rabbiner Hertzberg betrifft, so lenkte er erstmals 1986 auf einer Konferenz in Assisi, die Aufmerksamkeit auf sich, wo er für die Wiederbelebung der gnostisch-jüdischen Kabala eintrat. Der Vorschlag für den Sacred Literature Trust wurde erstmals auf jener Konferenz in Assisi vom Stapel gelassen. □

Nahost-Journal

Die Geschichte von Israels Geheimdiensten

Dan Ravivs und Yossi Melmans Buch über die israelischen Geheimdienste wird als »vollständiger und objektiver« Bericht über die Geheimdienste des zionistischen Staates angepriesen. Aber das Buch ist keines von beiden.

Obwohl das Buch interessante Angaben über den Mossad und andere israelische Spionagedienste macht, bemühen sich die Verfasser, das auszulassen oder zu verzerren, was für den Leser wirklich aufklärend und für Israel peinlich wäre. Dies trifft vor allem immer dann zu, wenn die Verfasser über heimliche Operationen berichten, die gegen die USA gerichtet oder in denen diese verwickelt waren.

Der Fall Pollard: Die Verfasser räumen ein, daß der weithin publizierte Fall des jüdisch-amerikanischen Verräters Jonathan Pollard seinen Ursprung in Israels heimlichen Programm des Diebstahls von Atomgeheimnissen hat. Sie bringen eine glaubwürdige Zusammenfassung darüber, wie israelische Geheimdienstagenten die Materialien – weitgehend aus den Vereinigten Staaten – und die Technologie – weitgehend aus Frankreich –, die zur Entwicklung des Atomwaffenarsenals Israels erforderlich waren, gestohlen haben. Und sie schreiben diese höchst erfolgreiche Operation dem Lakam, dem wenig bekannten Spionagedienst, der sich auf die Beschaffung von wissenschaftlichen Geheimnissen spezialisiert hat, zu.

Nachdem sie das zugegeben haben, was bereits bekannt ist, gehen die Verfasser jedoch daran, dem Leser die israelische Schadensbegrenzungsversion zu servieren, daß der Fall Pollard eine Verirrung, ein Unfall gewesen sei, der niemals hätte passieren dürfen. Das Ganze sei zwar bedauerlich, meinen sie, aber nicht beunruhigend. Pollard habe ihnen nur zu einigen Dokumenten über den arabischen Terrorismus verholfen, die die USA Israel ohnehin hätten zugänglich machen müssen. Außerdem sei der Lakam aufgelöst und seine Tätigkeiten eingestellt worden.

Nichts kann weiter von der Wahrheit entfernt sein. Pollard, der sich die lasche Sicherheit innerhalb des aufgeblähten US-Geheimdienstapparates voll zunutze machte, stahl eine Unmenge höchst geheimer Informationen, die meisten davon auf amerikanische Technologie bezogen. Darüber hinaus wurden Pollard und der Lakam von einem Nest von zionistischen Sympathisanten unterstützt, von denen die meisten im amerikanischen Verteidigungsministerium tätig waren.

Aus diesem Grund wurden auch die israelischen Geheimdienstbeamten, die an dem Fall arbeiteten, von ihrer Regierung befördert und ausgezeichnet. Und aus dem gleichen Grund hat es die israelische Regierung abgelehnt, mit den USA bei der Untersuchung des Falles zusammenzuarbeiten.

Die Israelis und die Verfasser dieses Buches betreiben diese Desinformation auch deshalb, weil sie die Amerikaner glauben machen wollen, daß die Israelis in den USA nicht mehr spionieren. Das tun sie aber. Sie haben es immer getan und werden es immer wieder tun.

Auch der Lakam ist nicht aufgelöst worden. Er wurde neu organisiert und tiefer in die israelischen Geheimdienste eingegraben. In unserem Zeitalter der raschen wissenschaftlichen Fortschritte und des internationalen weltweiten Wettbewerbs um Technologie – Gebiete auf dem der zionistische Staat behauptet erfolgreich sein zu müssen, um zu überleben – kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß der neue Lakam, der neue jüdische Prinzen in Dienst stellt, wiederum in den USA, Westeuropa und sogar Japan tätig ist.

Die Affäre Angleton: James Jesus Angleton war von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre Chef der Spionageabwehr des CIA. Er war auch Israels bester Freund in dieser Dienststelle. Angelton war nämlich ein so guter Freund des israelischen Geheimdienstes, daß viele seiner Kollegen an seinem beruflichen Urteilsvermögen und somit an seiner Nützlichkeit für den CIA zu zweifeln begannen. Als Folge seiner emotionellen Bindung an die Israelis und anderer Fehler wurde Angleton schließlich zum Rücktritt gezwungen.

Nach seinem Tod vor drei Jahren, wurde der in Mißkredit geratene CIA-Agent von den Israelis bei einer Zeremonie geehrt, der heutige und frühere Leiter aller ihrer Geheimdienste beiwohnten. Ein Denkmal wurde zu seiner Ehre auf einem Hügel, der Jerusalem überschaut, errichtet. Die Inschrift auf Hebräisch, Englisch und Arabisch lautet: »Zum Gedenken an einen lieben Freund, James (Jim) Angleton«.

Und doch widmen die Verfasser diesem lieben Freund Israels nur ein paar Seiten. Sie möchten dem Leser weismachen, daß Angleton durchaus nicht so eine wertvolle Stütze für die Sache des zionistischen Geheimdienstes war, sondern nur ein guter Freund und so etwas wie ein exzentrischer Versager gewesen sei. Es ist offensichtlich, daß die Verfasser versuchen, die Spuren des tiefsten und zerstörerischten Eindringens in das amerikanische Geheimdienstwesen seitens des israelischen Staates zu verwischen.

Man kann nichtsdestoweniger viel aus diesem Buch lernen. Da ist zunächst das wahrhaft einzigartige Merkmal des israelischen Geheimdienstes, das ihn von allen anderen staatlichen Geheimdiensten unterscheidet. Die Verfasser nennen ihn den »jüdischen Geheimdienst«. Aber sie zeigen uns nur eine Seite der Medaille, daß Israels Geheimdienste die Aufgabe haben, »Juden in der ganzen Welt zu schützen«.

Die andere Seite, die sie geflissentlich übersehen, ist, daß Israel die einzig Regierung ist, mit der möglichen Ausnahme Chinas, die einen eingebauten Untergrundapparat in fast jedem Land der Welt unterhält. Keine andere Regierung hat potentielle Bewerber in fast jedem Land, die innerhalb der örtlichen Gemeinden arbeiten und von Geburt an dazu erzogen werden, daß ihre erste Loyalität dem Heimatland Israel gilt. Darin liegt eigentlich die Stärke der israelischen Geheimdienste. □

Golfkrise war vorausgeplant

Das italienische Magazin »Europeo« klagt an, daß die Vereinigten Staaten Iraks Saddam Hussein manipuliert haben, um eine Krise am Golf herbeizuführen, und zwar in der gleichen Weise wie Henry Kissinger in den siebziger Jahren die Nahost-Politik manipulierte. In einem von Giusi Ferre gezeichneten Artikel berichtet »Europeo« über Feststellungen von Gene Wheaton, dem ehemaligen Berater für Sicherheit und Krieg gegen die Drogen an der amerikanischen Botschaft im Iran, während der Regierungszeit des Schahs: »Die königliche Familie von Kuwait wird ihre Gelder nicht verwenden können, weil es eine andere Regierung geben wird. Somit wird das Kapital in den Schweizer Banken, in David Rockefellers Chase Manhattan Bank und in den britischen Banken der Rothschilds verbleiben. Ganz genau das, was mit dem Schah passierte.«

Wheaton, der jetzt an der University of Southern California in Orange County tätig ist, erhob die Beschuldigung, daß die Vereinigten Staaten bereits Anfang der siebziger Jahre Pläne hatten, um die Landkarte des Nahen Ostens neu zu zeichnen. »Ich war am 30. Mai 1972 in Teheran, als Richard Nixon und Henry Kissinger den Schah nach dessen Rückkehr aus Moskau besuchten. Bei dieser Gelegenheit kamen sie über folgendes überein: Eine 400prozentige Erhöhung des Ölpreises, wobei der zusätzliche Gewinn zum Kauf von Waffen für diverse Militärprogramme verwendet und in Banken wie Chase deponiert werden sollte. Ob nun der Krieg von 1973 tatsächlich vorprogrammiert war oder nicht, das Ergebnis war genau das, was die Herren wollten.«

Ein anderer Militärexperte, der von »Europeo« zitiert wird, klagt an, daß die Bush-Regierung Saddam Hussein falsche Nachrichten zukommen ließ, um ihn zu einem Angriff zu drängen. Die Berichte hätten ihn davon überzeugt, daß niemand eingreifen werde, falls er Kuwait erobern sollte. »Europeo« berichtet, daß jetzt weder die kuwaitische königliche Familie noch die saudische Dynastie

eine wirkliche Macht hat, und daß sie diese auch niemals zurückbekommen werden, da die Vereinigten Staaten sich in Saudi-Arabien befinden und auch dort bleiben werden. □

Wird Israel das Westufer wegen Wasser annnektieren?

Der israelische Minister für Wasservorkommen, Rafael Eytan, gab bekannt, daß die Shamir-Regierung politische und rechtliche Argumente vorbereitet, in denen Israels Bedarf an Wasser als ausschlaggebender Faktor dafür genannt wird, die besetzten Gebiete auf Dauer zu behalten.

Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA berichtete, Eytan habe gesagt, daß 50 – 60 Prozent des israelischen Trinkwassers vom Westufer kommt, und daß die dreijährige Dürre in der Region die Lage verschlimmert habe. Daher sei das Wasser vom Westufer mehr als zuvor ein kritischer Faktor.

Der Ruf nach Annektierung der besetzten Gebiete erfolgte mitten in einer israelischen Regierungsdebatte darüber, ob das Meerwasser entsalzt werden sollte, um den zukünftigen Wasserbedarf zu decken. □

Moskau und Jerusalem gehen auf diplomatische Bindungen zu

Eine lebhafte diplomatische Tätigkeit auf dem Höhepunkt der Golfkrise bereitet den Weg zur Wiederherstellung der sowjetisch-israelischen Bindungen, die während des Nahost-Krieges von 1967 abgeschnitten wurden.

Der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow hielt mit dem israelischen Minister für Wissenschaft und Technologie, Juval Neeman, und dem israelischen Finanzminister, Jitzhak Modai, eine geheime Sitzung ab. Dies war die erste Sitzung zwischen einem sowjetischen Führer und Mitgliedern des israelischen Kabinetts seit 1967. Radio Moskau zitierte nicht namentlich genannte »ausländische Beobachter«, die gesagt hätten, daß die Sitzung darauf abgezielt habe, »engere Bindungen zwischen den beiden Ländern« herbeizuführen. Die Reise von Neeman und Modai folgte einem neuntägigen Besuch des israelischen Ministers für Wohnungsbau, Ariel Sharon, in Moskau zur Vorbereitung einer weiteren Zusammenkunft zwischen dem israelischen Außenminister David Levy und dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadze dicht auf den Fersen. Levy kündigte die Reise an, wiederholte jedoch, daß Israel jeden Schritt zur Einberufung einer internationalen Konferenz über den Nahen Osten zurückweisen werde.

Inzwischen traf Gorbatschow mit dem italienischen Außenminister Gianni De Michelis zusammen. Gorbatschow sagte mehrmals zu ihm, daß Moskau bereit sei, die diplomatischen Beziehungen mit Israel wieder aufzunehmen, falls Israel seine Bereitschaft dazu erklärt, eine internationale Friedenskonferenz für den Nahen Osten zu akzeptieren. □

Der Mossad macht Fehler

Ein New Yorker Berufungsgericht hob eine gerade erlassene einstweilige Verfügung wieder auf, nach der der St. Martins Press untersagt worden war das Buch eines ehemaligen Agenten des Mossad, des israelischen Geheimdienstes, zu vertreiben, in dem der Mossad als »gefährlich außer Kontrolle geraten« und oft gegen die amerikanische Außenpolitik arbeitend dargestellt wird. Das Buch von Victor Ostrovsky, einem Kanadier mit gleichzeitig israelischer Staatsbürgerschaft, der von 1983 bis 1985 für den Mossad arbeitete, wurde über Nacht eine cause célèbre, nachdem die israelische Regierung Klage darüber geführt hatte, daß die Herausgabe dieses Buches die Staatssicherheit des Landes beeinträchtigen und das Leben israelischer Agenten in Gefahr bringen könnte.
Die israelische Regierung erwirkte eine ähnliche einstweilige Verfügung, die nicht aufgehoben wird, in Kanada, wo Ostrovskys sich versteckt. Das New Yorker Berufungsgericht hatte jedoch festgestellt, daß die israelische Regierung »ihre Behauptung, daß die Sicherheit israelischer Geheimagenten in Gefahr sei, nicht belegt hat«, und daß die einstweilige Verfügung »unwirksam« sei, weil das Buch bereits an 1500 Buchläden und an die großen Presseagenturen ausgeliefert worden ist.

Das Buch mit dem Titel »By Way of Deception: The Making and Unmaking of a Mossad Officier« enthüllt, daß der Mossad eine besondere Abteilung hat, die in den USA operiert. Die supergeheime Abteilung, als A 1 bekannt, was die Kurzform des ersten Buchstabens des Hebräischen Alphabets, Aleph, ist und »an der Spitze« oder »Elite« bedeutet, umfaßt 24 bis 27 altgediente verdeckte Außenagenten. Diese Meisterspione operieren weitgehend in New York und Washington, was sie als ihr »Spielfeld« bezeichnen, und wo sie Neulinge anwerben und verdeckte Tätigkeiten in den USA organisieren und durchführen.

Zum Beispiel schreibt der Verfasser, wenn ein amerikanischer Senator im Armed Services Committee (Ausschuß für bewaffnete Streitkräfte) sitzt, der den Mossad interessiert, dann wird die Sonderabteilung feststellen, ob der Senator einen jüdischen Helfer hat, der als Informant angeworben werden oder an den man sich als ahnungslose wertvolle Hilfskraft, »mit der man verkehrt oder der man zuhört«, heranmachen kann.

Ostrovsky plaudert auch aus, daß der Mossad detaillierte Informationen über terroristische Pläne hatte, einen Mercedes-Lkw zu einem Bombenanschlag im Libanon zu benutzen, und zwar schon bevor bei einer Selbstmord-Mission, bei der ein solcher Lkw verwendet wurde, 241 amerikanische Marines ihr Leben verloren. Aber der Mossad gab den amerikanischen Geheimdienstbehörden nur eine »verschwommene« allgemeine Warnung vor dem Bombenanschlag, weil der Leiter des Mossad die Ansicht vertritt: »Wir sind nicht hier, um Amerikaner zu schützen. Amerika ist ein großes Land.«

Ostrovsky berichtet auch, daß die Israelis die amerikanischen Beziehungen zu den arabischen Ländern, die gerade dabei waren sich zu verbessern, untergraben wollten. Einige Experten des amerikanischen Geheimdienstes glauben, daß der Mossad in ähnlicher Weise dafür sorgte, daß durch den Bombenanschlag auf die Pan-Am 103 im Dezember 1988 die amerikanischen Beziehungen zur PLO untergraben wurden.

Bevor er gegen den Verfasser gerichtliche Schritte unternahm, stattete der Mossad ihm in Ottawa, wo er jetzt lebt, einen Besuch ab. Ostrovsky wurde nahegelegt, um seiner »eigenen Sicherheit willen« das Buch nicht herauszubringen. Er ging sofort ins Versteck, da er befürchtete, die gleiche Erfahrung wie Mordechai Vanunu zu machen. Vanunu, der israelische Atomwissenschaftler, der die Existenz von Israels Atomwaffen enthüllte, wurde entführt und nach Israel gebracht, wo er ins Gefängnis kam.

Die gerichtlichen Schritte des Mossad, um zu verhindern, daß das Buch vertrieben wird, wurden von der New Yorker Anwaltspraxis Skadden Arps Slate Meagher & Flom in die Wege geleitet. Diese Anwaltspraxis, die größte in den USA, ist als Hauptvertreter der Interessen Israels und der der Anti-Defamation League (ADL) in den USA weithin bekannt. Der Richter, der ursprünglich die einstweilige Verfügung erließ, Michael Kontzin, ist ebenfalls als überzeugter Zionist und Unterstützer der ADL und Israel bekannt.

Obwohl hier ganz klar der Grundsatz der freien Meinungsäußerung auf dem Spiel stand, waren der Mossad und seine amerikanischen Verbündeten mehr darum besorgt, Ostrovskys entlarvende Enthüllungen zu verhindern. Dabei überschätzten sie gewaltig ihre Macht, darüber hinaus haben sie jetzt die Scheinwerfer auf dieses Buch gelenkt.
Ein Sprecher des Autoren sagte, dadurch daß der Mossad die Sache so sehr vermasselt habe, habe er dem Herausgeber ungewollt einen großen Dienst erwiesen. »Wir dachten, es würde ein Bestseller«, sagte der Sprecher. »Was wir jetzt haben, ist ein Mega Seller.« □

Syrien

Medien schweigen über Greueltaten

Michael Badran

In den letzten Wochen fanden überall in Syrien, dem neuen Verbündeten der Vereinigten Staaten in der Krise am Persischen Golf, Massaker statt. Die letzten Tötungen durch die Regierung des Präsidenten Hafez al-Assad belaufen sich auf mindestens 5500 Personen, aber darüber wurde in den Medien des Establishments überhaupt nichts berichtet.

Noch vor kurzer Zeit wurde Syriens Assad als der größte »Meisterterrorist in der Welt und Haupthindernis für den Frieden im Mittleren Osten« eingestuft. Sein Land wurde gewohnheitsmäßig als Förderstaat des weltweiten Terrorismus aufgeführt und Assad selbst, als blutdürstiger und erbarmungsloser Diktator dargestellt, der versuche den Mittleren Osten an sich zu reißen.

George Bushs neuer Verbündeter

Jetzt ist Assad plötzlich »Herr Präsident Assad, der fortschrittlichste Führer eines demokratisierten Syriens«, der »am Friedensprozeß teilnimmt«, indem er Truppen entsendet, um gegen den ehemaligen Goldjungen Amerikas, den irakischen Präsidenten Saddam Hussein At-Takriti, zu kämpfen.

Von Assads Statusumwandlung übernacht hat das seit langem leidende syrische Volk, das er seit 19 Jahren mit einer vom KGB ausgebildeten Geheimpolizei beherrscht, leider nichts mitbekommen. Kaum hatte US-Präsident George Bush seinen neuen Verbündeten umarmt, befahl Assad die Massenmorde an verschiedenen politischen Gegnern, wirkliche oder mutmaßliche.
Zunächst ordnete Assad die Jagd auf 870 Mitglieder der Moslemischen Bruderschaften aus Aleppo (Haleb) und Latakia (El Ladhiqiya) an. Sie wurden nach Damaskus gebracht und zwei Tage lang gefoltert, bevor sie getötet wurden.

Dann schickte Assad 3000 Soldaten zur Provinz Deir ez Zor (Dayr az Zawr), die an Irak angrenzt, mit dem Befehl, jeden zu erschießen, der gegen ein für neun Uhr abends angesetztes Ausgehverbot verstößt. Es war kennzeichnend für Assad, daß er dafür sorgte, daß der Ausnahmezustand nicht angekündigt wurde. Dieser Teil des Abends ist die traditionelle Zeit für gesellschaftliche Zusammenkünfte und gegenseitige Besuche, da Städte und Dörfer in der Abendkühle nach der glühenden Hitze des Tages von bis zu 50 Grad zum Leben erwachen.

Ein Masaker als Warnung

Plötzlich eröffneten die Soldaten das Feuer auf die verdutzte und verschreckte Bevölkerung und ließen in den Gassen und Türeingängen 3000 Tote zurück.

Assads Zorn war geweckt worden durch einen Bericht der Geheimpolizei, dahingehend, daß die Menschen von Deir ez Zor gegen Assads Entsendung von syrischen Truppen nach Saudi-Arabien seien und eine massive Kampagne des zivilen Ungehorsams vorbereiteten. Das provozierte Massaker sollte für andere islamische Gläubige, die sich durch Assads Teilnahme an der, wie sie es sehen, Besetzung der heiligen Stätten des Islam in Saudi-Arabien durch ungläubige Armeen verletzt fühlen, eine Warnung sein.

Aus späteren Berichten geht hervor, daß die Massaker Rohrkrepierer waren, noch mehr Unruhe hervorgebracht und den Haß des Volkes auf Assad und seine Geheimpolizei noch verstärkt hätten.
Dann ging Assads Polizei gegen die Provinz Haseke an der irakischen Grenze und nahe der türkischen Grenze vor und tötete schätzungsweise 1600 Menschen bei hellichtem Tage in den Städten Fajami, Bir Bidea und El Haseke.

Die am stärksten beroffenen Städte waren Homs und Hama, die Schauplätze der von Assad angeordneten völkermordähnlichen Feldzüge. Hama, ein Stützpunkt der Moslemischen Bruderschaft, wurde 1982 dem Erdboden gleich gemacht, wobei alle 10000 Einwohner durch Assads Panzer und Flugzeuge getötet wurden. Über Homs waren keine Zahlen zu bekommen, aber Berichte über zahlreiche Tote sind durch Assads Zensur durchgesikkert.

Die Bevölkerung steht auf der Seite des Iraks

Die Soldaten der Geheimpolizei, die das Blutvergießen begingen, gehören samt und sonders zu Assads Minderheits-Sekte Alavite – eine auserlesene Mischung verschiedener Religionen, die von der breiten Masse der Moslems als anti-islamisch und anti-arabisch erachtet wird. Die religiöse Voraussetzung ist die Ursache dafür, daß die verläßlichen Soldaten Assads sehr dünn gesät sind. Die Masse der syrischen Wehrpflichtigen sind Moslems – 80 Prozent der Gesamtbevölkerung – während sich das Offizierskorps aus der Sekte der Alaviten rekrutiert.

Die nach Saudi-Arabien entsandten Soldaten sind syrische Moslems unter dem Kommando von alavitischen Offizieren. Der amerikanische militärische Geheimdienst ist sehr beunruhigt darüber, daß ein Schießkrieg die syrischen Soldaten dazu ermuntern könnte, ihre Offiziere zu töten – vor allem weil die große Masse der syrischen Bevölkerung in diesem Konflikt auf der Seite der Irakis steht.

Wieder einmal sind die Medien des Establishments im Gleichschritt mitmarschiert, indem sie es unterlassen haben, über die Verzweigungen der Auseinandersetzung mit dem Irak zu berichten. Die moslemische Welt, ein Fünftel bis ein Viertel der Weltbevölkerung, ist über das Eindringen des Westens in die heiligen Stätten empört. □

Syrische Soldaten sind meistens Moslems, während die syrischen Offiziere der Sekte der Alaviten angehören.

Naher Osten

USA treffen Geheimabkommen mit Syrien

Sean O'Dwyer

Die Vereinigten Staaten und Syrien haben ein Geheimabkommen getroffen. Danach verzichtet Syrien auf jeden Anspruch auf die von den Israelis besetzten Golanhöhen und schickt 20.000 weitere Soldaten nach Saudi-Arabien, um sich den von den USA angeführten internationalen Streitkräften anzuschließen. Als Gegenleistung erhält Syrien beträchtliche finanzielle Zuwendungen und Handelserleichterungen von der amerikanischen Regierung.

Das Abkommen wurde getroffen lange bevor der amerikanische Außenminister James Baker sich aufmachte, um mit dem syrischen Staatspräsidenten Hafez al-Assad zusammenzutreffen. Dies ist die erste Zusammenkunft der beiden Länder auf hoher Ebene in mehr als zwei Jahren. Syrien befindet sich auf der Liste des US-Außenministeriums der Länder, die den Terrorismus fördern, nachdem es in den Absturz des Pan-Am-Fluges 103 über Lockerbie, Schottland, bei dem 270 Passagiere das Leben verloren, verwickelt war.



US-Außen-Minister James Baker hat ein Abkommen mit dem schlimmsten Tyrannen der Region, Hafez al-Assad, getroffen.

Viel Geld für den einstigen Gegner

Am Tag der Ankunft von Baker in Damaskus gab die syrische Regierung bekannt, daß sie das erste Kontingent der zugesagten 20.000 zusätzlichen Soldaten – eine Panzerdivision von mehr als 10.000 Mann und 300 Panzer – nach Saudi-Arabien entsenden werde.

Nach dem Abkommen wird Syrien dem Westen auch Informationen über die Aktivitäten der Palestine Liberation Organization (PLO) und anderer Feinde des israelischen Expansionismus liefern.
Als Gegenleistung für diesen Dienst wurden Assad 800 Millionen Dollar an Hilfeleistung zugesagt, erfuhren unsere Korrespondenten aus Kreisen der Nachrichtendienste. Syrien wurde auch der Status der »meist begünstigten Nation« – wodurch syrische Produkte, die in die USA eingeführt werden, Vorzugszölle genießen – und andere Handelsvergünstigungen eingeräumt. Das syrische Regime benötigt die amerikanische Unterstützung dringend, vor allem deswegen, weil Assad seinen Kurs gegen den irakischen Präsidenten Saddam Hussein At-Takriti, seines langjährigen Rivalen unter den arabischen nationalistischen Führern, weiter verfolgt.

Ein brutaler Diktator

Assad ist ein brutaler Tyrann, der der Mehrheit der moslemischen Bevölkerung Syriens sein Minderheitsregime der Sekte der Alaviten aufzwingt, mit Blutbädern und ausgedehnter Niedermetzelung von Bewohnern von Städten und Dörfern, die als Stützpunkte der Opposition bekannt sind.

Assad benötigt seine Alaviten-Soldaten, um seine eigene Bevölkerung bei der Stange zu halten. Das Offizierskorps der Armee ist streng alavitisch und viele von diesen Offizieren befinden sich auf dem Weg nach Saudi-Arabien, um sich der von den USA angeführten Streitmacht anzuschließen.

Es ist gut möglich, daß angesichts der allgemeinen Verbitterung gegenüber Assad, die syrischen Soldaten bei Beginn eines Schießkriegs auf ihre eigenen Offiziere schießen werden, bevor sie ihr Visier auf ihre irakischen Glaubensbrüder richten. Die amerikanischen Truppen wären dann gezwungen, gleichzeitig gegen ihre syrischen »Verbündeten« vorzugehen, während sie gegen die Irakis kämpfen.

Die Golanhöhen, eine strategisch wichtige Reihe von Hügeln im südwestlichen Syrien, wurden während des Sechs-Tage Krieges von 1967 von Israel erobert.

Kosten der Mobilmachung tragen die USA

Die syrischen Truppen werden sich den 10.000 Ägyptern anschließen, die bereits nach Saudi-Arabien entsandt wurden. Die ägyptische Regierung bereitet sich darauf vor, weitere 30.000 Soldaten zu entsenden. Pakistan stellt eine Streitmacht von 5.000 Mann bereit, und sogar das von Armut heimgesuchte Bangla Desh hat sich verpflichtet, 5.000 Soldaten zu entsenden. Das von dem despotischen König Hassan II. regierte Marokko schickt 3.000 Soldaten.

Alle diese Truppen müssen von amerikanischen Steuerzahlern subventioniert werden, da die meisten Länder entweder nicht in der Lage oder nicht dazu bereit sind, die mit der Mobilmachung verbundenen Kosten zu tragen.

An der Kostenerstattung beteiligt sich auch die »enteignete« kuwaitische Königsfamilie, die ihr 150 Milliarden schweres Finanz-Imperium außerhalb des Landes wieder in die Hand genommen hat, und von der öl-reichen saudischen Monarchie, die sich eines unerwarteten Glücksfalles erfreut, da der Ölpreis steigt und sie die Produktion erhöht, um den Verlust der kuwaitischen und irakischen Lieferungen wettzumachen.

Nach Ansicht eines Experten für amerikanische Politik im Nahen Osten, verbünden sich die USA mit den schlimmsten Tyrannen und Diktatoren in der Region und handeln sich damit die Feindschaft der arabischen Massen ein, die die Amerikaner angeblich unterstützen. Die derzeitige Politik der USA untergräbt die amerikanischen Interessen zugunsten Israels. □



Saddam Hussein (links), Präsident des Irak, mit seinem Außenminister Aziz: Einst ein treuer Freund des Westen, heute von Bankern und Internationalisten gehaßt.

Israel

Das Geschäft mit der Golfkrise

Victor Marchetti

So wie jede Münze zwei Seiten hat, kann man die Frage, was die neuen Bündnisse, die zwischen den arabischen Staaten und den USA geschmiedet werden, für das amerikanisch-israelische »besondere Verhältnis« bedeuten, von zwei Seiten betrachten. Da sind auf der einen Seite diejenigen in der jüdisch-amerikanischen pro-israelischen Gemeinde die, wie Pollyanna, die Dinge äußerst positiv sehen und glauben, daß die amerikanisch-jüdischen Bindungen so fest zementiert sind, daß für jeden Dollar, Waffe oder andere Dienstleistungen, die die Araber von Washington erhalten, die Israelis zwei bekommen.

Auf der anderen Seite sind die Realisten, jene Juden, die glauben, daß die amerikanische Politik sich grundlegend und unwiderruflich gewandelt hat – weg von der alten Rivalität des Kalten Krieges, in dem Israel die Rolle des Hauptverbündeten Amerikas im Nahen Osten spielte, und hin zur Konzentration auf den Schutz der Ölversorgungsleitungen der Region für den Westen, wobei der jüdischen Staat keine Rolle spielt. Diese Leute befürchten auch, daß die neuen engen Beziehungen der USA zu einer Reihe von arabischen Staaten zu einem neuen Druck auf Israel, das Palästinenser-Problem zu lösen und seinen Anspruch auf das besetzte Westufer und den Gazastreifen aufzugeben, führen wird.

Die Krise kann von großem Nutzen sein

Es gibt sicherlich Beweise, um beide Ansichten zu untermauern. In seiner Bemühung, die Ängste in der amerikanischen Judenheit zu besänftigen, schickte das amerikanische Außenministerium Aaron David Miller, ein Mitglied des Politik-Planungsstabes des Staates, zur 35. Jahresversammlung der B'nai B'rith International nach Dallas, um dort zu sprechen. Seine keineswegs unzweideutige Botschaft lautete, daß die Krise letztendlich für Israel von großem Nutzen sein könnte, dadurch, daß der Persische Golf zu einer freundlichen Nachbarschaft wird, in der man leben kann, vor allem, wenn dadurch der Irak als militärische Bedrohung ausgeschaltet wird. Miller fügte beruhigend hinzu, daß Israels Sicherheit und das Endziel, die Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die Araber zu erreichen, für die Gesamtpolitik der Bush-Regierung in der Region weiterhin wichtig seien.

Auch die Tatsache, daß der amerikanische Außenminister James Baker schließlich zustimmte, mit dem israelischen Außenminister David Levy zusammenzutreffen, gab den Optimisten in der pro-israelischen Gemeinde neuen Mut. Das Treffen war ein Monat zuvor vertagt worden, als die Feindseligkeiten in Kuwait ausbrachen und die amerikanisch-jüdischen Führungspersönlichkeiten befürchten mußten, daß Baker diese Zusammenkunft annullieren könnte, als Verbeugung gegenüber den arabischen Ländern, die gerade umworben wurden, sich den multi-nationalen Anstrengungen gegen den Irak anzuschließen.

In Israel herrscht Skepsis

Seymour Reich, Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, sagte: Die Zusammenkunft »spiegelt die fortwährende Anerkennung des strategischen Bündnisses durch die USA wider«. Das Treffen war in der Tat die erste Kontaktaufnahme auf hoher Ebene zwischen amerikanischen und israelischen Regierungsbeamten seit Einfrierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die durch Israels Weigerung, die Friedensinitiativen der amerikanischen Regierung auch nur in Erwägung zu ziehen, ausgelöst wurde. Dies geschah nach den Wahlen, die die derzeitige Likud-Regierung an die Macht brachte.

Eine Woche zuvor hatte der Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums David Ivry wegen verstärkter Militärhilfe an die USA appelliert. Es wurde in der »New York Times« groß darüber berichtet, daß die Bush-Regierung den Israelis ein Paket von fortschrittlichem Kriegsgerät im Werte von bis zu einer Milliarde Dollar, darunter F-15- und F-16-Jäger, das Raketensystem zur Luftverteidigung Patriot, M-60-Panzer und panzertötende Apache-Hubschrauber, versprochen habe. Über dieses angebliche Abkommen gibt es jedoch widersprüchliche Berichte und aus Kreisen in Israel verlautet, daß es wesentlich geringer sein könnte, vor allem wenn es sich dabei, wie einige israelische Regierungsbeamte befürchten, nicht um neue, sondern um gebrauchte Ausrüstungen handelt.

Das Drängen auf Schuldenerlaß

Die Bush-Regierung hat es abgelehnt, hierzu Stellung zu nehmen, und es gab keine Bestätigung für den Bericht der »New York Times«. In Israel sind viele Leute skeptisch, ob dieses Abkommen überhaupt besteht.

Israelische Offizielle haben auch zuversichtlich vorausgesagt, daß die amerikanische Regierung Israels Militärschulden von rund 4,5 Milliarden Dollar erlassen werden, nachdem Bush den Kongreß ersucht hatte, Ägyptens Schulden von mehr als sieben Milliarden Dollar abzuschreiben. Aber die US-Regierung hält sich bei der Beantwortung direkter Fragen zu diesem Thema zurück, obwohl Israels Einheizer im US-Kongreß bereits gesagt haben, daß das eine nicht ohne das andere geschehen werde. Die Israelis behaupten, daß sie den Schuldenerlaß verdient haben wegen der Kosten, die ihnen dadurch entstanden seien, daß sie ihre bewaffneten Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt hätten. Aber israelische Offizielle haben auch gesagt, daß ihnen der Schuldenerlaß bei ihren Bemühungen, sowjetjüdische Einwanderer anzusiedeln, zu Gute kommen werde.

Million russischer Juden nach Israel

Trotz aller Aufmerksamkeit, die die Medien Israels Forderung nach weiterer amerikanischer Militärhilfe zuteil werden ließen, war Levy mehr daran interessiert, die Bush-Regierung in der Angelegenheit der »bedeutsamen Finanzhilfe« abzutasten, um den Judenstaat dabei zu unterstützen, den jüdischen Exodus aus der Sowjetunion zu absorbieren, verlautet aus kenntnisreichen israelischen Kreisen. Und wenn dieses Thema auch »nicht offiziell besprochen« wurde, so habe Levy doch Fortschritte gemacht dadurch, daß er ein Einverständnis mit Baker zustandegebracht und ihre Beziehungen auf Du-und-du-Basis (»Jim und David«) gefestigt habe.

»Israel gegen die Aggression des Iraks zu verteidigen ist eine erstrangige Priorität«, verlautet aus diesen Kreisen, »aber das ist im Grunde genommen ein Übergangsproblem. Eine Million russische Juden nach Israel zu holen und sie in unsere Gesellschaft und Wirtschaft einzugliedern, ist eine fundamentale Priorität. Dies ist die letzte Chance, die wir haben werden, um eine große aliya (Rückkehr ins Heimatland) durchzuführen. Aber letztendlich benötigen wir dazu beträchtliche finanzielle Hilfe. Die muß aus Amerika kommen.«

Trotz des Versuchs eine möglichst gute Miene zu den derzeitigen Beziehungen zu den USA zu machen, fällt es den Israelis und ihren amerikanischen Freunden schwer, alle Teile zu einem freundlichen Ganzen zusammenzufügen. Es war zum Beispiel eines der Hauptzwecke der Reise Levys nach Washington, die Genehmigung der amerikanischen Regierung für die vom Kongreß verabschiedete Darlehensgaran-

tie in Höhe von 400 Millionen Dollar zum Bau von Wohnungen für die hineinströmenden Sowjetjuden abzusichern. Die US-Regierung hat das Paket einstweilen zurückgestellt, solange bis sie von den Israelis feste Zusagen erhält, daß das Geld nicht dazu verwendet wird, Häuser am besetzten Westufer zu errichten.

Anscheinend konnten die Israelis Bush oder Baker in dieser Beziehung nicht zufriedenstellen, da Levy nach Hause zurückkehrte, ohne daß das Abkommen unterzeichnet wurde, obwohl in Israel weit und breit vorausgesagt worden war, daß Levy mit einem Bündel von feierlichen Zusagen in der Hand kommen würde.

Dies ist nicht das einzige unerwartete Hindernis, das der amerikanischen Unterstützung für Israel bei dem Versuch im Wege stand, eine positive Einschätzung der Lage am Persischen Golf zu formulieren. Nachdem sie jahrelang versucht hatten, die amerikanische Regierung dazu zu veranlassen, einen harten Kurs gegen den Irak zu verfolgen, sind die Israelis jetzt über die Geschwindigkeit mit der die amerikanische Regierung neue Bündnisse unter den arabischen Ländern geschmiedet hat und über die gewaltige Menge von Waffen, die diesen geliefert werden, sowie über die Natur der vorgeschlagenen Waffenverkäufe verwirrt. »Wird in der Zukunft das Schwergewicht mehr auf dem Schutz des Öls in der Region als auf der Beschützung Israels im Mittelmeerraum liegen?«, fragte Alfred Moses, Vorstandsvorsitzender des American Jewish Committee.

Bedenken gegen Waffenlieferungen

Der Abgeordnete Mel Levine, einer der nachhaltigsten Unterstützer Israels im US-Kongreß, sagte pessimistisch voraus, daß »der Eckstein der amerikanischen Politik im Nahen Osten sowohl durch den gewaltigen Strom von Waffen in die Region als auch durch die wachsende Verbundenheit der Vereinigten Staaten mit Regimen, die weiterhin das Existenzrecht Israels in Abrede stellen, ausgehöhlt wird«. Der Abgeordnete Charles Schumer machte sich zum Echo dieser Befürchtungen, indem er darauf hinwies, daß sich die Israel-Freunde bei der Aufpeitschung des amerikanischen Zorns gegen den Irak übernommen haben könnten. »Widerstand gegen den Irak ist eine Sache«, sagte er, »achtzigtausend amerikanische Soldaten Seite an Seite mit Saudis, Syrern und Ägyptern ist eine andere.«

Israels Freunde im US-Kongreß werden in der Tat bereits dazu gezwungen, ihre jahrelange Strategie, nicht nur bei jeder sich bietenden Gelegenheit die militärische und wirtschaftliche Hilfe an Israel in die Höhe zu treiben, sondern auch deren Strom in arabische Länder streng zu begrenzen, zurückzuschrauben. Da ihnen klargeworden ist, daß es im Lichte der derzeitigen Krise so gut wie unmöglich sein wird, Waffenverkäufe an die Araber zu annullieren, arbeiten sie anscheinend eine Strategie aus, um diese Verkäufe zu unterbinden – oder zumindest deren Auswirkung zu mildern –, indem sie verstärkte Hilfe und Waffenlieferungen an Israel durchdrücken, damit das Land seine qualitative militärische Überlegenheit gegenüber seinen Nachbarn bewahren kann.

Charles Schumer, der sich darüber grämt, daß Waffen, die den arabischen Ländern geliefert werden, in die Hände des Iraks oder eines anderen radikalen arabischen Staates gelangen könnten – »Was ist mit den Waffen geschehen, die wir in den Irak geliefert haben?«, fragte er –, sagte voraus, daß das Beste worauf die Israelfreunde hoffen können sei, solche Waffenverkäufe mit Auflagen zu verbinden. Er räumte allerdings ein, daß solche Auflagen vor allem zu Kriegszeiten wenig oder gar keine Bedeutung haben würden.

»Die Auflagen könnten durch das Land durchbrochen werden, dem die Waffen gehören«, sagte er. Ungeachtet der Tatsache, daß Israels Anhänger behaupten, sie hätten in bezug auf Saddam Hussein von Anfang an Recht gehabt, und daß ihre Warnungen an Washington nicht nur bloße Versuche gewesen seien, die amerikanische Regierung von ihrem Schwerpunkt auf dem Friedensprozeß mit den Palästinensern abzulenken, bleibt die US-Regierung standfest und beharrt darauf, daß die Gespräche fortgesetzt werden. □

USA

Kämpfen oder die Freiheit verlieren

James Bo Gritz

Auf der kürzlich stattgefundenen 35. Jahresversammlung der National Board of Policy Convention der Liberty Lobby war US-Oberstleutnant James »Bo« Gritz einer der herausragenden Redner. Gritz, Amerikas am höchsten ausgezeichneter Held des Vietnam-Krieges, ist in den letzten Jahren als einer der schärfsten Kritiker der internationalen Kriegshetze hervorgetreten. In seiner Rede nahm er die derzeitigen Entwicklungen im Nahen Osten und in Amerika unter die Lupe und führte aus, was dabei für die Vereinigten Staaten auf dem Spiel steht.

Berichten will ich Ihnen, was mir hinter einem Schleier der Staatssicherheit widerfahren ist, aber ich bin nur der Finger, der draußen ist. Das Gehirn, das mich dorthin entsandt hat, weiß viel mehr als diejenigen von uns, die sich an Ort und Stelle befinden. Ich habe einige für die heutige Zeit wichtigen Gebiete markiert und werde bei meinen Ausführungen in dieser Reihenfolge vorgehen. Zunächst möchte ich auf das Problem der Drogen eingehen.

Flugzeuge mit Kokain des Medellin-Kartells

1975 wurde ich als Kommandeur von Einsatztruppen (Special Forces) in Lateinamerika nach Panama entsandt. Im Dezember befand sich einer meiner besten Freunde, Oberst A. J. Baker, dort. Baker war nicht als Kommandeur der Rangers dort. Er war dort als CIA-Agent tätig, der von Ed Wilson und anderen Leuten des CIA beauftragt worden war, von Bogota, Kolumbien, aus ein Navigationssystem zu einem Flughafen der amerikanischen Armee an der pazifischen Seite des Panama-Kanals einzurichten.

Der Grund, warum Baker seine Leute einsetzte, um ein Navigationssystem für Flugzeuge einzurichten ist darin zu sehen, daß diese Flugzeuge dann in einer Höhe von unter 500 Fuß (150 Meter) über dem Boden fliegen konnten. Sie können daher die Reichweite des Radarsystems unterfliegen. Wenn man höher als 500 Fuß kommt und von den Radarstrahlen erfaßt wird, kann es sein, daß die US-Regierung und andere Regierungen wissen wollen, was diese unbefugten und nicht registrierten Flugzeuge dort tun.

Im Dezember und den darauffolgenden Monaten fanden monatlich etwa 30 bis 40 Flüge statt. Das ist fast ein Flug pro Tag. Diese Maschinen flogen mit Kokain des Medellin-Kartells, das direkt in den Vereinigten Staaten vertrieben wird, von Bogota aus ein.

Der Handel mit Waffen und Drogen

Die Drogengelder wurden durch das Bankwesen gewaschen. Es befanden sich mehrere Leute auf dem Armee-Flugplatz. Einer von ihnen war der ehemalige CIA-Agent Edwin Wilson. Es waren auch noch andere Leute dort, darunter ein Mann namens Manuel Antonio Noriega. Ein Mann, von dem Sie sich vielleicht nicht vorstellen können, daß er dort war, traf 1975 in Panama ein. Es ist Michael Harari, ein Agent des Mossad.

Ich habe eine sehr lange Zeit in Mittelamerika verbracht, und ich kann Ihnen sagen, wenn man in

Kämpfen oder die Freiheit verlieren

eines jener Länder kommt, stellt man fest, daß sich dort israelische Mannschaften befinden, die Lateinamerikaner ausbilden. Sie reisten ein und versuchten mitzunehmen, was sie bekommen konnten.

Der Punkt ist: Seien Sie nicht darüber überrascht, daß der israelische Mossad schon seit Jahrzehnten in Lateinamerika ist und offen mit Waffen und Drogen handelt. Harari stellte sich hinter den damaligen Diktator Omar Torrijos und Manuel Noriega, den seinerzeitigen Geheimdienstchef.

Baker war einer meiner besten Freunde. Er lebt nicht mehr. Ich stehe hier, um eine Fackel für Bo Baker zu tragen, aber ich habe lange dazu gebraucht, um in seinem Namen zu sprechen.

1979 empfahl ich, Manuel Noriega zu ermorden, aber der Geheimdienstchef befahl mir, die Finger von ihm zu lassen. Noriega habe »einen immensen Wert auf höchster Ebene«.

George Bush war damals Leiter des CIA. Er setzte Noriega auf die Gehaltsliste des CIA, als Vorauszahlung für zu leistende Dienste, mit 200000 Dollar pro Jahr – mehr als der Präsident der Vereinigten Staaten bekommt –. Darin ist nicht einmal das Geld enthalten, das Noriega durch ungesetzliche Bankgeschäfte und mit Drogen- und Waffenhandel verdiente. Aber Harari stand ihm nicht viel nach. Baker war jedoch kein Dummkopf. Er kam nahe genug heran, um die Leute zu identifizieren, für die seine Männer das Navigationssystem einrichteten. Diese Operation nannte sich »Operation Watchtower«.

Der CIA und die Drogengeschäfte

Ich besitze ein von anderen Offizieren der Special Forces unterzeichnetes Dokument, ein Affidavit (eidesstattliche Erklärung), mit dem bestätigt wird, daß es eine Operation Watchtower gab, und daß die Vereinigten Staaten direkt in den illegalen Drogenhandel aus Kolumbien verwickelt sind.

Baker kam mit einer Mitteilung zu mir. Er war beunruhigt, da er dafür verantwortlich war, die Türme zu errichten, von denen Informationen an die Flugzeuge gingen. Das war seine Aufgabe als Soldat, und er ließ sich bestätigen, daß er für Edwin Wilson arbeite, der, wie er sich ebenfalls bestätigen ließ, für den CIA tätig war, und daß das Ganze legitim sei. Abgesehen davon, daß natürlich über die illegalen Drogen oder die ungesetzlichen Bankgeschäfte, die vor sich gingen, keine Meldungen gemacht wurden.

Im Januar 1976 übernahm Oberst Ed Katulo von Baker die Leitung der Operation Watchtower. Beide Männer sind heute tot. Baker brach unerwartet tot zusammen und Katulo starb während der Ausbildung bei einem Unfall.

Beide Männer starben kurz bevor sie mit Harari zusammentreffen sollten. Beide waren nicht heimtückisch. Wenn sie einem etwas zu sagen hatten, dann taten sie dies von Angesicht zu Angesicht. Sie versuchten zu beweisen, daß Ed Wilson kein befugter Repräsentant des CIA war und über Harari und den Mossad Millionen an Gewinnen einheimste. Sie versuchten, Harari festzunageln, und ich glaube, das mußten sie mit dem Leben bezahlen.

Halbherziger Krieg gegen Drogen

Ein anderer Offizier der Special Forces – der Anfang dieses Jahres starb –, Nick Rowe, einer der wenigen Kriegsgefangenen, die dem Vietkong ganz allein entkamen, stand mit diesen Männern in Verbindung. Die drei Männer wollten den Dingen auf den Grund gehen, weil hier etwas faul war.

Rowe wurde auf den Philippinen ermordet. Harari war zwei Wochen vor dem Mord an Rowe und eine Woche danach auf den Philippinen. Ich habe einen Brief von Rowe, mit dem er sich mit den Veranstaltern der Sendung »Sixty Minutes« der CBS in Verbindung setzen wollte. Eine Miss Holyoke von »Sixty Minutes« sagte: »Wir sind nicht daran interessiert, eine Story über die Verwicklung der US-Regierung in den illegalen Drogenhandel zu bringen.«
Rowe wollte an die Öffentlichkeit gehen, und er ermutigte lesen, daß die Polizei Heroin im Werte von sieben Millionen Dollar beschlagnahmt hat, dann wissen Sie, daß das weniger als sieben Pfund sind. Und die US-Regierung fing im vergangenen Jahr weniger Heroin ab als im Jahr zuvor.



US-Oberstleutnant James »Bo« Gritz, Amerikas am höchsten ausgezeichneter Held des Vietnam-Krieges.

CBS, dies zu tun. Die Dame erklärte, »Sixty Minutes« sei zu sehr mit anderen Stories beschäftigt.
Nun, wie viele von Ihnen vielleicht wissen, bildete ich 1986 afghanische Freiheitskämpfer aus und wurde vom Weißen Haus gebeten, mich in das Goldene Dreieck in Burma zu begeben. Zu der Zeit leitete der damalige Vizepräsident Bush den »Krieg gegen die Drogen«. Ich brachte Nachrichten von General Khun Sa – oberster Drogenlord des Staates Shan in Burma – mit, die besagten, daß er verhindern werde, daß 600 Tonnen Opiate das Goldene Dreieck verlassen. Er werde jeden Beamten der amerikanischen Regierung entlarven. Diese waren über 20 Jahre lang seine besten Kunden.

Wußten sie, daß in der »Los Angeles Times« kürzlich berichtet wurde, daß die Drug Enforcement Agency (Drogengesetz-Vollzugsbehörde) für 1989 3065 Tonnen Opiate errechnet hat, die in einem Jahr im Goldenen Dreieck erzeugt wurden? 1986 waren es nur 600 Tonnen gewesen. 1987 waren es 900 Tonnen. 1988 waren es 1200 Tonnen. Jetzt sind es über 3000 Tonnen.
Wußten Sie, daß Heroin für eine Million Dollar das Pfund weggeht? Nun, wenn Sie die Berichte

Wenn nur die Hälfte der Produktion des Goldenen Dreiecks tatsächlich abgestoßen würde, dann sind das 666000 mal eine Million Dollar. Und wir konnten laut Mitteilung der Regierung nur ungefähr 1000 Pfund davon abfangen.

Wie weit die USA heruntergekommen sind

Sonst noch Fragen zum Krieg gegen die Drogen? Wer streicht den Gewinn ein?

Lassen Sie mich nun über die Lage der Kriegsgefangenen sprechen. Wir hatten 308 amerikanische Kriegsgefangene, die in Laos festgehalten werden. Viele von ihnen leben heute noch.

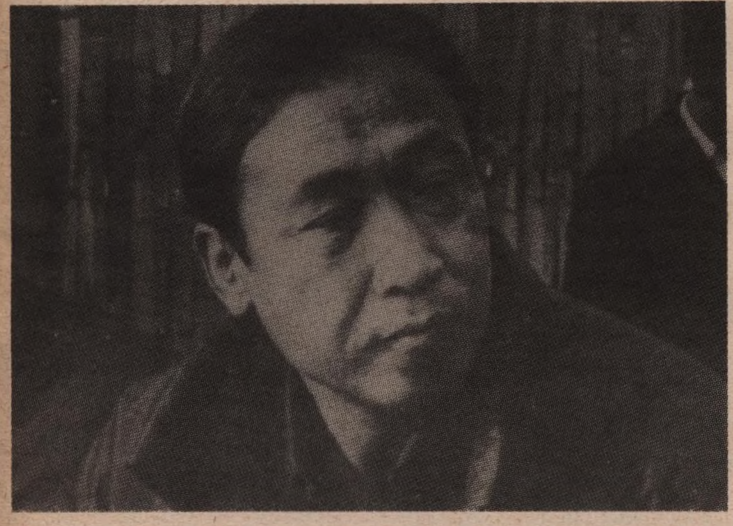
Unser charge d'affaires (Geschäftsträger) in Laos sagte, amerikanische Kriegsgefangene sind »bei der Verfolgung der amerikanischen Außenpolitik in Südostasien unwesentlich«, zumal Vietnam ein unerklärter Krieg war.
Wenn Amerika soweit heruntergekommen ist, daß Menschenleben nicht mehr das Wichtigste sind, was wir haben, dann sind wir reif für das, was der Diplomat Richard Armitage gesagt hat.

Er sagte, daß der irakische Staatspräsident unwissentlich die

von den Vereinigten Staaten angeführte »neue internationale Ordnung« unterstützt – jedenfalls zur Zeit.

Ich bin hier, um Ihnen zu sagen, daß das verdammte Öl gar nicht für Amerika bestimmt ist. Wir bezogen nur 14 Prozent unseres Öls aus dem Nahen Osten. Wir haben die Alaska-Pipeline. Wir haben Südamerika. Wir haben Pumpen in Texas, Oklahoma und California, die stillstehen. Wir haben alle Arten von Treibstoffen. Es sind die trilateralen Gebilde, die vom Nahost-Öl abhängen.

Um voranzukommen, wollen wir nun über die neue Kennkarte sprechen, die vorgeschlagen worden ist. Am 31. März 1990 berichtete die »New York Times«: »Führende Kongreßmitglieder sagten, daß sich das Land einer einfacheren, sicheren Methode zur Identifizierung seiner Bürger bedienen sollte.«



Drogenlord Khun Sa bot an, den Transport von Heroin nach den USA zu unterbinden. Sein Angebot wurde abgelehnt.

US-Senator Alan Simpson meinte: »Es stört mich nicht, eine neue landesweit gültige Kennkarte zu haben.«

Warum glauben Sie, benötigen wir eine nationale Kennkarte? Denken Sie einmal darüber nach.

Die Vorzeichen der Ein-Welt-Regierung

Es wurde berichtet, daß die Firma Data Tech Co., die eine neue Strichmarkierungskarte erfunden hat, die auf den Mautstraßen in Dallas verwendet werden soll und die automatisch ihr Bankkonto belastet, so daß Sie dort keine Münzen mehr einzuwerfen brauchen, dafür »gute Zensuren« bekommen hat.

Es heißt, sie habe die hohe Anerkennung bekommen, weil sie Amerikas Weg zu einer bargeldlosen Gesellschaft beschleunigt. Warum wollen wir keine bargeldlose Gesellschaft werden?

Von Anfang 1991 an muß jeder Einwohner in Oklahoma der Steuerbehörde schriftlich alles mitteilen, was er besitzt. Wenn die Steuerveranlager Ihrem eingereichten Formular keinen Glauben schenken, dann können sie zu Ihnen ins Haus kommen. Wenn Sie ihnen den Zutritt verwehren, werden Ihnen Durchsuchungsbefehle vorgelegt. Wenn irgendwelche Juwelen, Feuerwaffen, persönliches Eigentum, die sie nicht angegeben haben, entdeckt werden, dann werden Sie mit 20 Prozent des Schätzwertes belastet.

Ist das mit dem Geist von 1776 vereinbar?

Es steht außer Frage, daß die »Eine-Welt-Regierung« kommt. Sie hören das schon seit langer Zeit.

Die gefährlichste Gesetzgebung des Kongresses ist H.R. 4079. Im Senat ist es S. 2245. Wenn wir diese Maßnahme nicht verhindern können, dann müssen wir uns schämen.
Dieser Gesetzesentwurf ist etwa ein Zoll dick, aber alles, was Sie wissen müssen, wird mit folgendem Satz gesagt: »Mit dem Inkrafttreten dieses Dokuments am Tage der Unterzeichnung wird für fünf Jahre ein nationaler Verbrechens-Notstand ausgerufen.«

Die Verfassung außer Kraft setzen

Warum ist das so wichtig? Es sei daran erinnert, daß während der Anhörung des Oberst Oliver North durch den Abgeordneten Jack Brocks dieser North fragte: »Ich habe gehört, daß Sie etwas mit einer Durchführungsdirektive zu tun hatten, mit der die Verfassung der Vereinigten Staaten vorübergehend außer Kraft gesetzt werden soll?«

Senator Daniel Inouye erschien wieder auf dem Bildschirm und sagte: »Wir wollen nicht darüber reden. Das ist eine heikle Angelegenheit. Wir müssen darüber in der Vorstandssitzung reden.«

Nun, er hat Recht, daß dies eine heikle Angelegenheit ist, wenn davon geredet wird, die Verfassung außer Kraft zu setzen.

Eine Federal Emergency Management Agency (FEMA, Notstandsbewältigungsbehörde) ist bereits entstanden. Der amerikanische Präsident kann die Notstandserlasse der FEMA jederzeit in die Tat umsetzen, wenn ein nationaler Notstand vorliegt. Das bedeutet nicht, daß das Kriegsrecht eingeführt wird.

Wenn jedoch der US-Kongreß in den nächsten Jahren dem Präsidenten gegenüber einen nationalen Notstand erklärt, wenn die Staatsschulden fünf Billionen Dollar erreichen und der Präsident auf eine Eine-Welt-Regierung drängt, dann hat das Volk keine Wahl mehr. Schuldner haben eben keine Wahl. Wenn wir uns mit Händen und Füßen zur Wehr setzen, dann wird es einen nationalen Notstand geben.

Wissen Sie, daß ich in Peoria, Illinois, festgestellt habe, daß örtliche Polizeibeamte sich freiwillig dazu bereit erklärt haben, sich im Falle eines nationalen Notstands föderalisieren zu lassen und sich der Oberaufsicht der FEMA zu unterstellen? Sie bekommen dafür ein kleines Stipendium.
Glauben Sie, daß die Polizeibeamten zum Beispiel in Peoria bleiben können, wenn ein nationaler Notstand ausbricht? Sie kennen doch die Patrioten dort und würden sich weigern, eine Razzia auf sie zu machen.

Was wäre, wenn die FEMA, die die Beamten nach Gary, Indiana, versetzen, ihnen eine Liste mit Namen aushändigen und zu ihnen sagen würde: »Gehen Sie und schnappen Sie sich diese Leute.« Deswegen ist dies ein gefährlicher Gesetzesentwurf. Es ist der Schlüssel zur Einführung des Kriegsrechts in den Vereinigten Staaten. Sorgen Sie dafür, daß dies nicht geschieht.

Die Einführung des Kriegsrechts

Ich weiß, daß wir etwas Richtiges tun. Als ich kürzlich hier in Washington sprach, kam ein Beamter des US-Außenministeriums, den ich seit 30 Jahren kenne, auf mich zu und sagte: »Bo, geh' nach Hause und zerreiße jeden Fetzen von Beweismaterial, den wir gegen dich verwenden könnten. Das Außenministerium hat gegen Bo Gritz den Krieg erklärt.«

Ich sagte: »Ich danke Dir, das ist ein Kompliment. Es beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wenn man das Biest nicht an der richtigen Stelle in die Rippen stößt, dann kratzt es sich nicht einmal. Aber, wenn man es ärgert, dann kämpft es.«

1992 müssen wir bereit sein zu gewinnen. Es kann sein, daß wir danach keine Präsidentschaftswahl mehr haben werden. Wir müssen jemanden finden, der Mut hat, und den finden wir wahrscheinlich nicht in einer der beiden großen Parteien. Das Volk an der Basis muß etwas dazu tun. Denken Sie daran, es war nicht die Mehrheit die uns unsere Unabhängigkeit von England erkämpfte. Es war eine Minderheit.

Denken Sie daran, Freunde: Es muß noch eine Anhöhe genommen werden, und das ist Capitol Hill. Seien Sie dazu bereit. □



Naher Osten

US-Soldaten schwitzen im Wüstensand

Mike Blair

Während die westliche Aufmerksamkeit sich auf die Öllieferungen aus dem Nahen Osten richtet, sind hinter den Kulissen, im amerikanischen Verteidigungsministerium, die Militärplaner mehr über die Versorgung mit dem weit wichtigeren Wasser für die US-Soldaten beschäftigt.

Als sich die amerikanische Regierung von Präsident George Bush, durch Iraks Einmarsch in das ölreiche Kuwait und dessen Annektion aufgeschreckt, kopfüber in die Nahost-Krise stürzte, landete sie in einem ausgetrockneten Brunnen. Die Presse des Establishments, begierig das Kriegsfieber, das die westlichen Nationen erfaßt hat, weiter aufzuheizen, unterließ es, darauf hinzuweisen, daß sich die US-Soldaten nicht so sehr mit Öl als mit Wasser bewegen.

Reich an Öl, arm an Wasser

Obwohl es die Vereinigten Staaten 300 Millionen Dollar kostet, um für ihre militärische Operation im Nahen Osten für einen Monat Treibstoff zu beschaffen, bereitet die mangelhafte Wasserversorgung zum Trinken, zur Körperhygiene und zu anderen Zwecken dem amerikanischen Verteidigungsministerium ernsthafte logistische Probleme.

Tatsache ist, daß Saudi-Arabien seit langem reich an Öl, aber arm an Wasser ist. Bei ihren spärlichen Naturvorkommen konnten die Saudis knapp die Bedürfnisse ihres eigenen Volkes decken, indem sie mit hohem Kostenaufwand längs der Küste des Persischen Golfs Entsalzungsanlagen bauten.

Wegen des Wassermangels zur Bewässerung ist das Land zum größten Teil dürr und unfruchtbar geblieben. Ohne seine riesigen Ölvorkommen wäre Saudi-Arabien für die übrige Welt praktisch ein Niemandsland.

Da sie in einem ausgetrockneten Brunnen gelandet sind, mußten die amerikanischen Militärplaner eine gewaltige Luftbrücke einrichten, um das teure Flaschenwasser zu den Zehntausenden von amerikanischen Soldaten, die nach Saudi-Arabien entsandt wurden, zu transportieren.

Bald werden annähernd 350000 Soldaten im Nahen Osten aufgestellt sein.

Die Quaker Oats Co., Hersteller von Gatorade, lieferte den sogenannten Durststiller für die amerikanischen Soldaten, eine Einzelbestellung von 50000 Quarts (1 Quart = 0,946 Liter) nur für die Marines. Aus einer Quelle erfuhren unsere Korrespondenten, daß das amerikanische Verteidigungsministerium die ganze Produktion des teuren Flaschenwassers aus Evian, das in Plastikbehältern mit 50,7 Unzen Inhalt in Evian-Les Bains in Frankreich abgefüllt wird, aufgekauft hat. Es kostet die USA einen Dollar pro Flasche.

Ein Großteil des nach Saudi-Arabien eingeflogenen Tafelwassers wird in Kühler gegossen oder als Waschwasser benutzt.

Zwanzig Gallonen pro US-Soldat

Nach Aussage eines Offiziers der 10th Mountain Division, die im Hinterland von New York in Fort Drum in der Nähe der kanadischen Grenze stationiert ist, benötigt ein einziger amerikanischer Soldat etwa 20 Gallonen (1 Gallone = 3,78 Liter) Wasser pro Tag, während er in der Wüste stationiert ist. Dies schließt Trinkwasser, Wasser in den Nahrungsmitteln und Wasser zur Körperhygiene ein.

Die 10. Gebirgsdivision, eine der neuen leichten Divisionen der US-Army, ist nicht in den Nahen Osten verlegt worden, obwohl 10000 Nachschubsoldaten, darunter Sanitätspersonal und Militärpolizei, dieser Division nach Saudi-Arabien entsandt und anderen Einheiten zugeteilt werden. Die Soldaten der Division sind in der Wüste Mojawe in Kalifornien für den Wüstenkrieg ausgebildet worden.

Der Offizier sagte, daß in der saudischen Wüste, wo, wie er erfahren habe, die Temperatur seit der Landung der amerikanischen Truppen bis zu 60 Grad angestiegen ist, jeder Soldat pro Tag 96 Glas Wasser mit je acht Unzen – rund ein halber Liter – Inhalt verbrauchen muß, um eine Entwässerung zu vermeiden. Im Vergleich dazu verbrauche der Durchschnittsamerikaner acht Glas Wasser gleichen Inhalts pro Tag. Darunter sei nicht nur Trinkwasser, sondern alle Flüssigkeiten, auch die in den Nahrungsmitteln enthaltenen, zu verstehen. Dies bedeutet, daß der Soldat im Schnitt mindestens fünf Gallonen Wasser pro Tag verbrauchen muß, einschließlich der in den Nahrungsmitteln enthaltenen Flüssigkeiten, um ernsthafte Entwässerung zu verhindern. Etwa 15 Soldaten pro Tag leiden in Saudi-Arabien unter Erschöpfung durch Hitze.

Luftbrücke für Wassertransporte

Der Offizier der 10. Gebirgsdivision sagte ferner, er habe erfahren, daß die Air Force und die Navy Entsalzungsmaschinen nach Saudi-Arabien transportieren. Das werde die Notwendigkeit, große Mengen Flaschenwasser einzufliegen, verringern. Die Entsalzungsmaschinen können je nach der Kapazität der einzelnen Aggregate 50000 bis 250000 Gallonen Seewasser pro Tag in Frischwasser umsetzen, erklärte er.

Er kalkulierte, daß, wenn alle Soldaten ausgeschwärmt sind, mindestens fünf Millionen Liter Flüssigkeit pro Tag nur zu deren persönlichen Verbrauch erforderlich sein werden.

Weitere riesige Mengen Wasser werden für die Kühlung der Motorfahrzeuge sowie für die Entseuchungsausrüstung benötigt, falls die Irakis dazu übergehen, Giftgas einzusetzen.

Inzwischen führen riesige C-141-Starlifters und C-5A-Galaxies der Air Force »Wasser-Einsätze« nach Saudi-Arabien durch.

Da so viel von dem Lufttransport der US-Air Force abhängig ist, sah sich das Verteidigungsministerium veranlaßt, auch auf zivile Transportmaschinen zurückzugreifen. Die meisten Soldaten wurden an Bord von 38 zivilen Fracht- und Passagiermaschinen in den Nahen Osten gebracht, mit einem Kostenaufwand von 300000 Dollar pro Flug.

Laut Mitteilung des US-Verteidigungsministeriums sind »alle bis auf wenige« seiner 284 Starlifters und Galaxies mit Ausrüstung und Versorgungsgütern nach Saudi-Arabien ein- und ausgeflogen, rund 300 Flüge jeden Tag. Die langen ermüdenden Flüge führten zu schweren Verlusten unter den Flugzeugmannschaften, und dies ist einer der Hauptgründe dafür, warum Bush sich dazu entschlossen hat, Reserveeinheiten zum aktiven Dienst einzuberufen.

Die ersten Toten bei der Luftbrücke

Dreizehn Mannschaftsmitglieder einer an der Luftbrücke beteiligten C-5A Galaxy wurden bei einem Absturz in der Bundesrepublik getötet.

Laut General Hansford T. Johnson, Kommandeur des US-Transportation Command and Military Airlift Command, übertrifft die Luftbrücke nach Saudi-Arabien die der berühmten Berliner Luftbrücke von 1948.

Militärplaner fanden zu ihrem Kummer heraus, daß die Kosten für die Planung eines wirklichen Krieges in der arabischen Wüste weit über das hinausgehen werden, was sie nach »Routine«-Übungen bei der Ausbildung in der Wüste Mojave in ihren schlimmsten Albträumen erlebt hätten. □

Der seltsame Krieg

Stephen A. Koczak

Da zur Zeit Kriegspläne und entsprechende Szenarien in den höchsten Beratungsgremien der amerikanischen Regierung von George Bush diskutiert werden, hat die amerikanisch-israelische Konfrontation den Charakter aller Situationen des vergangenen »seltsamen Friedens – seltsamen Krieges« angenommen. Dazu gehören beide Weltkriege, der israelisch-britische-französische Angriff auf Gamal Abdel Nassers Ägypten im Jahr 1956 und, in allerjüngster Zeit, der amerikanische Angriff auf Panama.

Wie in den anderen kriegerischen Situationen bereiten die amerikanischen, britischen, israelischen und ägyptischen Medien jetzt die Völkergemeinschaft auf einen Krieg gegen den Irak vor.

Eine Kombination von Cäsar und Hitler

In immer stärkerem Ausmaß stellen Organe der öffentlichen Meinung des Establishments wie bedeutende Fernsehkommentatoren und das »Wall Street Journal« Programme zusammen, mit denen ein Angriff auf Saddam Hussein At-Takriti gerechtfertigt und dieser als Kombination zwischen Julius Cäsar und Adolf Hitler dargestellt wird.



Der damalige US-Vizepräsident George Bush kam am 26. Oktober 1983 nach Beirut, wo 241 US-Marines drei Tage zuvor ums Leben kamen.

Als Teil des seltsamen Krieges hat US-Präsident George Bush ein Abkommen mit dem amerikanischen Kongreß getroffen, dahingehend, daß er diesen nicht auffordern werde, dem Irak den Krieg zu erklären, weil nach seiner diplomatischen und militärischen Strategie der amerikanische Schlag als Entscheidung der gesamten zivilisierten Welt angesehen werden muß, der unter einem Mandat der Vereinigten Nationen gegen den Irak getroffen wird.

Nach dieser Formel wird der kommende amerikanische Schlag von amerikanischen, britischen, israelischen und ägyptischen Medien als Teil einer »neuen Weltordnung« bezeichnet werden, die von der UN geschaffen wird und die Bush in seiner jüngsten Ansprache so laut hinausposaunt hat.

Mit dieser Einigungsformel wiederholen sich fast wörtlich die gleichen Propagandatechniken, die in beiden Weltkriegen durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Rußland beziehungsweise die Sowjetunion gegen Deutschland und seine Verbündeten angewendet wurden. Der grundlegende Unterschied besteht darin, daß es in jenen Kriegen keine Vereinten Nationen gab und daher der amerikanische Kongreß den Krieg erklären mußte, wenn das Land aktiv in die Feindseligkeiten eingreifen wollte.

Gerechtfertigt durch Meinungsumfragen

Da es eine UNO gibt, plant Bush, die von den US-Präsidenten Harry Truman, John F. Kennedy und Lyndon Johnson in den amerikanischen Kriegen in Korea und Südostasien angewendeten Tricks erneut anzuwenden – Feindseligkeiten gerechtfertigt durch »Meinungsumfragen«, unterstützt durch intensive Propaganda mit der der »Feind als Bedrohung der amerikanischen Sicherheit (die »Domino-Theorie«) und des »American way of life« bezeichnet wird.

Vor allem im Koreakrieg und im Vietnamkrieg zog es der US-Kongreß vor, Nordkorea, dem kommunistischen China oder Nordvietnam nicht den Krieg zu erklären, sondern verließ sich auf die aus Umfrageergebnissen und den »Tonkin-Bucht-Beschlüssen« gewonnene »Unterstützung durch die Öffentlichkeit«.

In letzter Zeit durchgeführte amerikanische Militäreinsätze, darunter die des US-Präsidenten Carter gegen den Iran – bei der fehlgeschlagenen Mission, die Geiseln zu retten –, des Präsidenten Ronald Reagan gegen Grenada und Bush gegen Panama fanden ohne Kriegserklärungen durch den Kongreß statt.

Unter diesen Umständen müssen Bush und seine Gefährten, vor allem der amerikanische Verteidigungsminister Richard Cheney und der Chief of Staff Colin Powell, seit August fortwährend mit »Schreckensgeschichten« aus dem Irak und Kuwait und Bekundigungen der Solidarität seitens der Verbündeten Amerikas, England, Israel und Ägypten, operieren.

Als Vorbereitung für ihren geplanten Krieg gegen den Irak – schon vor dem irakischen Einmarsch in Kuwait – hatten die britischen, israelischen und ägyptischen Propagandabüros einen Feldzug begonnen, um Bush und den amerikanischen Kongreß davon zu überzeugen, daß Saddam Hussein die Wiederfleischwerdung Hitlers sei.

Zur gleichen Zeit als König Hussein von Jordanien und Saddam Hussein im März 1990, in Erwartung eines israelischen Angriffs auf ihre Länder im Jahre 1992, Kuwait dazu aufriefen, die OPEC-Quoten einzuhalten, ließen die britischen und israelischen Propagandaagenturen eine Gegenoffensive vom Stapel. Briten und Israelis richteten ihre Kampagne fast ausschließlich auf diplomatische und geheimdienstliche Kreise der Vereinigten Staaten, der europäischen Mächte und Japans.

Bericht über angebliches Geheimabkommen

Die Briten und Israelis, die nicht nur ihre normalen diplomatischen Dienststellen und Handelsverbindungen, sondern auch ihre religiösen und kulturellen Kontakte nutzten, verbreiteten den Bericht, daß es zwischen der jordanischen, irakischen und jemenitischen Regierung ein »Geheimabkommen« gebe, um »Saudi-Arabien zu zerstückeln«.

Nach diesem angeblichen »Geheimabkommen« sollte der Irak alle Ölvorkommen am Persischen Golf, darunter die von Kuwait, Saudi-Arabien und den Arabischen Emiraten bekommen. Jordaniens König Hussein sollte als direkter Nachkomme des Propheten Mohammed in

Naher Osten

Der seltsame Krieg

Mekka und Medina, den Gebieten, die von seinem Großvater beherrscht wurden, bevor er von den Saudis vertrieben wurde, als »Sharif« eingesetzt werden. Der Jemen sollte alle Gebiete längs des Roten Meeres südlich von Mekka erhalten.

Dieser Bericht, den die Briten durch Missionare der Church of England im Nahen Osten und Israel unter den enggestrickten zionistischen Gemeinden des Westens sowie durch die von Zionisten geleiteten Think Tanks in die Welt setzten, wurde vom ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak aufgegriffen und durch die Ägypter in der ganzen islamischen Welt verbreitet.

Die Irakis wollten sich aber in erster Linie auf einen israelischen Angriff gegen sie im Jahre 1992 vorbereiten. Sie hofften ihn dadurch abschrecken zu können, daß sie ihre eigenen Raketen weiterentwickeln und bis dahin im Besitz von Atomsprengköpfen sein würden. Sie beschwerten sich auf der Sitzung der Arabischen Liga am 16. Juli 1990 in Tunis darüber, daß einige der arabischen Staaten – vor allem Ägypten und Kuwait – durch Mitarbeit bei der Niederdrückung der Ölpreise unter die OPEC-Quoten nur darauf aus seien, »den Irak zu vernichten«.

Sie verwiesen auch auf die »bösartige« Propaganda, die von Kuwait und Ägypten auszugehen schien, bezüglich des angeblichen Komplotts, »Saudi-Arabien zerstückeln« zu wollen.

Außergewöhnliches Zugeständnis aus Moskau

Während die britische und israelische Propaganda im Westen an Stärke zunahm, suchten und erhielten die Irakis ein außergewöhnliches Zugeständnis aus Moskau.

Nach der Gipfelkonferenz der Präsidenten Bush und Gorbatschow in Malta erhoben die Regierungen Jordaniens und Iraks im Februar 1990 scharfen Protest gegen Moskau. Ihr Beschwerdegrund war, daß Gorbatschow, dadurch daß er der Auswanderung sowjetischer Juden ausschließlich nach Israel zustimmte, Schritte unternommen habe, die 1992 zu einem Angriff auf ihre Länder führen könnten, mit gleichzeitiger Ausweisung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten. Die Sowjetunion erwiderte, daß Gorbatschow angesichts der Risiken, die er durch Abschaffung der kommunistischen Regimes in Osteuropa eingegangen war, keine andere Wahl hatte, als dieser Auswanderung zuzustimmen, um von den Vereinigten Staten den Status der meistbegünstigten Nation zu erlangen. Moskau wies eindringlich darauf hin, daß es seinen Verpflichtungen gegenüber dem Irak und der Sache der Palästinenser nachkommen werde.

Nach dem Gipfeltreffen zwischen Bush und Gorbatschow im Juni, als die Irakis Moskau gegenüber die von Großbritannien, Israel und Ägypten verbreitete Propaganda bezüglich des angeblichen Komplotts, Saudi-Arabien in Stücke zu reißen, darlegten, wurde Gorbatschow vom sowjetischen Militär dazu überredet, den Irakis die »fortschrittlichsten elektronischen Gegenmaßnahmen«, die es auf der Welt gab, zur Verfügung zu stellen.

Das sowjetische Militär war selbst über die britischen und israelischen Pläne stark beunruhigt.
Der entscheidende Faktor, der zu dieser unerwarteten sowjetischen Maßnahme führte, waren Beweise, die nicht nur durch die Jordanier und Irakis, sondern auch durch im Irak stationiertes sowjetisches Militärpersonal zusammengetragen wurden und aus denen hervorging, daß Israel über saudische und syrische Territorien Einsatzflüge in den Irak flog, die die amerikanischen AWACS-Maschinen mit Sicherheit entdeckt haben mußten. Und doch meldeten weder die Syrer noch die Saudis diese israelischen Einsatzflüge.



Michail Gorbatschow lieferte den Irakis ECM-Waffen zum Entsetzen des US-Verteidigungsministeriums.

Die Amerikaner wiesen sogar eindringlich darauf hin, daß die israelischen Flüge nicht auf ihren AWACS-Radarschirmen zu erkennen gewesen seien.

Gorbatschow genehmigte die Entsendung der »fortschrittlichsten sowjetischen Gegenmaßnahmen« (Electronic countermeasures, ECM) an den Irak, unter der Bedingung, daß sie von sowjetischen Technikern bemannt werden, und daß ihr Einsatz darauf beschränkt wird, den Irak vor israelischen Präventivschlägen gegen irakische Rüstungswerke zu schützen.
Gorbatschow hatte gehofft, das Vorhandensein dieser sowjetischen ECM-Waffen vor den Israelis und ihren Verbündeten, den Amerikanern und den Briten, geheimhalten zu können, wenigstens so lange, bis sie, vermutlich irgendwann im Jahre 1992, vom Irak zur Verteidigung benötigt würden. Der Einmarsch amerikanischer Streitkräfte in Saudi-Arabien und die Enthüllung, daß die Amerikaner vorbeugende EMP-Angriffe auf den Irak planten (EMP = electromagnetic pulse, zu deutsch elektromagnetische Entladung wie bei Kernexplosionen) änderte die Entscheidung der Sowjets, das Vorhandensein dieser ECM-Waffen weiter zu verheimlichen.

Entsetzen im US-Verteidigungsministerium

Diese EMP-Angriffe würden die irakischen Verbindungswege lähmen und die gesamte elektronische Ausrüstung zerstören. Gorbatschow genehmigte daher den Einsatz von ECM, um die Flugpläne der amerikanischen Maschinen, die entsendet werden könnten, um die irakischen Militäranlagen anzugreifen, zu entdecken und zu annullieren.

Daraufhin begannen die Irakis damit, die Wirksamkeit der sowjetischen ECM-Waffen gegen die amerikanische AWACS-Ausrüstung zu testen. Die AWACS-Maschinen, die irakische Flüge überwachten, waren überrascht, daß die irakischen Maschinen viel zu oft von ihren Bildschirmen verschwanden, als daß dies die Folge von falscher Behandlung der amerikanischen Ausrüstung sein könnte.

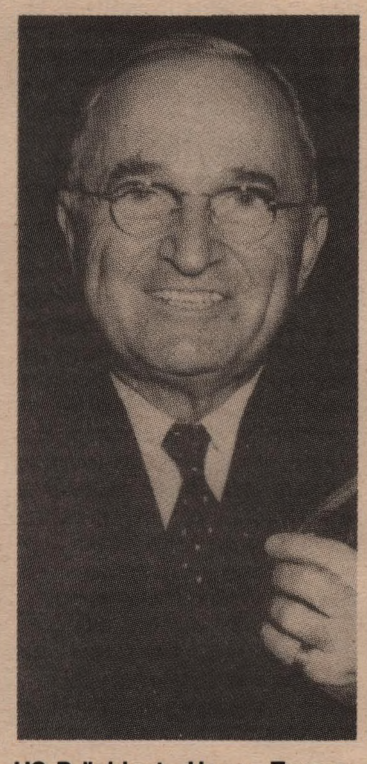
Nach sorgfältiger Überprüfung kamen die Elektronikexperten zu der Schlußfolgerung, daß die Sowjets ein Gegenmittel entwickelt hatten, mit dem amerikanische Geräte ausgeschaltet werden können.

Diese Schlußfolgerung beunruhigte das amerikanische Verteidigungsministerium aus zwei Gründen. Erstens war es nicht bekannt, daß die Sowjetunion ein derartiges System entwickelt hatte.

Noch alarmierender war zweitens die Tatsache, daß der sowjetische Schritt, diese Waffe gegenüber einer fremden Macht, den

Irak, preiszugeben und diese Macht mit technischer Ausrüstung der höchsten Geheimhaltungsstufe zu versorgen, ohne Präzedenzfall war.
Als man dies Bush berichtete, der bereits über den von Saddam errichteten Geiselschild beunruten und wie auf dem Washingtoner Gipfel bestätigt wurde, mindestens bis 1993 im Nahen Osten keinen örtlichen Konflikt – vermutlich zwischen Israel und den Arabern – geben darf. Wenn ein solcher Krieg stattfinden würde, dann wäre Gorbatschow nicht in sche Maschinen freizugeben, es möglich wäre, in den irakischen Luftraum einzudringen und dabei den sowjetischen ECM-Waffen, die voll und ganz auf Saudi-Arabien und den Persischen Golf gerichtet zu sein scheinen, auszuweichen. che Grenze zwischen Irak und Iran mehr gerichtet sind.
Da er jedoch das Schlimmste annimmt, wies Bush den Verteidigungsminister Cheney am 11. September an, das Senate Armed Forces Committee (Ausschuß des Senats für bewaffnete Streit-


US-Außenminister James Baker reist umher, um noch weitere Verbündete im Irak-Konflikt zu suchen.


US-Präsident Harry Truman begründete bereits seine Politik auf Meinungsumfragen unter US-Bürgern.


US-Präsident John F. Kennedy rechtfertigte Feindseligkeiten als Bedrohung der US-Sicherheit.


US-Präsident Lyndon Johnson kopierte ebenfalls die alten Tricks, um in Kriege einzusteigen.

higt war, beschloß er, sich mit Gorbatschow zu treffen, um festzustellen, inwieweit dieser persönlich von der sowjetischen ECM-Ausrüstung im Irak unterrichtet war. Bush hoffte, Gorbatschow beeinflussen zu können, diese ECM-Waffen zu entfernen oder, alternativ dazu, sie nicht gegen amerikanische Flugzeuge, die den Irak von der See angreifen, einzusetzen.

Ein schwerer Schlag für den US-Präsidenten

Da er sich darüber im klaren war, daß irgendetwas von dem, was er mit Gorbatschow besprochen hatte, durchsickern könnte, wies Bush die Minister Baker und Cheney an, über rückwärtige Kanäle in Erfahrung zu bringen, ob die Sowjets dabei waren, diese ECM-Waffen aus dem Irak zu entfernen. Die Sowjets erwiderten, daß es, wie Bush und Gorbatschow in Malta vereinbart hatder Lage, seine geplanten Reformen für die Sowjetunion durchzuführen und könnte sogar dazu gezwungen werden, als Staatspräsident der UdSSR zurückzutreten.

Folglich werde Gorbatschow die ECM-Waffen nicht aus dem Irak entfernen, und da er nicht wünsche, den Irakis diese Ausrüstung zu übergeben, könne er auch die Techniker, die sie bemannen, nicht aus dem Irak abziehen.

Dies war der schwerste Schlag gegen die amerikanischen Pläne, den Irak anzugreifen.

Bush wies das US-Verteidigungsministerium an, sich zu vergewissern, ob der kommende Angriff auf den Irak über eine andere Route als vom Persischen Golf aus stattfinden könnte. Es wurde suggeriert, daß, wenn die Türkei oder Syrien dazu überredet werden könnten, ihr Territorium zum Überflug durch amerikani-

Der amerikanische Außenminister James Baker wurde angewiesen, sich am 13. September nach Damaskus zu begeben, um sich zu vergewissern, ob die syrische Regierung bei diesen Überflügen kooperieren würde. Die türkische Regierung hatte das Überfliegen bereits vorher genehmigt, schon bevor die Vereinigten Staaten das Vorhandensein der sowjetischen ECM-Waffen im Irak feststellten.

Wenn die syrische Regierung ebenfalls zustimmen würde, hätten die Vereinigten Staaten einen großen geografischen Bereich aus dem sie die Irakis vom Norden und Westen, entweder direkt aus der Türkei oder Syrien, angreifen oder, noch besser, in das irakische Territorium einfliegen und die Irakis vom Norden und Osten angreifen können. Der amerikanische Geheimdienst fand heraus, daß seit dem 10. September keine sowjetischen ECM-Waffen auf die nordöstlikräfte) davon zu unterrichten, daß, falls der US-Präsident dies anordnen sollte, die Vereinigten Staaten strategische Ziele im Irak angreifen werden, und zwar ungeachtet dessen, ob sich sowjetische militärische Berater dort befinden oder nicht.
Wie Gorbatschow schon weiß – Bush aber vielleicht noch nicht –, könnte der Schock und die Empörung in der Sowjetunion, hervorgerufen durch die eventuelle Tötung von sowjetischen Militär- und Zivilberatern im Irak, dazu führen, daß Gorbatschow von der internationalen Bühne verschwindet, daß der Kalte Krieg wieder auflebt, und, was durchaus möglich ist, dieser in einen heißen Krieg überall in der Welt verwandelt wird.
Der Geist des »seltsamen Krieges – seltsamen Friedens« der beiden Weltkriege lugt über die Schultern von Bush hinweg, jetzt wo dieser vorausschaut, um seinen Angriff auf Saddam Hussein vom Stapel zu lassen. □

Israel

Der Mossad und die organisierten Morde

Warren Hough und Lawrence Wilmot

Die israelische Regierung hat so viele ihrer militanten oder halsstarrigen Gegner in aller Welt »erledigt«, daß sich organisierte Morde zu »einem ultrageheimen internen System« entwickelt haben. Dies sind Enthüllungen eines ehemaligen Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad.

Wie in einem Bestseller mit dem Titel »By Way of Deception« (»Durch Betrug«), das der ehemalige Mossad-Agent Victor Ostrovsky zusammen mit dem kanadischen Untersuchungsreporter Claire Hoy geschrieben hat, berichtet und kommentiert wird, legte der Mossad dem amtierenden israelischen Premierminister regelmäßig »Hinrichtungslisten« mit »hundert und mehr Zielen« vor. Dieser habe die Befugnis gehabt, die Liste zu überprüfen und mit Sichtvermerk bei jedem darin aufgeführten Namen zu genehmigen.

Kollektive Todesurteile mit Sichtvermerk

Diese Sichtvermerke (Initialien) des Premierministers verwandelten die Namenslisten für jeden, der darauf verzeichnet war, zu einem kollektiven Todesurteil. Jäger- und Killermannschaften, bestehend aus einer als »Kidon« (hebräisch für »Bajonett«) bekannten Elite-Einheit ausgewählter, speziell ausgebildeter Mossad-Agenten, jagten und töteten diese sozusagen mit dem Brandzeichen versehenen Männer und gelegentlich auch Frauen. Unschuldige Familienmitglieder oder Gefährten kamen bei der Wucht der israelischen terroristischen Anschläge oft zusammen mit den Opfern, auf die man es abgesehen hatte, um.

Aus Furcht vor Ostrovskys Enthüllungen unternahm die israelische Regierung dummerweise einen katastrophalen Schritt. Mitte September 1990 sorgte sie nämlich für unschätzbare Publizität für das Buch »By Way of Deception«, als sie sowohl in den USA als auch in Kanada vor Gericht ging, mit dem Argument, das Buch müsse verboten werden, weil darin »äußerst vertrauliche Informationen« preisgegeben werden.

Indem sie warnend darauf hinwiesen, daß das Buch »den Staat Israel und bei ihm im Dienst stehende Personen – das heißt Mossad-Agenten – gefährden würde«, erreichten Israels Anwälte eine einstweilige Verfügung, mit der der Vertrieb des Buches in beiden Ländern verboten wurde. Aber das Verbot war kurzlebig; in den USA wurde es innerhalb von 24 Stunden durch ein Berufungsgericht als verfassungswidrig aufgehoben. In den drei Tagen, die der Entscheidung des Berufungsgerichts zur Freigabe des Buches vorausgingen, gingen beim Buchverlag mehr als 200000 Bestellungen dafür ein – ein einmaliger Rekord.

Indiskretionen über den Geheimdienst

»Ostrovskys Leser bekommen etwas für ihr Geld«, stellte Dr. Claus Burgdorff, ein Journalist, der mehrere Jahre im Nahen Osten verbracht hat, bevor er kürzlich nach New York City versetzt wurde, fest.

»Der Autor erzählt viel mehr als bei Indiskretionen von Insidern über Morde des Geheimdienstes und andere schmutzige Tricks gewöhnlich herauskommt. Sein Buch ist der erste veröffentlichte Bericht darüber, wie Israel zu einem terroristischen Staat verkommen ist, als seine Regierung allmählich durch den allmächtigen Geheimdienst, den arroganten Mossad, unterwandert und korumpiert wurde«.

Für amerikanische Leser ist das Buch »besonders wichtig«, weil es die Spur von »vielen unserer kürzlichen Rückschläge und Niederlagen im Nahen Osten zu den betrügerischen und sich selbst dienenden Manövern des Mossad« nachzeichnet, versicherte Jeremy Marder, ein junger amerikanischer Gelehrter, der an der Columbia University an einer Doktorarbeit über Nahost-Geschichte arbeitet.

Während Israel sich lange Zeit als »verläßlicher Verbündeter der USA« gab, verachteten Mossad-Mitarbeiter sowohl den CIA als auch das FBI als »Spieler, die nicht spielen können« und »Amateure« im Geheimdienst.

Manipulierte und irreführende Informationen

Laut Ostrovsky lieferte der Mossad den CIA-Agenten knappe, manipulierte und irreführende Informationen, sogar in ernsthaften Fällen, wo amerikanische Menschenleben auf dem Spiel standen.

Im März 1984, als William Buckley, der Stationschef des CIA in Beirut, Libanon, entführt wurde, flog eine Gruppe von nationalen Sicherheitsbeamten von Washington nach Israel, um dort von Nahum Admony, dem damaligen komissarischen Leiter der Mossad, Hilfe zu erbitten. Die israelische Spionage »wußte durch ihr intensives Netzwerk von Informanten, wo viele der Geiseln festgehalten wurden und von wem«, berichtete Ostrovsky.

Aber, obwohl der israelische Meisterspion Admony vorgab, bei der Suche nach Buckley behilflich sein zu wollen, »hatte er in Wahrheit nicht die Absicht, den Amerikanern zu helfen«, schreibt der Verfasser.

Jedenfalls lieferten Admony und sein Mossad-Mitarbeiterstab dem CIA nur überholte und verschwommene Nachrichten über Buckleys Aufenthaltsort. Das Ende dieser traurigen Geschichte war, daß der unglückliche amerikanische Geheimdienstbeamte monatelang gefoltert und anschließend brutal ermordet wurde.

Der leichtgläubige und naive CIA

Admony liebte es im gemeinsamen Speisesaal für Vorstandsmitglieder, in dem die Mossad-Beamten ihre Mahlzeiten einnahmen, zu prahlen: »Was glauben die (Obszönität ausgelassen) Amerikaner eigentlich? Vielleicht wollen Sie von uns, daß wir die Geiseln auch für sie besorgen. Was ist los mit ihnen, sind sie verrückt? Wenn er auch nicht verrückt ist, so erwies sich der CIA bei seinem keineswegs gewinnbringenden Umgang mit dem Mossad als leichtgläubig und naiv«, schreibt Ostrovsky. Der Preis für diese einseitige »Allianz«, in der die israelische Spionage alles mitnahm, was sie bekommen konnte – was oft nicht wenig war –, aber nichts oder wenig dafür gab, mußte schließlich mit amerikanischen Menschenleben bezahlt werden.

Am Morgen des 23. Oktober 1983 rammte ein Selbstmord-Bombenattentäter seinen Lkw, mit Sprengstoffen beladen, in den Umkreis des Feldlagers des 8. Bataillions der Marines in Beirut hinein. Bei der Explosion wurden 241 amerikanische Frontsoldaten getötet.

Monate zuvor hatte der Mossad durch sein riesiges Informanten-Netzwerk im Libanon Informationen über einen Mercedes-Lkw erhalten, der in einer Werkstatt der Unterwelt mit ungewöhnlich großen Kabinen ausgerüstet wurde.

Der Mossad verweigerte Informationen

Es gab Berichte darüber, daß dieser Lkw für einen terroristi-

schen Großangriff auf ein amerikanisches Ziel verwendet werden sollte. Nach und nach gab es weitere Hinweise auf ein bevorstehendes Massaker. Aber der Mossad »weigerte sich weiterhin, den Amerikanern spezifische Informationen über den Lkw zu geben«, berichtet Ostrovsky.

Ostrovsky, der seinerzeit in diesem Raum stationiert war, berichtet, er sei einer von mehreren Mossad-Beamten der unteren Dienstgrade gewesen, die vor den tragischen Folgen warnten, dem amerikanischen Sicherheitsdienst diese lebenswichtigen Informationen vorzuenthalten.

»Ich sagte seinerzeit, daß uns die in Beirut getöteten amerikanischen Soldaten länger als unsere eigenen Verluste auf der Seele lasten werden, denn sie waren in gutem Glauben gekommen«, schreibt Ostrovsky in »By Way of Deception«.

Aber die Reaktion seiner Mossad-Vorgesetzten war eine grobe Zurechtweisung. »Nein, wir sind nicht hier, um die Amerikaner zu schützen. Die USA sind ein großes Land«, soll Admony ausgerufen haben. »Sie wollten ja unbedingt die Nase in diese Libanon-Sache stecken; nun sollen sie auch den Preis dafür zahlen.«

Die Amerikaner bezahlten mit Menschenleben

Der Preis dafür, Israel und seinen verhärteten Geheimdienst für einen »verläßlichen Verbündeten« gehalten zu haben, wurde bezahlt, »nicht nur von den 241 gefallenen Marines und deren trauernden Familien oder durch die lange leidenden Geiseln und denjenigen unter ihnen, die in der Gefangenschaft den Tod fanden, sondern durch alle Amerikaner«, geht aus Ostrovskys Bericht hervor.

»Die amerikanischen Steuerzahler haben über Jahre hinweg, in der einen oder anderen Form, Hunderte von Milliarden Dollar ausgespuckt«, stellte der Historiker Marder fest. »Wir unternahmen größere militärische, politische und diplomatische Anstrengungen um Israels Forderungen zu erfüllen, als für irgendein anderes Ziel in unserer Geschichte.« □

In eigener Sache

Das Kartellamt und unser Abopreis

Aus Wettbewerbsgründen haben verschiedene Grossisten die Auslieferung der Zeitschrift CODE an den Zeitschriften-Einzelhandel abgelehnt, weil der Preisvorteil bei einem Jahresabonnement von CODE gegenüber dem Kauf von zwölf Ausgaben im Einzelhandel zu hoch ist.

In einem Beschluß der 6. Beschlußabteilung des Bundeskartellamtes wird festgeschrieben, daß das Jahres-Abonnement einer Zeitschrift nur einen Preisvorteil von um die zehn Prozent betragen darf.

Da wir beim Vertrieb der Zeitschrift CODE auf den Einzelhandel angewiesen sind, sehen wir uns leider gezwungen ab sofort den Abonnementpreis zu erhöhen.

Das Jahresabonnement für zwölf Ausgaben der Zeitschrift CODE kostet künftig **DM 78.–** einschließlich Mehrwertsteuer und Porto.

Das Jahresabonnement für das Ausland für zwölf Ausgaben kostet ebenfalls **DM 78.– plus DM 15.–** für Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bitte haben Sie für diese Preiserhöhung Verständnis. Wir möchten den Vertriebspartnern keinen Anlaß bieten, CODE aus dem Einzelhandel herauszunehmen.

Ihr

Ekkehard Franke-Gricksch

Revisionismus

Was darf ein freier Bürger und was darf er nicht?

Heinrich Regnis-Selb

Der moderne Mensch mit seinem vom Fernsehgerät geprägten Vorstellungsvorrat versteht heute Gleichnisse nicht mehr. Die Helenen, obzwar ohne Fernsehgerät, so doch weitaus besser gebildet als der moderne Mensch, benutzten für den größten Teil der Darstellung menschlicher Probleme eben Gleichnisse. Zu diesen Gleichnissen gehört auch die Geschichte von Skylla und Charybdis, die den Odysseus als Schiffsführer vor die Wahl zweier Übel stellte. Wer als Seefahrer in diese Gegend kam, hatte nur die Wahl, entweder von dem menschenfressenden Ungeheuer Skylla oder von einem fürchterlichen Meeresschlund verschlungen zu werden.

Auch heute begegnet uns noch täglich die Situation, in der wir zwischen zwei Übeln zu wählen haben, indessen ohne die gute Unterrichtung der Verhältnisse zu haben, die seinerzeit Odysseus instandsetzte, gesund aus den Fährnissen seiner Reise in die Arme seiner Frau Penelope zurückzukehren.

Spezifische Vorstellungen von einem freien Bürger

Ebenso listig wie Odysseus war seinerzeit der Bundesminister Höcherl, der erklärt hat, er könnte nicht stets mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Es ist dies eine süddeutsche Wendung, die nur von gestandenen Bayern benutzt werden darf. Jeder andere, der sich gleiche Freiheiten herausnehmen würde, verstieße gegen den Geist des Grundgesetzes, was nun Höcherl eben gerade nicht tat.

Die verfassungsgebende Versammlung von Herrenchiemsee hatte nun eine ganz spezifische Vorstellung von einem künftigen freien demokratischen Staatsbürger, der geradezu das Gegenteil von dem in seiner geistigen und körperlichen Freiheit beengten »Untertan« der NS-Zeit sein sollte. Nun ist immer ein großer Unterschied zwischen der Idealvorstellung und dem kleinen Rest dieser Idealvorstellung, der sich verwirklichen läßt. Bedenklich wird das Leben aber dann, wenn dieser freie Bürger durch eine unvorhergesehene Anwendung von Gesetzen in seinen Handlungen beschränkt wird, daß er erst nach der Tat erfährt, was an dieser strafbar ist.

Nach der ständigen Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist der »Kampf der Meinungen für eine Demokratie schlechthin konstituierend«. Das heißt also, daß ohne einen Kampf der Meinungen – der natürlich intellektuell und nicht mit Machtmittel ausgetragen werden muß – ein Staatswesen nicht als »Demokratie« bezeichnet werden kann. Nun ist der Kampf der Meinungen undenkbar, ohne sachliche Information. Denn in einer Demokratie geht es nicht um Fragen des Glaubens, die jedermanns persönliche Angelegenheiten sind und in die niemand, auch nicht der Staat einzugreifen hat, sondern um die Suche nach der richtigen Entscheidung, die auf einer aus Tatsachen gebildeten Meinung beruht.
Aus diesem Grund ist in Artikel 5 des Grundgesetzes nicht nur die Meinungsfreiheit oder die Freiheit der Wissenschaft festgeschrieben, sondern auch das Postulat der Informationsfreiheit. Das bedeutet, daß sich jedermann aus allgemeinen Quellen informieren darf, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Diesem Informationsbedürfnis des Bürgers dient im wesentlichen die Presse, worunter man heute schlechthin jedes Medium zählt, das in der Lage ist, Informationen zu transportieren.

Diese Rechte – Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz – sind beschränkt durch allgemeine Gesetze, durch das Recht der persönlichen Ehre und durch die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend.

Darüber hinaus, also ohne diese Beschränkungen sagt das Grundgesetz in Artikel 5 Absatz 3, daß Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre frei seien. Diese Freiheit entbinde allerdings nicht von der Treue zur Verfassung. Das bedeutet, daß dem einzelnen Wissenschaftler ein prinzipieller Freiraum gewährleistet ist, in dem absolute Freiheit von jeder Einwirkung öffentlicher Gewalt besteht. In diesen Freiraum fallen vor allem die auf wissenschaftlichen Eigengesetzlichkeiten beruhenden Prozesse, Verhaltensweisen und Entscheidungen bei dem Auffinden von Erkenntnissen, ihrer Deutung und Weitergabe.

Jeder, der in Wissenschaft, Forschung und Lehre tätig ist, hat ein Recht auf Abwehr jeder staatlichen Einwirkung auf den Prozeß der Gewinnung und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse (Maunz-Dürig-Scholz Anmerkung 10 zu Artikel 5 Absatz 3; »NJW« 1971, 1176).

Der Artikel 5 Grundgesetz

Nun hat – was als allgemein bekannt vorausgesetzt werden kann – ein in den Vereinigten Staaten von Amerika lebender und wirkender Sachverständiger, der sich vornehmlich mit der Konstruktion und Wartung von Blausäuregas-Exekutionseinrichtungen beschäftigt, die derzeit vorhandenen Gegebenheiten in Auschwitz, Birkenau und Majdanek untersucht, und mit wissenschaftlichen Methoden festgestellt, daß die derzeit dort vorzufindenden und als Gaskammern beziehungsweise Krematorien bezeichneten Einrichtungen nicht dazu geeignet waren, Menschen mit Zyklon-B zu töten und in der bisher angegebenen Anzahl zu verbrennen und spurlos zu beseitigen.

Im Vertrauen auf Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit haben sich viele Personen an der Verbreitung, Kommentierung und Erörterung dieses Gutachtens beteiligt. Dies hat den Staatsanwalt auf den Plan gerufen und bereits zu Verurteilungen geführt.

Prinzipien und Grundrechte ignoriert

Unter anderem hat ein im Bereich des Nordrhein-Westfälischen Justizministeriums wirkendes Schöffengericht befunden, daß folgender Text strafbar sei:

»Im vorliegenden Fall hat ein ausländischer Gaskammerexperte – Fred Leuchter –, der im Dienst der US-amerikanischen Regierung steht, mit vielfältigen Untersuchungen an behaupteten ›Tatorten‹ in Auschwitz I, Birkenau und Majdanek nachgewiesen, daß es dort keine Vergasungen – ganz zu schweigen von Massenvergasungen – von Menschen gegeben haben kann.«

Es handelt sich hier also um die nüchterne Wiedergabe der Ergebnisse eines Sachverständigengutachtens, eine Handlung, die man nach Artikel 5 Absatz 1 und Absatz 3 des Grundgesetzes für zulässig halten konnte. Bei derartigen Urteilen wird eine ganze Reihe von rechtlichen Prinzipien, nicht nur von Grundrechten, ignoriert. Das Gericht hat sich im vorliegenden Fall nicht die Mühe gemacht, auf die rechtlichen Probleme überhaupt einzugehen.

Das bedeutet, daß für jeden, der sich mit derartigen aktuellen historischen Problemen befaßt, ein Existenzrisiko verbunden ist, sobald er unerwünschte Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung mitteilt. Diese Existenzbedrohung betrifft aber nicht nur Journalisten und Bürger, die ihre Kenntnisse und Meinungen weitergeben oder veröffentlichen, sondern genauso Beamte, die Ergebnisse historischer Forschung

verbreiten, obwohl sie mit der von den Massenmedien gefertigten Anschauung nicht übereinstimmen.

In gleicher Weise haben auch Richter – die ja Beamte sind – disziplinare Maßnahmen zu befürchten, sofern sie Tatsachen und Meinungen, die dem herrschenden Geschichtsbild widersprechen, straflos durchgehen lassen. Aus diesem Grund machen sich die Instanzrichter auch gar nicht mehr die Mühe, Rechtsprobleme zu erörtern oder gar auf Grundrechtsprobleme einzugehen. Diese Diskrepanz zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit und die verständliche Unkenntnis der Rechtssprechung bewirkt in dem einfachen Bürger eine falsche Vorstellung, die zu einer Existenzvernichtung führen kann.

So wurde auch ein höherer Offizier der Bundeswehr nach einem längeren Disziplinarverfahren vom Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Dienstverhältnis mit Verlust sämtlicher Ansprüche entfernt, weil er gegenüber einem Untergebenen Geschichtsansichten geäußert hat, die diesem nicht paßten.



Fred Leuchter, der Gaskammer-Experte der amerikanischen Regierung, hat ein bedeutsames Gutachten erstellt.

Es ist bemerkenswert, daß nicht nur Offiziere, sondern auch Lehrer und andere Beamte von ihren Untergebenen oder Schülern jederzeit aus dem Sattel gehoben werden können, wenn diese tatsächlich oder vermeintlich Äußerungen verstehen oder mißverstehen, die der herrschenden Lehre widersprechen. Das deutsche Volk ein Volk von Denunzianten!

Mohler zitiert in seinem Buch »Nasenring« Wolfgang Plack folgendermaßen: »Die Lust, andere einer falschen Gesinnung zu überführen, ist wie zu der Zeit, als auch kluge Leute auf Hitler und Göbbels hörten, die besondere Lust der innerlichen Unfreien, deren Aggressivität sich nur im Mantel der Rechtgläubigkeit hervorwagt.«

Im Rahmen dieses Strafverfahrens hat der mit dem Disziplinarverfahren überzogene Offizier den besten Quellenkenner der historischen Vorgänge in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, nämlich den Engländer David Irving, als Sachverständigen benannt. Dieser hat ein Gutachten erstattet, das dann aber vom Gericht nicht verwertet worden ist. Die Gründe hierfür kennen wir nicht.

Wir halten dieses Gutachten aber für bedeutsam, weil es generell zum Stand der Geschichtswissenschaft in dieser Bundesrepublik Stellung nimmt und speziell bestimmte, oft wiederkehrende Behauptungen sachlich erörtert und auf den Wesensgehalt zurückführt. Dieses Gutachten ist deshalb auch geeignet, geschichtlich interessierten Mitbürgern auf dem Wege zwischen Skylla und Charybdis eine Steuerungshilfe zu geben. Jeder, der sich zu den historischen Fragen äußert, sollte beherzigen, daß seine Aussage präzise sein muß und für eine Auslegung wenig Raum geben darf, und daß der Sachgehalt der Aussage durch Forschungsergebnisse belegbar sein muß.

Der vom Sachverständigen geschilderte Stand der deutschen Geschichtswissenschaft kennzeichnet eindeutig das Ausmaß der Freiheit, die der Bürger unter den Prämissen des Grundgesetzes genießt. □

Revisionismus

Zur Problematik der Geschichtsschreibung

David Irving

Der Sachverständige David Irving ist englischer Staatsbürger, geboren 1938, wohnhaft in Grosvenor Square, London. Er ist seit 1961 Verfasser von mehreren dokumentargeschichtlichen Werken, die im Ausland von renommierten Verlagen sowie in der Bundesrepublik Deutschland von den bekannten Verlagshäusern Hoffman & Campe, Sigbert Mohn, Bertelsmann, Albrecht Knaus, Rowohlt, Ullstein, Herbig, Heyne beziehungsweise Arndt veröffentlicht werden. Zuweilen sind auch diese Werke in »Der Spiegel«, »Welt am Sonntag« beziehungsweise anderen Zeitschriften abgedruckt worden. Von »Die Welt« wurde er beauftragt, im August 1987 den Nachruf für den Stellvertreter des Führers Rudolf Heß zu verfassen. Der Sachverständige bezeichnet sich als erfolgreichen, wenn auch manchmal dissidenten Berufshistoriker. Er hat keinen Nebenberuf. Er ist als Sachverständiger beziehungsweise Zeuge bei mehreren Gerichtsverfahren herangeholt worden, unter anderem in Hannoversch-Gmünd, Hamburg, Toronto und Remscheid.

Zur Arbeitsmethodik des Sachverständigen wäre folgendes zu sagen. Er liest beziehungsweise spricht sieben Sprachen, recherchiert mithin mit Vorliebe in den amtlichen und nichtamtlichen Archiven der ganzen Welt, wobei das Berlin Document Center, das Bundesarchiv (BA) und dessen Militärarchiv (BA-MA), das Institut für Zeitgeschichte (IfZ), das Zentrale Staatsarchiv Potsdam (ZStA), das Nationalarchiv Washington (NA), die vielen Präsidentschaftsarchive der USA, die Archives Nationales de Paris, das Public Archives in Ottawa, das National Library in Canberra und das Public Record Office (PRO) in London besonders zu erwähnen wären. Er macht dementsprechend verhältnismäßig wenig Gebrauch von veröffentlichten Studien, was zu Mißverständnissen, Unstimmigkeiten und sogar Neidausbrüchen seiner Zunftkollegen führt.

Seit mehr als zwanzig Jahren hat der Sachverständige regelmäßig und rigoros – zuletzt im Frühjahr 1990 – die von ihm gesammelten Archivalien unentgeltlich dem Institut für Zeitgeschichte in München geschenkt, wo eine besondere »Sammlung Irving« entstanden ist, die ohne Einschränkung seitens des Sachverständigen von Forschern aus der ganzen Welt eingesehen wird. Er hat außerdem dem BA, dem BA-MA, dem ZStA und dem Dresdner Stadtarchiv wertvolle Aktensammlungen geschenkt. Er wird von Studenten und Historikern aus aller Welt wiederholt um Rat und sachliche Unterstützung gebeten.

Mehr als zwei Dutzend Werke veröffentlicht

Veröffentlicht hat der Sachverständige mehr als zwei Dutzend Werke, vorwiegend über das Dritte Reich und dessen führende Persönlichkeiten, aber auch über andere Themen wie den Aufstand in Ungarn, den Tod des polnischen Ministerpräsidenten Wladislaw Sikorski und die deutsche Atomforschung. Im Jahre 1975 beziehungsweise 1977 erschien seine Standardbiographie des deutschen Führers Adolf

Revisionismus

Zur Problematik der Geschichtsschreibung

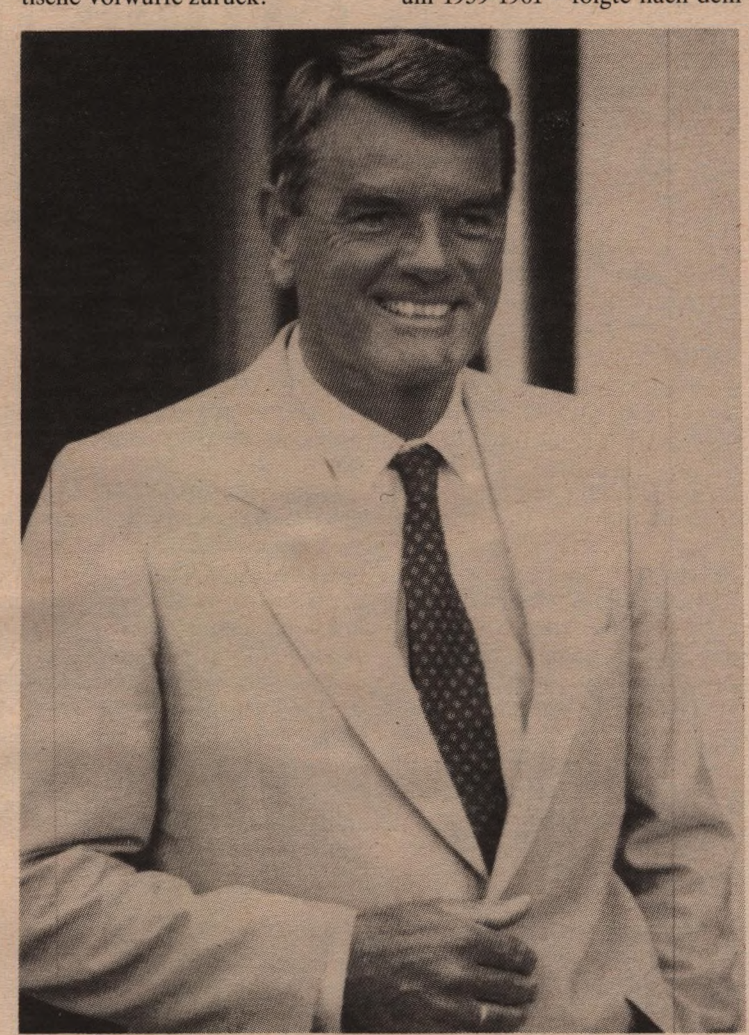
Hitler. 1989 erschien eine in wesentlichen Punkten geänderte Neuauflage »Führer und Reichskanzler«. Das gesamte Werk basierte auf Archivalien sowie auf den vom Sachverständigen durchgeführten Befragungen der seinerzeit noch lebenden persönlichen Zeugen aus der Umgebung Adolf Hitlers. Auf diesen unmittelbaren Forschungstätigkeiten fußt also das Wissen des Sachverständigen über die oft umstrittenen Vorgänge im Dritten Reich, aber auch über den Stand der Forschung darüber in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei seiner Befragung von zeitgeschichtlichen Zeugen hat der Sachverständige des öfteren die nicht überraschende Feststellung gemacht, daß Zeugen eines Gesprächs oder eines Vorgangs diese auf Befragen, erst undeutlich und unter Mißverstehen von ihnen fremd erscheinenden Begriffen und Ideen, wiedergeben können.

Im Folgenden wird sich der Sachverständige erlauben, einleitend einige allgemeine Feststellungen und Beobachtungen zur gegenwärtigen Problematik der Geschichtsschreibung niederzulegen, diese anhand von aktuellen Beispielen zu erläutern, um so dann sich mit einer Stellungnahme zu den spezifischen Punkten der Anschuldigungsschrift vom 14. Juli 1988 gegen den Soldaten zu adressieren.

Die Politisierung der Geschichtsschreibung

Es ist in der Bundesrepublik eine hartnäckige und meiner Einsicht nach auch bedauerliche Politisierung der Geschichtsschreibung festzustellen. In der übrigen westlichen Welt tritt dieses Phänomen seltener in Erscheinung. So wurde lobend in den Nachrufen zum vor nunmehr einem Jahr verstorbenen Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, Professor Dr. Martin Broszat, hervorgehoben, dieser sei immer ein treuer Gefolgsmann der SPD gewesen; und wenn bundesdeutsche Kritiker die Leistungen und Erkenntnisse des Sachverständigen bemängeln wollen, dann greifen sie weniger auf sachliche als auf politische Vorwürfe zurück.



David Irving, der englische Historiker, veröffentlichte mehr als zwei Dutzend Werke weltweit über das Dritte Reich.

Beide Erscheinungen wären in England oder den Vereinigten Staaten beinahe undenkbar. Dort ist eine strenge Objektivität und politische Unvoreingenommenheit am Platz, die vermeintliche politische Einstellung eines Historikers spielt eine relativ geringfügige Rolle. Irgendwann muß meiner Einsicht nach diese politische Befangenheit der deutschen Historikerschaft überwunden werden. Ich betrachte sie jedoch als eine durchaus verständliche Übergangserscheinung, eine natürliche Folge des militärischen Zusammenbruchs des Deutschen Reiches im Jahr 1945 und der daraufhin aufgezwungenen bedingungslosen Kapitulation. Den von den Siegermächten schon im Lauf des Krieges eingeführten Maßnahmen der Reeducation (Umschulung) der kriegsgefangenen deutschen Offiziere – der Leiter dieses Kurses, Herbert Sulzbach, war ein Bekannter des Sachverständigen um 1959-1961 – folgte nach dem deutschen Zusammenbruch die bei den Gipfeltreffen in Quebec, Jalta und Potsdam vereinbarte Umerziehung des gesamten (west-)deutschen Volkes.

In Quebec im September 1944 paraphierten Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill den wohl bekannten, vom Schatzsekretär Henry R. Morgenthau jr. entworfenen Plan, dessen Ausführungsbestimmungen folgende Absätze enthielten:

»(a) All schools and universities will be closed until an Allied Commission of Education has formulated an effective reorganisation program. It is contemplated that it may require a considerable period of time before any institutions of higher education are reopened. Meanwhile the education of German students in foreign universities will not be prohibited. Elementary students will be reopened as quickly as appropriate teachers and textbooks are available.

(b) All German radio stations and newspapers, magazines, weeklies, etc., shall be discontinued until adequate controls are established and an appropriate program formulated.«

Konsequente Umerziehung des deutschen Volkes

An anderer Stelle im gleichen Dokument heißt es, man müßte das deutsche Volk dazu bringen, mittels geeigneter Lehrkräfte, die von dem »richtigen Geist« beseelt werden, sich selbst umzuerziehen. Quelle: Durchschlag des Morgenthau Plans, im Nachlaß Lord Cherwell – Prof. F.A. Lindemann –, Universitätsbibliothek Nuffield College, Oxford; beziehungsweise Originaltext im Nachlaß H.R. Morgenthau, Roosevelt Archiv, Hyde Park, New York State. – Als Faksimile in David Irving, Dokumentation: Der Morgenthau-Plan, Bremen, 1985.

Auch in den politischen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 wurde seitens der Siegermächte – »und zwar von jedem in seiner Besatzungszone« – an dieser Absicht der konsequenten Umerziehung des deutschen Volkes festgehalten. Hierin hieß es unter Absatz A.3.(ii), »das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat ...«

Unter Absatz A.7 heißt es ferner, »das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß (...) eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird«.

Auch sei (Absatz A.8) das Gerichtswesen zu reorganisieren, auf der Grundlage der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Quelle: »Protocol of Proceedings«, 2. August 1945, veröffentlicht in »Foreign Relations of the

United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin 1945« (Washington, 1960), Bd.ii, S. 1477-1498; siehe auch Ernst Deuerlein, Dokumentation »Potsdam 1945«, dtv, Stuttgart, 1963.

Diese Bestimmungen wurden schon weitgehend in der Weisung Nr. 1067 der amerikanischen Joint Chiefs of Staff in ihren verschiedenen Auflagen berücksichtigt sowie in den Handbüchern der Militärregierung OMGUS (Office of Military Government of the U.S.).

So wurden die bestehenden deutschen Textbücher vernichtet, zum Teil mit gutem Grund, um durch neue, den Siegermächten genehme Werke ersetzt zu werden. Die gleichgeschalteten Zeitungen und Zeitschriften der NS-Presse wurden durch die sogenannten »Lizenz-Zeitungen« ersetzt, die aber kaum weniger gleichgeschaltet waren, wenn auch mit anderem Vorzeichen.

Mag sein, daß solche Gleichschaltungsaktionen in revolutionären, alles wieder von neuen umwerfenden Zeiten unumgänglich sind; man tut sich aber schwer, will man behaupten, daß sie der unabhängigen Wahrheitsforschung dienlich sind. Die deutsche Presse und auch das deutsche Erziehungswesen sind sicherlich in vielen Hinsichten seit 1945 erheblich liberaler geworden, aber in wesentlichen Hinsichten sind sie sogar verkrampfter geworden.

Unaufrichtigkeit und Unaufgeschlossenheit

Wie dem Sachverständigen von allen Seiten berichtet wird, herrscht heute in den deutschen Hochschulen und Medien eine der Unaufrichtigkeit nahekommenden Unaufgeschlossenheit, die nur als hartnäckiges Überbleibsel der vor 1945 einsetzenden Umschulung zu verstehen ist. Man denke nur an die Bagatellisierung in den Medien und Hochschulen von bestimmten historischen Themen mit anderem Vorzeichen; so wird dort wenig oder nichts über die alliierte Luftkriegführung, über die gewaltsamen Bevölkerungsaustäusche im Osten und Südosten, über Katyn und andere Massenmorde vorgetragen beziehungsweise veröffentlicht oder gesendet. Der Sachverständige führt diese Beispiele an als Indizien für die wesentliche Beobachtung: nicht nur das deutsche Territorium ist 1945 besetztes Gebiet geworden, sondern auch die deutsche Seele.

Angesichts dieses Sachverhalts gebührt es kein Wunder, daß fünfundvierzig Jahre später nicht nur jeder intelligente, aufgeschlossene und patriotische Offizier, so wie der Sachverständige den Soldaten anhand der in der Begründung vom Juli 1990 aufgeführten Noten und Würdigung seines Vorgesetzten versteht, sondern jeder, der über ein gesundes Mißtrauen und weite Horizonte verfügt, nicht ohne weiteres bereit sein wird, alles was ihm amtlich oder halbamtlich vorgetragen wird, für bare Münze zu nehmen, sondern mit frischer Objektivität und offenem Geist nach anderen differenzierten Perspektiven Ausschau hält.

Das Institute for Historical Review

Seit einigen Jahren sind in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten »revisionistische« Strömungen der Geschichtsschreibung entstanden. Daß diese zu Streiten geführt haben, die oft mit den ungewöhnlichsten Mitteln von den Fachhistorikern und den sonstigen Gegnern der Revisionsisten ausgetragen werden, braucht hier nicht näher erläutert werden. In den Vereinigten Staaten ist die tragende Anstalt dieses Geschichtsrevisionismus ein in Kalifornien beheimatetes »Institute for Historical Review«, das auch eine gleichnamige vierteljährliche Zeitschrift herausgibt. Hiervon sind gebundene Ausgaben unter anderem in der Bibliothek des IfZ ausgestellt.

In früheren Jahren war die antisemitische Überlagerung der Veröffentlichungen dieses kalifornischen Institutes kaum zu übersehen. Dies führte unter anderem dazu, daß das Institutsgebäude durch Brandstiftung vernichtet wurde und Versuche angestellt wurden, es durch juristische Maßnahmen finanziell zu ruinieren. In den letzten fünf Jahren ist es allerdings unter weitgehend neuer Leitung reorganisiert worden, die antisemitische Prägung ist weniger betont, die Zeitschrift veröffentlicht auch Aufsätze aus anderen, sogar gegensätzlichen Gesichtspunkten.

Dieses Institut – und das ist der Grund für diese ausführliche Darstellung – ist offensichtlich der Herausgeber des von dem Soldaten angeführten Buches, von dem dem Sachverständigen sonst unbekannten Dr. James J. Martin »The Man who Invented ›Genocide‹«, Torrance, Kalifornien, 1984. Hier wird der Autor als 1949 promovierter Historiker der Universitäten New Hampshire beziehungsweise Michigan vorgestellt. Dem Sachverständigen ist das Buch erst jetzt zur Kenntnis gekommen. Es handelt sich um einen offenbar ehrlichen Versuch, einen geschichtlichen Vorgang wissenschaftlich zu untersuchen und populär zu schildern, allerdings ohne den sonst üblichen wissenschaftlichen Quellenanhang und bibliographischen Nachweis beizufügen. Die Tendenz des Werkes ist es, den Aussagewert des amerikanischen Juden Raphael Lemkin als angeblichen Zeugen der Massenvernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg in Zweifel zu stellen; diese Aufgabe unternimmt das Buch mit einer Fülle von Zitaten und Argumenten, die geeignet sind, dem interessierten Laien glaubwürdig zu erscheinen.

Keine Neigung in Archive zu gehen

Es ist in bisher keinem Fall den deutschen Fachhistorikern zu verdanken, daß die gegen die Deutschen in zwei Weltkriegen kolportierten Greuelmeldungen widerlegt wurden. Dies zeugt für die Unaufgeschlossenheit der genannten Fachhistoriker, ist aber auch nach Ansicht des Sachverständigen eine direkte Folge ihrer Neigung, sich vorsätzlich gegenseitig zu zitieren anstatt in die Archive zu gehen, wo die wirklichen Begebenheiten zu erforschen wären. Diese Behauptung sei durch folgende Beispiele bekräftigt:

Bis April 1990 wurde von den deutschen Fachhistorikern nichts unternommen, um die Legende zu entkräften, wonach die Deutschen Seife aus jüdischen KZ-Opfern hergestellt hatten. Schon während des Krieges war diese Legende von der alliierten Propaganda verbreitet worden. Im Hauptverfahren gegen die deutschen Kriegsverbrecher in Nürnberg offerierte der sowjetische Ankläger Smirnow das entsprechende Beweisdokument (ND, USSR-197, Zeugenaussage des Sigmund Masur, Laborant im Anatomischen Institut Danzig), sowie zwei Töpfe mit »fertiger Seife aus Menschenfett«. In seiner Anklagerede am 19. Februar 1946 sprach Smirnow von den »Gaskammern und Todeswagen« der SS, und von »bereits halbindustrielle(n) Versuche(n) ... um Seife aus menschlichen Leichen zu erzeugen«.

Schon im Ersten Weltkrieg hatten die Engländer die gleiche Behauptung aufgestellt (Quelle: »The Times«, 16. beziehungsweise 17. April 1917); nicht einmal die Tatsache, daß die britische Regierung selber am 2. Dezember 1925 dies als Propagandalüge zugab und sich gegenüber der deutschen Republik für die infame Behauptung entschuldigte, brachte die deutschen Fachhistoriker nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Idee, daß auch diesmal gelogen worden sei. Schließlich war es der amtliche israelische Historiker Jehuda Bauer von der Gedenkstätte Jad Vaschem in Jerusalem, der die »Seifenlegende« vor wenigen Monaten in einer Presseerklärung auffliegen ließ. Quelle: dpa-Meldung aus Jerusalem, 24. April 1990; Reuter-Meldung veröffentlicht unter anderem in »Daily Telegraph«, 25. April 1990.

In die gleiche Kerbe hauend, wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg behauptet, daß die Nazis – und an erster Stelle Ilse Koch, die Gattin des Kommandanten des KZ Buchenwald – Lampenschirme aus menschlicher Haut hergestellt hatten. In der Tat war es im besagten KZ zu kriminellen und korrupten Handlungen gekommen, und nach Einschreiten des SS-Untersuchungsrichters Dr. Konrad Morgen wurde Koch auch hingerichtet. Die deutschen Historiker haben nichts gegen die Verbreitung der »Lampenschirm«-Legende unternommen.

Dr. Morgen schilderte Jahre später, wie die amerikanische Anklagevertretung versucht hatte, aus ihm eine bejahende Zeugenaussage über die »Lampenschirme« zu erpressen, dadurch daß sie da-

Revisionismus

Zur Problematik der Geschichtsschreibung

mit drohten, ihn an die Russen auszuliefern, wenn er die von ihnen schon entworfene Aussage nicht unterschrieb. Er weigerte sich jedoch, einen Meineid zu leisten. Quelle: Wortlautprotokoll der Unterredung Morgens mit John Toland, in Sammlung Toland, Roosevelt Archiv, Hyde Park, New York State. Morgen war bis vor kurzem ein angesehener Rechtsanwalt in Frankfurt/Main.

Eine grotesk übertriebene Legende

Bis vor kurzem wurde von den deutschen Fachhistorikern nichts unternommen, um die grotesk übertriebene Legende von den »vier Millionen in Auschwitz Ermordeten« zu widerlegen. Ohne Kommentar veröffentlicht das Institut für Zeitgeschichte die angeblichen Memoiren des Kommandanten des KZ Auschwitz Rudolf Höß. Dieser »bezeugte«, vier Millionen Menschen dort ermordet zu haben. Die Ungereimtheiten in seinem Bericht wurden wohlwollend übersehen.

Als schließlich im Juli 1990 Dr. Franciszek Piper, der polnische Direktor der historischen Abteilung in der Gedenkstätte Auschwitz nach Entfernung seines kommunistischen Vorgesetzten Kazimierz Smolen das »Vier-Millionen«-Denkmal in Auswitz in aller Stille als nicht mehr der Wahrheit entsprechen abmontieren ließ und lapidar feststellte, die wahre Zahl sei eine Million, gab eine Fachhistorikerin des IfZ in einer dpa-Erklärung bekannt, die bundesdeutsche Historikerschaft sei »immer davon ausgegangen«, daß dies die richtige Zahl sei. Quelle: Bericht unter anderem in »The Washington Times«, 17. Juli 1990.

Erstaunt stellte die linke »Tageszeitung«, Berlin, 13. August 1990 fest: »Die Erfolge der Geschichtsrevisionisten erklären sich aber auch dadurch, daß sich deutsche Historiker um zentrale Fragen der Zeitgeschichte drükken, daß sie beispielsweise zu Auschwitz nicht ein einziges wichtiges Buch geschrieben haben, kein Standardwerk zur Judenverfolgung geschaffen haben. Viele (...) lassen – entsprechend einer neueren Mode – Fakten ganz beiseite. Die Geschichtsrevisionisten stützen sich auch auf den Verfall historiographischer Methoden, der inzwischen soweit gediehen ist, daß jedes Anekdötchenerzählen seniler Herrschaften (...) zur ›Zeitzeugenschaft‹ geadelt werden kann.«

Auch auf anderen statistisch-geschichtlichen Gebieten springen die bundesdeutschen Fachhistoriker wider besseren Wissens mit Zahlen und Ziffern in ähnlicher leichtfertiger Weise herum, obwohl dadurch das Ansehen ihres Staates auf lange Zeit geschadet wird. Vor etwa einem Jahr stellte der Bundespräsident sicherlich auf Anraten der Fachhistoriker fest, die Sowjetunion habe während des Zweiten Weltkrieges 27 Millionen Tote zu beklagen gehabt. Frühere Zahlenangaben in den fünfundvierzig Jahren seit dem Kriegsende waren unwidersprochen von elf auf zwanzig Millionen hinaufgeklettert.

Stalin nannte in Potsdam fünf Millionen

Die Fachhistoriker haben es weder für nötig noch für ratsam gehalten, diese schmähliche Zahlenangaben zu widerlegen, obwohl solche Ziffern wohl gemerkt oft als Grundlage für zwischenstaatliche Entschädigungsansprüche gewertet werden. Es muß den Fachhistorikern bekannt gewesen sein, daß mindestens zweimal während des Potsdamer Treffens drei Monate nach dem Kriegsende Josef Stalin vertraulich die Gesamtverluste der sowjetrussischen Toten und Vermißten mit fünf Millionen mitgeteilt hatte. Quelle: Originalvermerk einer Privatunterredung Churchills mit Stalin am Abend des 18. Juli 1945: pro, Aktenband PREM.3/430/8, Bl. 11; US-Richter James F. Byrnes Stenogramm der Plenarsitzung am 25. Juli 1945; Harry S. Truman Archiv, Akten des Marinereferenten, Bd: Potsdam.
Vollkommen unerwartet traf im September letzten Jahres die Nachricht ein, eine Moskauer Journalistin habe in den dortigen Archiven die Häftlingskarteien des KZ Auschwitz und auch dessen mit größter Akribie geführten »Totenbücher« aus den Jahren 1942 (vollständig), 1943 (vollständig) und 1944 (nur zum Teil vollständig) gefunden. In diesen makabren Registern wurde das Sterben von insgesamt 74.000 Häftlingen aus allen Ursachen verzeichnet. Quelle: Tass-Meldung von Moskau, 21. September 1989, 13.18 Uhr; russische Originalfassung im Besitz des Sachverständigen.

Auf Anfrage der dpa-Agentur bemühte sich die deutsche Historikerschaft festzustellen, daß obwohl diese Totenbücher minutiös geführt worden seien, gleichzeitig Millionen von Juden und andere Opfer an der Rampe im KZ Auschwitz ausgewählt, vergast und eingeäschert wurden. Die Unlogik dieser Feststellung scheint ihnen entgangen zu sein.

Als Anhang zum neuesten Band der amtlichen britischen Geschichtsschreibung des Geheimdienstes S.I.S. eröffnet der Regierungshistoriker Professor F. Hinsley zum ersten Mal, daß es den britischen Entzifferern ab 1942 gelungen war, den gesamten chiffrierten Funkverkehr zwischen sieben KZs – darunter Dachau, Buchenwald und Auschwitz – und dem SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt (SS-Obergruppenführer Oswald Pohl) laufend zu entziffern, vor allem die Tagesmeldungen der KZ-Kommandanten über Zugänge, Häftlingsstand, Abgänge, Hinrichtungen.

In bezug auf das KZ Auschwitz schreibt Hinsley expressis verbis: »Von Vergasungen war nirgends die Rede.« Die bundesdeutschen Historiker haben nach Wissen des Sachverständigen diese prägnante Feststellung noch nicht gewürdigt.

Eine ängstliche deutsche Historikerschaft

Es ist der deutschen Historikerschaft bekannt, daß die den Touristen gezeigten »Gaskammern« und »Krema« im Lager Auschwitz I erst nach dem Krieg von den polnischen Behörden erbaut wurden, analog zu den von den US-Truppen im KZ Dachau angefertigten »Duschräumen zu Vergasungszwecken«. Quelle: Geständnis des Direktors der Gedenkstätte Auschwitz Dr. Franciszek Piper dem Leiter der Historischen Fakultät der Universität Freiburg, Professor Dr. Bernd Martin, gegenüber, von diesem dem Sachverständigen am 3. September 1990 mitgeteilt. Martin teilt mit, er habe dreimal die Gedenkstätte besucht.

Trotzdem haben die deutschen Historiker kein Gutachten über die »Gaskammern« in Auschwitz geliefert, vielmehr haben sie geduldet, daß ihr Land seit Jahrzehnten diffamiert und geschmäht wird durch eine makabre, von den polnischen Behörden inszenierte Atrappe.

Mit diesem Absatz will der Sachverständige nicht behaupten, daß im KZ Auschwitz Verbrechen gegen die Menschheit nicht begangen worden sind, es soll lediglich festgestellt werden, der Fall ist von einer ängstlichen deutschen Historikerschaft ungenügend untersucht worden.

Unwidersprochen und ebenfalls wider besseren Wissens lassen die deutschen Fachhistoriker auch die Unterstellung zu, das deutsche Staatsoberhaupt Adolf Hitler habe das Verbrechen der sogenannten »Reichskristallnacht« in der Nacht vom 9. auf 10. November 1938 absichtlich herbeigeführt, obwohl es ihnen bekannt sein muß, daß er sofort gegensätzliche Anordnungen über die Gestapoleitstellen und Reichspropagandaämter fernschriftlich verteilen ließ, die zum Beispiel durch eine Anordnung Nr. 174/38 seines Stellvertreters an sämtliche Gauleiter noch in der gleichen Nacht erhärtet wurde:

»Auf ausdrücklichen Befehl allerhöchster Stelle (das heißt, Hitler) dürfen Brandlegungen an jüdischen Geschäften oder dergleichen auf gar keinen Fall und unter gar keinen Umständen erfolgen.« Quelle: Berlin Document Center, Ordner 238/II.

Schließlich sei in bezug auf den »Gerstein-Bericht« gesagt, daß dieses bedenkliche Dokument durch die neuesten ausländischen Forschungsergebnisse seines Aussagewerts weitgehend beraubt worden ist. Quelle: Siehe vor allem die ausgezeichnete Doktorarbeit von M. Henri Roc-

ques »Les ›confessions‹ de Kurt Gerstein. Etude comparative des différents versions«, im Juni 1985 bei der Universität Nantes eingereicht und angenommen, vollständige Kopie im IfZ, Sammlung Irving.

Es existieren sechs verschiedene Fassungen der Aussage des Herrn Kurt Gerstein; sie weichen in wesentlichen Punkten von einander ab; die Fachhistoriker haben die Aussage bisher in unaufrichtiger Weise nur unvollständig zitiert, unter Auslassung deren absurden und schier unmöglich erscheinenden Daten.

»Der Holocaust sei eine Lüge«

Stellungnahme zu den spezifischen Punkten der Anschuldigung »Der Holocaust sei eine Lüge«: Das hängt davon ab, was man unter diesem, beinahe einem Warenzeichen gleichkommenden Begriff heute versteht. Das Wort in seinem heutigen Sinn ist von Publizisten etwa im Jahr 1970 geprägt worden. So steht es in meinem deutsch-englischen »Completeley revised 1969 Hugo Pocket Dictionary« gar nicht.

Ich entsinne mich auch, wie etwa 1970 zunächst der inzwischen verstorbene Archivleiter des IfZ, Dr. Anton Hoch, und danach sein Nachfolger, Hermann Weiss, mir als Engländer die aufrichtignaive Frage stellten, was denn unter diesem Fremdwort »Holocaust« zu verstehen sei? Ich werte es als eine gelungene psychologische Maßnahme bestimmter Publizisten und Anstalten des Auslandes, dieses Wort für die jüdische Tragödie im Zweiten Weltkrieg geprägt zu haben. Im englischen Sprachgebrauch immer mit einem großen »H« geschrieben, um die Einmaligkeit des Vorgangs darzustellen, ist der Holocaust alles und ist er nichts, je nach Wunsch; er ist Teil und Ganzes zugleich. Man darf demnach nicht einen Aspekt der Tragödie anzweifeln, ohne sich der Gefahr auszusetzen, man wird angeklagt, den Holocaust als ganzen verleugnet zu haben.

»Von den Zionisten inszeniert«: Ich verweise auf eine Erklärung des britischen Oberrabbiners Lord Jakobovits, der scheinbar diese Ansicht teilt. Nach einer dpa-Meldung aus Jerusalem kritisierte Lord Jakobovits, »daß es für den Holocaust während des Zweiten Weltkrieges heute einen ›ganzen Industriezweig mit großen Profiten für Autoren, Forscher, Museenplaner und Politiker‹ gebe. Manche Rabbiner und Theologen seien ›Partner in diesem big business‹.« Quelle: »Neue Frankfurter Presse«, 28. November 1989; sehr ähnlich in der »Süddeutschen Zeitung«, 28./29. November 1987.

»Eine Judenvernichtung habe es nicht gegeben«: Wenn hiermit angedeutet wird, etwa, »eine vom Deutschen Reich angeordnete globale Ermordung in seinem Machtbereich habe es nicht gegeben«, so stimmt der Sachverständige dem zu. Sogar der verstorbene Professor Dr. Martin Broszat stellte dies in seiner Rezension der Hitler-Biographie des Sachverständigen in »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte«, Heft 25, Jahrgang 1977, Seite 739-75, fest.

Daß die Ermordung nicht global durchgeführt wurde, beweist unter anderem die Tatsache, daß – wie Dr. Franciszek Piper bezeugt – 223000 Juden das KZ Auschwitz überlebten – darunter befand sich bekanntlich die Holländerin Anne Frank, die später im KZ Bergen-Belsen an Fleckfiebertyphus starb –, ihre Schwester und ihr Vater.

Einzelne größere SS-Ermordungsaktionen gegen Juden hat es sehr wohl hinter der Ostfront gegeben, unter anderen bei Dvinsk (Quelle: Überhörtes Gespräch eines Augenzeugen, den deutschen Kriegsgefangenen Generalleutnant Kittel, CSDIC Bericht SRGG 1086, in PRO Akte WO.208/4169) und bei Riga (ebenda, Generalleutnant Walther Bruns, CSDIC Bericht SRGG 1158. Auch die von den Engländern entzifferten Funksprüche der dort eingesetzten Polizeiregimenter an den Befehlshaber der Ordnungspolizei Kurt Daluege beweisen, daß Tausende von Juden im Sommer 1941 dort erschossen wurden. »Eine Judenverfolgung hat es nie gegeben«, in dieser Form stimmt diese Behauptung nicht.

»Aktion des Zionismus und Kommunismus«

Es gibt Beweise, daß die Kommunisten in Moskau schon 1944 eine groß angelegte Propagandakampagne über die von ihnen behauptete deutsche Judenvernichtung und -vergasung vorbereiteten. Quelle: Abhörbericht des Forschungsamts über Moskauer Sender, die angebliche Massenvernichtung von Juden in Majdanek betreffend, September 1944; Original im Archiv der Yivo jüdischen Forschungsinstituts, New York; Fotokopie im Besitz des Sachverständigen.

An der Zahl der »vier Millionen« in Auschwitz Vergasten wurde nur so lange festgehalten, als der kommunistische Direktor der Gedenkstätte, Kazimierz Smolen, das heißt bis 1989, amtierte.

Im September 1942 ließ Dr. Gerhard Riegner, der in Genf ansässige Generalsekretär des Weltjudenkongresses, an das britische Foreign Office eine Propagandameldung telegraphisch durchgeben, über einen angeblich im Führerhauptquartier gefaßten Plan, sämtliche polnische Juden mittels Blausäure in Gaskammern unverzüglich und schlagartig zu vernichten. Das Foreign Office benutzte diese jüdische Propagandameldung für die eigene psychologische Kriegsführung, obwohl es erkannte expressis verbis, daß die Behauptung eine genauso »groteske Lüge« sei, wie seiner Zeit das Propagandamärchen der belgischen Kinder mit den abgehackten Händen. So steht es in den britischen Akten. Die Behauptung Riegners läßt sich schwerlich in Einklang bringen mit dem noch zu erwähnenden Aktenvermerk des Frühjahrs 1942, wonach Hitler die Zurückstellung der Lösung der Judenfrage wünschte.

»Das Wannsee-Protokoll sei gefälscht«: Das genannte Dokument wurde erst nach dem ersten Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher unter den Archivalien des Auswärtigen Amtes gefunden, und zwar nach Wissen des Sachverständigen von dem amerikanischen Anklagevertreter Dr. Robert W. Kempner. Es befand sich in einer schon Mitte der dreißiger Jahre mit dem Titel »Endlösung der Judenfrage« angelegten Akte der Abteilung D III (Franz Rademacher) des Auswärtigen Amtes. Es handelt sich um ein offensichtlich etliche Tage später im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) aufgesetztes Gedächtnisprotokoll über eine interministerielle Sitzung der Staatssekretäre und sonstiger mittlerer Ressortleiter am 20. Januar 1942, um die Probleme zu prüfen, die sich aus der vom Führer befohlenen etappenweisen Abschiebung der europäischen Juden nach dem Osten ergaben. Diese Probleme wurden mit aller Gründlichkeit erörtert, einige Entscheidungen wurden auf später stattzufindenden Sitzungen zurückgestellt.

An keiner Stelle ist expressis verbis von einer Tötung der Juden



Das Treffen der Alliierten in Potsdam. Von links: Winston Churchill, Harry Truman und Josef Stalin.

Revisionismus

Zur Problematik der Geschichtsschreibung

die Rede, und es bedarf einer erheblichen Phantasie, um auch »zwischen den Zeilen« eine derartige Deutung herauszulesen. Trotzdem stürzten die amerikanischen Anklagevertreter im Nürnberger Fall XI (Wilhelmstraße-Prozeß) auf das »Wannsee-Protokoll« mit einem Eifer, der nur verständlich ist, wenn man sieht, daß viele der Angeklagten an der Sitzung teilgenommen oder davon Kenntnis genommen hatten – so wurde auch der Sichtvermerk des Herrn Staatssekretär von Weizsäcker am Rande identifiziert. Quelle: Wannsee-Protokoll, in Akte Serial 1513 im Archiv des Auswärtigen Amtes; siehe hierzu Luther Aufzeichnung vom 21. August, ebenda und Nürnberger Dokument (ND) NG-2586 sowie 709-PS und NG-5770.

Die Anwesenden sagten ausnahmslos aus, daß nichts von einer Tötung der Juden bei dieser Sitzung erörtert worden sei. Diese Feststellung wird untermauert durch die restlichen Dokumente in der betreffenden Akte. Trotzdem haben sich die bundesdeutschen Fachhistoriker – anders als ihre ausländischen Kollegen – der These der amerikanischen Anklagevertretung angeschlossen. Des Sachverständigen Erachtens heißt dies, das Wannsee-Protokoll wider besseren Wissen vollkommen falsch auszulegen.

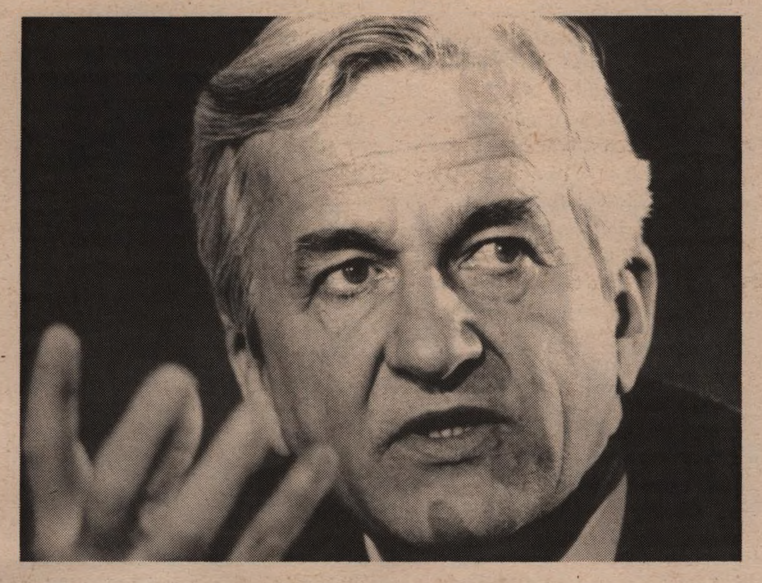
Anders als nach dem deutschen Rechtsgebrauch hatten die amerikanischen Juristen nicht die Pflicht, die Verteidigung unaufgefordert auf Entlastungsdokumente aufmerksam zu machen. Im August 1945 hatte Dr. Robert Kempner nämlich unter den Akten des Reichsjustizministeriums im Ministerial Document Collecting Center schon einige wenige Wochen nach der Wannsee-Sitzung geschriebene Notizen gefunden, die erheblich zur Klärung der Sachlage und zur Beseitigung der Falschauslegung des Wannsee-Protokolls geführt hätten, wären sie vollinhaltlich dem Gericht vorgelegt worden.

In seinem dienstinternen Document Analysis Sheet verzeichnete Kempner das Vorhandensein von fünf Aktenstücken in dieser Akte des RJM, unter ihnen ein wenige Wochen nach der Wannsee-Sitzung vom angeklagten Staatssekretär Schlegelberger geschriebener Aktenvermerk, worüber er lediglich – immer noch dienstintern – notiert: Der Führer wolle die Lösung der Judenfrage bis nach Kriegsende zurückstellen. Quelle: Document Analysis Sheet, im IfZ-Archiv.

Wider besseres Wissen

Die anderen vier Notizen wurden in Photokopie als US-Beweisstücke dem Militärgericht vorgelegt, dieser vielsagende, wichtigste Aktenvermerk jedoch fehlte völlig. Der Sachverständige suchte das Originaldokument vergeblich unter den »Nürnberger-Prozeß«-Aktenbeständen des Bundesarchivs, des Nationalarchivs Washington und des Staatsarchivs Nürnberg. Er hat es dem Leiter der Historischen Fakultät der Universität Stuttgart, Professor Dr. Eberhard Jäckel, zu verdanken, daß dieses Schlüsseldokument schließlich doch Ende der siebziger Jahre aufgefunden wurde.

Nunmehr erkennen wir, daß Hans Lammers, ebenfalls Angeklagter im Prozeß Fall XI, bei Schlegelberger im Frühjahr wegen der Lösung der Judenfrage vorstellig gewesen war: »Herr Reichsminister Lammers teilte mit, (vermerkte Schlegelberger) der Führer habe ihm gegenüber wiederholt erklärt, daß er die Lösung der Judenfrage bis nach dem Kriege zurückgestellt wissen wollte. Demgemäß haben die gegenwärtigen Erörterungen nach Meinung von Reichsminister Lammers lediglich theoretischen Wert (...)« Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Akten des Reichsjustizministeriums, Bd. R22/52.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht von 27 Millionen sowjetischen Toten im Zweiten Weltkrieg, während Stalin fünf Millionen Opfer beklagte.

Ein Sichtvermerk des Staatssekretär Dr. Roland Freisler läßt sich unter anderem erkennen am Rand dieses sicherlich nicht unbedeutenden Aktenstückes, das, wie gesagt, erheblich zur Richtigstellung der sich oft ins propagandistische versteigernden falschen Wertung des Wannsee-Protokolls führt. Trotzdem und wider besseres Wissen wird dieses Dokument von den Fachhistorikern nicht herangezogen. Nach Wissen des Sachverständigen hat es auch das IfZ in keiner Veröffentlichung oder Gutachten verwertet.

»Die angeblich umgekommenen Menschen«: Im Nationalarchiv Washington lagert im Bestand IRR ein Untersuchungsbericht des CID (Counter Intelligence Corps) über die Umtriebe nach dem Kriegsende der zionistischen Untergrundorganisation Haganah in den DP-Camps (Displaced Persons = Flüchtlingslagern) in den westlichen Besatzungszonen. Der Sachverständige hat diesen 200 Seiten umfassenden zeitgenössischen Bericht geprüft. Hierin wird geschildert, wie die Vertreter der Haganah mit technischer und finanzieller Unterstützung der UNRRA (Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen) die DP-Camps nach jüdischen Flüchtlingen durchkämmten, diese sogleich auf Lastkraftwagen verluden und sie direkt nach Palästina und in die USA verbrachten, wo auf sie ein neues Leben und manchmal auch neue, hebräische Identitäten warteten.

Man kann keine globale Feststellung treffen

»In den KZs ... nur Verbrecher«: In dieser Form entspricht das Zitat sicherlich keineswegs der Wahrheit. Man kann keine globale Feststellung treffen; einen homogenen KZ-Häftlingsdurchschnitt hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Verallgemeinernd kann man feststellen, die Häftlinge setzten sich aus Berufsverbrechern, Juden, SPD- und KPD-Führern und -Mitgliedern, Bibelforschern, Homosexuellen, Zigeunern, aber auch aus feindlichen Agenten, NS-Gegner, ausländischen Staatsmännern, Staatsfeinden und sogar Alkoholikern zusammen. Siehe unter anderem die Briefe der im KZ Sachsenhausen inhaftierten britischen Agenten Stevens und Payne Best im Hoover Archiv, Kalifornien, und das Verzeichnis der im April 1945 aus Dachau entfernten Sonderhäftlinge im Federal Records Center, Suitland, Maryland; Photokopien im Besitz des Sachverständigen.

»... seien die Kommunisten verantwortlich gewesen«: Diese Behauptung entspricht nur zum Teil und allerdings nur für die allerersten Jahre nach der »Machtergreifung« der Wahrheit. Die Opfer der KPD-Brutalität waren meistens ihre mitinhaftierten SPD-Gegner. Quelle: Untersuchungen verschiedener derartiger Vorkommnisse im KZ Oranienburg nach einer parlamentarischen Anfrage im britischen Unterhaus, reflektiert im Briefwechsel des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, im Nationalarchiv Washington.

»Die Filmaufnahmen von der Befreiung der Konzentrationslager seien gestellt«: Man weiß allerdings nicht, von welchen Filmen die Rede ist. Einzelne Aktenvermerke in dem Nachlaß des amerikanischen Hauptanklägers beim ersten Kriegsverbrecherprozeß – zum Beispiel Schreiben Korv. Kaptn. James B. Donovan, USNR, an Robert H. Jackson, 12. Dezember 1945: Nachlaß Jackson, Library of Congress, Washington DC – beweisen, daß bei der Zusammenstellung von Filmen, die als Anklagedokumente vorgelegt werden sollten, die amerikanische Anklagebehörde dies willkürlich »frisierte« – Szenen des Beifalls beim deutschen Einmarsch ins Sudetenland und Österreich; jüdische Polizisten im Warschauer Ghetto, u.ä. wurden herausgeschnitten.

Bei der Umschulung der deutschen Kriegsgefangenen nach dem Kriegsende sollen auch amerikanische Filme der Befreiung von KZs gezeigt worden sein, wobei Filmstreifen von »Leichenhaufen von KZ-Häftlingen« gezeigt wurden, die aber tatsächlich die aufgestapelten deutschen Opfer des im August 1943 durchgeführten amerikanischen Luftangriffs auf die Firma Messerschmitt AG in Augsburg zeigten; nach Zuschriften an den Sachverständigen, habe sich ein Kriegsgefangener selber im Hintergrund eines derartigen Filmstreifens erkannt und die angebliche »Fälschung« entlarvt. Der Sachverständige hält den Aussagewert von solchen Zeugnissen für bedenklich, führt sie jedoch an, als Beweis für das Vorhandensein von solchen Gerüchten.

Keine bewußte Politik der Unterernährung

»Tatsächlich seien die Insassen ihren Befreiern wohlgenährt ...«: Bei der Befreiung von einigen Lagern, vor allem im Norden des Reiches – Bergen-Belsen, Nordhausen, Buchenwald, Neuengamme – traten sicherlich die scheußlichsten Szenen von Auflösungs-, Seuchen- und Unterernährungserscheinungen bei den Häftlingen auf. Dagegen gibt es keine Beweise für eine bewußte Politik der Unterernährung der Häftlinge.

Die schlimmsten Erscheinungen wurden von den Siegermächten verfilmt und diese Streifen lediglich ausgenutzt, um ihre eigenen gewaltsamen Methoden der Kriegsführung nachträglich zu rechtfertigen. In der Bildstelle des Bundesarchivs in Koblenz sind tausende von Fotos aufbewahrt, die die angeblich von Soldaten erwähnten »wohlgenährten« Häftlinge zeigen.
Der inzwischen bekannte sehr ausführliche 16 mm-Farbfilm-Streifen, den der US-Offizier und ehemalige Regisseur George Stevens über die Befreiung des KZ Dauchau drehte – mit der sich unmittelbar daran anschließenden Erschießung von den dort gefangengenommenen fünfhundertundsechzig deutschen Wehrmachtsangehörigen –, zeigt die meisten – aber nicht alle – befreiten Häftlinge in einem befriedigend, den Zeiten entsprechend ernährten Zustand. Diese Darstellung trifft allerdings nicht auf die Häftlinge zu, die wenige Tage zuvor aus verseuchten Nebenlagern des KZs eingeliefert wurden.

»... und in Anzügen entgegengetreten«: Die Häftlinge trugen einheitliche Häftlingsanzüge. An Nacktheit kann sich der Sachverständige bei keinem Filmstreifen beziehungsweise Bildern entsinnen.

»Einige Konzentrationslager seien erst nach dem Krieg ... gebaut worden«: Das trifft in dieser Form nicht zu. Wohl hat man aber in verschiedenen ehemaligen KZs – darunter nach Wissen des Sachverständigen Mauthausen, Dachau und Auschwitz I – für antideutsche Propagandazwecke erhebliche Verbesserungen und Ausbauten vorgenommen.

»Für die Existenz von Auschwitz gebe es nur ein undeutliches Foto als Beweis und das sei natürlich gefälscht«: In dieser Form stimmt diese angebliche Behauptung nicht. Von den Orten beziehungsweise KZs Auschwitz I, Auschwitz II (Birkenau) und Monowitz gibt es fünfzig von den Alliierten und – nach Februar 1945 – von den Deutschen aufgenommene Luftaufnahmen von einer teilweise geradezu atemberaubenden Scharfheit. Diese befinden sich in der kartographischen Abteilung des Nationalarchivs, Washington DC. Ein-Quadratmeter-Kopien davon befinden sich im Besitz des Sachverständigen; man erkennt nirgendwo die Spur von einem Vernichtungsvorgang, keine Rauchschwaden aus den Schornsteinen, keine Scheiterhaufen, keine Massengräber.
In der Bildstelle des Bundesarchivs in Koblenz gibt es auch eine Anzahl von Originalfotos aus dem Alltag des KZ Auschwitz; wiederum ist nichts ominöses zu erblicken. Auch unter den Akten des sogenannten »I.G. Farben«-Prozesses, Verteidigungsakten des Dr. Dorfmann, befinden sich zwei große Panorama-Bilder von Auschwitz beziehungsweise Monowitz.

In Hollywood vor Atrappen gedreht

Alle diese Abbildungen von Auschwitz sind verhältnismäßig harmlos. Wiederholt werden aber bei Filmen oder Veröffentlichungen über Auschwitz entweder Abbildungen von ganz anderen Greueltaten zur Illustration benutzt, oder die Bilder werden kurzerhand gestellt, zum Beispiel bei der kürzlich weltweit im Fernsehen gezeigten Filmserie des amerikanischen Autors Hermann Wouk »War and Remembrance«. In der Publizistik hieß es, dieser Film sei zum Teil an Ort und Stelle im KZ Auschwitz gedreht worden. Die handelsüblichen Greuelszenen vor und in den »Gaskammeranlagen« wurden aber gefälscht, das heißt in Hollywood mit hierfür erbauten Atrappen gedreht, wie die amerikanische Presse später zugeben mußte.

»Zeugenaussagen seien propagandistische Fälschungen«: Die neuesten Zeugenaussagen sind tatsächlich nur politisch-programmatisch zu verstehen. Man kann die oft absurd wirkenden Aussagen etwa des amerikanischen Zionisten Elie Wiesel nicht anders erklären.
»Über die NATO-Verbündeten«: Angesichts der Erfahrung der deutschen Streitkräfte in zwei großen Koalitionskriegen hält der Sachverständige es als neutraler Militärhistoriker für durchaus angebracht, daß ein höherer Offizier der Bundeswehr seinen jeweiligen Verbündeten eine erhöhte und gesunde Wachsamkeit widmet. Trotz feierlichster Versicherungen der Bündnistreue ließ der jetzige NATO-Verbündete England seinerzeit seine Verbündeten Frankreich und Belgien rücksichtslos vor und bei Dünkirchen Mai 1940 im Stich; auf ausdrücklichen Befehl Churchills trat die englische Expeditionsarmee den Rückzug zu den Kanalhäfen an, ohne den Verbündeten auch nur einen Wink zu geben, und er proklamierte danach laut, die Franzosen und Belgier hätten England verraten.
Um den Jahreswechsel 1942/43 waren es die italienischen, rumänischen und ungarischen Verbündeten, die im Raum Stalingrad versagten. Der Sachverständige würde erwarten, daß ein mit diesen historischen Beispielen vorbelasteter Korvettenkapitän der Bundeswehr äußerst wachsam sein würde, vor allem nachdem erkennbar geworden ist, wie die internen Bedenken des amerikanischen Volkes der überaus starken US-Armee in Vietnam zum Verhängnis wurde.

Erstickung jeglicher historischer Debatten

»Franzosen ... besonders von Juden unterwanderter Staat«: Der Sachverständige verfügt über keine statistischen Angaben über die Zunahme des jüdischen Bevölkerungsteils und somit des jüdischen Einflußes in Frankreich seit der Auflösung dessen nordafrikanischen Imperiums. Er weist lediglich darauf hin, daß am 14. Juli 1990 das französische Parlament als erstes Land Europas ein besonderes Gesetz (»Modifications de la loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la Presse«) erließ, wo nach Artikel 24 ii es nunmehr in Frankreich strafbar wird, bestimmte Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch nur zu bestreiten (»ceux qui auront contesté (...) l'existence d'un ou plusiers crimes contre l'humanité tels qu'ils sont définis par l'article 6 du statut du tribunal militaire international«), als die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wie sie vom Internationalen Militärgericht Nürnberg historisch festgelegt (»définis«) worden sind.

Ein derartiges Gesetz kann nur zur Erstickung jeglicher historischen Debatte führen. Das neue Gesetz wurde von den zionistischen und kommunistischen Fraktionen des französischen Parlaments durchgesetzt. Quelle: »Le Choc du Mois«, Paris, No. 32, Septembre 1990, Seiten 9-11. □

Aids

Südafrika steht bis 2000 eine Infektionsrate von 45 Prozent bevor

Theo Hartwig, Chefmathematiker bei Südafrikas Versicherungsgesellschaft Old Mutual, wies warnend darauf hin, daß die Infektionsrate mit Aids sich bis zum Jahr 2000 um 45 Prozent erhöhen könnte, berichtete die »Jerusalem Post« in einem Artikel mit der Überschrift »Aids seen infecting S. African economy« (»Aids infiziert südafrikanische Wirtschaft«).

»Wir reden über mehr als 45 Prozent, bis zur Hälfte der erwachsenen Bevölkerung, die um die Jahrtausendwende Träger des Aids-Virus sein werden«, äußert Hartwig.

Die »Jerusalem Post« berichtet, daß zwei südafrikanische Banken, Nedcor und Volksas Group, in zwei getrennten Berichten ebenfalls warnend darauf hingewiesen haben, daß Aids im ersten Jahrzehnt des kommenden Jahrhunderts für Südafrika eine drohend über dem Land schwebende Katastrophe darstellen wird.

Sie warnen davor, daß Aids das Gewebe der südafrikanischen Volkswirtschaft zerfetzen wird.

Kurz bevor die Berichte zur Veröffentlichung freigegeben wurden, hatte die südafrikanische National Union of Mineworkers (Bergarbeitergewerkschaft) einen Bericht herausgegeben, in dem davor gewarnt wird, daß »Millionen von Südafrikanern in Armut leben, ohne dauerhafte Bleibe, in einzelnen Sex-Hotels mit Zugang zu den niedrigsten Dienstleistungen«.

Solche Umstände, schrieb die Bergarbeitergewerkschaft, stellen einen »vorgefertigten ›Pfad des Widerstandes‹ dar, dem der Aids-Virus folgen kann«.

In dem Bericht der Nedcor-Bank wird festgestellt: »Ohne die Einwirkung von Aids richtig zu erkennen, würden Planungsentscheidungen ernsthaft fehlschlagen. Es wird radikale Veränderungen der Kostenstrukturen, der Trends der Mechanisierung, der Verbraucher-Nachfragemuster und der Märkte geben.« Bis zum Jahr 2000, so glaubt Nedcor, könnten die Kosten der Gesundheitspflege theoretisch den Stand von 35 Milliarden Dollar, mehr als der Gesamthaushalt von 1990 in Höhe von 28 Milliarden, erreichen.

»So wie die Anzahl der Kranken und Sterbenden in die Höhe schießt, wird sich die gesamte Struktur des Arbeitsmarktes drastisch verändern. Es wird schwierig, wenn nicht unmöglich sein, fachkundige Einwanderer in ein Land zu locken, das ernst von Aids bedroht ist«, heißt es in dem Bericht. Laut Nedcor könnte der Einfluß von Aids in Südafrika den regionalen Exportmarkt zum Zusammenbruch bringen. □

Umweltschutz

Die Treibhaus-Verschwörung

Ein paar abweichende Stimmen in Großbritannien geben ihrer Bestürzung über den Schwindel der Umweltschützer mit der »Treibhauswirkung« und der »weltweiten Erwärmung« Ausdruck. Diese Kritiker stellen eine potentiell bedeutsame Flanke gegen den Hauptstrom der von der Thatcher-Regierung vertretenen britischen Politik dar.

Kanal 4 des britischen Fernsehen zeigte ein Feature mit dem Titel »The Greenhouse Conspiracy« (»Die Treibhaus-Verschwörung«), worin die Sache mit der »Treibhaus-Wirkung und der weltweiten Erwärmung« als Schwindel entlarvt wird, der zu einem wesentlichen Teil von Forschern ausgedacht oder ermutigt wird, die scharf seien Mittel zu Forschungszwecken zu erhalten, indem sie immerfort mit neuen »Katastrophen« hervortreten.

Die Fernsehsendung hat bereits lautstarke Proteste von Wissenschaftlern ausgelöst, die mit dem Inter-Governmental- Panel on Climate Chance (Zwischenbehördliches Gremium für Klimaveränderungen), dem World Meterological Office und damit zusammenhängenden Gruppierungen zu tun haben. Wie berichtet wird, ziehen verschiedene Wissenschaftler in Erwägung, Verleumdungsprozesse gegen das Fernsehen anzustrengen.

Die Sendung wurde zusammengestellt von Hilary Lawson, Verfasser eines zweiseitigen Artikels in der Londoner »Sunday Times« unter der Überschrift »Conspiracy in the air?« (»Verschwörung in der Luft?«)

Lawson machte sich über jene lustig, die wegen der kürzlichen Hitzewelle in Großbritannien anfällig sind, an die »weltweite Erwärmung« zu glauben: »Die der Treibhauswirkung gewidmete Publizität ermutigt uns dazu, jeden warmen Tag als Folge der weltweiten Erwärmung zu erklären. Es gibt nur ein Problem, nämlich die immer stärker werdenden Beweise dafür, daß dies nicht wahr ist.«

Lawson schrieb, daß einige Wissenschaftler, die Forschungsmittel benötigen, vor allem auf solchen Gebieten wie Klimakunde, dadurch Unterstützung bekommen hätten, weil sie eine Apokalypse vorausgesagt haben. Hierzu stellt er fest: Vor 15 Jahren war die Apokalypse nicht weltweite Erwärmung sondern weltweite Abkühlung. Viele Wissenschaftler, die jetzt die weltweite Erwärmung verfechten, sagten noch vor etwa über einem Jahrzehnt eine kommende Eiszeit voraus. □

USA

Französische Experten sprechen vom Niedergang

Der Rassismus im Aufstieg, die Wirtschaft im Abstieg begriffen, ein miserables Bildungswesen – das ist die heutige Realität in den Vereinigten Staaten, und der Golfkrieg wird daran nichts ändern, schrieb der Präsident des französischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten, Thierry de Montbrial, in einem Artikel mit der Überschrift »Der amerikanische Niedergang«, der in der Pariser Tageszeitung »Le Figaro« erschien. Nach der Ansicht vieler Kommentatoren, sagt Montbrial, treten die USA als »die einzige Supermacht auf diesem Planeten hervor, aber eine solche Auslegung der Ereignisse wäre recht oberflächlich«.

Montbrial umreißt den Bankrottzustand der amerikanischen Wirtschaft wie folgt: Handels- und Haushaltsdefizite, Handelsschulden, ein Bruttosozialprodukt, das nur noch 23 Prozent des Bruttosozialproduktes der gesamten Welt ausmacht. In dieser Situation trifft die japanische Herausforderung die Amerikaner wie bei einem Frontalzusammenstoß, und zwar in einem derartigen Ausmaß, daß sie schon sehen, wie ein neuer Feind an die Stelle der Sowjetunion tritt.

Das amerikanische Bildungswesen wird immer miserabler, mit sichtbaren Auswirkungen auf die Wirtschaft. Zum Beispiel bringt Amerika zehn Anwälte auf einen Ingenieur hervor, während das Verhältnis in Japan genau umgekehrt ist.

»Das Alarmierende daran«, sagt Montbrial, »ist die Tatsache, daß sogar das ›Schmelztiegel-Konzept‹ (Schmelztiegel aller Rassen) der amerikanischen Gesellschaft auseinanderfällt. Der Rassismus hat seine alte Stärke wiedergewonnen. Die Justiz wird von dieser Erscheinung betroffen, wie wir kürzlich bei dem Gerichtsprozeß des Bürgermeisters von Washington, Marion Barry, erleben konnten. Es ist leider eine Tatsache, daß sich die Lage der Schwarzen gewaltig verschlechtert.«

Montbrial kommt zu folgender Schlußfolgerung: »Eines steht fest, trotz des Militäraufmarsches am Golf ist Amerika nicht mehr das, was es war.« □

Mitteleuropa

Pentagonale tagte in Venedig

In Venedig im Kloster von San Giorgo tagte die Pentagonale. Eine Konferenz von Österreich, Ungarn, der tschechischen und slowakischen Republik, Jugoslawien, Polen und dem Gastgeber

Italien. Seit dem die deutsche Wiedervereinigung im Gang ist, ist besonders die italienische Diplomatie bestrebt, im mitteleuropäischen Raum eine Struktur zu schaffen, die auf einer Basis der Strukturen, die schon vor 1918 gewesen sind, nämlich die österreichisch-ungarische Monarchie aufzubauen, wobei die Italiener vergessen, daß sie an der Zerschlagung dieser Ordnung teil hatten. Der österreichische Bundeskanzler Vranitzky erwies sich als ein starker Befürworter dieser Initiative. □

Holocaust

Britischer Historiker veröffentlicht Funkmeldungen aus den KZs

F.H. Hinsley, Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Cambridge, schreibt in seinem Buch »British Intelligence in the Second World War«, Band 2, Seite 673: »Die täglichen verschlüsselten Funkmeldungen aus den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald, Auschwitz und sieben weiteren Lager, beinhalteten eine Serie von überschrifts- und erklärungslosen Kolonnen von Zahlen. GC und CS fanden heraus, daß es sich dabei a) um die Anzahl von Häftlingen zu Beginn des zurückliegenden Tages, b) um Neuzugänge, c) um Abgänger jeglicher Art sowie d) um die Anzahl der Häftlinge zum Ende des zurückliegenden Tages handelte. Die Meldungen spezifizierten die unterschiedlichen Häftlingskategorien. Wie zum Beispiel politische Gefangene, Juden, Polen, Russen und andere europäische Volkszugehörige. GC und CS entschlüsselten Kolonne C – ›Abgänge jeglicher Art‹ – meistens als die Summe von Todesfällen. Den Meldungen aus dem Konzentrationslager Auschwitz, mit 20000 Häftlingen das größte aller Lager, waren zu entnehmen, daß Krankheit die Hauptursache aller Todesfälle war. Allerdings beinhalteten die Meldungen auch Berichte über Erschießungen und Hängen. Es fanden sich keinerlei Hinweise in den entschlüsselten Meldungen über Vergasungen.«

Das Buch von Professor Hinsley ist erschienen im Verlag Her Majesty's Stationery Office, London. □

Bonn

Das Grab von Marx soll gepflegt werden

Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher sorgen sich um das verblassende Ansehen der letzten Ruhestätte von Karl Marx. Die Bundesregierung will Geld zur Verfügung stellen, um das Grab des Begründers der kommunistischen Theorie auf dem Londoner Highgate-Friedhof renovieren zu lassen. Wie die Bundestags-Vizepräsidentin Renger in Bonn mitteilte, hat der Kanzler ihr eine entsprechende Zusage gegeben und das Auswärtige Amt veranlaßt, die dringend nötige Graberneuerung zu ermöglichen. Auch die Grabpflegekosten für den 1818 in Trier geborenen und 1883 in der britischen Hauptstadt gestorbenen Philosophen Karl Marx werden von der Regierung in Bonn übernommen. □

Philippinen

Demokratie droht zusammenzubrechen

»Die Erkenntnis, daß die verfassungsmäßige Demokratie auf den Philippinen sich in einer ernsten Gefahr des Zusammenbruchs befindet, hat politische und wirtschaftliche Führungspersönlichkeiten in die verzweifelte Suche nach einer Formel im Rahmen des zivilen politischen Prozesses gestürzt, um eine solche Katastrophe und einen militärischen Eingriff abzuwenden«, schreibt die »Manila Chronicle«.

»Kabinettsmitglieder und führende Persönlichkeiten des Kongresses tasten sich nach einer Lösung vor. Außerhalb der Regierungskreise trafen sich führende Geschäftsleute in kleinen Gruppen, um im Rahmen der Verfassung nach einer Lösung zu suchen. Die Herausgeber der Zeitungen in Manila trafen sich ebenfalls, um zu erörtern, was die Medien dazu beitragen könnten, um die Schwungkraft des Zusammenbruchs ins Gegenteil zu verkehren.

Angesichts der düsteren Stimmung war es klar, daß die Aquino-Regierung genau weiß, wie die Dinge stehen. Von ihr gingen keine Initiativen aus. Es gab nur Anzeichen der Erschöpfung. Der Palast kann die wachsende Besorgnis, die von der Welle der Terrorbomben und die immer deutlicher werdende Möglichkeit von Unruhen ausgehen, die durch eine sich verlangsamende Wirtschaftsentwicklung angeheizt wird, nicht mehr besänftigen. Präsidentin Aquino, deren Autorität rapide zerfällt, konnte nicht einmal zu den Anregungen Stellung nehmen oder eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates einberufen.« □

Japan

Projekt um Ausbreitung der Sahara zu stoppen

Japan plant ein multinationales Projekt in der Größenordnung von elf Milliarden Dollar über die kommenden 30 Jahre hinweg, um die Ausbreitung der Sahara einzudämmen, berichtet das »Journal of Commerce«.

Zu dem Plan gehört ein 3400 km langer »Grünflächen-Verteidigungsgürtel«, der sich vom Chad-See bis zum Senegal-Strom erstreckt, um die Südwanderung der Wüste aufzuhalten. Wasser aus dem Niger soll verwendet werden, um das Ackerland und die Wälder, die jetzt von der heranknechenden Wüste bedroht werden, zu bewässern.

Das Projekt soll sich über Teile von Niger, Chad, Kamerun, Nigeria, Mali, Guinea, Senegal, Burkina Faso und Benin erstrekken. Beamte des Ministeriums für Landwirtschaft, Forst- und Fischereiwesen haben das Projekt seit 1985 studiert und rechnen damit, ihre Forschung bis zum März 1991 abschließen zu können.

»Ein Erfolg dieses gewaltigen Projektes«, sagte ein japanischer Beamter, »würde es möglich machen, daß der Grüngürtel jedes Jahr genügend Nahrungsmittel produziert, um bis zu 40 Millionen Menschen zu ernähren.«

Japan plant, die Vereinigten Staaten, europäische Länder und die Vereinten Nationen dazu aufzurufen, sich an der Aufgabe zu beteiligen. □

Panama

Noriega wurde gestürzt, weil er Drogenhandel entlarvte

Der pensionierte argentinische Oberst Mohammed Ali Seineldin behauptet, daß Panamas General Manuel Noriega gestürzt wurde, weil er die Entlarvung der Finanzgeschäfte des Drogenhandels zuließ. Panamas Zeitschrift »Critica Libre« zitierte Seineldin dahingehend, daß der amerikanische Einsatz gegen Noriega zu einem Zeitpunkt in die Wege geleitet wurde, als der panamaische General die Gesetze bezüglich des Bankgeheimnisses aufhob und die Entlarvung der Finanznetzwerke der illegalen Drogenhändler ermöglichte.

Der Oberst klagte an, daß amerikanische Interessengruppen in den illegalen panamaischen Drogenhandel verwickelt seien, und daß Noriega im Weg stand und deswegen beschuldigt worden sei, ein illegaler Drogenhändler zu sein. Seineldin machte sich auch über die Heuchelei amerikanischer Politiker lustig, die behauptet hätten, einen Krieg gegen Drogen zu führen, während sie gleichzeitig die Dealer schützen. □

Betr.: Naher Osten »Neuer Krieg der Banker«, Nr. 10/1990

Im September trafen sich die Präsidenten der USA und der UdSSR in Helsinki. Dabei ist es Bush nicht gelungen, von Gorbatschow die Zustimmung zu dem von den Vereinigten Staaten geplanten militärischen Schlag gegen den Irak zu erhalten, obwohl ihm jetzt plötzlich eine großzügige Wirtschaftshilfe, die man vorher verweigert hatte, angeboten wurde. Gorbatschow hat sich in dieser Frage nicht kaufen lassen. Er hat die ihm zugedachte Rolle als Hilfssheriff nicht angenommen. Im Gegenteil: Er hat dem sich selbst zum alleinigen Weltpolizisten ernannten Bush Grenzen aufgezeigt.

Gorbatschow erklärte, man habe vereinbart, eine friedliche Lösung des Konfliktes anzustreben. Bush habe ihm zugesichert, die in der Golfregion zusammengezogenen US-Soldaten blieben keinen Tag länger als notwendig. Der sowjetische Präsident hat die Konferenz ohne Gesichtsverlust überstanden und richtigerweise den geplanten militärischen Angriff nicht abgesichert.

Mag die Besetzung Kuwaits auch umstritten sein, obwohl dieses Land früher zum Irak gehörte, so berechtigt es aber keines Falls die USA dazu, einen so gewaltigen militärischen Aufmarsch aufzuziehen. Im Vergleich der Mißachtung war und ist das Verhalten Polens gegenüber Deutschland ein Verbrechen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß gegen Völker- und Menschenrecht; das ist einem Größenvergleich »einer Maus zu einem Elefanten« gleichzusetzen.

Hat der Irak die Bevölkerung in niederträchtiger Art und Weise vertrieben? Abmarsch mit maximal 20 Kilo Gepäck? Hat der Irak schon jahrelang vorher die Kuwaitis terrorisiert und die eigene Bevölkerung zu Mord und Terror und Krieg aufgerufen?

Aber die Polen haben diese Verbrechen an den Deutschen im Osten unseres Vaterlanges begangen.

Entscheidend bleibt die Tatsache, daß die Bevölkerung Kuwaits ihre Lebensform, Weltanschauung und Religion, die doch mit den des Irak übereinstimmen, behalten. Während im Gegensatz hierzu die in Ostdeutschland verbliebenen Deutschen von den Polen entrechtet, drangsaliert und tyrannisiert wurden und bis zum heutigen Tage ohne Minderheitsrechte geblieben sind.

Für Bush kam die Besetzung Kuwaits im genau richtigen Augenblick, um von seinen gewaltigen inneramerikanischen Schwierigkeiten abzulenken: Der riesige Finanzskandal, der für die US-Regierung sehr unangenehm ist, da deswegen Steuererhöhungen unumgänglich sind; die rapide anwachsende Verschuldung, die USA sind mit 3,5 Billionen Dollar die höchst verschuldete Nation der Welt; der Tiefststand des US-Dollar; die immer schneller zunehmende Verbreitung der Hervin-Seuche, der Aids-Krankheiten, der Tuberkulose, Gonorrhoe und Syphillis in den farbigen Ghettos Amerikas, aus dem fast die Hälfte der Streitkräfte kommen.

Diese Themen sind jetzt erst einmal verdrängt. Tatsache ist, die USA sind in der Klemme. Die täglichen zunehmenden Forderungen an die »Verbündeten« – insbesondere aber an Japan und Deutschland – mehr Soldaten, Waffen und Geld zur Verfügung zu stellen, beweist das.

Die USA brauchen dringend einen Spannungsraum. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg war das Europa. Nach 1945 Asien – Korea und Vietnam – und jetzt der Golf.

Es geht den USA nicht um Völkerfreiheit und Moral, sondern in erster Linie um die ungeheuren Rohöl-Lagerstätten des Nahen Ostens, und mit diesen wirtschaftlichen Interessen werden die politischen und militärischen Macht-Interessen verknüpft.

Die reichen und ergiebigen Ölfelder liegen durch den in Absprache mit Israel vollzogenen Aufmarsch der US-Streitkräfte den amerikanischen Öl-Multis zu Füßen. Der maroden Wirtschaftlage der USA kam die Golfkrise mit der Möglichkeit des Zugriffes auf die Ölfelder Arabiens wie ein Geschenk des Himmels zu Hilfe.

Auch die kuwaitische Öl-Kompanie gehört anglo-amerikanischen Firmen. Dies geht noch auf die Mandatshoheit Großbritanniens über den Irak zurück. Im Jahr 1920 wurde in einem Wüstenzelt mit Lineal und Zirkel Kuwait von Irak abgetrennt. Gleichwohl blieb das Land in englischer Abhängigkeit. Zweck dieser raffinierten Aktion war, dem Irak keinen Hafen zu lassen. »Teile und herrsche«, auch hier, so wie die Alliierten ihre Macht auch in Deutschland und in Korea jahrelang völkerrechtswidrig praktizierten, während in Vietnam die Teilung trotz 50.000 US-Toten mißglückt ist.

Die von England vorgenommene willkürliche Abtrennung Kuwaits vom Irak liegt erst 70 Jahre zurück. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß eine Klage des Iraks vor dem internationalen Gerichtshof Erfolg hat mit einem Urteil, das die Völkerrechtswidrigkeit der Abtrennung bestätigt. Etwa zum gleichen Zeitpunkt wurden die deutschen Ostprovinzen Posen und Westpreußen sowie die Stadt Danzig vom Deutschen Reich abgetrennt, und zwar ebenso völkerrechtswidrig wie Kuwait von Irak.

Durch die Verurteilung des Weltsicherheitsrates des Angriffes auf Kuwait müßte die Frage der Oder-Neiße-Linie von einer deutschbewußten Regierung sofort auf die internationale Tagesordnung gesetzt werden, was natürlich nicht geschieht.

Was sagte doch Präsident Bush am 8. August 1990 in einer Rede: »Wir wollen den bedingungslosen Abzug aller irakischen Streitkräfte aus Kuwait.« Auf Deutschland bezogen muß das doch heißen: »Wir (Deutschen) wollen den bedingungslosen Abzug aller polnischen Streitkräfte hinter die deutsch-polnische Grenze von 1939.«

Es ist nicht einzusehen, daß die Annexion der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie die verbrecherische Vertreibung der Bewohner rechtens sein soll, während die Besetzung des »Scheichtums Kuwait« als Bruch des Völkerrechts bezeichnet und deswegen ein militärischer Weltaufstand veranstaltet wird.

Die Rechtsbeugung zu Lasten Deutschlands ist schwerwiegend und darf niemals hingenommen werden.

Wie der Konflikt im Nahen Osten auch ausgehen wird, kann niemand voraussehen. In einem Punkt jedoch sollte man sich einig sein. Das Gebot der Stunde sollte heißen: strikte Neutralität. Deutsche Soldaten haben im Nahen Osten nichts zu suchen, was uns übrigens auch das Grundgesetz verbietet. Versuchte Abänderung des Grundgesetzes sind eines Volkes nicht würdig.

Die abgeschliffenen und abgelenkten Einheitkommentatoren, die uns täglich per Fernsehen und Presse raten, deutsche Soldaten in das Kriegsgebiet am Gold zu schicken, haben wegen ihrer »Gnade der späten Geburt« nichts vom letzten Weltkrieg abbekommen. Ansonsten sind sie wohl im Geschichtsunterricht zu kurz gekommen oder haben ihre Kenntnis von der alliierten Lobby in der Nachkriegsumerziehung erhalten.

Es ist nicht einzusehen, daß die Besiegten des Zweiten Weltkrieges, Deutschland und Japan, neben Saudi-Arabien und Kuwait in die Rolle des Hauptfinanziers schlüpfen sollen, damit das amerikanische Kriegsabenteuer gut geht. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftsschwäche Amerikas wird auch daraus deutlich, daß Bush als Erfüllungsgehilfe der nicht abreißenden israelischen Unterstützungsforderungen bei 25 Staatsvertretern der ganzen Welt anrufen und um militärische und finanzielle Hilfe bitten mußte. Bush hat nicht umsonst vor seiner Wahl die Klagemauer in Jerusalem geküßt!

Ganz so einfach, wie in der Vergangenheit ist es nun nicht mehr, denn da drohten die Amerikaner den Europäern »Wenn Ihr nicht zahlt, ziehen wir den Schutzschild gegenüber den Kommunisten zurück«, und schon flossen die Milliarden von den Hiwis in Europa zur Stützung des Dollar. Die Rute der Amerikaner kann nun nicht mehr mit Erfolg geschwungen werden, da Rußland als aufgebauter Feind entfallen ist.

Jetzt soll der böse Saddam Hussein die Rolle des Kremls spielen als Bedroher des Weltfriedens. Zum anderen sollen die Amerikaner sich nicht täuschen. Durch den achtjährigen Krieg mit dem Iran haben die Iraker eine gehärtete und kriegserfahrene Armee mit hervorragenden Waffen, die den Erfordernissen eines Wüstenkrieges entsprechen.

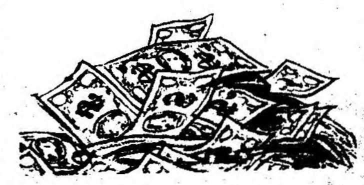
Den Amerikanern macht dagegen der Wüstensand einschließlich Hitze von 40 Grad aufwärts schwer zu schaffen. Ebenso ihre hochempfindlichen Geräte. So wird im Ernstfall – dem man richtig entgegenfiebert – die Fehlerquote am Ausfall der US-Waffen voraussichtlich noch höher liegen, als bei den Manövern in der Bundesrepublik, worüber sie regelmäßig den Spott ihrer Verbündeten ertragen mußten. Ganz abgesehen davon, daß US-Soldaten in bekannter Manier nicht in der ersten Linie, sondern hinter den Truppen aus Ägypten, Marokko und Syrien liegend, noch nie Heldentaten verbracht haben.

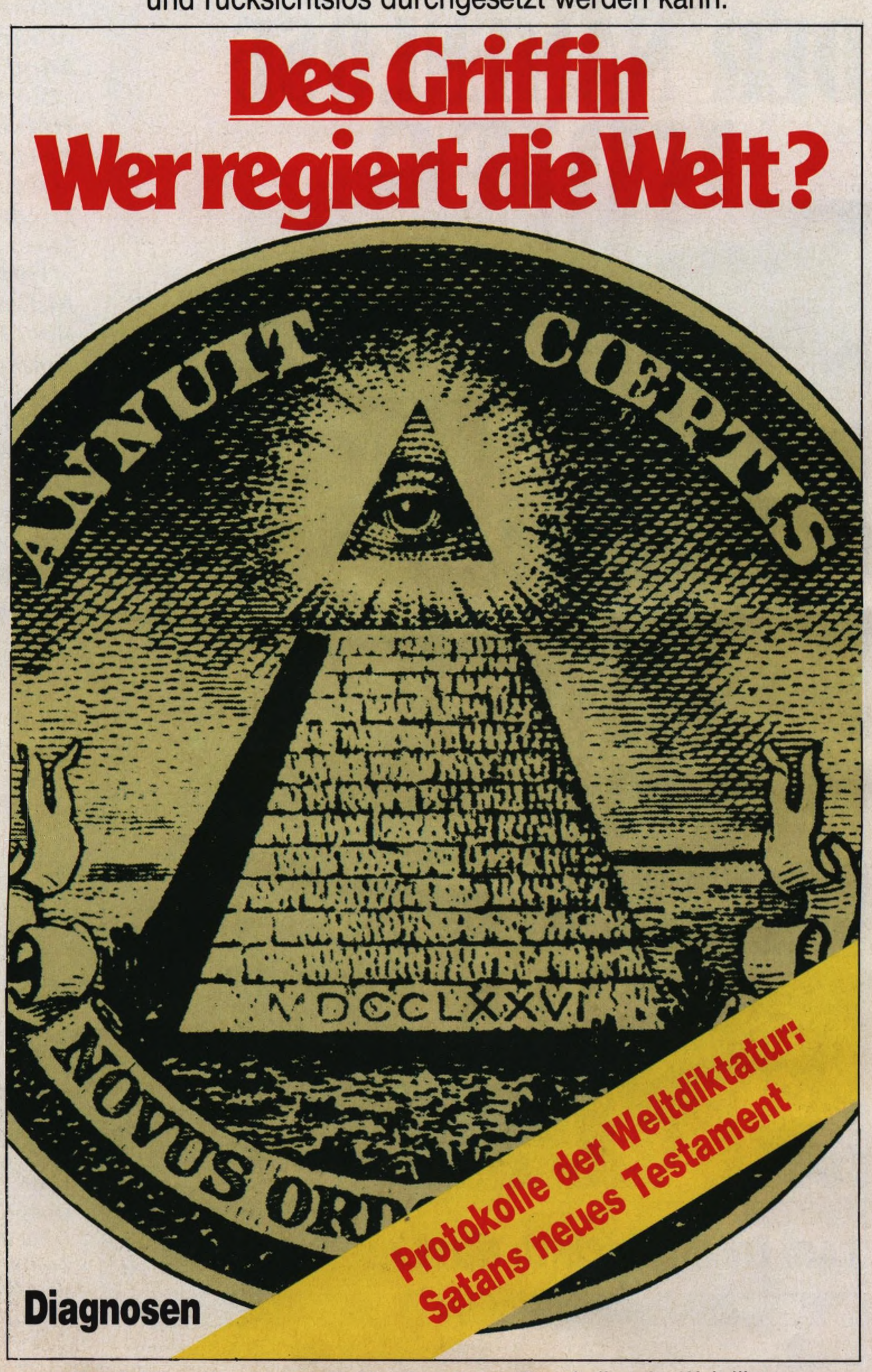
Der israelische Generalstab hat der Ausbildung der israelischen Truppen sehr fundierte Studien über die Armeen zugrunde gelegt, die am Ersten und Zweiten Weltkrieg teilgenommen haben. Als tapferste Soldaten beider Weltkriege wurden die Deutschen ermittelt. Die Bewertung nach Punkten, die eine Höchstzahl von 100 Punkten zuließen, hatte folgendes Ergebnis:

Erster Weltkrieg:	Punkte
Die deutsche Armee	86
die englische Armee	59
die USA Armee	49
Zweiter Weltkrieg:	
die deutsche Wehrmacht	93
die japanische Armee	86
die UdSSR Armee	83
die finnische Armee	79
die polnische Armee	71
die französische Armee	65
die türkische Armee	52
die russische Armee	45
die britische Armee	62
die USA Armee	55
die französische Armee	39
die italienische Armee	24

Das nur zur Klarstellung, was im Ernstfall von den US-Soldaten zu erwarten ist. Nur durch das Verbrechen des Verrates durch Sabotagehandlungen und durch das vorsätzliche Versagen der militärischen Führung in Frankreich konnte die Invasion 1944 gelingen; nicht etwa wegen der Tapferkeit der US-Soldaten. Letztendlich wurden beide Weltkriege durch den gewaltigen Materialeinsatz gegen uns entschieden.

Karl Weidemann, Springe □




Des Griffin
Wer regiert die Welt?
ANNUIT COEPTIS
MDCCLXXVI
NOVUS ORD
Protokolle der Weltdiktatur:
Satans neues Testament
Diagnosen

DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 8 August 1990 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Oder-Neiße-Linie:
Legenden und völkerrechtliche Wirklichkeit

CDU eine Verzichtspartei? Verrat, Unterwerfung und Verdummung der Wähler zum deutschen Schaden

Presse:
Murdochs Deal mit Burda

Revisionismus:
Neue Aufgaben für deutsche Historiker

Südafrika:
Der geplante Zusammenbruch

Zionismus:
Schwere Jungs als Spendensammler

Bankerismus:
Mit Geld, Korruption und Kredit auf dem Weg zur Weltdiktatur



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

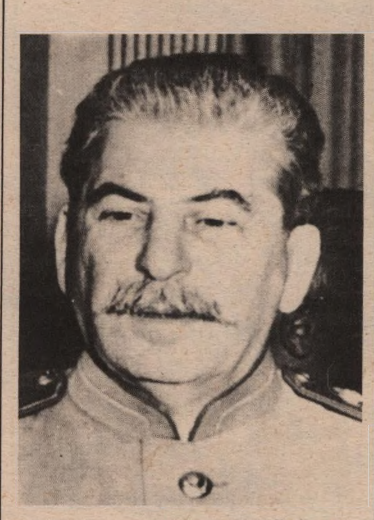
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

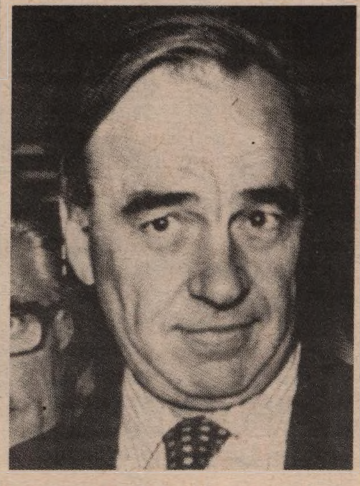
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Josef Stalin plante einen Überfall auf das Deutsche Reich, Hitler kam ihm jedoch mit dem Kriegsbeginn um einige Wochen zuvor.

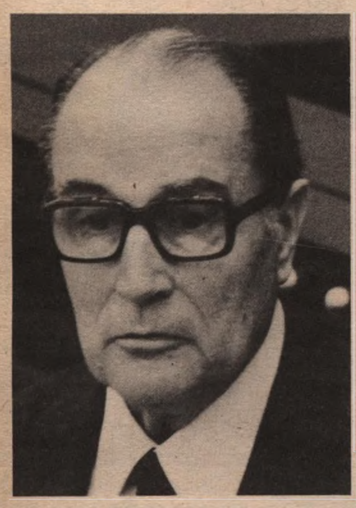
Finanzen



Rupert Murdoch gehört als Medienmulti zu einer Elitegruppe Millionär-Marxisten.

Internationales

4. Jahrgang Nr. 8 August 1990



François Mitterand will Frankreich zu einer multikulturellen Gesellschaft wandeln durch Rassismus gegen das eigene Volk.

Revisionismus



Der britische Historiker David Irving behauptet, der Holocaust sei ein Produkt der britischen psychologischen Kriegsführung.

Ständige Rubriken

Deutschland

Nie wieder Deutschland?

Johanna Nissen

»Nie wieder Deutschland!« Unter dieser Losung versuchen die radikalen Linken in der Bundesrepublik, nach den Ereignissen des »9. November 1989« – nach Wochen der Sprachlosigkeit – sich auf ein neues Schwerpunktthema ihrer Agitations- und Krawallpolitik einzustimmen. Schon laufen Vorbereitungen für bundesweite Großdemonstrationen und ihnen selbst laufen die deutsch-deutschen Ereignisse davon. Dennoch dürfte es nicht uninteressant sein, das Begründungsmuster und Argumentationsschema, das sich hinter dieser ekelhaften Losung »Nie wieder Deutschland!« verbirgt, sich einmal vorzuführen.

Zur Einstimmung ein Originalzitat aus dem linksradikalen »Arbeitskampf«: »Als die Mauer geöffnet wurde, setzte die bundesrepublikanische Politik die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung. Im Bundestag sang eine großdeutsche Allparteienkoalition das Deutschlandlied – ähnlich wie am 4. August 1914 nach Beginn des Ersten Weltkrieges, und ähnlich wie am 17. Mai 1933 zur Bekräftigung der außenpolitischen Erklärung Hitlers. Mit dem nationalsozialistischen Taumel verband sich der Triumph des Sieges über das Reich des Bösen.« Wieviel Lügen, Verdrehungen und Unterstellungen sind in diesen wenigen Zeilen untergebracht?

Das Prinzip »Angstmache«

Einmal davon abgesehen, daß es in der Geschichte des Bundestages noch einige wenige andere Anlässe zur Anstimmung der dritten Strophe des Deutschlandliedes gegeben hat, und daß damit diese Auswahl und Aneinanderreihung der historischen Daten schon eine böswillige Sicht der Dinge erkennen läßt, zeigt das hier dargebotene Argument im Kerngehalt die Ausage »Wiedervereinigung gleich Unheil und Unfrieden«. Letztlich geht es dabei also nur um »Angstmache«. Ganz im Sinne dieser Beunruhigung und Verängstigung der Leser wird eine Kriegsgefahr ständig beschworen. Zwar fehlen dabei hinreichende Fakten und Beweise, aber zum Glück bietet sich hier der demagogisch geführte Keulenschlag mit der deutschen Geschichte:

»Einen gemeinsamen Staat haben Sachsen und Hessen nur von 1871 bis 1945 gehabt, und das reichte für zwei große Kriege.«

Dann daraus die Schlußfolgerung: »Entsteht ein neuer deutscher imperialistischer Koloß, wird niemand die anderen Völker Europas ... vor ihm schützen können.«

Und wie halten es die Genossen mit den Deutschland betreffenden Angelegenheiten, mit dem Selbstbestimmungsrecht und den längt überfälligen alliierten Vorbehalten gegenüber Deutschland?

Der Selbsthaß einer radikalen Minderheit

Auch das Selbstbestimmungsrecht, selbstverständlich gefordert für alle Völker der südlichen Erdhalbkugel, soll nach dem Willen der radikalen Linken den Deutschen nicht zugestanden werden. Mit aller Deutlichkeit heißt es dort: »Für Deutschland darf es kein nationales Selbstbestimmungsrecht geben, ... angesichts des Schadens, welchen das Deutsche Raub-Reich der Jahre 1871 bis 1945 angerichtet hat.«

Als Begründung muß natürlich wieder der alliierte Verleumdungstrick vom durchgängig militanten Wesen der Deutschen herhalten.

Für die radikalen Linken gehören die Kämpfe gegen Herrschaft und Obrigkeit, gegen Staat und NATO zu ihrem Selbstverständnis. Jedoch, wenn es um Deutschland betreffende, überfällige Strukturen aus dem alliierten Besatzungsstatus geht, dann versagt die folgerichtige Logik. Die Antwort fällt dann anders aus, und die Begründung ist schlichtweg die »Links sein und deutsch fühlen – das geht nicht zusammen.«

Wenn diese – pathologisch anmutende – Grundhaltung nicht ausreichend überzeugend erscheint, muß mit dem »Auschwitz-Verweis« zur Einsicht gebracht werden.

»Der Grund ... liegt genau darin, daß Deutschland den Holocaust und einen Vernichtungskrieg gegen die Völker Europas durchgeführt hat, und daß es deshalb höchst ratsam ist, gegen eine solche Bestie (gemeint ist Deutschland; der Verfasser) Sicherung in Form alliierter Vorbehaltsrechte einzubauen.«

Diese Denkstrukturen lassen den grundlegenden Deutschlandhaß dieser Radikalen erkennen. Offener und deutlicher als in diesen Wochen der großen europäischen Umwälzung, trat er meiner Ansicht bislang nicht in Erscheinung. Mit diesen Negativ-Parolen ist natürlich im politischen Wettstreit kein Erfolg zu erzielen. Das wissen auch diese politischen Akteure. Eingestandenerweise heißt es dort: »In Zeiten, wo man die Gegner der nationalen Verblödung mit der Lupe suchen muß, man sich in extremer Minderheit befindet.«

Hoffentlich bleibt das so! Auch diesem Personenkreis ist klar, daß im Politischen die Einnahme einer nur ablehnenden Position – »Nie wieder Deutschland!« – wenig Ausstrahlungskraft und damit auch Erfolgsaussicht besitzt. Es muß daher zugleich aufgezeigt werden, was nun positiv zum Selbstverständnis, zur Überzeugung gehört. Auch hierbei wird eine nie zuvor getätigte politische Offenheit gezeigt:

Es heißt wachssam sein

»Die angeblichen nationalen Gemeinsamkeiten zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen beruhen zumeist auf gemeingefährlicher Einbildung. Jede Asylbewerberin, jeder Asylbewerber, jede Immigrantin und jeder Immigrant ... stehen uns näher als diese euphorischen Brüder und Schwestern: ... Wir sollten ... dem rechten Slogen ›Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein‹ entgegenstellen: ›Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.‹ ... Wir sollten eine Utopie entwickeln: nicht die eines sozialistischen Deutschlands, sondern die der Zerstörung des deutschen Staates und seiner Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat, sowie der Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft.«

Angesichts dieser politischen Perspektive könnten die radikalen Linken als krankhafte utopische Spinner abgetan werden. Jedoch – sie sind nicht unbedeutend; kopfmäßig gezählt nicht unbedingt nennenswert, von den Mitläufern und Sympathisanten einmal abgesehen – dafür aber, bedingt durch Umerziehung, die Studentenrevolte der Jahre 1968 und den selbstmörderischen Liberalismus dieser Zeit, zum Teil in leitenden und maßgeblichen Positionen in den Parteien und Medien, in Justiz und Verwaltung verankert. Angesichts dieser destruktiven, von Selbsthaß geprägten Politratten heißt es aber wachsam sein.

Wachsam auch deshalb, weil durch die führungslos gewordene DKP-Anhängerschaft und ihren SED-PDS-Klüngel im endlich wiedervereinigten Deutschland den radikalen Linken personell, finanziell und intellektuell ein gehöriger Zustrom zufließen wird. Auf deren Einsicht in die besseren Verhältnisse in einem neuen Deutschland wird man nicht hoffen dürfen. Darum heißt es wachsam sein und diesen Kreisen keinen politischen Spielraum, keinen Millimeter überlassen!

Die Zitate stammen aus der Zeitschrift »Arbeiterkampf« vom 5. Februar 1990. □



CDU

Linke treiben die Partei in den Abgrund

Klaus Ganter

Trotz vieler Meinungsunterschiede war die CDU früher eine Partei, die zumindest für konservative Wähler eine Basis bot. Bekenntnisse zu Deutschland als ganzes, damals noch ernst gemeint und keine reinen Lippenbekenntnisse, ein klarer Standpunkt zur Frage der Abtreibung und auch zur Ausländerüberschwemmung – selbst wenn schon damals den schönen Worten wenig Taten folgten –, die Spitzenpolitiker allesamt Mitte-Rechts angesiedelt, zum Beispiel Kiesinger, Schröder und Filbinger und und und. Doch heute macht diese Partei eine fast ausschließlich nur noch wahlopportunistische Politik und versucht den politischen Standpunkt zunehmend nach links zu verschieben. Geißler, Blüm, Albrecht, Späth, Fink, Rommel und allen voran Rita Süßmuth werden zu einer immer größeren Gefahr für die Bundesrepublik, da sie die »nützlichen Idioten« (Lenin) für den Sieg des Sozialismus sind.

Gerade Rita Süßmuth (53), deren Wuppertaler Mitschüler sie nur »Kicki« nannten, spielt hierbei eine aus nationaler Sicht äußerst unrühmliche Rolle. Letztes Beispiel hierfür war die Landtagswahl in Niedersachsen, die zugleich auch einen der Hauptfehler der Union, die mangelnde Förderung des politischen Nachwuchses, aufzeigte. Johannes Rau hatte vollkommen Recht, als er am Tag nach den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen seinem Kontrahenten, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, ins Stammbuch schrieb: Ein Spitzenkandidat muß langfristig aufgebaut werden.

Schauspielkunst statt Können

Dies jedoch versucht die Union erst gar nicht. Lieber wird ein angeblicher Sympathieträger als Spitzenkandidat für eine Wahl aufgestellt – und das dumme Wählervolk soll darauf reinfallen. Die Wahlen im Saarland mit Bundesumweltminister Töpfer, die Münchener Kommunalwahlen mit dem Oberbürgermeisterkandidaten Klein, die niedersächsischen Landtagswahlen mit Süßmuth und nicht zuletzt die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen mit Blüm – allesamt brachten sie klägliche Ergebnisse für die Union.

Nicht nur Gegner, sondern auch Befürworter der Demokratie warnen, daß diese sich am Ende selbst zugrunde richtet und den Weg für den Sozialismus freimachen wird – genau das, worauf die Bundesrepublik derzeit zusteuert. Als Argumente führen sie an, daß in der Politik immer weniger das Können, dafür aber immer mehr die Schauspielkunst und die Sympathie der ausschlaggebende Faktor für den Aufstieg oder Fall eines Politikers sein werden. Der andere, nicht minder wichtige Grund sei der, daß politische Entscheidungen weniger auf den Notwendigkeiten, sondern vielmehr im Blick auf bevorstehende Wahlen getätigt werden.

Und genau dies geschieht derzeit in der Bundesrepublik – und hier vor allem bei der Union und speziell in der Person Rita Süßmuths. Diese Frau vertritt Positionen, die für einen konservativen Wähler absolut nicht mehr tragbar sind, dafür aber auf der linken Seite viel Beifall finden. Dementsprechend sind dann auch die demoskopischen Ergebnisse.

Auf die Frage »Wie beurteilen Sie die politischen Vorstellungen Frau Süßmuths« (oder ähnlich), antworten denn natürlich viele SPD-, FDP- oder auch Grüne-Wähler mit »sehr gut« bis »gut«, was natürlich auch einige Unionwähler sagen, und schon steht »Kicki« in der Populatitätskurve ganz oben. Dabei reicht es aber schon aus, wenn sich nur vier oder fünf Prozent der konservativen CDU-Wähler von ihrer Partei abwenden – und schon ist die Mehrheit – mit Ausnahme vielleicht Bayerns – flöten.

Die Verdummung des Wählers

Also was macht die CDU, um die nur eine Stimme ausmachende Mehrheit im niedersächsischen Landtag zu retten: Sie stellt die vermeintliche Sympathieträgerin als vorgesehene Nachfolgerin von Ministerpräsident Albrecht auf, die natürlich – ebenso wie Blüm – nur dann in das betreffende Bundesland ziehen will, wenn sie dort auch wirklich gewählt wird.

Wagt der Wähler es aber, Süßmuth genau wie Blüm nicht zu wählen, dann bleibt sie eben auf ihrem lukrativen Posten des Bundestagspräsidenten – und das war's.

Nur eine Woche später wird dann von Rita Süßmuth lauthals erklärt, daß sie gerne Präsidentin in einem gesamtdeutschen Parlament werden möchte – und dann sollen sich die Wähler nicht in höchstem Maße verdummt vorkommen?

Zu dem politischen Hauptwirken Süßmuths zählt vor allem eine lautstarke einseitige Vergangenheitsbewältigung sowie die Warnung vor allem, was auch nur den Hauch des Nationalen an sich hat. So war es dann auch kein Wunder, daß »Kicki« kürzlich in einem Fernsehgespräch sinngemäß auf die Frage, was sie denn mit dem Begriff Vaterland verbinde, erklärte: Sie verstehe Vaterland als Begriff, der den Staat Deutschland im vereinigten Europa kennzeichne, aber nicht als etwas, dem man mit einem besonderen Gefühl gegenüberstehen müßte.

Parolen, die an die Nazis erinnern

Dazu paßt dann auch, daß die Bundestagspräsidentin als Mitbegründerin der überparteilichen Aktion »Frauenbündnis 90« aufforderte, angesichts der Umbrüche in Europa jeder nationalen und nationalistischen Entwicklung entgegenzuwirken. In dem Aufruf »Frauen überschreiten Grenzen« wendet sich das Bündnis gegen Tendenzen in der Gesellschaft, die Rassenhaß, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schürten. Die dort mitarbeitende frühere Generalsekretärin des Zentralverbandes der Katholischen Frauen, Anneliese Lissner, kritisierte dann auch bezeichnenderweise den bei Massenkundgebungen in der DDR ertönenden Ruf nach »Deutschland, einig Vaterland« als »Parole, die an den Nationalsozialismus« erinnere.

So ist dann nicht verwunderlich, daß Süßmuth in erster Reihe derjenigen steht, die lautstark zum Verzicht auf die deutschen Ostgebiete aufrufen und sich für eine bedingungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze aussprechen. Jede Diskussion hierüber wird von ihr als Revanchismus abgetan, der den deutschen Interessen in der Welt schade. Selbst der von Bundeskanzler Kohl seinerzeit gemachte Vorschlag, bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gleichzeitig auch umfassende deutsche »Minderheitenrechte« und einen auch förmlichen Verzicht Polens auf weitere Reparationszahlungen in dem Vertrag festzuschreiben, stieß auf ihre Ablehnung.

Die Erziehungswissenschaftlerin und promovierte Philosophin Süßmuth wurde bereits 1983 Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Familienpolitik in der CDU, obwohl sie der Union erst seit 1981 angehört, und, wie die »FAZ« es in einem Porträt beschrieb, »in ihren jüngeren Jahren durchaus auch von sozialdemokratischen Politikern fasziniert sein konnte«. 1986 wurde »Kicki« dann Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung und Mitglied des Parteipräsidiums.

Im Bundestag ist sie erst seit 1987, nachdem sie zuvor ohne Bundestagsmandat Familienministerin geworden war – und sich hier für eine freizügige Abtreibungspolitik einsetzte, so zählte sie auch zu den Hauptkritikern bei der Verurteilung des Arztes beim »Memminger Abtreibungsprozeß« –. □

Deutschland

Souveränität nach dem Willen der Verbündeten

Alfred König

»Die Bundesrepublik soll nach der Wiedervereinigung mit der DDR ohne Bedingungen die volle Souveränität erhalten.« Diese und ähnliche Worte sind in jüngster Zeit von vielen unserer Verbündeten, speziell auch von US-Präsident George Bush, zu hören. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß die Bundesrepublik bis jetzt ihre volle Souveränität entgegen den Beteuerungen »unserer« Politiker eben nicht hatte und, wenn man etwas tiefer in die Materie einsteigt, auch die den Deutschen jetzt zugebilligt werdende »volle Souveränität« in Wirklichkeit dies eben nicht ist.

Instrument hierfür sind die sogenannten »2+4-Verhandlungen« sowie die Einbindung des (teil-) wiedervereinigten Deutschlands in die EG. Alle möglichen Staaten stellen hierfür Bedingungen, so daß alleine die Annahme dieser Bedingungen beziehungsweise ein Kompromiß hierzu den erneuten Verzicht Deutschlands auf die volle Souveränität bedeutet.

Der alte Viermächtestatus

Von besonderem Interesse ist dabei eine kürzlich in der nationalistischen sowjetischen Zeitschrift »Literaturnaja Rossija« erschienene Analyse zu den DDR-Wahlen, die in der Bundesrepublik praktisch kaum jemand bekannt ist. Geschrieben wurde diese Analyse von einem gewissen »M. Alexandrow«, hinter dem sich nach Ansicht von Diplomaten niemand anders als der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Botschafter Alexander Bondarenko, verbirgt.

In dieser Analyse heißt es, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten den alten Status vor ihrer Entstehung wiederherstelle, also die Viermächtekontrolle aufgrund der Konferenzen von Jalta und Potsdam. Dies bedeute: »Die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Siegerstaaten sind beauftragt, die oberste Gewalt auszuüben.«

Dies sei, so ist weiter zu erfahren, nicht die Ansicht eines Einzelgängers, sondern stelle vielmehr die vorherrschende Meinung im sowjetischen Militär dar, nämlich daß auch sie ein gewichtiges Wort über die weitere Zukunft Deutschlands mitzureden hätten, wie es etwa Oberst Wladimir Karpow ausdrückte.

Alexandrow warnte in seiner Wahlanalyse des weiteren vor einem deutschen »Pangermanismus« sowie vor einer Mißachtung der Sicherheitsinteressen der Nachbarn, die Vorrang vor dem deutschen Selbstbestimmungsstreben hätten, und verglich die Lage sogar mit der Kuba-Krise 1962.

Offzielle Meinung der UdSSR ist derzeit, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte erst dann erlöschen sollen, wenn das vereinigte Deutschland in die »blocklose Struktur« eines europäischen Sicherheitssystems eingefaßt ist. Bis dahin sollen NATO und Warschauer Pakt in ihren jeweiligen deutschen Bündnisräumen fortexistieren, überwölbt und kontrolliert von einem internationalen »Zentrum zur Verhütung der Kriegsgefahr«. Sichergestellt werden müsse auf jeden Fall, so die Sowjetunion, daß Deutschland für alle Zeiten auf eigene Atomwaffen verzichte und Deutschland Höchstgrenzen für seine Armee anerkenne.

Ein von allen Seiten kontrolliertes Land

Selbst wenn man sich eine atomwaffenfreie Welt als Idealfall vorstellt, so stellt doch das Deutschland auferlegte Verbot einen nicht annehmbaren Verzicht auf einen wichtigen Teil der Souveränität dar und ist auch unter Sicherheitsaspekten – wer weiß denn, was in zehn oder 20 Jahren ist? – nicht annehmbar. Die Absicht ist aber klar: Wenn sich die weltpolitische Lage wieder verschlechtern und sich vor allem gegen Deutschland wenden sollte, dann würde ein »Vertragsbruch« in Form einer atomaren Bewaffnung oder der Ausweitung der Streitkräfte den Grund für ein erneutes Eingreifen gegen Deutschland bieten.
Ein höchst interessanter Kommentar hierzu ist kürzlich in der »Welt« erschienen: »Die von Schewardnadse vorgetragenen Vorstellungen laufen auf eine Umwidmung der Viermächte-Rechte und der an das Atlantische Bündnis abgetretenen sicherheitspolitischen Souveränitätsreche an Institutionen der KSZE hinaus. Ein Regime von Gipfeltreffen, Außenminister-Konferenzen, Koordinationsbüros der Minister, technischem Sekretariat, Zentrum zur Verhinderung von Kriegsgefahr sollen eingerichtet werden.

Schließlich soll ein völkerrechtliches ›Dokument‹ oder ein Friedensvertrag (Gorbatschow am 9. Mai) Bestimmungen über die deutschen Streitkräfte, den militärisch-politischen Status, die Truppenstationierungen und die innere Politik betreffende Rechtsangebote enthalten, die an das Potsdamer Abkommen erinnern.

35-Mächte-Rechte anstelle der Siegerrechte? Was wäre ein solches Deutschland? Ein von allen Seiten kontrolliertes, halb neutralisiertes Gebilde. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, was die Sowjets da wollen.« So weit Frans von Krant in der »Welt«.

Höhere Zahlungen an die EG

Doch auch die EG glaubt, bei der deutschen (Teil-)Wiedervereinigung mitreden zu müssen. So hat das Europäische Parlament Anfang April dieses Jahres die Brüsseler EG-Kommission, den Ministerrat und die Bundesregierung dazu aufgefordert, die 518 Straßburger Abgeordneten über alle Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die Europäische Gemeinschaft nicht nur auf dem laufenden zu halten, sondern regelrecht zu konsultieren.
Besonders forderte das EG-Parlament die Europäische Kommission auf, darüber zu wachen, daß mit den staatlichen Hilfen der Bundesrepublik an die DDR der Wettbewerb in Deutschland nicht verfälscht werde. Darüber gibt es besonders in Frankreich und einigen anderen Mitgliedsländern noch immer große Sorgen.

So war es dann auch nicht verwunderlich, daß die Franzosen, kaum daß die Bundesregierung die Konditionen für die deutsche Währungsunion mit dem Hauptumtauschverhältnis von 1:1 bekanntgab, lautstark Kritik hieran übten. 1:1 sei »künstlich und politisch« und habe »zur Folge, daß die Wiedervereinigung Deutschlands von den europäischen Partnern und insbesondere von Frankreich bezahlt« werde, sagte der Abgeordnete der oppositionellen Konservativen, Jacques Toubon, in einem Rundfunk-Interview.
Damit soll lediglich erreicht werden, daß Deutschland »im Rahmen des zweiten deutschen Wirtschaftswunders«, das sich nach Ansicht vieler Experten nach der (Teil-)Wiedervereinigung einstellen wird, seine Zahlungen an die EG noch weiter erhöht und damit die maroden Wirtschaften und Währungen, besonders die französische, noch mehr subventioniert. Nun heißt es sogar, daß »spätestens 1993« die nationalen Währungen abgeschafft und der ECU EG-weit eingeführt werden soll. Dies würde aber zu einer Aufwertung der Kaufkraft in allen Ländern der EG zu Lasten eines einzigen, nämlich Deutschlands, führen. □

Deutschland

Auf dem Weg zur multikulturellen Gesellschaft

Hans Wagner

Nun ist es bereits rund drei Monate her, seitdem der Bundestag gegen die Stimmen von SPD und Grünen die Novellierung des Ausländergesetzes verabschiedet hat. Ziel dieses neuen Gesetzes war zumindest vordergründig die Eindämmung der die Bundesrepublik überflutenden Ausländerschwemme. Vordergründig deswegen, weil den schönen Worten kaum Taten gefolgt sind.

Man erinnere sich: Bereits 1981 hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) seine Sorge über die große nach Deutschland strömende Zahl von Ausländern kundgetan. »Wenn das so weitergeht, gibt's Mord und Totschlag«, warnte der Ex-Kanzler. 1982 betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer etwa 4,7 Millionen. Damals verbreitete die CDU vor der Bundestagswahl im Januar 1983 ein Flugblatt, in dem es hieß: »Die CDU will erreichen, daß in ca. fünf Jahren die Zahl der Ausländer in Deutschland um etwa eine Million abnimmt. Anderenfalls entstehen Probleme, mit denen die nächste Generation kaum noch fertig werden kann. Das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist für die Zukunft nur gewährleistet, wenn ihr weiterer Zuzug gestoppt wird, Problemgruppen vermindert werden und der Mißbrauch des Gastrechts nicht geduldet wird.« Und Anfang 1984 sprach sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine »strenge Begrenzung des Ausländernachzugs« aus.

Zahl der Asylanten steigt ständig

Geschehen ist allerdings nichts! Heute leben über fünf Millionen Ausländer bei uns und, was noch schlimmer ist, die Zahl der Asylanten nimmt ständig zu. Und das obwohl die Union damals gleichzeitig auch versprochen hatte, sich dem Asylantenproblem anzunehmen.

Im vergangenen Jahr erreichte die Zahl der Asylbewerber mit 121.318 Personen jedoch einen neuen Rekord. Gegenüber 1988 bedeutet dies eine Steigerung um 18 Prozent und gegenüber 1987 sogar von sage und schreibe 80 Prozent. Gleichzeitig sank die Anerkennungsquote von 8,6 Prozent auf fünf Prozent in 1989. Und im ersten Quartal dieses Jahres stellten rund 44.000 angeblich politisch Verfolgte einen Asylantrag in der Bundesrepublik, also deutlich mehr als ein Drittel des gesamten Jahres 1989.

Dies läßt für das laufende Jahr einen neuen traurigen Rekord erwarten, und das bei einer weiter auf nur noch drei Prozent sinkenden Anerkennungsquote.

Über Abschiebungen ist jedoch nichts bekannt. So mußte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) kürzlich zugeben, daß rund 90.000 Ausländer illegal an Rhein und Ruhr leben – im gesamten Bundesgebiet sind es fast 400.000 Menschen –. Die meisten könnten aus rechtlichen, politischen oder humanitären Gründen nicht abgeschoben werden. So gebe es in NRW alleine 33.377 Flüchtlinge, deren Aufenthalt wegen genereller Abschiebeverbote geduldet werde – die sogenannten de-facto-Flüchtlinge –, weil sie zum Beispiel aus Bürgerkriegsgegenden stammten.

Stolz wies der durch mehrere Skandale ins Gerede gekommene Minister darauf hin, daß die Verfahren für Asylbewerber aus der Türkei, Jugoslawien und Polen durchschnittlich nur noch vier bis sechs Wochen dauerten, während hierfür früher noch ein Zeitraum von gut einem Jahr zu veranschlagen gewesen war. Dies ändert jedoch nichts daran, daß die abgelehnten Personen nicht oder zumindest nur in Einzelfällen wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Der große Rest kann jedoch nach wie vor unbehelligt in Nordrhein-Westfalen leben.

Die Kosten steigen in die Milliarden

Die reinen an die Asylanten zu zahlenden Kosten belaufen sich jährlich nach Schätzung des Bundesinnenministeriums auf rund 6,35 Milliarden Mark. Diese setzen sich wie folgt zusammen. Da die Asylbewerber nicht arbeiten dürfen, beziehen sie Sozialhilfe. Für den Haushaltsvorstand gibt es 403 Mark pro Monat plus 180 Mark für ein Kind unter sieben Jahren. 360 Mark für ein Kind unter 21 Jahren und 320 Mark für ein erwachsenes Familienmitglied. Hinzu kommen Miete (rund 250 Mark), Heizung (60 Mark) und eine Anschaffungspauschale von ebenfalls 60 Mark.

Dazu kommen dann aber noch die Personalkosten für die vielen tausend in den entsprechenden Ämtern arbeitenden Menschen, der Materialaufwand für die Unmengen auszufüllender Formulare und Gutachten, vom Staat zu zahlende Gerichtskosten nach dem Armenrecht, wenn die abgelehnten Asylbewerber den gesamten Rechtsweg durchschreiten, Abschiebekosten und und und. Alles zusammengenommen reichen die Schätzungen von mindestens zehn bis 15 Milliarden Mark jährlich.

So positiv auch die Öffnung des Ostens zu werten ist, ein Nachteil ist aber, daß der Strom derjenigen, die in den »Goldenen Westen« und speziell in die Bundesrepublik wollen, immer mehr anschwillt. Aus Rumänien sind es die Zigeuner. An einigen Stellen in Ost-Berlin, besonders in den NVA-Kasernen, am Bahnhof Lichtenberg und am Alexanderplatz sah es oftmals mehr nach einem Zigeunerlager als nach einer Großstadt aus und wurde dadurch der ohnehin schon vorhandene Versorgungsnotstand noch weiter verschärft. Während der Großteil der rund 500 im Mai täglich von der DDR-Regierung unbehelligt ins Land gekommenen Zigeuner die DDR angeblich wieder verlassen will, gehen Experten-Schätzungen davon aus, daß sich rund 50.000 der Sinti und Roma, wie sie sich heute nennen, in der Bundesrepublik bleiben wollen.

Angesichts all der oben geschilderten Vorfälle ist es dann nicht verwunderlich, daß sich in der Bundesrepublik seitens der Bürger Widerstand gegen die nahezu uneingeschränkte Einwanderung nach Deutschland und der sich immermehr verwirklichenden multikulturellen Gesellschaft bildet. Dies paßt natürlich dem abgehalfterten früheren CDU-Generalsekretär Heiner Geißler nicht. So schreibt dieser in seinem kürzlich veröffentlichen Buch: »Zugluft – Politik in stürmischer Zeit«, daß im geltenden Ausländerrecht nicht berücksichtigt werde, »daß wir langfristig einen Zuzug von Ausländern auch von außerhalb der EG geradezu brauchen«. Die »gute Zeit der Deutschen« seien jene Perioden gewesen, in denen sich diese nicht nationalstaatlich organisiert, sondern in einem »offenen Land« gelebt hätten.

Geißler begründet seine Ansicht damit, daß nur durch eine geregelte Einwanderung von Ausländern mit daran anschließendem Studium das drohende Defizit an qualifizierten Wissenschaftlern gemindert werden könne. Geißler und viele seiner Mitstreiter sollten sich einmal fragen, ob hierfür nicht eine bessere, auf Begabtenförderung und nicht so sehr auf Quotenregelung ausgerichtete Schulpolitik besser geeignet wäre. □



Deutschland-Journal

Stalin wollte Deutschland angreifen

Die Indizien, daß Stalin 1941 das Deutsche Reich angreifen wollte und Hitler mit seinem Rußlandfeldzug nur einen Präventivkrieg führte, mehren sich. Der erste, der dieses vor fünf Jahren behauptete, war der Grazer Philosophie- und Soziologie-Professor Ernst Topitsch. Nun veröffentlichte der Autor im Verlag Busse + Seewald eine dritte, überarbeitete Auflage.

Nach Ansicht Topitsch' war der Zweite Weltkrieg nichts anderes als der von Stalin geplante große Krieg zur Zerstörung des Westens. Hitler sei dabei von ihm dazu benutzt worden, einen »imperialistischen« Krieg mit den Westmächten zu entfesseln. Die Rote Armee sollte dann nach Stalins Willen nach Schwächung beider kriegsführenden Seiten zum großen Vernichtungsschlag ausholen. Der Nichtangriffspakt vom 21. April 1939 sei dabei lediglich eine Falle gewesen, in die Hitler »wie ein Tölpel« gestolpert sei. Auch die Westmächte hätten dies alles nicht begriffen.

Stalin war, wie Topitsch weiter eindrucksvoll aufgrund seiner Forschungsergebnisse darstellt, der einzige Politiker, der von Anfang an auf diesen Krieg hingearbeitet und alles andere diesem Ziel untergeordnet habe. Hitler sei dann jedoch – zu spät – dahintergekommen und habe mit seinem Präventivkrieg, den von ihm stets gehaßten Zweifrontenkrieg, das schlimmste noch verhindern wollen.

In dieser dritten Auflage, die von der in der ersten Auflage vorgestellten These nichts zurücknimmt, diese vielmehr noch ergänzt, setzt sich Topitsch auch mit der Kritik an seinem Buch auseinander. Einer der Hauptkritikpunkte lautete im übrigen, daß Stalin dies so geschickt und schlau, wie von Topitsch dargestellt, gar nicht hätte einfädeln können.

Topitsch gelingt es in der Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, denen ihre Gedankenfehler, daß Stalin nämlich der 1941 unschuldig Überfallene war, leicht nachzuweisen. Zentraler Punkt dieser Auseinandersetzung ist dabei die Vorgeschichte des Rußlandfeldzugs Hitlers mit der rein auf Angriff ausgerichteten Rüstung Stalins. Die Bücher von Viktor Suvorow und Joachim Hoffmann, die ebenfalls diese reine Offensiv-Rüstung minutiös darstellen, wertet Topitsch als nachträglichen Beweis für die Richtigkeit seiner Angaben.

Eine besondere Rolle kommt dabei nach Ansicht Topitsch' Amerika zu. Das immer unverhülltere Drängen von Franklin Delano Roosevelt, die USA aktiv in den Krieg eingreifen zu lassen, habe dann sowohl Stalin als auch Hitler unter Zeitdruck gesetzt. Hitler unter dem Aspekt, daß nur ein Angriff und hoffentlich schneller Sieg über die Rote Armee noch einen für Deutschland tödlichen Zwei-Fronten-Krieg vermeiden konnte. Stalin mußte vor einem Eingreifen der Amerikaner zuschlagen, da er nur so die Vorherrschaft über Europa erringen hätte können. Die Westalliierten hätten dies aber noch immer nicht verstanden und Stalin mit weitaus mehr Kriegsmaterial, als für einen Rückschlag der deutschen Truppen notwendig gewesen wäre, versorgt und die Sowjetunion damit zusätzlich aufgerüstet. Das Ende ist dann jedem bekannt.

Mit seiner überarbeiteten Auflage hat Topitsch damit ein Werk geschaffen, an dem man, wenn man sich objektiv mit der jüngsten europäischen Geschichte auseinandersetzen will, nicht vorbeigehen kann. Das Buch »Stalins Krieg« enthält dabei so viele gesicherte Fakten, daß es nicht nur die Geschichte des Rußlandfeldzugs, sondern die ganze Vorgeschichte zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, dem Polenfeldzug und viele andere Punkte in einem ganz anderen Licht erscheinen läßt und beweist, daß Deutschland, ebenso wie am Ersten Weltkrieg, nicht eine Alleinschuld zugesprochen bekommen kann. Leider ist aber zu erwarten, daß das Buch von Topitsch in der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung nur wenig Anklang finden wird. □

Parlamentspräsidentinnen besuchen Israel

Kaum hatten sich der Bundestag in Bonn und die Volkskammer in Berlin auf einen gemeinsamen Staatsvertrag geeinigt, war schon die erste Büßerreise nach Israel fällig. Ende Juni reisten dann auch Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl in ihrem ersten gemeinsamen Auftritt außerhalb Deutschlands nach Israel. Die beiden für ihre einseitige Geschichtsdarstellung und dem Verleugnen Deutschland entlastender Argumente bekannten Politikerinnen wollten bei ihrer Reise Verständnis bei den Juden für die (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands wekken. Die ersten Tagesordnungspunkte waren dann auch ein Empfang im israelischen Parlament und der Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Gleichzeitig wurde von Süßmuth und Bergmann-Pohl darauf hingewiesen, daß Deutschland aus seiner Vergangenheit gelernt habe und sich ein Antisemitismus wie im Dritten Reich niemals mehr wiederholen werde. Des weiteren versprachen die Politikerinnen sich dafür einzusetzen, daß gegen das Leugnen der im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen an den Juden vorgegangen werden soll. Auf den Bericht des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten und -bauers, Fred A. Leuchter, wonach es in den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek keine Gaskammern zur Vernichtung von Menschen gegeben haben soll, wurde seitens der beiden Parlamentsvorsteherinnen natürlich nicht eingegangen, geschweige denn eine wissenschaftliche Überprüfung der Ergebnisse Leuchters verlangt. □

Geldlobby profitiert von Aids

Einen bemerkenswerten Artikel über die meist tödlich verlaufende Immunschwächekrankheit Aids hat der Hamburger Internist Walter Weber kürzlich in der »Welt am Sonntag« veröffentlicht. Er schildert darin die erfolgte Heilung eines an Aids erkrankten Amerikaners Roy Baker, eines früheren Militärarztes in Vietnam, und wirft einer mächtigen Lobby vor, an Aids Milliarden zu gewinnen und die Wahrheit über diese Krankheit zu verheimlichen.

Baker gehört nicht zu den von der Schulwissenschaft als besonders gefährdet hingestellten Gruppe, also den Homosexuellen, Hämophilen, Heroinsüchtigen und Haitianern. Dann findet der Arzt, dessen Name aus Angst geheimgehalten wird und der nur Smith genannt wird, jedoch den gemeinsamen Nenner aller H's: Nämlich den jahrelangen Mißbrauch von legalen und illegalen Drogen aller Art. Neben aufputschenden Medikamenten aller Art nahm Baker ständig legale Drogen, wie Kaffee, Coca-Cola und Nikotin zu sich.

Smith kommt zu dem Schluß: »Übermaß durch jede Art von Mißbrauch (dazu zählt Smith auch übermäßiges Essen und übermäßigen Sex; der Verfasser) ist kumulativ. Es sammelt sich an ... Ich glaube nicht, daß Aids einfach jemandem so befällt, nach einem Monat des Mißbrauchs oder so, oder nach einem Jahr oder nach zehn Jahren. Meiner Meinung nach dürfte die Art von Mißbrauch, von der wir reden – je nach Schwere – ungefähr 20 Jahre dauern, oder 30 Jahre. Aber eines Tages kommt die Abrechnung ... Aids ist die Mahnung eines Körpers, der über das erträgliche Maß hinaus mißbraucht worden ist – das ist Aids. Aids ist überhaupt keine epidemische Krankheit. Es ist die Folge einer mißbräuchlichen Lebensweise! Aber ein geschwächtes Immunsystem fällt einer Vielzahl von Krankheiten zum Opfer, die wir Aids nennen.«

Smith behandelte Baker auf natürliche Weise ohne Medikamente. Den Durchbruch schafft dann die Methode des gänzlichen Nahrungsentzugs bei gleichzeitiger Gabe aller lebensnotwendigen Stoffe, also eine Art Heilfasten. Und die Behandlung schlägt an, Baker wird wieder ganz gesund.

Zitieren wir Weber wörtlich: »Die Kollegen gratulieren Smith zu seinem Erfolg. Dieser möchte

weiteren Leuten helfen. Doch jetzt stößt er auf ein psycho-soziales Phänomen. Smith wundert sich darüber, wieso die Statistiken zum Beispiel bei Krebs (fast 500.000 Krebstote pro Jahr) heruntergespielt werden, während die Zahl der Aids-Opfer – seit 1980 weniger als 40.000, und davon nur die Hälfte Todesfälle – hochgespielt werde.

Sein Befund: ›Hinter der Aids-Hysterie stand eine riesige und mächtige Geldmaschine, die das Sagen hatte.‹

Doch es kam noch schlimmer für Smith: ›In letzter Zeit habe ich von mehreren Ärzten gelesen, die ausgestiegen sind, um sich alternativen Heilmethoden zuzuwenden. Und viele von ihnen sind in Schwierigkeiten geraten ...‹

Nachdem Baker durch den beispiellosen Einsatz von Smith von seiner lebensbedrohenden Behandlung geheilt ist, stehen die beiden Ärzte fassungslos vor dieser Situation: ›Wenn Angehörige von Heilberufen ungiftige alternative Methoden und Verfahren anwenden, sind sie Verfolgungen ausgesetzt.‹«

Dieser hier aus den USA geschilderte Fall erinnert frappierend an den in Köln lebenden Krebs-Forscher Ryke Geerd Hamer, der mit seiner alternativen Heilmethode nach beurkundeten Fällen großen Erfolg hatte, dem aber die Approbation entzogen wurde und der schon seit Jahren in der Bundesrepublik Berufsverbot hat und von der Justiz regelrecht verfolgt wird. Bislang erfolglos wird schon seit Jahren versucht, ihn gerichtlich psychiatrisieren zu lassen. Und das bloß, damit einige wenige an den Krankheiten anderer viel Geld verdienen. □

DDR-Nazis sollen vor Gericht

Auf die Ludwigshafener Erfassungsstelle für nationalsozialistische Verbrechen könnte weitere Arbeit zukommen. Jüdische Stellen sollen sich »streng vertraulich« an die Bundesregierung mit der Forderung gewandt haben, bislang unbehelligt in der DDR lebende »hohe Nazis« vor Gericht zu stellen, wollen Bonner Quellen erfahren haben.

Wie bekannt, erstreckte sich die Entnazifizierung in der DDR nur auf diejenigen »Nationalsozialisten«, die nach Kriegsende nicht bereit waren, sich politisch in der SED zu engagieren. Bekannte sich jemand jedoch zu den politischen Zielen der SED galt er als politisch geläutert und seine ehemalige nationalsozialistische Gesinnung als »Jugendsünde«.

Dies soll, so die Informationen weiter, von den jüdischen Organisationen aber nicht toleriert werden. Wenn man schon die ungeliebte deutsche (Teil-)Wiedervereinigung hinnehmen müsse, dann sollten aber als »Ausgleich« hierfür wenigstens »ehemalige Nazis ihrer gerechten Strafe zugeführt werden«.

Bundeskanzler Helmut Kohl soll diesem Vorhaben nicht strikt ablehnend gegenüberstehen, soll seine Gesprächspartner jedoch gebeten haben, mit diesen Forderungen bis nach einer gesamtdeutschen Wahl zu warten, um den rechten Rand der Unionswähler nach dem Verzicht auf die deutschen Ostgebiete nicht noch weiter zu verärgern. □

Wirtschaftsunion mit der DDR keine finanzielle Belastung

Nach einer Analyse des in Köln ansässigen Institutes der deutschen Wirtschaft stellt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR mittelfristig keine finanzielle Belastung für den bundesdeutschen Haushalt dar. Lediglich in den ersten Jahren würden die Ausgaben die Einnahmen überwiegen. Mittelfristig bescherten die erwarteten Wachstumseffekte und mögliche Ausgabeneinsparungen durch die Vereinigung beider Staatskassen ein solides Plus. So könnten die bundesdeutschen Gebietskörperschaften nach Angaben der Wirtschaftsforscher von 1991 bis zum Jahr 2000 bei einem vorausgesetzten wahrscheinlichen Wirtschaftswachstum in der DDR von jährlich 7,5 Prozent mit einem Überschuß von knapp 94 Milliarden Mark rechnen.

So wird nach der Modellrechnung des Kölner Instituts die Haushaltsbelastung der bundesdeutschen Gebietskörperschaften durch die Anschubfinanzierung für die DDR-Sozialversicherung, den Schuldendienst für den Sonderfonds »Deutsche Einheit« und die besonderen Investitionshilfen zwischen 1991 und 2000 insgesamt rund 88,5 Milliarden Mark betragen. Dem stünden jedoch für denselben Zeitraum Steuermehreinnahmen durch die Integration von insgesamt 76,5 Milliarden Mark gegenüber. Hinzu kämen mögliche Haushaltseinsparungen durch Kürzung der Verteidigungsausgaben und dem Wegfall der Kosten der Teilung wie Berlin-Hilfe und Zonenrandförderung von 105,5 Milliarden Mark. □

Berlin doch deutsche Hauptstadt?

In der Frage der deutschen Hauptstadt hat sich eine überraschende Wende angebahnt. Nun sind die Chancen Berlins plötzlich doch wieder gestiegen. Hintergrund hierfür sind Absichten der – nach eigenem Sprachgebrauch – Ost-Parteien, »sich nicht von unseren Schwesterparteien im Westen unterbuttern zu lassen«. So wird von den allermeisten führenden Ost-Politikern eine Hauptstadt Bonn als »Vereinnahmung unserer Ost-Interessen« angesehen.

Die neuesten Pläne sehen so aus, daß Berlin formell Hauptstadt werden, Bonn jedoch vorerst Regierungssitz bleiben soll. Nach und nach sollen dann einzelne Ministerien und Ämter nach Berlin umziehen. Konstituierende Sitzung des Bundestags sowie andere bedeutsame Sitzungen sollen jedoch bereits in Berlin stattfinden. Um »Ängste« der Nachbar- und anderer Staaten vor dem »in der Vergangenheit imperialistischen Charakter Berlins« zu zerstreuen, soll Bundespräsident Richard von Weizsäcker auch gesamtdeutscher Präsident werden und seinen Amtssitz in Berlin haben. □

Zigeuner sollen Bleiberecht erhalten

Nach entsprechenden Forderungen der Grünen mehren sich nun auch in der sozialdemokratischen Partei die Stimmen, die den Zigeunern, die sich jetzt Sinti und Roma nennen, ein generelles Bleiberecht zu gewähren und sie auch bei fehlender Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr abzuschieben. Begründet wird dies mit der Verfolgung und »Tötung von einer halben Million Zigeunern während des Dritten Reichs«, die den Deutschen eine besondere Verpflichtung dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber auferlegten. Doch auch aus humanitären Gründen dürfte eine Abschiebung generell nicht erfolgen, da die Zigeuner auch in anderen Ländern verfolgt würden und es angesichts »unserer Wohlstandsgesellschaft eine Schande für das deutsche Volk wäre«.

In den Reihen der Unionsparteien und auch bei den meisten FDP-Offiziellen überwiegt derzeit aber noch die Absicht, nicht zuletzt auch wegen der in der Vergangenheit immer wieder festgestellten Häufung von kriminellen Delikten in der Nähe von Zigeunerlagern, diese bei Fehlens einer Aufenthaltsgenehmigung auch weiterhin abzuschieben. Allerdings machen die linken Flügel der CDU und der FDP immer mehr Druck zu einer Revidierung dieser Einstellung, so daß es nur eine Frage der Zeit sein dürftem, bis sich hier eine große Allparteien-Koalition anbahnt. □



Oder-Neiße-Linie

Legende und Wirklichkeit

Kurt Haußmann

Die Unterstellung deutscher Provinzen ostwärts der Oder und Neiße unter polnische Verwaltung wird von den Polen als Eingliederung in das polnische Staatsgebiet angesehen. Als Begründung sagen die Polen: »Polen hat im Osten Gebiete an die Sowjetunion abgeben müssen. Dafür hat es Anspruch auf Entschädigung im Westen auf Kosten deutschen Gebietes.« Aber gibt der kartenmäßige polnische Gebietsverlust im Osten Polens wirklich Recht und Anspruch auf deutsche Gebiete? Sind die polnischen Ostgebiete überhaupt als polnisches Land anzusehen? Von welchem Volk waren sie bewohnt? Wie sind sie in den polnischen Staatsverband gekommen? Welchen wirtschaftlichen Wert stellen sie dar? Amtliche polnische Ziffern und historische Tatsachen geben darauf die Antwort.

Es steht heute außer Zweifel, daß es Stalins Idee gewesen ist, die Wegnahme der bis 1939 zur Republik Polen gehörenden Ostprovinzen mit einer Gebietskompensation auf Kosten der deutschen Ostgebiete den Polen plausibel zu machen.

Ein Handel mit Menschen und Provinzen

Stalin wollte damals folgendes erreichen: Über ein weit nach Westen vorgeschobenes und zu bolschewisierendes Polen seinen Machtbereich bis weit nach Mitteleuropa vorantreiben. Durch die bewußte Setzung eines Unrechts jede deutsch-polnische Annäherung für die Zukunft zu verhindern. Durch das betonte Junktim zwischen dem Verlust der polnischen Ostgebiete und der Ausdehnung Polens nach Westen Polens Entscheidungsfreiheit im Westen völlig von der Sowjetunion abhängig machen.

Dieses von Stalin in genialer Niedertracht eingebrachte Junktim ist leider nicht nur in kommunistischen Kreisen zu einem der Hauptargumente polnischer Ansprüche geworden, sondern wird befremdlicherweise auch in den Kreisen der westlichen Polen und ihrer Anhänger zur Stützung ihrer Position bezüglich der polnischen Westansprüche verwendet. Daß zwischen den beiden zur Diskussion stehenden Gebieten, nämlich den deutschen Ostgebieten jenseits der Oder und Neiße und den von Polen im Frieden von Riga den Russen abgenommenen Gebiete jenseits der Curzon-Linie ganz wesentliche Unterschiede bestehen, wird allerdings zumeist verschwiegen. Es wird daher ohne Berücksichtigung politischer oder ideologischer Aspekte zu untersuchen sein, wie weit Polens Ansprüche auf ihre Ostgebiete sich auf ethnische Momente und auf solche der politisch-kulturellen Aufgabenstellung stützen dürfen. Unberührt von dieser Untersuchung bleibt der unbestreitbare Rechtssatz, daß die Annexion eines Gebietes keine Ansprüche des Geschädigten gegen einen Dritten begründet. Schon Wilson sagte in seinen »Vier Prinzipien«, der Handel mit Menschen und Provinzen – so also wären sie Figuren in einem Spiel – sei zu verurteilen.

Die Ostgrenze des polnischen Gebietes

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands 1918 standen die alliierten und assoziierten Hauptmächte vor der Aufgabe, Wilsons Punkt 13, nämlich die Aufrichtung eines polnischen Staats »auf dem unbestreitbar von Polen bewohnten Gebiet« vorzubereiten. Die Abgrenzung Polens nach Osten wurde einer Kommission übertragen, die sich die Aufgabe setzte, die Grenzlinie auf Grund sorgfältiger ethnographischer Untersuchungen mit Berücksichtigung strategischer Momente zu ermitteln und festzulegen.

Es liegt – den damaligen politischen Verhältnissen entsprechend – auf der Hand, daß das Wohlwollen der Kommission bei Polen lag, es mußte im Interesse der Westalliierten sein, dem bolschewistischen Rußland nicht mehr Land zu überantworten, als es die ethnographische Gegebenheiten erforderten.

Infolge der undurchsichtigen und sich ständig wandelnden militärischen Lage in Galizien beschränkte sich die Arbeit der Kommission zunächst nur auf eine Grenzabsteckung im ehemals russischen Raum. In der endgültigen Fassung – wie sie in der Note vom 11. Juli 1920 vorliegt – wird die Linie, die nunmehr als garantierte Grenze in Erscheinung tritt, über die ehemals österreichische Grenze hinaus geführt und läßt Lemberg außerhalb Polens. Diese Note, die die Unterschrift des damaligen britischen Außenministers Curzon trägt, gibt der Grenze den Namen »Curzon-Linie«.

Polen, das sich in weite militärische Feldzüge nach Osten eingelassen hatte, arbeitet mit allen Mitteln gegen diesen Grenzverlauf, der polnische Ministerpräsident Wladyslaw Grabski muß jedoch schließlich diese Grenze anerkennen, auch der polnische Staatsverteidigungsrat bestätigt Grabskis Anerkennung. Allerdings erkauft sich Polen mit dieser Anerkennung die Beistandspflicht der Westmächte, und nicht zuletzt mit Hilfe der darauf-



Teheran: Den Sowjets wird ein »Stalingrad.-Schwert« überreicht. Hauptthema der Konferenz: Das Schicksal des Deutschen Reiches. Roosevelt ist nur für fünf deutsche Staaten.

hin nach Polen entsandten französischen und englischen Militärmissionen enden die polnisch-sowjetischen Kriegshandlungen mit einer sowjetischen Niederlage.
Polen zwingt auf Grund der günstigen militärischen Lage die Sowjets im Frieden zu Riga – 18. März 1921 – zu einer Grenzziehung, die weit in das ukrainische-weißruthenisch und litauisch besiedelte Gebiet hineingreift und die ethnographischen Ermittlungen der Kommission der Westmächte wie auch die Anerkennung der Curzon-Grenze durch die Grabski-Regierung außer acht läßt. Die Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 erklärt ihre Anerkennung des Rigaer Grenzverlaufs.

Stalins Sprungbrett nach Europa

Die nach der Botschafterkonferenz von Spa im Jahr 1920 eroberten Gebiete im Osten hatten eine Gesamtbevölkerung von 11,8 Millionen, davon waren nach polnischen amtlichen Quellen nur 4,7 Millionen Polen.
Polen vereinnahmte mit den eroberten Gebieten einen so starken nichtpolnischen Bevölkerungsteil, daß es damit den von Wilson aufgestellten Grundsatz eines Staates »mit unbestreitbarer polnischer Bevölkerung« und damit die ideele Basis seiner Existenz zunichte machte.
Von 1921 bis 1939 befinden sich die Gebiete jenseits der Curzon-Grenze im Hoheitsbereich der Republik Polen. Polen verbindet mit diesen Gebieten eine Tradition kulturmissionarischer Art. Es beschwor die sogenannten jagiellonische Idee der brüderlichen Zusammenfassung der slawischen Stämme unter der Führung der Polen. Die Durchführung dieser Idee äußert sich jedoch in ihrem krassem Gegenteil: Drangsalierung der nichtpolnischen Bevölkerung, scharfe Assimilationspolitik führen zu immerwährenden Unruhen der betroffenen Volksstämme. Auch die wirtschaftliche Vernachlässigung dieser Gebiete durch die polnische Zentralregierung war von erschreckenden Ausmaßen.
1939 nimmt die Sowjetunion den Zerfall des polnischen Staates zum willkommenen Anlaß, Riga »zu korrigieren«. Sie inkorporiert einen Gebietsstreifen, dessen westliche Begrenzung in etwa der Curzon-Linie folgt. Bezeichnenderweise erfährt diese Maßnahme bei der britischen Regierung eine sehr nüchterne Kommentierung.

Der damalige britische Außenminister Lord Halifax erklärt Ende Oktober vor dem Oberhaus, die Maßnahme der Sowjets bestünde darin, »ihre Grenze bis zu der Linie vorzurücken, die im wesentlichen der zur Zeit der Versailler Konferenz von dem damaligen Außenminister Lord Curzon empfohlenen Grenze entspricht«.

Als nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion diese zum Verbündeten der Westmächte wird, beharren die Sowjets auf ihren westlichen Gebietserwerbungen in Polen. Der sowjetische Botschafter in London, Majski, lehnt es sogar ab, mit der polnischen Exilregierung darüber auch nur zu verhandeln. So bleibt bei dem polnisch-sowjetischen Bündesvertrag vom 30. Juli 1941, die Frage der polnischen Ostgrenze unerwähnt.

Warnungen haben keine Wirkung

Auch der englisch-sowjetische Bündesvertrag vom 26. Mai 1942 übergeht das polnisch-sowjetische Grenzproblem. Schon vorher, im Dezember 1941, taucht in den Verhandlungen die Kompensationstheorie auf. Die polnische Exilregierung sieht darin die große Gefahr der Verkettung Polens mit der Sowjetunion. Im Spätsommer 1943 warnt der polnische Botschafter Ciechanowski die mit der Vorbereitung der Außenministerkonferenz von Moskau beschäftigten Außenminister Eden und Hull vor dem Verfahren einer Gebietskompensation, da damit Polen von der Sowjetunion abhängig gemacht werde und die Sowjetunion dadurch ein Sprungbrett nach Zentraleuropa erhalte.
Die Warnung hat keine unmittelbare Wirkung. Vor der Teheraner Konferenz warnt der polnische Ministerpräsident Mikolajczyk den Präsidenten Roosevelt vor der Anwendung einer Kompensation. Es ist übrigens bezeichnend, daß die Kompensationstheorie auf polnischer Seite zu jenem Zeitpunkt nur von kommunistischen Politikern vertreten wird.

Oder-Neiße-Linie

Legende und Wirklichkeit

Der Westen versucht immer wieder, die sachlichen Momente in den Vordergrund zu spielen. So bekennt H. N. Brailsford: »Aus der Tatsache, daß die Russen von Polen ein Gebiet nehmen werden, auf das es ethnographisch wenig Anspruch hat, folgt noch nicht, daß Polen von den deutschen ein Gebiet nehmen sollte, auf das es überhaupt kein Recht hat; das gesamte neue Gebiet, das Polen zu annektieren wünscht, ist von Grund auf deutsch.«

In Teheran ist es Stalin, der die für die Sowjetunion ethnographisch günstige Ausgangssituation ausweitet und für einen indirekten Vorstoß seines Machtblokkes nach Mitteleuropa hinein mißbraucht. Er fordert die Westkompensation für Polen.

Unter Zugrundelegung ausschließlich amtlicher polnischer Angaben, und zwar der in den Statistischen Jahrbüchern des polnischen Statistischen Hauptamtes ausgewerteten Ergebnisse der letzten Volkszählung von 1931, ergibt sich für die sogenannten Ostwojewodschaften folgendes Bild:

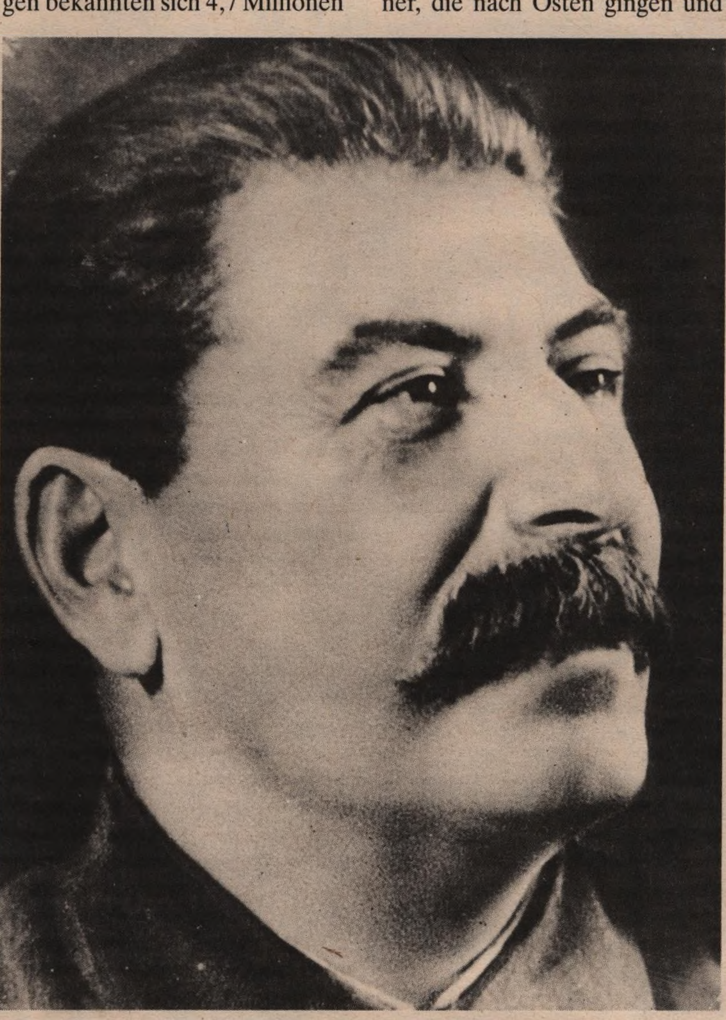
Wilna: Im Wilnaer Gebiet wohnten Polen, Litauer und Weißruthenen. Die Polen und Litauer sind fast ausschließlich katholischen Bekenntnisses. Die Weißruthenen sind es zum Teil. Beim Vergleich des Bevölkerungsanteiles der Polen und der Katholiken ergibt sich eine Differenz von 2,8 Prozent Katholiken nichtpolnischen Volkstums – eine unglaubwürdige Zahlenkombination, da es allein an Litauern mehr gegeben hat, als diese Differenz ausdrückt.

Nowogrodek: Laut der Statistik hätte es im Bezirk Nowogrodek 7,8 Prozent nicht-katholischen Bekenntnisses gegeben, vorausgesetzt, daß die 40,2 Prozent Katholiken alle Polen gewesen sein sollen. Dies ist nicht der Fall.

Lemberg: Nach der polnischen Statistik müßte es im Lemberger Bezirk 11,7 Prozent Polen nichtkatholischen Bekenntnisses gegeben haben, was zu Schlüssen auf die Glaubwürdigkeit führt.

Braucht Polen die deutschen Gebiete?

Die polnischen Ostgebiete hatten nach der polnischen Volkszählung von 1931 einen Bevölkerungsstand von 11,8 Millionen. Nach dem polnischen Erhebungen bekannten sich 4,7 Millionen zum Gebrauch der polnischen Muttersprache. Abgesehen von der möglichen Unglaubwürdigkeit der polnischen Zahlenangaben spricht allein auch die Tatsache dagegen, daß wenig mehr als 1,5 Millionen Polen aus jenen Gebieten sich in den Jahren nach 1944 nach Polen transferieren ließen.
Es wird von polnischer Seite besonders mit dem Hinweis darauf operiert, daß die aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete nun nach Polen zurückgesiedelten Polen Raum brauchten. Allein aus diesem Grunde schon brauche Polen die deutschen Ostgebiete.
Dazu ist auf die amtlichen polnischen Daten zu verweisen, die eindeutig feststellen, daß Polen durch die Bevölkerungsverschiebungen keinerlei Bevölkerungszuwachs erfahren hat. Auf die rund 1,5 Millionen aus dem Osten eingeströmten Polen kommen etwa 0,5 Millionen Ukrainer, die nach Osten gingen und 1,0 bis 1,2 Millionen Volksdeutsche, die bereits vor 1939 im damaligen Polen gelebt hatten und ihre Höfe, Arbeitsplätze und Heime verlassen mußten. Etwa 200.000 kamen im Zuge der Vertreibung um.
Polen konnte also seine Landsleute aus dem Osten unterbringen, ohne auch nur einen Quadratmeter deutschen Bodens in Anspruch zu nehmen. Die nachstehende Statistik, für deren Richtigkeit das polnische Statistische Hauptamt heranzuziehen ist, zeigt die genaueren Zahlen dieser Bevölkerungsverschiebung.
Es kamen nach Polen aus den abgetretenen polnischen Ostgebieten 1.503.263 Menschen. Es verließen Polen: Ukrainer und Weißruthenen 518.219; Volksdeutsche, die bereits vor 1939 in Polen gelebt hatten über eine Million; insgesamt sind das über 1.500.000 Menschen.
Wo ist hier die Notwendigkeit, Raum für einen »Überschuß« zu schaffen? Wo ist hier die Notwendigkeit, deutsches Staatsgebiet zu annektieren.
Das Verhältnis der Vertreibung ist 20:3. Auf drei Polen, die von der Bevölkerungsverschiebung an Polens Ostgrenzen betroffen wurden, kommen 20 Deutsche, die zugunsten von Polen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.



Stalin plante einen Überfall auf das Deutsche Reich, Hitler kam ihm jedoch mit dem Kriegsbeginn um einige Wochen zuvor.



Das sind die historischen Tatsachen

Die sogenannten polnischen Ostgebiete gehören nicht zum geschlossenen polnischen Siedlungsgebiet. Die Curzon-Linie stellt eine Grenzlinie dar, die aufgrund wohlwollend durchgeführter enthnographischer Untersuchung abgesteckt wurde und im ganzen mit der östlichen Abgrenzung des geschlossenen polnischen Siedlungsgebietes übereinstimmt.
Die Curzon-Linie wurde von Polen ursprünglich verbindlich als Ostgrenze anerkannt.
Die sogenannten polnischen Ostgebiete wurden 1921 entgegen verbindlichen Verträgen und Akten mit militärischen Mitteln an die Republik Polen angeschlossen. Sie gehörten keine 20 Jahre zu Polen. Jeder Vergleich ihres Verlustes mit dem Verlust der über 800 Jahre von Deutschen besiedelten deutschen Ostgebiete offenbart nur die totale Geschichtsunkenntnis der Verfechter solcher Argumente.
Auf drei Polen, die ihre östliche Heimat verließen, kommen 20 Deutsche, die vertrieben wurden. Die Umsiedlung der 1,5 Millionen Polen aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete nach Polen rechtfertigt in keiner Weise eine polnische Landnahme im Westen da die repatriierten Polen ohne die geringste Schwierigkeit im polnischen Siedlungsraum untergebracht werden konnten, ohen die Bevölkerungsdichte Polens zu steigern. □

Europäische Gemeinschaft

Einfluß auf die Wiedervereinigung

Klaus Glaner

Angesichts der Öffnung der innerdeutschen Grenze und der kurz bevorstehenden (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands ist eins der Hauptprobleme der Zukunft, der europäische Binnenmarkt und die vorangestrebte europäische Einigung überhaupt, immer mehr in den Hintergrund gerückt. Dabei gewinnt dieses Thema angesichts der deutschen Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Denn obwohl das (teil-)wiedervereinigte Deutschland dann mit Abstand die wirtschaftlich stärkste europäische Nation sein wird, soll sein Einfluß auf die Gestaltung der EG weiter abnehmen oder im besten Fall nur gleichbleiben.

Es hat sich zum Beispiel der frühere französische Ministerpräsident Giscard d'Estaing gegen ein stärkeres Stimmrecht Deutschlands nach erfolgter Vereinigung mit der DDR ausgesprochen. Dabei muß nach Ansicht des Franzosen die Zahl der deutschen Stimmen im EG-Ministerrat gleichbleiben, ebenso wie die Zahl der Abgeordneten im EG-Parlament. Mehr deutsche EG-Kommissare lehnte d'Estaing ebenfalls ab. Diese Ansicht wird, wenn gleich sie auch noch nicht offiziell herausposaunt wird, von den Regierungen aller EG-Staaten geteilt. Einig ist man sich aber darüber, daß das (teil-)wiedervereinigte Deutschland angesichts seiner wachsenden wirtschaftlichen Stärke mehr Gelder in die angesichts der ständigen Mißwirtschaft bankrotte EG-Kasse einzahlen soll.

Was heißt Souveränität?

Zwar wird der Bundesrepublik Deutschland von allen anderen EG-Staaten immer wieder versichert, man unterstütze »voll und ganz die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten«, nichtsdestotrotz wird versucht, auf die Art und Weise, wie diese erfolgen soll, massiv Einfluß zu nehmen.

Eindeutig abgelehnt wurde von den elf EG-Partnern der Bundesrepublik ein nach Vollzug der Vereinigung neutrales Deutschland. Der frühere belgische Ministerpräsident Tindemans erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß sein Land in den vergangenen 400 Jahren mehr als 500 Kriege habe ertragen müssen und schon deshalb ein großes Interesse daran habe, daß ein vereintes Deutschland fester Bestandteil eines föderalen Europas und einer europäischen Friedensordnung »ohne Feinbilder« sei. Herr Tindemans scheint nur vergessen zu haben, daß an diesen 400 Kriegen Deutschland mit den geringsten Anteil hatte. Er sollte diese Worte besser an die Regierungschefs einiger anderer im EG-Parlament sitzender Staaten richten.

Soziale Hängematte der EG

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Craxi, der für die Sozialisten im EG-Parlament sitzt, äußerte sich ähnlich und forderte für die kleineren Länder sogar Sicherheitsgarantien. Und das von einem Politiker eines Landes, das ohne den geringsten Grund am 28. Oktober 1940 in Griechenland einfiel und sich dabei trotz militärischer Übermacht so blamabel anstellte, daß die deutsche Wehrmacht entgegen der ursprünglichen Absicht Hitlers doch noch eingreifen und ihrem Verbündeten, der Deutschland nur wenige Jahre später den Rücken kehrte und binnen weniger Tage gegen das Deutsche Reich kriegerische Handlungen begann, aus der Misere helfen mußte.

Wie sehr Deutschland als soziale Hängematte der EG mißbraucht werden soll und bereits wird, zeigen auch Beispiele der jüngsten Rechtsprechung der EG. Danach muß Deutschland den hier arbeitenden Angehörigen anderer EG-Staaten selbst dann Kindergeld für ihre Söhne und Töchter zahlen, wenn diese auch weiterhin in ihrem Heimatland wohnen. Nun gibt es auch noch Pläne, dies auch auf das Arbeitslosengeld auszudehnen. Danach soll für alle Familienangehörigen die Arbeitslosenregelung desjenigen Landes gelten, in dem der Haushaltsvorstand lebt und arbeitet. Diese Liste ließe sich noch beliebig verlängern.

Wer nun aber geglaubt hat, Bundeskanzler Kohl würde darauf drängen, daß das (teil-)wiedervereinigte Deutschland, das mit Abstand bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste EG-Land, in Zukunft in den EG-Gremien zumindest nicht unterrepräsentiert ist, sah sich – wie leider nicht anders zu erwarten war und ist – aber getäuscht!

Ein »europäisches« Deutschland

So erklärte der Kanzler, Bonn stehe »ohne Wenn und Aber zur europäischen Verantwortung« und er wolle die »die Beschleunigung der europäischen Einigung«. Er stellte »unmißverständlich« klar, daß die Bundesregierung »keine entscheidenden Schritte zur Wiedervereinigung ohne engste Abstimmung mit der EG-Kommission und den elf deutschen EG-Partnern« vornehmen werde. Und Bundesaußenminister Genscher meinte sogar: »Wir wollen ein europäisches Deutschland.«

Mit keinem Wort wurde aber von diesen beiden Politikern die Abstellung des übergroßen Einflusses speziell der Franzosen, aber auch der südeuropäischen Länder auf die EG bei gleichzeitiger angemessener Beteiligung Deutschlands auf die Gestaltung der EG gefordert. Dafür forderte der derzeitige Präsident des Europarats, der portugiesische Außenminister Joao de Deus Pinheiro, daß die USA und Kanada mehr in die Gestaltung eines »globalen Europas« eingebunden werden sollen. Warum dieses Angebot nicht auch noch auf Australien und Neuseeland ausdehnen, kann man da nur fragen.

Wie verlogen die ganze Idee einer »Europäischen Gemeinschaft« in Wirklichkeit ist, zeigt das Beispiel der Türkei. Das Land hatte am 14. April 1987 den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG gestellt und gehofft, daß dieser Schritt bis Anfang der neunziger Jahre vollzogen sein könnte. Nunmehr bekam Ankara aber aus Brüssel zu hören, angesichts der schlechten, die Gemeinschaft nur belastenden ökonomischen Situation des Landes und wegen der Unwägbarkeiten in Fragen der Menschenrechte stehe ein Beitritt der Türkei nicht auf der Tagesordnung.

Einige Länder wollen sich nur sanieren

Sicherlich stimmt es, daß ein EG-Land Türkei eine große finanzielle Belastung für die gesamte Europäische Gemeinschaft dargestellt hätte und die ungehinderte Arbeitsfreiheit wohl zu einem Massenansturm von Türken besonders in die Bundesrepublik, aber auch in andere westeuropäische Länder geführt hätte – was man aber über bilaterale Verträge hätte einschränken können –. Doch darf dies der Maßstab sein? Kann eine »Europäische Gemeinschaft« das Wort »Europäisch« denn wirlich in ihrem Namen führen, wenn Ländern Europas der Beitritt in diesem Gremium aus, und dies muß doch ehrlicherweise gesagt werden, vorgeschobenen, rein opportunistischen Gründen verwehrt wird?

Der Fall Türkei zeigt die Wirklichkeit. Einige Länder, und hier sind vor allem Frankreich und die südeuropäischen Länder zu nennen, wollen nur Staaten zulassen, die ihre maroden Wirtschaften subventionieren, und die vor allem auch eine ihnen genehme Politik vertreten. Möchte aber ein Land EG-Mitglied werden, das diese Bedingungen eben nicht erfüllt, wird es mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Und dann wagen es diese Politiker noch, das Wort von einer von ihnen gewünschten »Europäischen Einigung« im den Mund zu nehmen. □

Banker-Journal

Gründerwelle in der DDR

Eine gigantische »Gründerwelle« sieht der Kieler Wissenschafter Professor Dr. Wolfgang Seiffert auf die DDR zurollen. Schon heute lägen mitteldeutschen Behörden 100.000 örtliche Anträge für Gründung kleiner und mittelständischer Betriebe vor. Bis 1992 könnten dies über 500.000 Gründungen sein, einschließlich der aus Westen nach Osten strebenden Unternehmer. Beim Mengler-Kamingespräch in Kronberg sagte der Direktor des Instituts für Recht, Politik und Gesellschaft der sozialistischen Staaten an der Universität Kiel: »Viele werden auf die Nase fallen, aber das ist nun mal so in der Marktwirtschaft.«

Der frühere Vizepräsident der »Gesellschaft für Völkerrecht der DDR« vergleicht die Bundesrepublik mit »einem, der das Erbe nicht ausschlagen kann«. Die DDR brauche Hilfe – nach Auffassung Seifferts 300 Milliarden Mark. Allerdings würde der Westen auch beträchtliche Kosten »sparen« – jährlich 30 Milliarden Mark für die Berlin-Förderung, 20 Milliarden DM für die Zonenrand-Förderung und regelmäßige Direktzahlungen an die DDR von 2,5 bis fünf Milliarden DM, was sich allein auf circa 55 Milliarden Mark pro Jahr addiere. Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik schätzt Seiffert durch den »Wiedervereinigungseffekt« 1990 auf vier Prozent, in der DDR hält er jährlich Wachstumsraten von circa sieben Prozent für wahrscheinlich.

Die Risiken am DDR-Arbeitsmarkt charakterisiert Seiffert wegen der vielen Firmengründungen und wegen des »unerhörten« gesellschaftlichen Nachholbedarfs an Gütern und Dienstleistungen als akzeptabel. Per Saldo rechnet er mit einem Arbeitslosen-Potential von 300.000 bis 500.000. Wer flexibel und lernwillig sei, habe seine Chance.

Die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Wiedervereinigung werde durch den Staatsvertrag gelegt, unter anderem durch die Möglichkeit des Grundeigentums für Investoren; es sei notwendig als Beleihungsgrundlage bei der Kapitalbeschaffung.

Seiffert kritisierte das oft »kleinkarierte Denken« zahlreicher Menschen im Prozeß der Annäherung beider deutschen Staaten. Vor exponierten Vertretern aus Wirtschaft und öffentlichem Leben setzte er sich für eine rasche Wiedervereinigung ein – »für jede sich verändernde politische Situation, auch in der Sowjetunion, ist die Wiedervereinigung ein irreversibler – nicht rückgängig zu machender – Fakt, wir dürfen diese einmalige geschichtliche Chance nicht verspielen«. □

Taiwan und sein Rundfunkschiff

Die Regierung in Taipei, Republik China, gab bekannt, sie werde sich nicht durch Drohungen aus Peking einschüchtern lassen und dem Rundfunkschiff des Widerstandes »Goddess of Democracy« (»Göttin der Demokratie«) gestatten, auf der Insel in Dock zu gehen.

»Ich glaube nicht, daß unsere Regierung wegen der wiederholten Drohungen und Warnungen der kommunistischen Regierung Chinas ihre Grundeinstellung ändern sollte«, äußerte der Regierungssprecher Liao Cheng-hao im staatlichen Rundfunk.

Der »Red Chinese« klagte an: »Taiwanische Behörden haben sich auf vielfache Weise in die regierungsfeindliche Rebellion des vergangenen Jahres in Peking eingemischt.«

Ein Kommentator der Nachrichtenagentur Xinhua hehauptete, die Regierung von Taiwan finanziere das sich in französischem Besitz befindliche Schiff, und fügte hinzu: »Dies stellt eine offene Herausforderung dar.«

Sponsoren sagten, das Schiff habe auf dem Weg nach Singapur fünf Tage lang keinen Funkkontakt mehr gehabt. »Wir können verstehen, daß schlechtes Wetter auf der ganzen Route und Strömungen der Schiffsbesatzung sehr zu schaffen gemacht haben«, meinte Christophe Nick, Reporter für die französische Zeitschrift »Actuel«, einer der Sponsoren des Schiffes, »aber wir verstehen nicht, warum das Schiff keine Verbindung aufgenommen hat. Wir waren über die Leute an Bord sehr besorgt.«

Nachdem es im April an Gibraltar vorbei in den Atlantik gefahren war, wurde das Schiff ständig von chinesischen Schleppnetz-Fischerbooten beschattet. Die Organisatoren »glauben jedoch nicht, daß die Situation an einem kritischen Scheideweg angelangt ist«, heißt es in einer in Paris herausgegebenen Erklärung. □

Weltbank und IWF der Verletzung von Menschenrechten angeklagt

Davison Budhoo, der aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zurücktrat, um damit gegen die völkermordenden Praktiken dieser Institution gegen die Dritte Welt zu protestieren, klagte auf einer Pressekonferenz in Washington an, daß der IWF eine »systematische Verletzung meiner Menschenrechte und die anderer, die mit meiner Arbeit verbunden sind, betreibt«.

Budhoo, der eine Pressekonferenz abhielt, um die Veröffentlichung seines Buches »Enough is Enough; Dear Mr. Camdessus« und seines offenen Rücktrittschreibens an den Generaldirektor des IWF bekanntzugeben, sagte, die Belästigung seiner Person seitens des IWF habe »insbesondere seit Oktober vergangenen Jahres stark zugenommen. Ich werde das nicht mehr lange dulden.«

Eine Reihe hoher Beamte des IWF und seiner Schwesterinstitution, der Weltbank, sind ebenfalls zurückgetreten und haben gegen ihre ehemaligen Arbeitgeber schwere Geschütze aufgefahren. Budhoo zitierte in diesem Zusammenhang den Personaldirektor der Weltbank, Dr. Michael Irwin, der in einem vom »Wall Street Journal« veröffentlichten Brief geschrieben hatte, er sei der »aufgeblähten und überbezahlten Bürokratie, der verschwenderischen Praktiken, des erbärmlichen Managements und der ungerechtfertigten Überheblichkeit der Bank« überdrüssig.

David Knox, ehemaliger Direktor der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik, ist ein weiterer ehemaliger Angestellter, der die Politik des IWF und der Weltbank verurteilt hat, enthüllte Budhoo. Knox habe die Behandlung der Auslandsschulden Lateinamerikas angegriffen und gesagt, die Schuldnerländer hätten keine andere Wahl als Nichterfüllung auf breiter Basis. □

Gläubiger-Nationen haben Probleme mit dem Brady-Plan

Aus dem amerikanischen Institute of International Finance verlautet, daß der Brady-Plan des US-Finanzministers, der darauf abzielt, die Schuldenbegleichung durch die Länder der Dritten Welt zu gewährleisten, »zu einem Rückgang an Disziplin im internationalen Finanzwesen und zur Ansammlung von Zahlungsrückständen bei Handelsbanken und bei offiziellen Stellen geführt hat«.

In dem Bericht des Institute of International Finance, das die großen Gläubigerbanken repräsentiert, wird geschätzt, daß sich die Gesamtzahlungsrückstände an Handelsbanken von 14,37 Milliarden auf 18,15 Milliarden Dollar seit Anfang des Jahres, von 6,45 Milliarden Dollar seit Ende 1988 erhöht haben. Diese »Fehlpolitik« habe ansteckende Auswirkungen, die das eigene Zahlungsrückstandsproblem des Internationalen Währungsfonds (IWF) verschlimmern könnte, heißt es in dem Bericht. Es wird empfohlen, daß der IWF zu seiner Verfahrensweise zurückgreifen sollte, solange kein Geld an ein Land zu verleihen, bis es

seine Rückstände an die Banken beglichen hat.

In dem Bericht mit der Überschrift »Improving the Official Debt Strategy – Arrears Are Not the Way« (»Verbesserung der offiziellen Schulden-Strategie – Rückstände sind nicht der richtige Weg dazu«) wird der Brady-Plan als unterfinanziert und nicht flexibel genug bezeichnet. Abkommen über Schuldenerlasse seien für die Banken nicht freiwillig erfolgt, so wird behauptet, sondern »fast befehlsmäßig«. Der Brady-Plan habe auch die freiwillige Schuldenabtragung verlangsamt, die sich 1989 auf 11,33 Milliarden Dollar belaufen haben, im Vergleich zu 18,38 Milliarden Dollar im Jahr 1988. □

Ziel der Trilateralen heißt Merkantilismus

»Merkantilistische Praktiken« oder was in den Vereinigten Staaten das »amerikanische System« der Politwirtschaft genannt wird, sind das eigentliche Problem in der lateinamerikanischen Wirtschaft, heißt es in einem soeben freigegebenen Bericht der Trilateralen Kommission.

In dem Bericht wird beklagt, daß die Ursache der lateinamerikanischen Wirtschaftskrise nicht in äußeren Faktoren wie Internationaler Währungsfonds (IWF) oder Außenwirtschaftspolitik der industrialisierten Länder, sondern eher in »lange schwärenden Fehler in den Wirtschaftsinstitutionen der Region und in der ganzen begrifflichen und politischen Annäherung an die Entwicklungsfrage« seitens dieser Region zu finden sei.

Die führenden Persönlichkeiten der Region haben endlich erkannt, daß »die Wurzeln des Fehlschlags tief in der Region, ihren jeweiligen Regierungen und in deren Wirtschaftspolitik liegen«. Einer dieser Fehler, so wird erklärt, »kann von den merkantilistischen Praktiken ihrer ehemaligen Kolonialherrscher hergeleitet werden – Traditionen, die stets sehr viel Einmischung der regierungsseitigen Bürokratie in die lokale Wirtschaft bedeuten«. □

Warnung vor einer nationalen Tragödie in den USA

Eine von Senator Jay Rockefeller IV. geleitete staatliche Kommission warnte vor einer »erschütternden nationalen Tragödie« wegen der Verarmung von Kindern. Sie weist warnend darauf hin, daß die Zukunft Amerikas bedroht sei, weil Kinder die ärmste Altersgruppe in den Vereinigten Staaten ausmachen.

Das Gremium hat unter anderem festgestellt: Mehr als eine halbe Million Kinder leiden unter Unterernährung und 100.000 sind obdachlos; 1987 habe sich die Quote der Armen für schwarze Kinder auf 45 Prozent, für hispanische auf 39 und für weiße Kinder auf 15 Prozent belaufen; eines von vier Kindern aus städtischen Bereichen ist arm, und diese haben geringere Chancen, Unterstützung zu bekommen als Kinder aus ländlichen Gegenden.

Das Gremium, das 1987 durch den amerikanischen Kongreß gebildet wurde, stellte fest, daß Armut, mehr als jeder andere Faktor, amerikanische Kinder der Gefahr langfristiger Probleme, darunter schwache Gesundheit, aussetze. Es wurde keine Empfehlung abgegeben, aber ein Mitglied der Kommission, Dr. Barry Brazelton, Professor für Kinderkrankheiten an der Harvard University, sagte, wenn diesen Kindern nicht geholfen wird, dann wird das der amerikanischen Regierung Milliarden Dollar kosten: »Sie werden die Terroristen der Zukunft sein!« □

Die Finanzkrise der Sowjetunion

Die führende amerikanische Wirtschaftsexpertin Judy Shelton schildert in ihrem Buch »The Coming Soviet Crash«, daß die Finanzkrise in der Sowjetunion weit schlimmer ist, als im Westen allgemein vermutet wird. Judy Shelton zeigt auf, daß eine galoppierende Inflation und ein riesiges Haushaltsdefizit die sowjetische Wirtschaft zerstören.

Gorbatschow wurde dadurch zu unorthodoxen Maßnahmen gezwungen, um den Kreditstrom aus dem Westen neu anzuregen. Es war nicht erst Gorbatschow, sondern vor ihm schon KGB-Chef und Staatspräsident Andropov, der die neue »Öffnungspolitik« Glasnost und Perestroika als taktische Maßnahme eingeführt hat, um den Westen einzulullen und die Sowjetunion vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch den zahlreichen Besuchen David Rockefellers und seines Beraters, Henry Kissinger, in Moskau in den letzten Jahren zu, die an den Planungen nicht unbeteiligt gewesen sein dürften. Die Öffnung zum Westen, die geringfügigen Reformen unter Gorbatschow, »der Demokratisierungsprozeß« in den Ostblockländern und Deutschlands Wiedervereinigung sind notwendige Schritte, um das rote Imperium der internationalen Banker vor dem Zusammenbruch zu retten und dienen gleichzeitig als Anpassungsprozeß für die Verschmelzung der beiden Systeme hin zum angestrebten Weltstaat. □

Indiens Tehri-Damm-Projekt bekommt grünes Licht

Das sich auf zwei Milliarden Dollar belaufende Tehri-Damm-Projekt im indischen Staat Uttar Pradesh, das vor einigen Monaten von Umweltschützern gestoppt und einer weiteren Überprüfung unterzogen werden mußte, erhielt nunmehr die endgültige Billigung durch die indische Regierung. Der durch das Kabinett des Premierministers V. P. Singh zusammengesetzte fünfköpfige Ausschuß, der sich mit den Gesichtspunkten der Sicherheit befassen soll, die in einem früheren Überblick des Umwelt-Ministeriums angezweifelt worden waren, kam zu dem Schluß, daß alle sich aus der Seismik des Standorts des Projektes ergebenden Fragen berücksichtigt worden seien, und daß die Konstruktion des Dammes nun voll und ganz den Sicherheitsvorschriften entspreche.

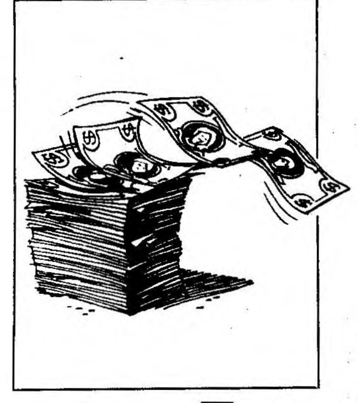
Der Vorsitzende der Tehri Hydro Development Corporation gab bekannt, daß das Projekt bis spätestens 1996, vier Jahre vor der Planung, fertiggestellt werde, vorausgesetzt, daß keine Unterbrechung in der Finanzierung eintrete. □

US-Bank verklagt Rotchina

Die First National Bank of Chicago verklagt die National Machinery and Equipment Import and Export Corporation der Volksrepublik China in Hongkong wegen 14,65 Millionen Dollar und mehr aus der Nichterfüllung von Darlehensverpflichtungen erwachsenen Zinsen.

Der Fall wird von Bankern, die wegen einer riesigen nicht anerkannten Schuld nervös geworden sind, genau beobachtet. Staatseigene chinesische Firmen und ihre Joint-Ventures-Partner haben über die letzten zehn Jahre hinweg bis zu 70 Milliarden Dollar an Auslandsdarlehen aufgenommen, für die sich die Regierung verbürgt hat und von denen noch viele offenstehen.

Peking hat soeben eine Inspektion dieser Schulden beendet und beschlossen, die Kontrolle über Bürgschaften für Auslandsschulden zu verstärken. Nur zehn Finanzorganisationen dürfen jetzt noch Darlehen aufnehmen. Chinas Zahlungen auf seine anerkannten Schulden von 44 Milliarden Dollar wird bis zum Jahr 1992 den Höhepunkt von zehn Milliarden Dollar jährlich erreichen. □



Murdochs Deal mit Burda

Dan McMahon

Der Medienmulti Rupert Murdoch steigt in den deutschen Printmarkt ein. Die Ehe zwischen dem australisch-amerikanischen Medienmagnaten und dem Münchner Verleger Dr. Hubert Burda ist perfekt. Beide Partner haben eine langfristige Kooperation im Druckerei-Bereich in Darmstadt und in der DDR vor. Murdoch, dessen Print-, Funk- und TV-Aktivitäten sich auf Australien, Großbritannien und USA konzentrieren, will nun mit Burda den deutschen Markt erobern. Der spektakuläre Deal wurde zwischen den beiden Verlegern, die seit längerem freundschaftliche Verbindungen unterhalten, direkt ausgehandelt.

Wer ist Rupert Murdoch? Wie konnte er ein internationales Medienimperium aus zwei kleinen südaustralischen Zeitungen aufbauen, mit denen er seine Laufbahn begonnen hatte? Von wem erhält er bei seinen Unternehmungen finanzielle Unterstützung, und welche Ziele verfolgt er mit seinen Unternehmungen? Warum stellt er als selbsterklärter Konservativer eine Büste von Wladimir Lenin in sein Büro? Und dann stellt sich noch die Frage: Welche Auswirkungen könnte Murdochs Einfluß auf die amerikanischen Medien in den Vereinigten Staaten und in der Weltöffentlichkeit haben?



Rupert Murdoch gehört als Medienmulti zu einer Elitegruppe von Millionär-Marxisten.

Genug Geld für einen Rittertitel

Biographische Einzelheiten aus Murdochs Vergangenheit sind bruchstückhaft und oft widerspruchsvoll. Man liest, daß sein Großvater ein verarmter presbyterianischer Pfarrer gewesen sei, der von England nach Australien emigrierte, daß sein Vater ein schlecht bezahlter Reporter einer britischen Zeitung in Australien war, und doch verbrachte der junge Rupert seine Zeit entweder in dem komfortablen Heim der Familie in einem Vorort von Melbourne, oder auf der Schafranch der Familie auf dem Land. Er ging zunächst auf die vornehme Geelonger Privatschule und besuchte später die elitäre und aristokratische Universität Oxford in England.

Ruperts Vater Sir Keith Murdoch erreichte seine einflußreiche Position in der Gesellschaft Australiens durch seine Heirat mit der Tochter einer wohlhabenden jüdischen Familie: Elisabeth Joy Greene. Durch die Beziehungen seiner Frau avancierte Keith Murdoch vom Reporter zum Vorsitzenden der sich im britischen Besitz befindlichen Zeitung, für die er arbeitete. Er hatte genug Geld, sich einen Titel in der Ritterschaft des britischen Reiches zu kaufen, sowie zwei Zeitungen in Adelaide, Südaustralien, und einen Radiosender in einer entfernten Bergarbeiterstadt.

Aus irgendeinem Grund hat Murdoch immer die Tatsache zu verbergen versucht, daß seine fromme Mutter ihn als Juden erzogen hat. Dies ist angesichts seiner pro-israelischen Ausrichtung paradox. Das Wissen um diese Einzelheiten, sowie der Rest seines Backgrounds erklärt viele Aspekte seiner Persönlichkeit, seiner Vorurteile und der redaktionellen Stellungen seiner Zeitungen.

Sein Haß auf die Iren, der in seinen Veröffentlichungen ganz deutlich immer wieder zum Ausdruck kommt, ist ein Ergebnis des von ihm erlittenen Spotts durch junge Iren in Melbourne wegen seiner Herkunft. Viele der Iren in Australien waren Nachkommen von Menschen, die gewaltsam von den britischen Inseln auf den fünften Kontinent transportiert worden waren. Sie sollten als Diener der englischen Kolonisten arbeiten, sie waren sozusagen die Neger Australiens und wurden wie zweitklassige Bürger behandelt.

Murdoch betrachtete die Iren nicht nur als »dienende Klasse«, sondern empfand sie auch als illoyal dem britischen Königreich gegenüber. Sie wollen nicht in Englands Kriegen in Südafrika und in Deutschland kämpfen. Sie mußten als Soldaten zu diesen Kriegen gezwungen werden, damit sie sich für König und Empire töten ließen. Auch die streng verfolgte Neutralität der jungen Republik Irland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verfehlte auf Murdoch nicht ihre Wirkung.

Murdoch propagierte den Marxismus

Murdoch zählte aber nicht nur die Iren zu seinen Feinden, sondern auch die Deutschen, die Palästinenser, die Araber, freie Unternehmer aller Rassen und vor allem alle Anti-Zionisten. Wegen all dieser Feinde beschäftigte Murdoch ein Heer von Leibwächtern, die ihn vor »den Schlägertypen, die mich und meine Familie umbringen wollen«, beschützen sollen.

Während seiner College-Zeit in London knüpfte Murdoch die Kontakte, die ihm in seiner Karriere so sehr nützen sollten. Murdochs Vater bat Lord Beaverbrook den britischen Pressebaron, der eine Kette von Zeitungen für den Massenmarkt in England und Kanada besaß, den jungen Rupert im Zeitungsgeschäft auszubilden. Durch Beaverbrook wurde Murdock mit reichen und mächtigen Persönlichkeiten zusammengebracht, wie zum Beispiel Edgar Bronfman (kanadischer Spirituosenmagnat, der den Zionismus in Nordamerika finanziert) und Harry Oppenheimer, dem Vorsitzenden des anglo-amerikanischen DeBeers Diamanten- und Goldkartells. Oppenheimer gehören praktisch alle englisch-sprachigen Zeitungen in Südafrika.

Mit der finanziellen und moralischen Unterstützung dieser mächtigen Männer sollte Murdoch seine ersten Angriffe auf die Weltpresse starten, indem er Zeitungen und später auch Fernsehprogramm-Absatzmärkte in Ländern auf der ganzen Erde erwarb.

Als sein Vater starb, war Murdoch für 40 US-Dollar pro Woche bei dem Londoner »Daily Express« angestellt. Murdoch kehrte nach Australien zurück, da er, wie die Zeitschrift »Time« es nannte, »zwei müde Zeitungen« geerbt hatte. Er übernahm die Kontrolle über diese beiden Zeitungen und begann die von ihm an der Universtität in Oxford erworbenen marxistischen Vorstellungen unter die Bevölkerung von Adelaide zu bringen.

Murdoch war bei der örtlichen Bevölkerung als der »Rote Rupert« bekannt, ein Spitzname, den er in seiner Zeit als Campus-Radikaler und durch die späteren pro-marxistischen Leitartikel bekommen hatte. Er radikalisierte seine Zeitungen gründlichst, war jedoch damit nicht so erfolgreich, um aus ihnen große Gewinne herauszuquetschen. Sowohl die relativ geringe Bevölkerungszahl der Stadt als auch die Konkurrenz der anderen Zeitungen konnten Murdoch nicht das nötige Kapital zum Kauf der großen City-Tageszeitung geben.

1965 kaufte Murdoch dennoch plötzlich eine große Sonntagszei-

tung für 400.000 US-Dollar in Perth, der Hauptstadt Westaustraliens. Da der finanzielle Background seiner Zeitung in Adelaide bekannt war, fragten sich viele Leute, woher Murdoch das Geld bekommen hatte. Es wurde damals vor Ort angedeutet, daß die Sowjetunion Murdoch finanziell unterstützte.

Als Murdoch jedoch begann, Millionen für den Kauf von Tageszeitungen in Sydney, Melbourne und Brisbane wie auch für eine Reihe von Radio- und Fersehsender hinzuwerfen, wußten Finanzanalytiker, daß Murdoch eine reichere Quelle angezapft hatte, als sie die normalerweise geizigen Sowjets zur Verfügung gestellt hätten.

Vom Schäbigen zum Prestige

Bis 1968 hatte sich Murdoch ein Medienimperium im Wert von schätzungsweise 65 Millionen US-Dollar erkauft. Er hatte eine nationale Zeitung, den »Australian« gegründet, der mit einer roten Landkarte Australiens links vom Impressum geschmückt war. Als Murdoch einmal gebeten wurde, die Symbolik des »Firmenzeichens« zu erklären, antwortete er ungerührt: »Das steht für ein rotes Australien.«

Murdoch kaufte die Anteile des harten Pressebarons Sir Frank Packer auf und teilte sich so das Medienmonopol Australiens mit Lady Simon-Fairfax, einer linksgerichteten Zeitungsverlegerin, die gleichzeitig Präsidentin der »Internationalen Zionistischen Organisation der Frauen« war.

In den siebziger Jahren kaufte Murdoch dann die größten Tageszeitungen in England und zog weiter in die Vereinigten Staaten, wo er gegenwärtig auf dem besten Weg ist, ein beachtenswertes Zeitungsimperium und andere Medienmärkte zusammenzutragen. Die Anteile belaufen sich bereits jetzt auf Hunderte Millionen von US-Dollar.

Sein erstaunlicher Erfolg bei seinen Unternehmungen im Verlagswesen hat jedoch auch einen Sturm der Kontroversen hervorgerufen. Niemand bestreitet ihm sein geschäftliches Know-how, und noch nie hat ihm irgend jemand vorgeworfen, nicht zu wissen, was sich an die breite Masse verkaufen läßt. Die am häufigsten gegen Murdoch erhobenen Beschuldigungen lassen sich nur schwer anfechten, und er versucht es auch erst gar nicht. Man wirft ihm vor, seine Zeitungen seien oft sensationell auf eine primitive Art. In England wird seine Entscheidung, Fotos von barbusigen Frauen auf Seite drei des Boulevardblattes »The Sun« zu veröffentlichen, als sein größter »Beitrag« zum Journalismus angesehen.

Murdoch hat eine Vorliebe, an die niedrigsten Regungen der Öffentlichkeit zu appellieren. Diese Eigenart hat ihm einen schlechten Ruf in der freien Gesellschaft eingebracht. Und doch ist die Macht seines Geldes so stark, daß sein Ruf ihm beim Kauf einer Zeitung kaum im Wege steht. Die Erfolge seines Vorgehens beweisen es. Er erwarb in England die Zeitung mit dem größten Prestige »Times« und ihre Verbundorgane »Financial Times« und »Sunday Times«. In den USA kaufte er die Zeitung »New York«, »Village Voice« und die »Sun-Times«.



Eine Büste von Wladimir Lenin schmückt das Büro des weltweit tätigen Pressezaren Murdoch.

Einige Medienexperten kommentieren Murdochs Vorgehen und meinen, auf der einen Seite versucht er persönliches Ansehen als Verleger zu kaufen, indem er solche Zeitungen mit Prestige ersteht, aber gleichzeitig genieße er die Früchte seiner geistig äußerst anspruchslosen Zeitungen.

Der Liebling der Superreichen

Wenn Murdoch das Ruder einer Zeitung in die Hand nimmt, benutzt die Zeitung nicht nur den billigen Sensationsstil zur Steigerung des Zeitungsverkaufs, sondern verwendet diesen reißerischen Stil als Aufhänger, der lesenden Öffentlichkeit propagandistische Botschaften zu liefern. Murdochs Leitartikel haben eine starke einseitige Ausrichtung für Israel und gegen die Araber. Dies kann man am deutlichsten in der New Yorker »Post«, einer der ersten Anschaffungen von Murdoch in den USA, lesen.

Die in seinen Zeitungen vertretenen Ausrichtungen und politischen Einstellungen können am besten durch eine Überprüfung der finanziellen Unterstützung, die Murdoch bei seinen Geschäftsunternehmungen und bei seinem schnellen Aufstieg als internationaler Medienbaron erhielt, erklärt werden. Überall wurde über seine Geschäftserfolge berichtet; was aber ganz offensichtlich aus den Nachrichten über Murdoch weggelassen wurde, ist seine unerschöpfliche Geldquelle und der Zweck seiner Unternehmungen.

Rupert Murdoch gehört als Mitglied zu einer Elitegruppe von Millionär-Marxisten. Zu dieser Elite zählt unter anderem Armand Hammer, Michel Fribourg, die Rothschilds, Edgar Bronfman, Harry Oppenheimer und Rupert Anton. So seltsam es auch klingt, reich sein und Marxist sein sind nicht zwei sich gegenseitig ausschließende Beschäftigungen.

Murdoch selbst erhellte in seinen freimütigen Tagen als Student an der Universität Oxford die Umstände, wie Marxisten und Kapitalisten in der Welt des anderen wachsen und gedeihen: »Es gibt keinen ideologischen Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus, außer daß letzterer kontrollierter und zentralisierter werden sollte. Die beiden ergänzen sich.«



Harry Oppenheimer ist im Hintergrund einer der Finanziers des Presse-Imperiums von Rupert Murdoch.

»Aber der wirkliche Feind der Gesellschaft ist wucherndes freies Unternehmertum. Es führt zur Dezentralisation und zu einer unkontrollierbaren Wirtschaft. Es verteilt die abgeschwächte Macht in die Hände der Unverantwortlichen«, sagte Murdoch zu seinen Kommilitonen.

Murdochs Aufstieg vom Besitz »zweier müder Zeitungen« zum Besitzer eines Milliarden-Dollar-umfassenden internationalen Medienimperiums war ein außerordentliches Kunststück, das bemerkenswerten Geschäftsscharfsinn erforderte. Jedoch können Murdochs geschäftliche Fähigkeiten allein nicht der Grund für solch einen Erfolg sein.

Ohne die finanzielle und moralische Unterstützung von multinationalen Mega-Geld-Monguln – eine Milliardärs- »Gruppe der Vier«, die aus Bronfman, Rothschild, Oppenheimer und Hammer besteht – ist es wahrscheinlich, daß niemand außerhalb Australiens jemals etwas von Murdoch gehört haben würde.

Geschäft mit Rassen-Konflikten

Während Murdoch am Worcester College in Oxford studierte, wurde er der Liebling einer gewissen Gruppe von elitären Superreichen. Er unterstand der

Murdochs Deal mit Burda

Führung des ersten Barons William Maxwell Aitken Beaverbrook. Lord Beaverbrook, ursprünglich aus Kanada, machte sein Glück in der Zementbranche, bevor er nach England auswanderte, wo er ein Zeitungskonglomerat gründete, Mitglied des Parlaments wurde und später großen Einfluß auf die britische Politik hatte.

Beaverbrook hatte viele Phobien mit Murdoch gemeinsam – Antipathien gegen Iren, Deutsche und Araber – und hielt es darum für angebracht, ihn Bronfman vorzustellen, dem milliardenschweren kanadischen Schnapskönig und Finanzier des Zionismus in Nordamerika.

»Rupert hat schottische Stärke (von seinem Vater) und jüdische Intelligenz (von seiner Mutter). Paß gut auf ihn auf«, sagte Beaverbrook Berichten zufolge zu Bronfman.

Bronfman war natürlich fasziniert von Australien – einer Nation von ungewöhnlich vielen kräftigen Trinkern – und hörte Murdochs Erzählungen über die irischen Arbeiter dort, die fast ihren gesamten Lohn für Alkohol ausgaben, mit besonders großem Interesse.

Beaverbrook stellte Murdoch auch Oppenheimer vor, den Vorsitzenden des DeBeers Vereinigte Bergwerke Ltd.-Diamantenkartells. Wie Bronfman betrachtete Oppenheimer Australien ebenfalls mit großem Interesse, aber auch mit einer gewissen Besorgnis. Er war davon unterrichtet worden, daß Australien so große Diamentenfelder besaß, daß es, falls diese erschlossen würden, das von ihm überwachte vereinigte südafrikanisch-sowjetische Kartell in Gefahr bringen könnten. Obwohl die südafrikanische Republik keine Beziehungen mit der Sowjetunion hat, kontrolliert Oppenheimer das Marketing aller sowjetischen Diamanten.

Sowohl Bronfman als auch Oppenheimer bestätigten ihre Überzeugung vom marxistischen Kapitalismus, und der junge Murdoch erkannte seine neue Geldquelle, als sie ihm sagten, daß er sich an sie wenden solle, wenn er jemals Hilfe benötigte.

Murdoch machte sofort bei seiner Rückkehr nach Australien von Oppenheimers Sachkenntnis Gebrauch. Um die nach dem Tode seines Vaters ererbten Zeitungen zu leiten, benutzte er sogar eine der Taktiken, die Oppenheimer mit großem Nutzen bei der Führung seines Diamantenkartells einsetzte. Oppenheimer besaß daneben auch ein ziemlich großes und einflußreiches Zeitungssyndikat in Südafrika. Um seine Kartelle zu schützen, hat sein Flagschiff, die »Rand Daily Mail«, in den letzten 30 Jahren unerbittlich auf Rassenkonflikte gedrängt.
Oppenheimer glaubt, daß »inszenierter Antagonismus« zwischen Schwarzen und Weißen die Aufmerksamkeit von den Tatsachen ablenken würde, daß er Südafrikas Reichtum ausräumte und davon sehr viel in seine eigene Tasche gelangen ließ, so schilderte ein amerikanischer Bergbauingenieur die Verhältnisse in Südafrika.



Die französischen Rothschilds, allesamt Banker und Finanziers, gehören ebenfalls zu Murdochs-Geldgebern.

Murdoch als Ersatzverleger

Murdoch war neidisch auf solche Leistungen und lernte aus Oppenheimers Beispiel. Als er nach Australien zurückgekehrt war, begann Murdoch sofort, Antagonismus zwischen der Bevölkerung der australischen Ureinwohner und den weißen Nachkommen der europäischen Siedler zu erzeugen. Später gab Murdoch zu, daß niemand anders einen Nutzen daraus gezogen hätte, aber daß die »Auflagenziffer auf jeden Fall gestiegen seien«.
Nachdem er seine Zeitungen in Australien einige Jahre geleitet hatte, entschied sich Murdoch für die Annahme des Unterstützungsangebots von Oppenheimer und Bronfman. Zufällig hatten die beiden zur gleichen Zeit schon beschlossen, Murdoch als Ersatzverleger unter ihrer eigenen Kontrolle zu benutzen, nachdem sie die Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen Untersuchung über die australische Presse bekommen hatten. In dieser Untersuchung wurde deutlich, daß Murdochs Art von Journalismus sich gut verkaufen lassen würde.

Zunächst hatte es noch einige Diskussion gegeben, ob Mary Simon besser für ihre Zwecke geeignet wäre. Sie hatte gerade Warick Faifac, den Chef von Australiens größtem Zeitungssyndikat, geheiratet. Aber man hielt sie am Ende doch für zu unerfahren. Murdoch war ihre endgültige Wahl. Er sollte aufgebaut und unterstützt werden, um die Nachfolge Beaverbrooks in bezug auf die Vorherrschaft über die britische Presse anzutreten.
Es wurden geheime Treffen zwischen Murdoch und Vertretern des Milliardärsduos abgehalten. Murdoch würde mit jeder erforderlichen Menge Geld unterstützt werden, die notwendig war, um die australischen Medien zu monopolisieren. Er sollte seine Taktiken mit denen von Bronfman und Oppenheimer koordinieren und den Einfluß seiner Zeitungen zur Sicherstellung der »Ernennung geeigneter Politiker« benutzen. Wenn diese Formel erfolgreich sei, würde sie in England und den Vereinigten Staaten wiederholt werden.
Murdoch stimmte eifrig zu. Eine Flut von Pro-Alkohol-Berichten erschien in allen neuerstandenen Zeitungen Murdochs. Bronfman war darüber besorgt, daß gewisse australische Ärzte Berichte über einige ethnische Gruppen veröffentlichten, die eine ihnen eigene Schwäche für Alkoholabhängigkeit hatten, während andere offensichtlich unzugänglich dafür waren.

Bronfman, der auf diese Schilderungen beim weltweiten Verkauf von Alkohol von etwa 30 Milliarden US-Dollar an jene zur Abhängigkeit neigenden Menschen angewiesen ist – zehn Prozent der Bevölkerung trinkt 50 Prozent des verkauften Alkohols –, geriet darüber in Panik, daß diese Art von Information außerhalb von Australien Allgemeinwissen werden und einige seiner einträgliche Märkte einschränken könnte.

Australien war das Versuchsfeld

Ein unter seiner Kontrolle stehendes Pressemonopol war eine Möglichkeit, solch »gefährliche« Informationen in Grenzen zu halten. Also übernahm Murdoch Bronfmans Kampf und veröffentlichte die ganze Ansammlung von Alkohol-Falschinformationen, die aus der von Bronfman kontrollierten Lizenz-Getränkeindustrie (LCI), bekannt in den USA unter dem Namen Alkohol-Lobby, stammten.
Oppenheimer wiederum war bestrebt, unkontrollierbare Politiker in Australien außer Gefecht zu setzen, die die großen unberührten Diamantvorkommen zum Wohl Australiens nutzen

Murdochs Deal mit Budra

wollten. Murdoch sollte leugnen, daß es überhaupt Diamanten gab, und über jeden Politiker, der ihm zuwider sprechen wagte, in seinen Zeitungen schweigen.
Die Murdoch finanziell unterstützenden Milliardäre benutzten Australien als Versuchsfeld. Murdoch, der von kriecherischen Journalisten ohne Kenntnis des finanziellen Hintergrundes als »Wunderknabe« bezeichnet wurde, ließ seine Muskeln spielen und brach sogar einmal das Gesetz, nur um zu sehen, ob die Macht der Presse ihn vor straflicher Verfolgung schützen könnte.

Murdoch versuchte, eine Abmachung zwischen den Zeitungen Frank Packers mit Sitz in Sidney und der anglikanischen Presse über den Kauf der Druckereianlage der letzteren zu brechen. Es gelang Murdoch, die anglikanische Presse durch seine gewohnten Taktiken zu überzeugen, ihre Übereinkunft mit Packer zu brechen. Packer nahm das Gebäude in Besitz, weil der Kauf bereits vollzogen war, und weil er dieses »Sich-Drücken« nicht als rechtmäßig anerkannte.
Murdoch wurde so wütend, daß er gar nicht erst vor Gericht gehen wollte. Er organisierte statt dessen eine Gruppe von Schlägern, die mit Eisenstangen, Spitzhacken und Beilen bewaffnet waren, um das Gebäude zu stürmen und zu besetzen.

Murdoch wurde trotz vieler Versuche, ihn vor Gericht zu bringen, niemals angeklagt, wodurch der Satz, daß das britische Justizsystem »dem Reichen wohlgesinnt ist und den Reicheren noch besser«, sich wieder einmal bewahrheitete.

Murdochs Besitz in Australien vergrößerte sich um zwei Fernsehsender, einer Speditionsfirma und eine Luftfahrtgesellschaft. Der nächste Schritt war die Ausdehnung seines Imperiums bis nach England, wo sein reißerischer journalistischer Stil genau in die sehr beliebte, althergebrachte und lukrative Tradition der geschmacklosen Boulevardzeitungen paßte. Er kaufte die »News of the World« und die »Sun«, zwei für ihre schreienden Überschriften und aufreizenden Fotos bekannte nationale Tageszeitungen.

Der Weg in die USA

Murdoch unternahm in England auch einen neuen Schritt in Richtung auf gekaufte journalistische Angesehenheit. Er bat seine Geldgeber, die »Times« in London, eine Zeitung mit Prestige, die aber ein Verlustgeschäft war, zu kaufen, sowie ihre hochangesehenen literarischen und finanziellen Ergänzungen »Sunday Times« und »Financial Times«. Der Kauf wurde von vielen Versprechungen seinerseits begleitet, ihre traditionell seriöse, ehrwürdige und angesehene redaktionelle Linie nicht zu verändern.

Harold Evans, der frühere Herausgeber der »Times«, der die Zeitung nach dem Scheitern seines Versuchs, ihr früheres Niveau zu halten, verließ, soll dabei gesagt haben, daß Murdoch »Versprechen so vorsichtig gegeben habe, wie die Weimarer Republik das Geld ausgegeben hat«.

Die finanzielle Seite von Murdochs Unternehmungen in England war ein voller Erfolg. Es wurde Zeit, seinen Blick auf Amerika zu richten. Murdochs erstes Eindringen in die Vereinigten Staaten fand 1973 in San Antonio in Texas statt. Er erschien aus dem Nichts, stürmte in die Stadt mit einer riesigen Menge Geld und sagte, er wolle der Presse in San Antonio helfen. Er warf 19 Millionen US-Dollar auf den Schreibtisch von Charles Kilpatrick, dem Verleger des »Express« und der »News«.

Genau wie es gerade in Chicago passiert war, als Murdoch dort die »Sun-Times« kaufte, versuchten einige durch Murdochs Ruf als Verleger von Sex und Gewalt alarmierte Persönlichkeiten der Stadt, Kilpatrick ein Gegenangebot zu machen. Die San Antonier konnten jedoch Murdochs Angebot nicht übertreffen, und ihre schlimmsten Befürchtungen wurden prompt wahr.

Obwohl Murdoch versprochen hatte, die Qualität der Berichterstattung in dieser Stadt zu verbessern, wurden Sex und Gewalt täglich routinemäßig und unerbittlich auf allen Seiten der beiden Zeitungen groß gebracht.

Der Polizeichef Emil Peters meinte, die Zeitungen stellten die Stadt so hin, als ob dort »die meisten Verbrechen Amerikas« geschähen.

Eine Gruppe besorgter Eltern überprüfte Berichte auf ihre Genauigkeit und kam zu der unerfreulichen Schlußfolgerung: Fast jede Geschichte war entweder erfunden oder gefärbt, um in Murdochs redaktionelle Formel zu passen. Ein entrüstetes Elternpaar meinte: »Seine Zeitungen setzen alles auf ein tieferes Niveau herab, auf den gleichen Nenner der Obszönität und Mittelmäßigkeit. Es ist abscheulich und vulgär und verlogen. Murdoch hat keinen Respekt vor der Anständigkeit. Er spricht die niedrigsten Instinkte an.«

Obwohl die Beschwerden weitverbreitet waren, erhöhten sich trotzdem die Auflagenziffern. Warum kauften die Leute?

Ein Psychologe bot folgende Erklärung an: «Das gedruckte Wort ist immer noch magisch. Man wühlt im Schmutz, und etwas bleibt hängen. Murdochs Journalismus stillt ein dunkles Bedürfnis der Menschen, über die Kreuzigung, Erniedrigung, Diffamierung und Enthüllung anderer zu lesen. Es könnte sie selbst treffen. Aber heute sind sie noch einmal davongekommen, deshalb ist es für sie ein Nervenkitzel. Murdoch ist ein Moloch. Jeden Tag werden Menschen auf dem Pressealtar geopfert und die Leute bekommen, was sie brauchen.«

Manhattans Medienmessias

Vier Monate nach seinem texanischen »Überfall« brachte Murdoch die wöchentliche Boulevardzeitung, den »Star«, eine Imitation des »National Enquirer«, heraus. Dieser Schritt war von Katharina Meyer Graham, der Besitzerin und Verlegerin der Washingtoner »Post« vorgeschlagen worden, die Murdoch als ihren Schützling angenommen hatte. »Kay« Graham fungiert als inoffizielle Sprecherin für die liberale Presse und in dieser Eigenschaft hieß sie Murdoch willkommen. Aber da steckte mehr dahinter. Die Presse des amerikanischen Establishments hatte beschlossen, daß Generoso Pope, der einzelgängerische Verleger des immens erfolgreichen »National Enquirer«, einen Dämpfer erhalten sollte, weil er nicht »dazugehörte«. In den höheren Ämtern des Establishments kann diese Einschätzung mit dem Todesstoß gleichgesetzt werden.

Murdoch wurde losgelassen, Pope und dem »Enquirer« das Leben schwer zu machen. Pope wehrte sich mit allen Mitteln und überlebte die gemeinsame Attacke von Murdochs Konkurrenz und den vom Establishment angestrengten Prozessen. Insider behaupten, daß, obwohl Popes journalistisches Unternehmen niemals Unruhe in das Establishment zu bringen drohte, einflußreiche Leute wie zum Beispiel Mrs. Graham das Gefühl hatten, jemanden, der dort nicht »hineinpaßte«, nicht einfach mit einer Auflage von fünf Millionen herumlaufen lassen zu können.

Obwohl Murdoch es nicht geschafft hatte, Pope vom Thron seines Schundimperiums zu vertreiben, war der »Star« selbst ein Erfolg, und Murdochs Status begann in der Achtung anderer Koryphäen des Establishments zu steigen. Von Mrs. Grahams Besitz in Virginia war er bald in der New Yorker Residenz von Dolly Schiff, der Besitzerin der New Yorker »Post«, gern gesehen. Ein Zeuge ihres ersten Zusammentreffens beschrieb es als »Liebe auf den erten Blick, bei der Habgier die Schläue anstarrte«.

Murdoch wurde der Liebling der New Yorker Elite und wurde der finanziellen Gesellschaft als Messias diskret vorgestellt, der sie in das gelobte Land führen sollte.

Ein New Yorker Finanzier erinnert sich an die zwei Jahre, in denen Murdoch in Manhattan wohnte: »Er hatte Zugang zu den Mächtigen, und sie liebten ihn abgöttisch, als wenn er für etwas aufgebaut werden würde. Damals begriffen wir nicht, wofür. Seine finanzielle Angesehenheit war ausgezeichnet. Er wurde von Rothschild und Oppenheimer und Bronfman und Hammer weitergereicht. Was will man mehr?«

1976 wurde Murdoch für die Öffentlichkeit »ausgepackt«, als er die New Yorker »Post« von Dolly

Schiff für 30 Millionen US-Dollar und das Magazin »New York« sowie die »Village Voice« und »New West« für 15 Millionen US-Dollar von Clay Felker kaufte.

Der zuletzt genannte Erwerb war ein unschönes turbulentes Melodrama unter Beteiligung von Felix Rohatyn von Lazard Freres internationale Bankers sowie Bronfman, Mrs. Graham, John Loeb von Loeb Rhoades, dem Playboy Carter Burden und einer Reihe von Unbedeutenden: Milton Glaser, Alan Patricof, George Hirsch, Stan Shuman.

Ein an dem Tumult beteiligter Anwalt erinnert sich mit Begeisterung: »Es war die New Yorker Version eines unmoralischen Theaterstücks, das reichlich mit Betrügereien und hinterhältigen Gemeinheiten ausgestattet war.

Es gab Haß, Schreie und Tränen. Es war wie im Irrenhaus. Es war hochdramatisch. Es war wunderbar.«



Armand Hammer, ein enger Freund des englischen Thronfolgers Prinz Charles, gehört mit zur Elitegruppe von Millionär-Marxisten.

Wenn das Ereignis zur Unterhaltung der übersättigten New Yorker Elite diente, so gab es Amerika doch auch einen ersten Eindruck von Murdochs Methoden und davon, wie weit Murdoch superreiche Geldgeber gehen würden, um ihren Willen durchzusetzen.

Murdoch hatte sich in den letzten drei Jahren bei Clay Schuette Felker angebiedert, dem Gründer des »New York Magazine« (einer liberalen richtungsweisenden Wochenzeitschrift für die Möchtegern-Elite) und Verleger der radikal-schicken linksgerichteten »Village-Voice« und des ziemlich geistlosen »New West« mit einer Auflage von insgesamt 450.000 Exemplaren. 1976 hatte Felkers Mini-Imperium 26,3 Millionen US-Dollar umgesetzt, und Erweiterungen waren geplant.

Felker war kein Teil des inneren Finanz-Allerheiligsten von New York, wurde aber als eine Art »Hofnarr« willkommen geheißen. Er steckte voll Beleidigungen, Paranoia und zweifelhafter Eskapaden und war verschlagen und habgierig. Ein ehemaliger Partner sagte nicht ohne Bewunderung: »Für New York hatte er all die richtigen Eigenschaften. Er hat nie das große Geld verdient, aber er wurde als ›Neurosenspezialist‹ gut bezahlt.«

Felker fand in Murdoch einen aufnahmefähigen und mitfühlenden Zuhörer. Er vertraute ihm Firmenprobleme und Geheimnisse an, und Murdoch gab beruhigende Ratschläge. Felker war fasziniert von Murdochs Zugang zum Geld und fühlte sich in seiner Gegenwart sehr wohl.

Felker war offensichtlich zu beschäftigt, um sich näher mit Murdochs Modus operandi auseinanderzusetzen. Hätte er Erkundigungen eingezogen, dann hätte er auch herausgefunden, daß Murdoch in Wirklichkeit »sich den Laden schon ansieht«, wenn er »aufnahmefähig und mitfühlend« ist.

Ein Coup nach dem anderen

Während Felker sich seine Probleme von der Seele redete, verfolgte Murdoch seinen Plan, indem er mit den Problemen persönlich Kontakt aufnahm, nämlich mit den Aktionären in Felkers Aufsichtsrat.

Während er Beichtvater für Felker spielte, vergrößerte Murdoch die Probleme, indem er Felkers Aktionäre entfremdete und sie genau vor seiner Nase auszahlte.

Als Felker endlich klar wurde, daß er von seinem »guten Freund Rupert« von innen heraus gefressen worden war, rief er verzweifelt nach seinen New Yorker Freunden, die ihn retten sollten. Rohatyn und Mrs. Graham gaben sich ganz den Anschein, auf Felkers Seite zu sein. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob das Establishment der Ansicht wäre, daß Murdoch zu weit gegangen sei. Immerhin war Felker ein Teil New Yorks. Er hatte der Presse Norman Mailer und Gloria Steinem »geschenkt«.

Ein Mitglied seines Aufsichtsrates erinnert sich: »Der arme Clay erkannte nicht, daß Rohatyn, Bronfman und Graham sich nur einen Spaß daraus machten. Er war wie eine Ratte, die von einem Wiesel verschlungen wurde, und sie hatten Spaß daran, dieses Festessen zu verlängern.«

Rohatyn, der Felker versprochen hatte, ihm als Zeuge bei einer gerichtlichen Verhandlung zu helfen, erschien nicht. Später war Felker fassungslos, als er bei einer Aufsichtsratssitzung Zeuge der Entlassung zweier loyaler Mitglieder durch die von Murdoch gekaufte Gruppe wurde. Der im Bad des Aufsichtsratsgebäude versteckte Murdoch leitete den Coup. Er tauchte nach dem Abgang der beiden auf und verkündete, daß er jetzt die Leitung übernehmen würde.
Dieser Coup beeindruckte die amerikanischen Medien so sehr, daß Murdoch die Ehre erhielt, auf den Titelseiten der beiden Magazine »Time« und »Newsweek« gezeigt zu werden. Seine Gönner waren so beeindruckt, daß sie Murdoch grünes Licht gaben, alles in greifbarer Nähe aufzukaufen, und er hat seitdem den Bostoner »Herald«, die Chicagoer »Sun-Times« und die Ausrüstung für ein Satellitenfernsehprogramm namens Skyband Inc. gekauft.

Die Tatsachen über Murdochs Geschäftsunternehmen sind für die amerikanische Öffentlichkeit und erst recht für die Weltöffentlichkeit relativ zugänglich, da die Medien eifrig über Murdochs Aktivitäten berichten, obwohl allgemein ignoriert wird, wem er dient.

Um einen Einblick zu bekommen in die Motive und Ziele von Rupert Murdoch, der gegenwärtig auf dem Weg ist, sich selbst als Chef des Medienmonopols in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu etablieren, ist es hilfreich, einen Blick auf

Murdochs Deal mit Burda

einige von Murdochs früheren Exkursen in die Politik zu werfen. Denn es ist die politische Macht, die zweifellos den Grund für den Aufbau von Murdochs Imperium darstellt, und die von seinem Medienimperium angestrebten politischen Ziele werden durch seine früheren Aktivitäten veranschaulicht.

Die Iren ausgebootet

Bevor Murdoch sich England und den Vereinigten Staaten zuwandte, damals, als er sozusagen noch ein großer Frosch in dem kleinen Teich Australien war, ließ Murdoch seine politischen Muskeln zum ersten Mal spielen.

Murdochs »Finanzengel« Harry Oppenheimer und Edgar Bronfman, hatten ihm auch eine gute Hilfstruppe von politischen Aktionsleuten, die von der Melbourner »Toorak Times« als »zionistische Mafia« bezeichnet wurde, zur Verfügung gestellt. Die Gruppe bestand aus einer merkwürdigen Mischung von Finanziers, Gangstern und Halsabschneidern mit internationalen Verbindungen. 1955 hatte es diese Gruppe geschafft, die Übernahme der australischen Labour Partei zu finanzieren – einer von unterdrückten irisch-australischen Arbeitern gegründeten Volkspartei.

Die irische Führung wurde rausgeworfen und von einer Ansammlung von cleveren linksgerichteten Anwälten ersetzt, unter denen sich als Boß auch Murdochs alter Kumpel von der Universität Oxford, ebenso wie der ehemalige Campus-Radikale, Robert Hawke, befand. Die »zionistische Mafia« förderte Hawke auf seinem Weg, Führer der Gewerkschaftsbewegung zu werden und einen anderen Anwalt, Gough Whitlam, Führer der Labour Partei zu werden.

Um den Schein zu wahren und um den Schlag von dem Coup abzuschwächen, ließ die Mafia den letzten irischen Führer alten Stils, Arthur Caldwell, als vorübergehende Gallionsfigur bestehen, versicherten sich aber der Tatsache, daß er niemals eine Wahl wieder gewinnen konnte.

Der Coup der Anwälte erzeugte jedoch eine Gegenreaktion oder so etwas ähnliches von den entfremdeten irischen Arbeitern, die unglücklich darüber waren, daß ein cleverer Haufen reicher, die Iren hassender Anwälte voller Verachtung für die traditionelle Labour-Politik ihnen ihre Partei gestohlen hatte.

Um sich für die Arbeiter, deren Wahlkreise immer noch von der Partei gebraucht wurden, attraktiver zu machen, täuschte Hawke das vor, was er als knurrenden Ton der Arbeiterklasse verstand, den er bis heute noch beibehalten hat. Alte Labour-Plattformen und Nationalismus wurden für eine etwas unklare internationale sozialistische Politik fallengelassen. Diese Launen stimmten mit denen Murdochs und seiner Gönner Bronfman und Oppenheimer überein.

Der politische Pate

1972 erhielt Murdoch seine erste Gelegenheit, den politischen Paten zu spielen. Er beschloß, Whitlam – Anwalt und Führer der Labour Partei – zum neuen Premierminister Australiens zu machen. Er hatte zuerst den »knurrenden Bob« Hawke ausgesucht, aber Murdochs Public Relations-Leute überzeugten ihn davon, daß der weltmännische und äußerst gepflegte Whitlaw sich besser verkaufen ließe. Von solch unattraktiven Schlägertypen wie dem »König des Lasters« Abe Saffron frankiert, teilte Murdoch Whitlaw mit, daß er ihn zum australischen Premierminister machen würde.
Whitlaw wurde eine politische Linie vorgelegt, sowie eine Liste von Gesetzen, die zum Nutzen seiner Manager, unter ihnen Oppenheimer, Bronfman und natürlich Murdoch, verabschiedet werden sollten. Whitlaw sollte eine hundertprozentige pro-israelische Politik verfolgen, riesige Geldsummen vom Internationalen Währungsfonds und den internationalen Banken leihen und Gesetze unterstützen, die Murdochs Medienmonopol garantierten und ihm und Oppenheimer in jedem Staat Australiens große Anzahl von Bergbaupachtrechten zusicherten. Whitlaw stimmte begeistert zu.
Murdoch, der mit seiner Kollegin Lady Fairfax – geborene Mary Simon –, ebenfalls Boss der australischen Medien, eng zusammenarbeitete, benutzte die Macht des Radio-, Fernseh- und Pressemonopols, um eine überzeugende Kampagne für Whitlaw zu führen, und er konnte ihn, alles andere glattwalzend, an die Macht bringen, was eine ehrfurchtgebietende Demonstration des Machtfaktors der Medien darstellte.

Die Euphorie über Whitlaws Wahl war kaum verklungen, als Murdoch berichtet wurde, daß Whitlaw seinen eigenen Public Relations zu glauben begann; das heißt, er fing an, seine Macht als Premierminister unabhängig von jenen, denen er verpflichtet war, auszuüben. Sofort fielen Murdoch und seine Mannschaft über Whitlaw her und verlangten, was er ihnen schuldete. Whitlaw weigerte sich, ihnen Zusicherungen zu machen, daß er sich an seine Abmachungen halten würde.
Whitlaw begann, sich sogar noch weiter von dem Programm zu entfernen. Er machte Annäherungsversuche bei den Arabern und weigerte sich, Murdoch und Oppenheimer Bergbaurechte zu bewilligen.

Für jene, die Whitlaws Wahl organisiert hatten, war solch ein »Verrat« nicht zu erwarten gewesen, besonders nicht von jemandem mit solch tadellosen linksgerichteten Referenzen. Er durfte auch nicht toleriert werden. Von heute auf morgen wendete sich das Medienkartell mit einer Heftigkeit gegen Whitlaw, die bis jetzt nur für Leute wie den Vorkriegspremierminister Jack Lang reserviert war.

Murdoch zog bei seiner Medienkampagne gegen Whitlaw alle Register. Er ließ sich jede Woche Skandale einfallen, und Whitlaws Kabinettsmitglieder wurden unerbittlich als »ungeschickt und korrupt« angegriffen.

Die Muskeln der Geldmentoren

Als es durch die Medienkampagne nicht gelang, Whitlaw aus seiner Position zu verdrängen, organisierte Murdoch zusammen mit dem Oppositionsführer, Malcom Fraser, dem Gewerkschaftsführer Hawke und dem königlichen Generalgouverneur, Whitlaw durch den Befehl »Ihrer Britannischen Majestät« hinauswerfen zu lassen.



Auch Edgar Bronfman aus der Schnaps-Dynastie und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses ist einer von Murdochs Finanziers.

Viele Australier hatten vergessen, daß der Monarch in England die Macht hat, gewählte Premierminister zu feuern. Das letzte Mal war das in den dreißiger Jahren geschehen, als die Presse und die internationalen Bankers Lang den Krieg erklärten. Wie Lang wurde auch Whitlaw von der Krone gefeuert.

Fraser wurde dann ernannt, als Premierminister in der Zwischenzeit bis zu der Wahl zu fungieren. Später wurde Murdochs langjähriger Freund Hawke schließlich für dieses Amt gewählt.

Hawke, nach dem in Israel ein Waldgebiet benannt worden ist, hat seitdem Australiens Interessen denen der Milliardärs-»Verergruppe« (Murdoch, Oppenheimer, Bronfman und Rothschild) untergeordnet. Das Medienkartell hat für ihn als eine Art sozialistischen Churchill geworben.

Murdochs erstes Eindringen in die amerikanische Politik geschah 1980 durch seine Unterstüt-

zung für Jimmy Carters erneuten Versuch der Nominierung. Die Bedingungen für diese Unterstützung sollten bei einem Lunch im Weißen Haus geregelt werden. Es wurde von Carter erwartet, daß er ein 290-Millionen-US-Dollar Darlehen mit niedrigen Zinsen von der US-Export-Import-Bank zusicherte, um Murdoch beim Kauf von 21 Boeing-Flugzeugen für seine australische Fluggesellschaft, Ansett Transport Industrien, der größten privaten Luftfahrtgesellschaft, zu helfen.

Das Darlehen wurde neun Tage nach dem Lunch im Weißen Haus garantiert. Eine spätere Untersuchung des Senats kritisierte die Bank, daß sie dem Druck nachgegeben hatte, dieses unkonventionelle Darlehen zu geben. Der Senat unternahm jedoch nichts gegen die Beteiligten.

Nachdem ihm das Darlehen zugesichert worden war, kniff Murdoch in Bezug auf die Abmachung mit Carter und gab anstatt dessen Reagan seine Unterstützung. Wegen Murdochs sozialistischem Engagement erzeugte die Unterstützung des antikommunistischen Reagan einige Verwunderung: »Wie konnte ein Mann, der eine Büste von Wladimir Lenin in seinem Büro stehen hat, seine Überzeugungen durch diese Unterstützung eines solchen Kandidaten miteinander in Einklang bringen?«

Murdoch beantwortete diese Frage, indem er Menachem Begins Feststellung vor einer Gruppe von Anhängern in New York umschrieb: »Kommunismus ist schlecht, wenn wir ihn nicht leiten, aber er ist gut, wenn wir ihn leiten. Dasselbe gilt für Anti-Kommunismus.«

Hetzen zum dritten Durchgang

Murdochs Verwandlung in einen fahnenschwenkenden Konservativen, die durch die redaktionelle Einstellung seiner Zeitungen zum Ausdruck kommt, zeigt eine tiefe und weitverbreitete, von seinen Gönnern Oppenheimer, Brofman und Rothschild geteilte Angst: der allmähliche Machtverlust ihrer Gruppe, der alten bolschewistischen »guten Kommunisten«, in der UdSSR. »Schlechte Kommunisten« sind jene, die sich weigern, Befehle von den internationalen Banken, von Oppenheimer und von Lenins altem Gönner, Armand Hammer, anzunehmen.

Der Kampf verläuft für die mit dem Westen verbundenen Kommunisten, die jetzt in der UdSSR praktisch im Belagerungszustand regieren, nicht sehr gut. Die internationalen Banken und ihre Verbündeten in Washington und anderen Hauptstädten haben die nationalistischen Elemente in der sowjetischen Regierung schon davor gewarnt, daß es zum Krieg kommen würde, wenn sie weiterhin an Macht gewönnen. Die Internationalisten befürchten schon lange solch eine Eventualität und sind darauf vorbereitet.

Das Murdoch-Phänomen ist ein wichtiger Teil dieser Vorbereitungen. Wie sein Mentor, der kriegshetzerische Lord Beaverbrook, dessen Medienmanipulationen dazu beitrugen, die englische öffentliche Meinung umzustimmen um in den Krieg einzutreten, der zum Zweiten Weltkrieg wurde, hatte auch Murdoch die Rolle übernommen, die öffentliche Meinung auf drei Kontinenten in Richtung eines dritten Weltkrieges aufzuhetzen, wenn die Internationalisten es für notwendig halten, die widerspenstigen Sowjets auf die gleiche Linie zu bringen.

Ein in Moskau arbeitender amerikanischer Diplomat sagt: »Es ist hier bekannt, daß bei einer Übernahme des Kremls durch die russischen Nationalisten die Murdoch-Presse und andere kontrollierte Medien alles tun werden, um den Westen in einen Krieg gegen dieses Land (die UdSSR) zu treiben.«

Murdoch, dessen vereinigte Medienunternehmen sozusagen jeden in Amerika, Kanada, Europa und Australien erreichen können, erwartet die Befehle seiner Chefs.

Ein bekannter US-Politiker soll gesagt haben: »Es ist höchst ironisch, daß der Marxist Murdoch ausgewählt wurde, all die äußerst begeisterten Anti-Kommunisten endlich zum ›Kampf gegen die Kommunisten‹ zusammenzurufen, außer, daß natürlich in diesem Fall die ›Kommunisten‹ zufällig Nationalisten sind.« □



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Alfred König, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg
Vertriebsleiter: Ferdinand C. Mentzen.

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

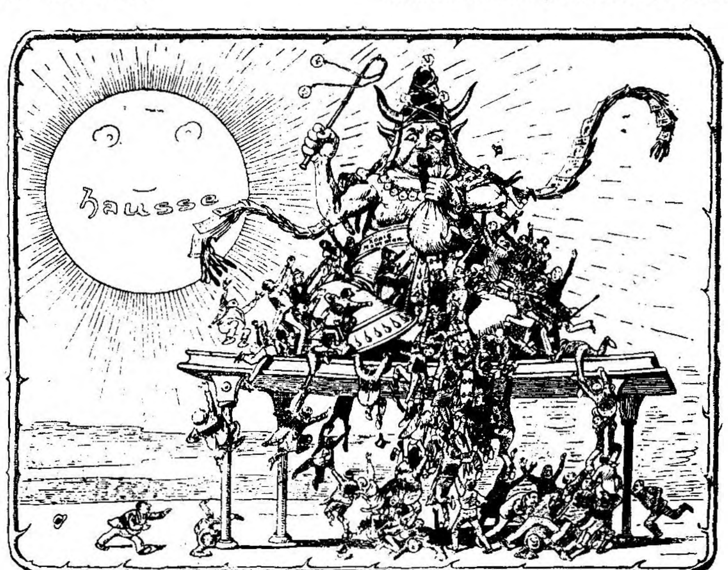
Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. August 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Desorientierung in Japan

C. Gordon Tether

Das Spektakulärste an dem kürzlichen Rutsch auf dem japanischen Börsenmarkt ist das fast völlige Nichtvorhandensein einer »Domino-Wirkung« auf Börsenmärkte anderswo in der Welt.

Anfang dieses Jahres standen die Preise des japanischen Aktienmarktes, auf Dollar-Basis gemessen, etwa 50 Prozent höher als die Tiefstände des vergangenen Jahres. Sie schnitten daher wesentlich besser ab, als die Preise in der Welt als Ganzes gesehen, wobei der durchschnittliche Gewinn in den Vereinigten Staaten fast 20 Prozent betrug. Japans Wirtschaftsglück nahm jedoch über den betreffenden Zeitraum hinweg in verschiedene Richtungen eine Wende zum Schlechteren.



Keine Wirkung auf andere Märkte

So sah es ganz danach aus, als ob die Struktur der japanischen Börse übermäßig ausgeweitet worden ist.

Dies ist die Schlußfolgerung, zu der die japanische Finanzwelt im März dieses Jahres nachträglich gekommen zu sein scheint. Die Angebot-Nachfrage-Situation änderte sich dann auf dramatische Weise. Innerhalb des Zeitraums von ein paar Wochen schrumpfte der Wert der japanischen Aktie im Schnitt um etwa 40 Prozent im Vergleich zu den hohen Niveaus, die noch ein paar Wochen zuvor erreicht worden waren.

Als sich im Herbst 1987 an der Wall Street ein ähnlicher Einbruch vollzog, löste dies in den Aktienmärkte weltweit einen Sturz von fast den gleichen Proportionen aus. Es gab kaum einen Markt – nicht einmal in den Hartwährungsländern –, der diesem Vernichtungsschlag von 33 Prozent entging. Offensichtlich wird New York weltweit viel höher eingeschätzt als Tokio.

Man hätte erwarten können, daß dieser plötzliche Zusammenbruch auf dem Tokioer Aktienmarkt beträchtliche Rückwirkungen hervorrufen würde, da sich Japans Finanztätigkeiten im vergangenen Jahrzehnt weit in die Welt hinein ausgedehnt haben.

Eine solche Reaktion erwies sich jedoch als auffällig durch ihr Nichtvorhandensein. Einen Monat nach dem der Tokioer Rutsch begonnen hatten, standen die Aktienpreise auf anderen Märkten im Schnitt fast ganz genau dort, wo sie vor dem Tokioer Sturz gestanden hatten. Die Indexe für Wall Street und London wiesen Veränderungen von nicht mehr als ein Prozentpunkt oder so auf. Das Gleiche kann für fast alle anderen führenden Märkte gesagt werden.

Wie wir gesehen haben, gab es besondere Gründe für Tokios Ansatz eines Nervenschocks. Und doch ist die Tatsache, daß dieser sich nicht auf die Außenwelt übertrug, bemerkenswert.

Erfahrungen aus dem Börsenkrach von 1987

Dies scheint zu bedeuten, daß die Aktienmarktbetreiber nicht mehr dazu bereit sind – wie sie es zur Zeit des Zusammenbruchs an der Wall Street von 1987 waren –, aus dem Verhalten anderer Zentren ihre Schlüsse zu ziehen.

Dies wirkt sich ganz zum Guten aus. Grob gesagt, sollte der Kurs der Aktienmarktpreise durch die Gestaltung der Umstände bestimmt werden, unter denen die Firmen mit den betreffenden Aktien funktionieren

Die Internationalisierung der Finanztätigkeit in den letzten Jahrzehnten bedeutet zwar unvermeidlich, daß das Verhältnis Angebot zur Nachfrage auf jedem Markt jetzt mehr durch ausländische Meinungen beeinflußt wird. Aber eine Situation in der jede Entscheidung, die auf einem Markt getroffen werden, einen fast totalen Widerhall in anderen findet – was bei dem Börsensturz von 1987 geschah – ist nachweislich absurd.

Die stillschweigende Folge der Nichteraktion auf den Tokioer Umsturz ist, daß die Welt jetzt genügend Erfahrung über eine internationale Zusammensetzung des Aktienmarktes hat, um dies erkennen zu können.

Nachdem dies gesagt ist, wäre es gut, darauf hinzuweisen, daß, obwohl sie soviel weniger dramatischer war als man hätte erwarten können, die Reaktion der Märkte anderer Länder auf den Tokioer Sturz eine Botschaft für Geldanleger enthalten könnte.

Eine stille Euphorie charakterisierte die Börsenszene, seitdem sie sich völlig von dem Erdrutsch von 1987 erholt hatte. In Dollar ausgedrückt, lagen die Preise auf den Aktienmärkten der Welt am Vorabend des japanischen Börsenkrachs etwa 15 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Es schien alles darauf hinzudeuten, daß der Vormarsch sich weitgehend im gleichen Tempo fortsetzen werde, in Anbetracht der Tatsache, daß der Weltwirtschaftsausblick rosig zu sein schien.

Der japanische Umbruch unterbrach die Aufwärtsbewegung, woraus hervorging, daß er weltweit ein Umdenken über den Ausblick für Aktien ringsumher ausgelöst hatte. Es ist nicht schwierig solch eine Neueinschätzung zu rechtfertigen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Japan während des größten Zeitraums der achtziger Jahre ein Hauptantriebsmotor des Wachstums gewesen ist. Es ist nicht nur so, daß das Land viel schnellere Wachstumsraten als andere führende Industriestaaten hervorgebracht hat.

Japans Geld spielt eine wichtige Rolle

Japans wirtschaftlicher Erfolg hat dazu geführt, daß japanisches Geld bei der Anheizung der Investitionstätigkeit in anderen Teilen der Welt – nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten– eine immer größere Rolle spielt.

Die Desorientierung der japanischen Wirtschaftszene, die hinter ihrem Börsensturz liegt, ist daher eine Entwicklung, die über die Weltwirtschaftsszene einen beträchtlichen Schatten wirft.

Gekoppelt mit der wachsenden Popularität inflationsbekämpfender Programme in aller Welt, könnte dies sehr wohl bedeuten, daß wir in eine Periode eintreten, in der Expansion weit gedämpfter sein wird.

Es mag weniger Rechtfertigung dafür geben, als das bislang der Fall war, für Befürchtungen, daß Aktien durch Ergebnisse in anderen Ländern in eine Abwärtsspirale geschleudert werden. Geldanleger könnten jedoch erleben, daß an Kapitalgewinne an der Inlandsfront jetzt viel schwieriger heranzukommen ist. □

Frankreich

Die Nationalisten und das Establishment

John Stewart

Während sich die Massenmedien der Welt auf die Veränderungen in Osteuropa konzentrieren, sind sie bemerkenswert schweigsam über die Ereignisse, die derzeit Frankreich auf den Kopf stellen. Denn während die sowjetischen Satelliten dazu gezwungen werden, die kommunistische Tyrannei gegen die Herrschaft der Globalisten, der Verfechter des Eine-Welt-Gedankens und der Weltregierung, auszutauschen, wird in Frankreich eine gigantische Schlacht ausgefochten, in der versucht werden soll, beide Übel ein für alle Mal zu beseitigen.

In den letzten 200 Jahren stand Frankreich unter der Herrschaft eines völkermordenden Establishments und dessen Erben. Diese Elite machte 1792 die Massentötung von Zweidrittel der Bevölkerung des Landes, das sie gerade übernommen hatte, zu ihrer Politik. Der von diesen degenerierten Aristokraten, wütenden bürgerlichen »Intellektuellen« und internationalen Bankers ausgesandte Mob ermorderte Millionen von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern unter Einsatz von Guillotinen, Erschießungskommandos und Massenertränken mit Hilfe von eigens dazu hergerichteten Lastkähnen. Bauern, die man in Scheunen und Kirchen trieb, die dann in Flammen gesetzt wurden, starben. Kinder wurden gekreuzigt, indem man sie an die Scheunentore nagelte. Diese Grausamkeiten dienten als warnende Beispiele für alle, die sich die glorreiche Französische Revolution nicht so gerne zu eigen machen wollten.

Man nennt es Befreiung der Menschen

Die Seidenhandschuhe und Perücke tragenden gepuderten Revolutionäre – die Trotzkijs, Swerdlows und Pol Pots der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts – und ihre Finanzhintermänner, weit davon entfernt, ebenso in Bausch und Bogen verdammt und verurteilt zu werden wie ihre Gegenstücke unserer Zeit, sind in den letzten 200 Jahren in den Geschichtsbüchern des Establishments als Nationalhelden gefeiert worden. In der Tat scheint jede zweite Straße in Paris den Namen eines am Völkermord Schuldigen zu tragen.

Jedes Jahr verschwendet das französische Establishment mit vollen Händen das Geld des Steuerzahlers, um das Abschlachten der »Feinde« der Revolution zu feiern. In echter Orwellscher Manier redet man von dieser Orgie des Blutvergießens als Befreiung der Menschen zu Demokratie und Fortschritt. Die traurige Wahrheit ist natürlich, daß das Establishment nicht nur Millionen in den Tod geschickt hat, sondern auch ein sich selbst verewigendes System der Tyrannei über jene, die das Blutbad überlebten und deren Nachkommen, eingeführt hat.

Unter dem Banner der Menschenrechte

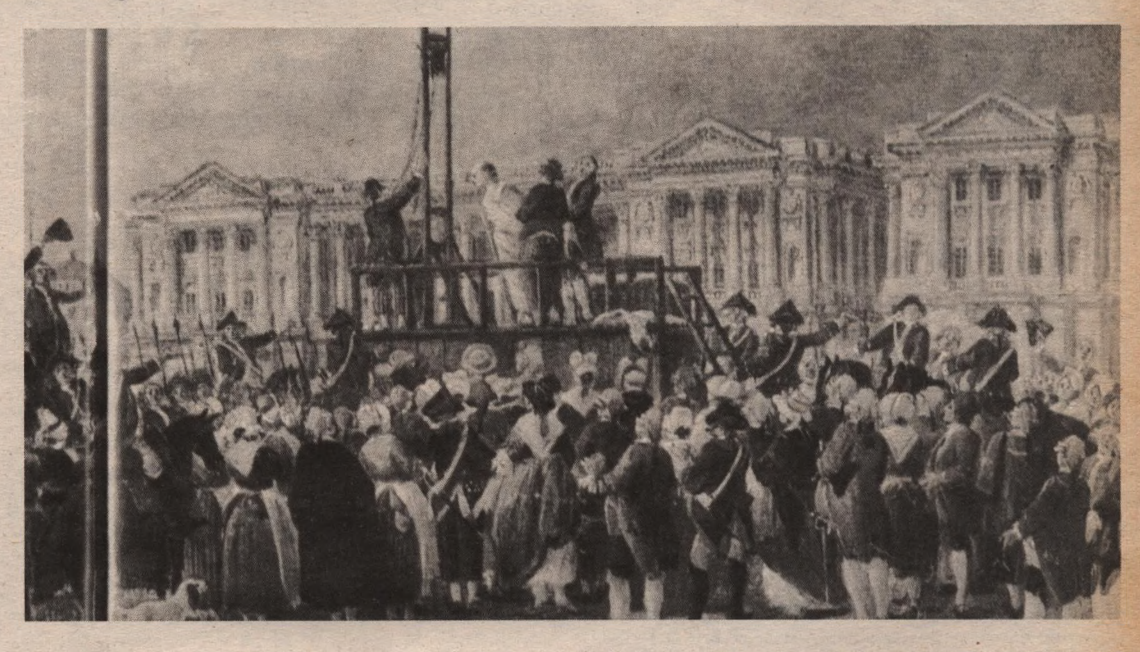
Unter dem Banner der »Menschenrechte« wurde eine allmächtige Polizeimacht geschaffen, die darauf programmiert war, die völkermordende Macht des Establishments zu erweitern. Allgemeine und zwangsweise Einberufung zum Militär – bis dahin in der Welt unbekannt – wurde eingeführt und verlieh dem Staat die Macht, soviele Franzosen zusammenzutreiben, wie sie als Kanonenfutter in den Kriegen benötigt wurden, die das Establishment zu führen geruhte. Auf diese Weise kamen 12 Millionen elendig um.

Unter dem Banner der »Gleichheit« sicherte sich die neue Elite Privilegien für sich selbst und ihre Finanzhintermänner, indem es jedem französischen Patrioten verwehrt wurde, irgendeine Position der Macht zu erringen. In den letzten 200 Jahren wurde die Befehlsgewalt oder Autorität über ein Patronatssystem und eine korrupte Bürokratie von dem Erben eines Mitgliedes des Establishments auf den nächsten übertragen.

So war eine verhältnismäßig kleine Handvoll von franzosenfeindlichen Massenmördern in der Lage, über die Mehrheit des Volkes zu herrschen, einzig und allein zum Wohle eines zerstörerischen Establishments.

Säuberung von allem Nationalen

Falls jemand glaubt, daß die Zeit vielleicht die Ziele der französischen Revolutionäre gemildert hätte, dann sprechen die Beweise eine andere Sprache. Abgesehen daß Millionen von Menschen in den beiden Weltkriegen des Establishments einfach ausgelöscht wurden, fand nach dem Zweiten Weltkrieg der Massenord an mehr als einer Million französischer Bürger durch ihre eigene Regierung statt. Sie wurden summarisch in den Tod geschickt unter dem Vorwand, daß sie mit den Besatzungsmächten »kollaboriert« hätten. In Wirklichkeit wurden diese unschuldigen Männer, Frauen und Kinder – sogar Kinger unter der Anklage der Kollaboration vor die Erschießungskommandos – hingerichtet als Teil des fortdauernden Völkermords und der »Säuberung« von allen nationalen Elementen in Frankreich.



Die Arbeit der Guillotine auf dem Place de la Révolution diente dem brutalen Vergnügen der Schaulustigen.

Im Lichte des institutionalisierten Abschlachtens und der Unterdrückung beginnt eine Mehrheit des französischen Volkes sich endlich über ihre latente Kraft

Frankreich

Die Nationalisten und das Establishment

zur Wiedererlangung der Macht klar zu werden.
Die Menschen wachen langsam von dem 200 Jahre alten Alpdruck des Mordes an Millionen, des Losreißens der Seele und der eigentlichen Bestimmung Frankreichs und Auslöschung seiner Geschichte auf. Die Geschichtsbücher des Establishments beseitigen in einem Kapitel abwertend 2.000 Jahre französischer Geschichte, und das übrige wird den Revolutionären und deren Erben gewidmet. Die Menschen raffen sich unerbittlich im »vordersten Graben« zu einem wahrhaftigen Überlebenskampf des Volkes auf. Sie gehen jetzt ihren Herren und Folterknechten direkt an den Kragen.

Es steht viel auf dem Spiel

Es steht in diesem Kampf der Habenichtse gegen ein seit zwei Jahrhunderten fest im Sattel sitzendes Establishment sehr viel auf dem Spiel. Die Menschen müssen darum ringen, wenn sie die Gier, das Mißmanagement und die Arroganz der Behörden, die den gewöhnlichen Bürger fast aus dem Dasein verdrängt hat, abschütteln wollen.

Getreu ihrer Politik, die traditionelle Bevölkerung Frankreichs mit allen Mitteln auszuschalten, hat das Establishment seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine wahrhaftige Invasion von Nordafrikanern und Menschen aus anderen Teilen der Dritten Welt organisiert. Diese vom Staat geförderte Verwässerung des Grundstocks des französischen Volkes kam der Elite dadurch sehr gelegen, weil billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen und andererseits wurde der Konflikt mit der immer unzufriedener werdenden in Frankreich gebürtigen Bevölkerung geschürt.

Das Establishment hat diesen Konflikt zum Vorwand genommen, um eine Reihe von drastischen »anti-rassistischen« Gesetzen zu erlassen, die darauf abgestimmt sind, alle Formen der Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Invasion aus Nordafrika und der dafür verantwortlichen Regierungspolitik zu unterdrücken.

Solche Gesetze würden es zu einem mit Freiheitsstrafe bedrohten Vergehen machen, die Bevölkerungsverschiebung und die Auswirkungen, die sie auf die Rechte und das Wohlergehen der im Lande geborenen Franzosen gehabt hat, auch nur öffentlich zu kritisieren. Die Gesetzesentwürfe sind so weitgefaßt, daß die Polizei ermächtigt werden soll, Bürger einzig und allein auf Geheiß der Regierung oder der selbsternannten »Denunzianten« festzunehmen.

Eine wahre Armee dieser »antirassistischen« Petzer schwärmt zur Zeit kreuz und quer durch Frankreich aus, um auf »gehässige Bemerkungen« der Bürger zu achten und diese zu melden.

Zeitungen könnten strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie die Geburtsorte von verurteilten Mördern bekanntgeben, denn dies könnte irgendwie ihren Lesern einen »Rassismus« inspirieren.

Die Diktatur einer anonymen Bürokratie

Zu den noch ärgerlicheren Affronts gegen die einheimische Bevölkerung Frankreichs gehört die Vorzugsbehandlung, die den Millionen von Ausländern, die in das Land eingeschleust wurden, zuteil wird. Während im Lande geborene französische Bürger von KGB-artigen Schnüfflern belästigt werden, stehen sie obendrein auf allen Ebenen ihres täglichen Lebens unter dem Daumen einer riesigen diktatorischen und gesichtslosen Bürokratie.

Den »Invasoren«, wie die Nordafrikaner und andere Einwanderer in Frankreich genannt werden, kommen verschwenderisch ausgeteilte Zuwendungen aus den öffentlichen Händen, die den widerstrebenden Steuerzahlern aus der Tasche gezogen werden, zugute. Die Einwanderer erhalten bei ihrem Eintreffen in Frankreich automatisch großzügige staatliche Wohnungsbeschaffungszuschüsse und genügend andere Beihilfen, damit sie sich bequem niederlassen können, ohne als Gegenleistung dafür harte Tagesarbeit verrichten zu müssen.

Obwohl die Regierung eigentlich beabsichtigt hatte, billige Arbeitskräfte für ihre reichen, liberalen Sponsoren herbeizuschaffen, werden die Nordafrikaner jetzt einzig und allein zu dem Zweck ins Land geholt, um eine neue Wählerschaft zu schaffen, die an die Stelle der einheimischen französischen Wähler treten soll, die den politischen Parteien des Establishments in hellen Scharen davonlaufen.

Übertriebene Sozialleistungen für die Zuwanderer

Da das französische Establishment glaubt, daß es nichts zu verlieren hat, wenn es gegenüber der einheimischen Bevölkerung derartige Unterschiede macht, hat es seine Großzügigkeit gegenüber den Fremden Zug um Zug weiter ausgedehnt. Die Regierung ermutigt Nordafrikaner aktiv dazu, große Familien zu haben, dadurch, daß sie bei jeder Neugeburt beträchtliche Zuschüsse austeilt. Da die islamische Religion, zu der sich die meisten dieser zugewanderten Menschen bekennen, Geburtenverhütung und Abtreibung verbietet und einem Mann gestattet, gleichzeitig mit vier Frauen verheiratet zu sein – und so viele Konkubinen zu haben, wie er mag –, ist es gang und gebe, daß solche Ehemänner 20, 30 oder noch mehr Kinder haben, wahrhaftige »Bargeldkühe«, die ihnen jährlich hunderttausende von Franc einbringen.

Außerdem gewährt die französische Regierung den Afrikanern öffentlichen Transport zum Nulltarif, kostenlose ärztliche und zahnärztliche Versorgung, Urlaubsgelderstattung, so daß sie einmal im Jahr in ihr Herkunftsland reisen können, und eine Armee von Sozialarbeitern steht zur Verfügung, die sich um alle anderen Bedürfnisse der Einwanderer kümmern.

Als Gegenleistung für diese Wohlfahrtsvergünstigungen müssen die Neuankömmlinge dadurch ihre Dankbarkeit erweisen, daß sie eine der weitgehend austauschbaren Parteien des Establishments: Kommunisten, Sozialisten oder Gaullisten wählen. Sie müssen auch bei »antirassistischen« Märschen auf die Straße gehen, wann immer die Regierung dies wünscht, und Beschwerden wegen »Rassismus« unterzeichnen, so daß die Staatsanwälte gegen die einheimische Bevölkerung in Aktion treten können.

Kinder werden den Eltern entzogen

In scharfem Kontrast zu der regierungsseitigen Bekräftigung der unbeschränkten Zeugung durch Afrikaner wird für die einheimische Bevölkerung eine erbarmungslose Abtreibungspolitik betrieben, die fast der im kommunistischen China erzwungenen gleichkommt. Die Regierung ermutigt und drängt häufig sogar gebürtige Französinnen zur Abtreibung auf Verlangen – natürlich kostenlos.

Beamtete Lehrer halten sogar Vor-Teenager dazu an, sich von der elterlichen »Unterdrückung« zu befreien und freie sexuelle Beziehungen einzugehen.

Als Folge davon stehen stets Sozialarbeiter zur Verfügung, um Verhütungsmittel auszuhändigen oder Abtreibungen in die Wege zu leiten, wenn Jugendliche unvermeidlich schwanger werden. Dazu gehört auch die neue »Abtreibungspille«, die französische Hersteller auf Geheiß der Regierung produzieren mußten. Schüler werden von ihren Schulberatern und Sozialarbeitern angewiesen, es abzulehnen, ihre sexuellen Tätigkeiten mit ihren Eltern zu besprechen, da diese »in der Sozialwissenschaft unausgebildet« sind. Somit betreibt die Regierung offen eine Politik, die Kinder ihren Eltern entfremdet.

Andere Bereiche des vom Establishments betriebenen, mit Steuergeldern finanzierten Aktivismus sind die unermüdliche Förderung der Homosexualität, Pornografie und der ausgedehnten Entartung. Sage und schreibe Milliarden von Franc sind in den vergangenen fünfzehn Jahren ausgegeben worden, um architektonische Mißbildungen zu errichten und sexuell ausgerichtete Kunst, Musik und Literatur und absurde, aber nichtsdestoweniger kostspielige »Kulturereignisse« so wie sie am 14. Juli vergangenen Jahrse während der

Feierlichkeiten anläßlich der Französischen Revolution stattfanden, zu finanzieren. Ein Heer von Regierungsbürokraten unter dem Kommando des homosexuellen Kultusministers Jack Lang hat praktisch einen Blankoscheck bekommen, um die Steuergelder so auszugeben, wie sie es für richtig halten. So erleben die schwer unter Druck stehenden französischen Steuerzahler, wie ihr Geld verwendet wird, nicht um die Kultur zu fördern, sondern um sie zu zerstören. Sie haben es dabei mit einer homosexuellen Mafia zu tun, die dreist auf ihre Kosten ein ausschweifendes Leben führt.

Doch als ob dies noch nicht genug wäre, die Franzosen wurden vom Establishment auch gezwungen, ihr Land dem Diktat der internationalen Banken, den Trilateralen und den Zionisten unterzuordnen. Doppelte Loyalität ist für jeden der innerhalb der sozialistischen oder gaullistischen Regierung irgend eine Förderung anstrebt ein Befehl.

Das Bild des idealen Franzosen

Es wurde einmal gescherzt, der ideale Mensch der Renaissance des Establishments sei ein nicht weißer, jüdischer, marxistischer Homosexueller.

Und was keineswegs überraschend ist, eine solche Kreatur namens Harlem Desire ist tatsächlich in Erscheinung getreten.

Aus Westindien stammend, wurde Desire von der sozialistischen Regierung zum großen Inquisitoren ernannt, der alle »Rassisten« fassen und strafrechtlich verfolgen soll. Da er sofort ein Liebling der Medien war, wurde Desire unbegrenter Platz in Zeitungen sowie Rundfunk- und Fernsehzeit eingeräumt, damit er seine weißen- und franzosenfeindlichen Haßergüsse ausspielen kann.

Und was noch bedeutsamer ist, die Regierung hat seine antirassistische Organisation, als »SOS-Racism« bekannt, verschwenderisch subventioniert, so daß sie ihr bei ihrer Kampagne, jeden den das Establishment nicht mag zu belästigen, hilfreich zur Seite stehen kann. Aber unerwarteterweise hat Desires bösartige und haßerfüllte Hexenjagd gegen Bürger, die versucht haben, die ihnen theoretisch garantierte Freiheit der Meinungsäußerung auch auszuüben, unter der Bevölkerung Rückwirkungen ausgelöst.

Es bedarf des öfteren solcher Handlungen des gewaltigen Hasses und der Arroganz, um ein am Boden liegendes Volk aufzurütteln. Die Franzosen scheinen endlich die Nase voll zu haben von dieser Non-Stop-Korruption und Unterdrückung seitens der Regierung, die dazu geführt haben, daß sie ihr eigenes Land, ihre Kultur und ihre Zivilisation verloren haben.

Ein Tummelplatz für Fremde

Frankreich war vor zwei Jahrhunderten das reichste, stärkste und bevölkerungsreichste Land in Europa, als es eine Armee und eine Flotte hinausschickte, um an der Seite von George Washington zu kämpfen und somit die amerikanische Unabhängigkeit mit herbeiführte. Aber es ist seitdem auf einen drittrangigen Status herabgesunken, ohne Souveränität, fremden Interessen untergeordnet und zum Tummelplatz von Millionen von fremdartigen Menschen geworden, die gar kein Interesse daran haben, sich zu assimilieren.

1776 hatte Frankreich mehr Menschen als Rußland und war das wohlhabendste Land in der zivilisierten Welt. 1990, nach 200 Jahren der Herrschaft von verrückten Genies, trägt Frankreichs Bevölkerung von 50 Millionen die Last von 5,5 Millionen amtlich registrierten Fremden und weiteren zwei Millionen, die illegal in das Land eingeströmt sind.

Nicht nur wurden die nationalen Interessen der Franzosen denen internationaler Banker untergeordnet, sondern viele Teile des französischen Territoriums sind buchstäblich an Ausländer ausgeliefert worden. In Städten wie Paris, Marseille und Lyon befinden sich ganze Distrikte völlig in der Gewalt von Nordafrikanern.

Die Zustände sind so, daß die französische Polizei die algerischen diplomatischen Vertreter in Frankreich darum bitten muß, für freies Geleit zu sorgen, so daß Beamte in die betreffenden Stadtviertel hineingehen können, verdächtige Verbrecher dingfest zu machen. Oft, besonders wenn es sich bei den auf der Fahndungsliste stehenden um Algerier handelt, wird die Erlaubnis, die Distrikte zu betreten, kurz und bündig zurückgewiesen und der Fall muß zu den Akten gelegt werden.

Indessen geht aus statistischen Zahlen des Versicherungswesens hervor, daß in 86 Prozent aller Häuser und Appartments in Paris und Marseille durchschnittlich zweimal im Jahr eingebrochen wird. Lediglich zwei Prozent der Diebe werden jemals festgenommen. Was nicht überraschend ist, die Wohnungen, die nicht verwüstet werden, sind die komfortablen Behausungen der kommunistischen, sozialdemokratischen und gaullistischen Elite, denen Polizeischutz rund um die Uhr gewährt wird.

Die Rolle Le Pens

Am Beginn der vom Establishment geförderten Invasion von Einwanderern vor 30 Jahren tauchte ein Mann auf, um sich der tödlichen Gefahr des Verlustes seines eigenen Landes als Folge der gesellschaftlichen Umtriebe seiner Regierung entgegenzustellen. Sein Name ist Jean-Marie Le Pen, der Sohn eines Fischers aus der Bretagne, einer der letzten Nachkommen jener keltischen Krieger, die seinerzeit tapfer gegen die römische Invasion kämpften.

In den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts war die Bretagne zur völligen Zerstörung vorgesehen und der Brutalität des für die Kelten, Frankreichs Urbevölkerung, geplanten Völkermords ausgesetzt. Zwei Jahrhunderte lang wurde die Bretagne isoliert und in einer gesellschaftlichen Quarantäne gehalten. Ihre Menschen wurden von den reichen Liberalen des Establishments als »dumm wie Esel«, »faul«, »Trunkenbolde«, »Reaktionäre« verhöhnt.

Gegen diese Einstellung mußte Le Pen, der bei einem terroristischen Angriff auf seine Person ein Auge verlor, ankämpfen – sich dem institutionalisierten Haß des Establishments gegen ihn und seine Anhänger entgegenstemmen. Tief eingegraben in dem Bewußtsein der Kelten der Bretagne sind die Erfahrungen, schon mehrmals ein Land nacheinander an die Römer, die Franken, die Hunnen, die Normannen und die Mauren verloren zu haben.

Irgendwie gelang es ihnen immer wieder irgendwie zu überleben, sich an der Halbinsel Bretagne im äußersten Westen Frankreichs festzuklammern. Das Schicksal der Helgoländer kommt einem hierbei ins Gedächtnis. Le Pen will Frankreich nicht noch einmal verlieren.

Le Pen verlor seinen Vater im Zweiten Weltkrieg und wurde unter Vormundschaft des Staates gestellt. Im Gegensatz zu der von den reichen Liberalen verbreiteten Story, zeichnete sich Le Pen als Student aus und verschaffte sich die Achtung seiner Kommilitonen an der Universität. Er nahm an den Kriegen seines Landes, die es nicht gewinnen konnte, in Indochina und Algerien teil, und er sah wie viele seiner Kameraden nicht so sehr durch das Feuer des Feindes als vielmehr durch Verrat der französischen Regierung ums Leben kamen.

Rassismus gegen das eigene Volk

Verrat und Treuebruch war nämlich alles was Le Pen durch das Establishment erlebt hat. In den letzten 45 Jahren erlebte das Land eine ununterbrochene Kette der schlimmsten und massivsten Finanzskandale der französischen Geschichte. Jedesmal waren hochstehende Bürokraten und Politiker daran beteiligt, denen aber immer, kurz bevor sie verurteilt werden sollten, Begnadigung zuteil wurde.
In dem jüngsten Skandal ist François Mitterands rechte Hand, Christian Nucci, ein sozialistischer Millionär und Kabinettsminister, verwickelt, der zusammen mit 36 Mitgliedern der Nationalversammlung des Betruges und der Unterschlagung im Amt von Millionen Franc angeklagt wurde. Kurz bevor der Prozeß beginnen sollte, wurde der Bande jedoch durch ein offensichtlich unter Druck stehendes Berufungsgericht Amnestie gewährt. □

Frankreich

Haß gegen Le Pen

John Stewart

Die französische Regierung und die Nachrichtenmedien haben sich in zynischer Weise die Schändung eines jüdischen Grabmals in Carpentras, Frankreich, als Peitsche zunutze gemacht, um damit Haß gegen den Vorsitzenden der Front National, Jean-Marie Le Pen, der den Vorfall als Provokation und abgekartetes Spiel brandmarkte, zu schüren.

Le Pens Partei, die Front National, ist die einzige in den letzten Monaten in Frankreich gewesen, die eine Steigerung im Ansehen der öffentlichen Meinung verzeichnen konnte.

Eine landesweite Menschenjagd

Der französische Innenminister Pierre Joxe und andere hochrangige Minister der Regierung führten den Vorfall auf dem Friedhof auf einen Feldzug der Front National gegen die unbegrenzte Einwanderung von Nordafrikanern zurück, die von großzügigen regierungsseitigen Subventionen angelockt werden. Der kommunistische Parteichef George Marchais warnte düster vor einem »Gift des Hasses und des Antisemitismus, der die abscheuliche Vergangenheit des Nazi-Barbarismus wiederaufleben lasse«.

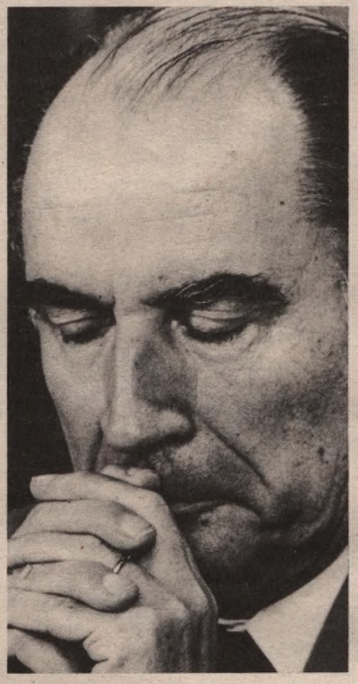
In Straßburg verkündeten Führer der Zionisten im Nachhinein, auf jüdischen Friedhöfen seien in den letzten Wochen etwa 20 Grabsteine umgeworfen worden, während in Paris die Polizei mitteilte, sie habe plötzlich neonazistische Graffitischmierereien auf verschiedenen Gebäuden in Rambouillet, einem Vorort der Hauptstadt, entdeckt.

Vor diesem Hintergrund veranstalteten die Behörden eine landesweite Menschenjagd unter Beteiligung von mehr als 5.000 Polizeibeamten, um Mitglieder der Front National festzunehmen, die angeblich die Friedhofsschändungen vom 11. Mai dieses Jahres begangen haben sollen.

Innerhalb von nur zwei Tagen posaunten die französischen Medien die Nachricht hinaus, daß eine Bande von »Haß-Verbrechern« festgenommen worden sei; sie seien als »Skinheads, die der Front National angehören«, identifiziert worden.

Mit weit weniger lautstarken Fanfarentönen wurden die Inhaftierten jedoch wegen Mangels an Beweisen oder gar eines Motivs schnell wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die zu Unrecht Verdächtigten sagten, sie werden die französische Regierung wegen widerrechtlicher Festnahmen, Verschwörung, Verletzung der Menschenrechte, Körperverletzung, Folter und Rassismus gegen Weiße verklagen.



François Mitterrand will Frankreich zu einer multikulturellen Gesellschaft wandeln durch Rassismus gegen das eigene Volk.

Ebenfalls kurzzeitig in Gewahrsam genommen wurde ein britischer Motorradfahrer, der an dem Friedhof vorbeigefahren sei, und der sich »verdächtig« gemacht habe.

Die Schändung war eine Fälschung

Le Pen hatte schon vorher seine Zweifel über die Friedhofsepisode zum Ausdruck gebracht und auf einer Pressekonferenz gesagt: »Die in Carpentras begangene gemeine Schändung von Grabstätten und Toten scheint mir unter Berücksichtigung der Umstände, wie auch der Reaktionen seitens des professionellen Antirassismus, eine Fälschung zu sein.«

Joxe wies Le Pens Behauptung, es handele sich um ein »politisches Komplott«, zurück und beschuldigte den patriotischen Politiker, »selbst ein Provokateur« und ein »Rassist« zu sein.

Nachdem aber ihre Bemühungen, das, was als die gemeinste antisemitische Handlung seit Jahren genannt wurde, Le Pen und der Front National anzuhängen, gescheitert waren, gaben die französischen Behörden plötzlich bekannt, sie seien auf der Suche nach neuen Verdächtigen: die »Muhammed el-Bukina-Brigade«, von der allerdings bislang noch niemand etwas gehört hatte.



Joseph Sitruk, oberster Rabbi Frankreichs, verurteilte die Vorfälle in Carpentras, die Auftakt für eine landweite Menschenjagd waren.

Islamische Religionsführer reagierten mit größter Empörung auf das, was sie anklagend als einen Versuch bezeichneten, den Vorfall auszubeuten, um Israels Mißhandlung von Palästinensern im Libanon und in den besetzten Gebieten zu verschleiern.

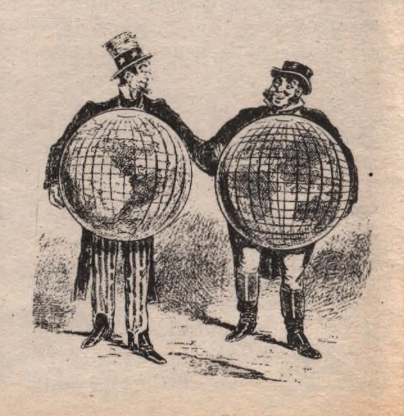
Die Franzosen hoffen auf Rettung

Le Pen, Verteidiger des Slogans »Frankreich den Franzosen«, als Meilenstein seines Widerstands gegen die uneingeschränkte Einwanderung, sagte, das Establishment bemühe sich verzweifelt, die wachsende Popularität der Front National ins Gegenteil zu verkehren.

Diese Theorie scheint durch eine kürzlich stattgefundene Meinungsumfrage des »Journal du Dimanche« bestätigt worden zu sein, aus der hervorging, daß 67 Prozent der Befragten die Ansicht vertreten, französische Politiker seien »eher unehrlich als nicht«.

Eine überwältigende Mehrheit der Befragten sagte, ihre Antwort beziehe sich gleichermaßen auf die Parteien, die bereits so lange die politische Macht in Frankreich in den Händen hätten.

Französische Wähler scheinen in der Botschaft Jean-Marie Le Pens und seiner Front National eine Hoffnung auf Rettung zu sehen. Seine Gegner schrecken daher offenbar vor nichts zurück, um ihn von der politischen Bühne in Frankreich zu verdrängen. □



Südafrika

Der geplante Zusammenbruch

Eduard Platzoeder

Es ist noch gar nicht so lange her, daß Südafrikas ökonomische Bedeutung und seine Führungsrolle im südlichen Afrika weltweit anerkannt wurde. Seine Wirtschaft war gesund und blühend, seine Währung stark und die South African Defenceforce (SADF) war die stärkste und meist respektierte militärische Macht in Afrika. Und heute? Die Wirtschaft ist unstabil und verzettelt, sein Ruf durch Lüge und Verleumdung auf das schwerste angeschlagen und seine Sicherheitskräfte nicht nur in ihrem Umfang beschnitten, sondern auch systematisch politischem Druck ausgesetzt. Die Straßen sind ungezügelten politischen Demonstrationen freigegeben, der geradezu aufgereizte Mob tyrannisiert auf barbarische Weise die schwarzen Townships und in den schwarzen »Homelands« sind gewaltsame Zerstörung an der Tagesordnung.

Während der Kommmunismus selbst bis hinein in sein Ursprungsland scheinbar in seiner schwersten Krise steckt und sich die davon betroffenen Völker von dem unmenschlichen System befreien wollen, wird die stalinistische Ideologie von den Radikalen der SAKP (Kommunistische Partei) hochgejubelt. Nelson Mandela und Walter Sisulu lassen keinen Zweifel an ihrem Willen, dem Land ein marxistisches Regime übelster Sorte aufzuzwingen.

Klare Sicht für die Hintergründe

Wie kam es zu einer solchen Situation? Jeder Südafrikaner gleich welcher Hautfarbe, hat das Recht auf Antwort zu dieser Frage, aber auch Völker außerhalb seiner Grenzen sollten die Hintergründe kennen, es könnte zu klarer Sicht im eigenen Bereich beitragen.

Während eine Reihe von Faktoren – die absurden, rachsüchtigen und ruinierenden, von den USA verhängten Sanktionen und Disinvestment, der »Kultur-Boykott«, die weitgehende Isolation, Kapitalflucht und eine regierende Partei, die die Nerven verloren hat – zu der politischen Katastrophe beigetragen haben, so stammt doch der Gesamtplan für das, was wir heute erleben, von zwei politisch sehr einflußreichen amerikanischen »Academics« in den frühen achtziger Jahren: Dr. Chester Crocker, später Reagans Assistent-Statesecretary for African Affairs – und Professor Samuel Huntington.
Beide waren und sind Mitglieder von David Rockefellers äußerst einflußreichen CFR (Council on Foreign Relations), Amerikas Hintergrund-Regierung. Beide arbeiten eng mit Henry Kissinger zusammen. Ihr Ziel ist politisch und strukturelle Veränderung Südafrikas, eingeschlossen die Machtübertragung auf die schwarze Majorität. Beide zeigten eine katastrophale Unkenntnis der afrikanischen Wirklichkeit und Mentalität.

Die südafrikanische Regierung und ihr Außenministerium lief in eine tödliche Falle, als sich sich willens zeigte, sich vom Ausland beraten zu lassen über mögliche Wege, das interne Dilemma zu lösen. Schließlich wurde die prekäre Situation durch niemand anderes ausgelöst als durch die USA-UdSSR-Allianz. Das gegenwärtige Geschehen macht in erschreckender Weise klar, welchem Ziel die Berater dienten. Es war klar vorauszusehen, daß Lösungsvorschläge dieser zwei Internationalisten ausschließlich dem Ziele des CFR dienen: der »New World Order«. Südafrika, wie Iran, Nicaragua und andere Staaten zuvor, soll Opfer auf dem Altar dieses lange verfolgten utopischen Traumes werden.



Südafrikas ehemaliger Präsident P. W. Botha verließ nach 44 Jahren die National-Partei, da sein Nachfolger den ANC und die Kommunistische Partei zuließ.

Für den politischen und sozialen Umsturz

Reagan wurde auf Chester Crokker aufmerksam durch einige Artikel über Afrika, besonders aber durch einen, der im Winter 1980/81 im CFR-Journal »Foreign Affairs« unter dem Titel »South Africa: A Strategy for Change« erschien. Für Südafrika sollte dieser Artikel in der Folgezeit verheerende Auswirkungen haben. Er propagierte eindeutig den politischen und sozialen Umsturz.

Im Folgenden Auszüge aus Chester Crockers Artikel: »Amerikas Interessen stehen auf dem Spiel. Grundziel ist eine Bevölkerung in Südafrika, mit der und durch die die USA ihre verschiedenen Interessen ohne Zwang, ohne Hindernis oder politischen Schaden verfolgen kann. Das (gegenwärtige) südafrikanische politische System hindert uns bei unseren Bestrebungen. Unser Ziel ist nicht zu erreichen ohne zweckvollen evolutionären Wandel zu einem Multi-Rassensystem. Amerikanische Interessen werden unweigerlich leiden, sollte ein solcher Wandel nicht eintreten. Entsprechender Druck muß der Hauptfaktor der amerikanischen Politik sein ...«

»Die Botha-Regierung hat sich zu einem moderaten Reformkurs bekannt, dessen endliches Ziel ziemlich unklar bleibt. Pragmatismus anstelle von Ideologie, aber mit welchem Ziel? Zu oft gilt unsere Aufmerksamkeit dem falschen Punkt, nämlich dem Endziel, anstelle dem Prozeß, der dorthin führt ...«

»P. W. Botha ist ein National-Partei-Politiker mit 44 Jahren Partei-Erfahrung und betrachtet sich selbst als Expert-Manipulierer des Partei-Apparates. Die vordringliche Frage für ihn und seine gleichdenkenden engen Mitarbeiter ist, wie sie das Afrikanertum umorganisieren und von Verwoerds Ideologie wegleiten können. Die Antwort liegt in dem Gebrauch der National-Partei und des Staatsapparates selbst als Instrument für die angestrebte Veränderung.«

Hindernis ist Südafrikas Westminster-System

Einer der bemerkensten Kommentare in dem CFR-Artikel Crockers: »Das größte Hindernis für Amerikas Ziel ist Südafrikas Westminster-System ...«

Warum? Wohl deshalb, daß unter diesem System die Wähler immer noch eine, wenn auch schmale Möglichkeit haben, ihre Meinung zu demonstrieren.

Südafrika

Der geplante Zusammenbruch

Aber weiter: »Reformer brauchen mehr Macht als Normal-Regierende. Die Haupthindernisse in Südafrika liegen innerhalb der National-Partei, dem Westminster-System und der Bürokratie. Botha weiß, daß sein Partei-Apparat kaum modern ausgebildet ist und außer der Partei-Arbeit nur über wenige besondere Fähigkeiten verfügt ... Die meisten erfolgreichen Afrikaner – in der Wirtschaft, in freien Berufen, im höheren Schul- un Universitätswesen oder im Staatsdienst – spielten selten eine Rolle in der Partei-Organisation. Diese rekrutiert sich mehr aus Kleinstadt-Advokaten, gescheiterten Geschäftsleuten, Schullehrern, Farmern, Kirchenleuten und Berufspolitikern. Botha ist nun in der Lage, politisch zuverlässige und verträgliche Leute in sein Kabinett zu holen, auch wenn diese nicht hart auf der Parteilinie liegen ...«

Dieses Problem hat sich weitgehend gelöst durch die Formung des mehr-rassischen »Presidents-Council«. Weiter heißt es:

»Die (weißen) Afrikaner müssen sehen, wie sie in Südafrika weiter über die Runden kommen, nachdem sie dann ein zweitesmal ein unterdrücktes Volk geworden sein werden ...«

»Es ist zu früh, um zu wissen, ob sich die Schwarzen zu Gewaltdemonstrationen größeren Ausmaßes entschließen, um die weiße Vorherrschaft herauszufordern, oder ob es sich überhaupt als notwendig erweist. Auf jeden Fall hat dabei Washington eine wichtige symbolische und erleichternde Rolle zu spielen ...«

Als Chester Crocker 1981 seine Arbeit im US-Außenministerium aufnahm, sprach sich Senator Jesse Jackson sehr deutlich gegen seine Berufung aus: »Seine (Crockers) Ansichten, das südliche Afrika betreffend, schließen ungerechtfertigte Unterstützung für das marxistische Umverteilungsprogramm Robert Mugabes ein, sowie die Einsetzung einer SWAPO-Regierung in Namibia (was inzwischen Tatsache wurde). Auf Dr. Savimbi, Angola, soll Druck ausgeübt werden, um seine anti-marxistische Bewegung einer Koalitionsregierung unterzuordnen ...«

Im Oktober 1981 erklärte Crokker im CFR: »Wir beabsichtigen nicht den Sturz irgendeiner afrikanischen Regierung ...«

US-Dollar für ANC-Aktivisten

Das ist, wie die Geschehnisse zeigten, absolut unwahr. Crocker war von Anbeginn bemüht, den Status quo in Südafrika zu beenden. Ein Congress-Testemony vom 12. März 1986 enthüllte Kuba, Libyen, Nordkorea und einigen Ostblockländern – nicht der Sowjetunion –. Während Crockers Amtszeit hat das amerikanische Außenministerium viele Millionen Doller an die ANC-Aktivisten-Organisationen innerhalb Südafrikas ausbezahlt.

Professor Samuel P. Huntington ist unter anderem Direktor des »Centre for International Affairs« (Harvard). Er wurde wiederholt als Berater ins US-Außenministerium gerufen. Huntington und »Pik« Botha, der später südafrikanischer Außenminister wurde, sahen sich häufig während P. Bothas Zeit als Südafrikas Botschafter in den USA.



Der ehemalige amerikanische Außenminister George Shultz wertet den bereits mutlos gewordenen ANC diplomatisch wieder auf.

seine wirkliche Marschrichtung. »Das Reagan-Gouvernment«, so sagte er, »bevorzugt ein schwarzes Mehrheitsgouvernment in Südafrika und betrachtet den ANC als ›Freedomfighters‹.«

Trotz wiederholten gegenteiligen Behauptungen tat und tut Crokker alles, um die südafrikanische Regierung zugunsten einer ANC-SACP-Alliance zum Sturz zu bringen. Er organisierte 1986 eine persönliche Aussprache zwischen Oliver Tambo und dem US-Außenminister George Shultz, um den bereits mutlos gewordenen ANC wieder diplomatisch aufzuwerten. Er setzte praktisch die Thatcher-Regierung unter Druck, sich dem Sanktionsfeldzug der USA gegen Südafrika anzuschließen. Und unter seiner Leitung wurde Südafrika als »kritische Nation« eingestuft, neben

1981 besuchte Huntington auf seine Einladung hin Südafrika, um bei der Formulierung des geplanten neuen Machtverteilungsplanes zu helfen. Er sprach am 17. September 1981 auf der Konferenz der »Political Science Association of S. A.«, die in der Rand Afrikaans University (RAU) stattfand. Der Text seiner Rede ist noch erhältlich. Sein Vortrag wurde Pflichtlektüre für Prime Minister P. W. Bothas engste Mitarbeiter. Einen Monat später behandelte Huntington sein Thema ausführlicher in einer geschlossenen Konferenz, der unter anderem Chris Heunis (später Minister of Constitutional Development) und Dr. Dennis Worral (später Botschafter in London, nach Rückkehr Co-Leiter der Demokratischen Partei) beiwohnten.

Die intensive Gehirnwäsche hatte zur Folge, daß die politische und naive Führungsschicht der Afrikaner in Huntington quasi den Retter aus dem Durcheinander sahen und kritiklos die von ihm vorgeschlagene Strategie adoptierten. Sie übersahen völlig, daß dieser »Berater« dem feindlichen Lager angehört, seine Ausführungen waren deutlich genug:

Südafrika wartet auf seinen Lenin

»In der gegenwärtigen Situation in Südafrika schlage ich ernstliche Überlegungen hinsichtlich einer Taktik und Reformstrategie vor, die vergleichbar ist mit Lenins Revolutionstaktik und Strategie.« Und später heißt es: »Eine bedeutungsvolle Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Geschlossenheit der Weißen, besonders der Afrikaner, in ihrem Willen, ihre Position zu erhalten.«

Diese Geschlossenheit ist inzwischen dank der Gehirnwäsche weitgehendst aufgesplittert.

Weiter heißt es: »Revolutionärer Aufruhr muß nicht unmittelbar selbst erfolgreich sein, um entscheidend wirksam zu werden, Aufruhr schafft genügend Unruhe, um die dominierenden Gruppe in ihrem Bemühungen, zu normalisieren, aufzusplittern ...«

In diesem Punkt ist der ANC bereits erfolgreich. Aber weiter: »Der fundamentale Wandel in Südafrika scheint gewissermaßen auf seinen ›Lenin‹ zu warten. Die Reformpolitik ist hier im Grunde genommen ein dreiteiliger Prozeß, in dem der Reformleiter einen Zweifronten-Krieg führt, nämlich gegen die konservativen Elemente und die Revolutionäre, während er gleichzeitig versuchen muß, seine Gegner zu verunsichern und zu spalten. Der Reformer benötigt weit höhere politische Fähigkeiten als die Revolutionäre. Er muß fähig sein, Vertrauen zu erringen und Charisma zeigen. Er muß seine Verbündeten und seine Feinde pausenlos von einem strittigen Punkt zum nächsten schieben, er muß dem unterschiedlichen Publikum verschiedene Botschaften geben und seine wirklichen Absichten hinter augenblicklicher Rhetorik verbergen.«

Eine sehr hintergründige Empfehlung Huntingtons: »Fortgesetztes Festhalten der Regierung an der Homeland-Politik werde es ihr erleichtern, eine Form politischer Repräsentation für die Farbigen und die Inder zu finden.

Das gab den Ausschlag für das Drei-Kammer-Parlament, das nur die Inder und die Farbigen einschließt, aber die Schwarzen nicht berücksichtigt. Für wahr ein prächtiger Nährboden für eine begreifliche Unzufriedenheit der Schwarzen und Grund für zunehmende Unruhe.
Huntington empfahl weiter als den aussichtsreichsten Weg für den Reformer eine Kombination von »Fabian-Strategie« und »Blitzkrieg-Taktik«. Offensichtlich machte Staatspräsident de Klerk eindrucksvollen Gebrauch von der »Blitzkrieg-Taktik«, als er ohne Beratung mit den Führern der politischen und Volksgruppen und auch ohne Vorwarnung am 2. Februar 1990 den ANC und die südafrikanische Kommunistische Partei als legal erklärte.

Dazu weiter: »Der Entwurf und die Einzelheiten der Reform müssen geheimgehalten werden und nur einer kleinen Gruppe absolut vertrauenswürdiger politischer Führungskräfte, deren Unterstützung wichtig ist, bekannt sein ...«

Das schrittweise Vorgehen

Tatsächlich wissen nur sehr wenige – am wenigsten die letztlich davon betroffenen Wähler –, was der Reformplan in seiner Gesamtheit enthält. Informiert ist jedenfalls Mandela, das amerikanische Außenministerium und England, die andere Seite unterliegt dauernden Täuschungsmanövern.

»Das schrittweise Vorgehen gibt den Reformern die Möglichkeit, die Besorgten und Konservativen durch Bagatellisieren der einzeln vorgeschlagenen Veränderungen zu beschwichtigen.«

Dann kommt etwas, was die Regierung unglücklicherweise mißachtete: »Der vielleicht wichtigste Punkt für eine in Reformprozesse verwickelte Regierung ist eine eigene starke Position. Wenn Reformen zugestanden werden unter Druck von innen oder außen – oder von beiden Richtungen, werden immer weitere Forderungen radikaler Gruppen folgen. Die Regierung wird unstabil, die Gegner werden stärker, die Forderungen extrem und gegenrevolutionäre Kräfte sind herausgefordert.«

Das aber beschreibt genau die gegenwärtige Situation. Mit erstaunlicher Voraussicht fährt Huntington fort:

»Gefahr für die Regierung und den Reformprozeß entsteht, wenn die Regierung die Kontrolle über gegenrevolutionäre Aktionen verliert, wenn bewaffnete Gruppen, paramilitärische Verbände, ausgeschiedene Mitglieder der Sicherheitspolizei das Gesetz in eigene Hände nehmen und beginnen, die revolutionären Gruppen auszuschalten ...«

Den dichten Vorhang aus aufgebauschten strittigen Kleinkram beiseitegeschoben zeigt sich der vernichtende Einfluß der internationalen Finanzmacht auf das südafrikanische politische System und auf alle Menschen, die dieses herrliche Land ihre Heimat nennen.



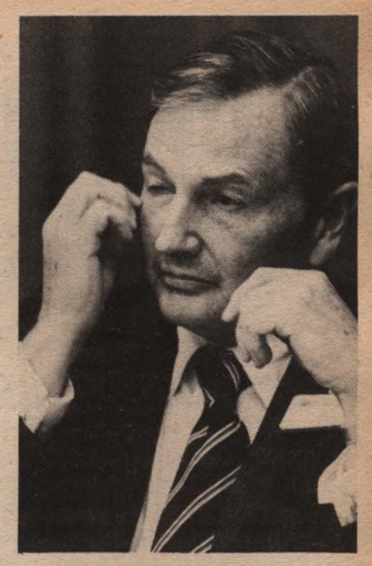
Südafrika ist eines der reichsten Länder der Erde und der größte Produzent von Edelmetallen und Mineralien wie Gold, Platin und Diamanten.

Zusammenfassend: Weder der schwarzen, der farbigen noch der weißen Bevölkerung wurde jemals die Möglichkeit gegeben, in vollem Umfang mit den Folgen der Crocker-Huntington-Politik und ihren Hintergründen auch nur einigermaßen vertraut zu werden oder rückhaltlos darüber zu diskutieren. Niemand erläuterte die Dinge ehrlich der breiten Wählerschaft. Die wenigen aber, die es verzweifelt versuchen, finden keinen Raum in der großen Medienlandschaft.

Die Crocker-Huntington-Politik versetzte die anti-kommunistischen Kräfte, und damit besonders auch große schwarze Bevölkerungsteile in einen Belagerungszustand. Was ist die Logik hinter dem Verrat an erfolgreichen antikommunistischen Kräften in Südwest-Namibia und Angola und ihrer Bekämpfung auch in Südafrika?

Alles dient der Ein-Welt-Philosophie

Während das südafrikanische Auswärtige Amt auf Anraten der USA einer Übergabementalität und der Doppelzüngigkeit frönt,



David Rockefellers Ziel ist die politische und strukturelle Veränderung, eingeschlossen die Machtübertragung auf die schwarze Majorität.

wurde und wird das Land heimgesucht von so »wohlmeinenden« Organisationen wie der Ford-, Rockefeller- und Carnegie-Stiftung. Sie alle dienen der »Ein-Welt-Philosophie« und betrachten den totalen Zusammenbruch einer zivilisierten südafrikanischen Regierung als absolut notwendig zur Erreichung ihrer eigenen Ziele.
In dieser Situation braucht der ANC selbst eigentlich gar nichts zu tun. Die Amerikaner mit Hilfe der südafrikanischen Regierung tun alles menschenmögliche für ihn. Trotz alledem, noch ist Südafrika ein kraftvolles Land. Seine Regierung hat nicht verstanden, wieviel in ihm steckt. Die allernächste Zeit wird zeigen, wieviel Kraft und gesunder Instinkt der systematischen Vergiftung widerstehen konnte. □



Hongkong

Die Folgen des Massakers

Carl Freigang

Teng Hsiao-p'ings Unfähigkeit, sich zu beherrschen als Studenten, die auf dem Tiananmen-Platz in Peking versammelt waren Freiheit und Demokratie forderten, erweist sich sowohl für Rotchina als auch für Großbritannien als unheilvoll. Das anschließende Massaker ist vielleicht von US-Präsident George Bush vergeben und vergessen worden, aber die stillschweigenden Folgen blieben auch dem einfachsten Einwohner Hongkongs nicht verborgen.

Was sofort einsetzte, war eine Beschleunigung des Tempos des Aderlasses an Intellektuellen, der Exodus von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Geschäftsleuten; kurz eines jeden, der sich und seine Dientsleistungen auch anderswo verkaufen konnte. Was die Politiker in London und Peking beunruhigt ist der Zusammenbruch der Pläne, die beide Seiten für die baldige Ex-Kolonie Hongkong hatten, weil Hongkong ohne die genannten Wissenschaftler, Ingenieure und Kaufleute zu einer leeren Schale werden wird.

Die Frage heißt: Wohin gehen Sie?

Ein in Hongkong aufgestelltes Schild besagt: »Die Letzten gehen fort, bitte löschen Sie das Licht aus!« Ein bekannter Journalist aus Taiwan, Thomas S. S. Dunn schreibt süffisant: »Es ist vielleicht gar nicht so witzig. Aber die Menschen in Hongkong heute unterlassen, nachdem sie sich getroffen haben, gängige Begrüßungen wie ›Hallo‹ oder ›Wie geht es Ihnen?‹. Sie fragen: ›Wo werden Sie hingehen?‹ Sie kommen also gleich zum Kern der Sache: ›Wann hauen Sie ab?‹«

Derzeit ist Hongkong Rotchinas größter Exportmarkt, seine größte Quelle ausländischen Investitionskapitals und sein Hauptzugang zu industrieller Technologie und Knowhow. Bezeichnenderweise ist die Provinz Kwantung, die an die britische Kolonie angrenzt, die wohlhabenste und am meisten industrialisierte Provinz auf dem chinesischen Festland.

Hongkong, das zu einem der führenden Finanzzentren der Welt geworden ist, ist gleichzeitig Rotchinas »Fenster zur Welt«. Wenn es wegen des wahnsinnigen »brain drain« nicht mehr funktionieren sollte, dann wäre Rotchinas finanzielle Zukunft hart davon betroffen.

Rotchinas Fenster zur Welt

Aber schon bevor die drastischen Maßnahmen der chinesischen kommunistischen Regierung die Bildschirme rund um die Welt – einschließlich Hongkong – erreichten, war die Auswanderung aus der Kolonie schon ziemlich beträchtlich, wobei 90 Prozent der 20.000 Menschen, die Hongkong in jüngster Zeit für immer verließen, nach Kanada, in die Vereinigten Staaten und nach Australien gingen.
Seit den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz hat Singapur – Teil einer ehemaligen britischen Kolonie; jetzt ein vorwiegend von Chinesen bewohnter unabhängiger Stadtstaat – das Angebot gemacht, Einwanderer aus Hongkong unter gewissen Bedingungen aufzunehmen. Diese Bedingungen haben mit den Fähigkeiten und Anlagevermögen zu tun, von denen das winzig kleine Land profitieren könnte.

Der Druck auf die Briten

Druck wurde auch auf die britische Regierung ausgeübt, ihre Einwanderungsgesetze zu liberalisieren und über drei Millionen Menschen aus Hongkong, die britische Pässe aus der Kolonialzeit besitzen, das Wohnrecht im Vereinigten Königreich einzuräumen. Selbst das würde weitere drei Millionen Einwohnern Hongkongs ohne jeden Schutz lassen. Aber Großbritannien ist bereits mit drei Millionen Menschen aus den ehemaligen Kolonien in Westindien und aus dem asiatischen Subkontinent, nämlich Indien, Pakistan und Bangla Desh vollgestopft.

Der britische Botschafter Sir Richard Evands (links) und der chinesische stellvertretende Außenminister Zhou Nan unterzeichnen die Vereinbarung über Hongkongs Zukunft.

Keine weiteren Fremden nach Großbritannien

Das Foreign Affairs Kommittee (Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten) des britischen Parlaments griff die Sache auf und beschloß mit überwältigender Mehrheit, daß das Vereinigte Königreich unmöglich ein weiteres Hineinströmen von Fremden verkraften könne. Der Ausschuß empfahl, daß die Regierung dabei voranschreiten möge, internationale Asyl-Garantien für die Menschen von Hongkong zu gewähren, falls die Chinesen ihren Vertragsverpflichtungen nicht nachkommen sollten.

Der Ausschuß argumentierte dahingehend, daß China trotz der kürzlich erfolgten »blutigen Unterdrückung« ein »wohlhabendes und stabiles« Hongkong beibehalten will: »Wenn sich der Staub des schrecklichen Tumults gelegt hat, wird das Volk der Volksrepublik China sicherlich den Wunsch haben, die ›Gans, die die goldenen Eier gelegt hat‹, zu erhalten«, schreibt der britische Journalist Colin Huges. Aber die Menschen in der Kolonie haben weniger Vertrauen zu Peking als die Briten.

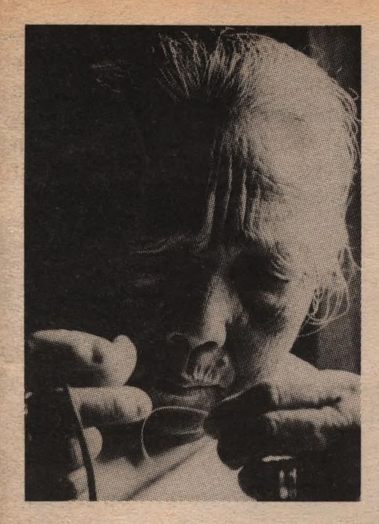
»Und nicht alle Briten stimmen mit der Propagandalinie der Regierung überein. Das gräßliche Massaker auf dem Tiananmen-Platz kann sehr wohl dazu beitragen, alle früheren Verhandlungen zwischen der britischen und chinesischen Regierung zunichte zu machen«, meint C. E. Renson, ein im Ruhestand lebender Professor der Universität von Hongkong, der jetzt in Spanien lebt. »Eine völlig neue Lösung für das Hongkong-Dilemma muß angestrebt werden.«

Und Renson hat eine Lösung. »China muß gesagt werden, daß es Hongkong als unabhängige Stadt – weitgehend auf die gleiche Weise wie es mit Singapur geschah – anerkennen muß.«

»Falls eine solche Bedingung nicht angenommen wird, sollte dies stufenweise zur Evakuierung derjenigen Einwohner führen, die nach 1997 nicht mehr in Hongkong leben wollen«, sagt Renson, »und zur Verlagerung oder Zerstörung aller Geschäfte und Fertigungsanlagen – mit anderen Worten eine Politik der verbrannten Erde.«

China soll einen kargen Felsen zurückbekommen

Für die Weltwirtschaft wäre ein derartiger Schritt katastrophal. Hongkong ist das zwölfgrößte Handelsgebilde in der Welt. »Aber niemand würde stärker darunter leiden als Rotchina«, sagt Renson. »China würde ›den



Die achtzigjährige Großmutter, ältestes Mitglied der Familie, bessert die Leinen für die Fischerei aus.



Noch spielen und exerzieren die Briten in Hongkong, sie gehören zu den britischen Sicherheitsstreitkräften.

kargen Felsen mit kaum einem Haus darauf‹ aus den Tagen von Lord (Henry John Temple) Palmerstone zurückerhalten.«

Mit anderen Worten: Es soll in dem gleichen Zustand zurückgegeben werden, in dem es 1841 übergeben wurde, als das kaiserliche China Hongkong an die Briten abtrat. Die Abtretung wurde 1842 durch den Vertrag von Nanking besiegelt, der für Großbritannien von Sir Henry Pottinger unterzeichnet wurde und das Datum vom »5. April 1843« trägt. Weitere Gebiete kamen später hinzu.

»Ich gebe nicht vor, daß dies eine leichte Lösung wäre, aber es ist eine Lösung die Ernsthaftigkeit der Absichten der britischen Regierung dokumentiert. Und ich glaube, wir haben es hier mit einer Lösung zu tun, die das derzeitige Regime in China verstehen würde.«

Boat-People des kommenden Jahrhunderts

»Seltsamerweise ist es auch eine Lösung, an der Margaret Thatcher Gefallen haben sollte«, meint Renson.

Indessen gab es in Vancouver, British Columbia, wo sich die wohlhabenderen »frühen Vögel«, die aus Hongkong geflohen sind, niedergelassen haben, eine negative Reaktion seitens der Einwohner. Der große Stein des



Ein Jumbo-Jet im Anflug auf den Hongkonger Flughafen Kai Tak.

Anstoßes schon ganz zu Anfang der Panik über Hongkong waren die nicht allzu taktvollen Erwerber von Eigentumswohnungen, die in aller Eile gebaut wurden, um die betuchten Aussiedler unterzubringen.

Auf Grund verschiedener Eigentümlichkeiten im kanadischen Gesetz, kommen kanadische Bürger nicht einmal auf die Warteliste für eine Eigentumswohnung, während die hereinströmenden Chinesen geradewegs hineinmarschieren. »Fremde in unserem eigenen Land«, bezeichnen die Protestierenden sich selbst.

Die Regierung und die Medien des Establishments haben die einheimischen Kanadier als »Rassisten« bezeichnet und für die Zukunft werden einige Rückwirkungen erwartet.

Ein ähnlicher Rassen-Boomerang ist in Australien in Erscheinung getreten, was die Lage für antikommunistische Hongkongnesen noch verzweifelter erscheinen läßt.

Es wird erwartet, daß sich der Ausblick noch weiter verdüstert, wenn der Stichtag von 1997 zeitlich näherrückt und die Einheimischen der Kolonie zu »Boat People« des kommenden Jahrhunderts werden könnten. □

B'nai B'rith gegen Treffen des Papstes mit der PLO

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der Vorsitzende der B'nai B'rith-Loge, Seymour Reich, vor dem Besuch des PLO-Chefs Jasser Arafat bei Papst Johannes Paul II. in einem Schreiben an den Vatikan heftig opponiert. Das Zusammentreffen des Papstes mit Arafat »ruft tiefste Beunruhigung in der weltweiten Judenheit hervor und stellt einen schwerwiegenden Rückschlag in der Sache des gegenseitigen Verständnisses dar«, schreibt Reich, der auch Vorsitzender des International Jewish Committee on Interreligious Consultations (Internationaler jüdischer Ausschuß für interkonfessionelle Konsultationen) ist.

Reich behauptet, das Zusammentreffen reiße eine 1987 zugefügte alte Wunde wieder auf, als der Papst mit dem österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim zusammentraf. Waldheim war Nazi-Verbrechen bezichtigt worden, basierend auf haltlosem Beweismaterial, das aus Kreisen des Ostblocks stammte.

Elon Steinberg, leitender Direktor des jüdischen Weltkongresses, sagte: »Es ist von lebenswichtiger Bedeutung, daß Juden und Katholiken sich gegenseitig besser verstehen. Gerade in dem Augenblick, wo sich die Dinge zwischen Juden und Katholiken wieder zu normalisieren scheinen, wirft dieses päpstliche Treffen einen Schraubenschlüssel ins Getriebe.« □

Bittere Lehren für Israel

Die amerikanisch-israelischen Beziehungen haben einen neuen Tiefpunkt erreicht, den tiefsten Punkt seit den bitteren und zänkischen Tagen Anfang der achtziger Jahre, als die Israelis in den Libanon einmarschierten und Amerika mit in die Katastrophe hineinzerrten. Diesmal ist die Ursache für die Ebbe in den »besonderen Beziehungen« zwischen Washington und Tel Aviv der ständige Druck, den die Bush-Regierung in ihren Bemühungen ausgeübt hat, die Israelis zu Verhandlungen über eine Friedensvereinbarung mit den Palästinensern zu zwingen.

Die amerikanische Pro-Israel-Lobby und ihre Freunde im US-Kongreß sowie Ministerpräsident Shamir, sind wütend über den amerikanischen Präsidenten und seinen Außenminister, James Baker. Sie machen das Bush-Baker-Team dafür verantwortlich, Israels brüchige Regierung der nationalen Einheit vor einem Vierteljahr gestürzt zu haben, und für die anschließende Unfähigkeit Israels wendiger Politiker, sich in eine neue Koalition hineinzukaufen. Aber es gibt sogar noch explosivere Reibungsflächen zwischen den beiden Regierungen.

Die Bush-Regierung hat kein Geheimnis aus ihrem Unmut über Israel gemacht wegen seiner hinterhältigen Versuche in der letzten Zeit, zionistische Eiferer und sowjet-jüdische Einwanderer in die arabischen und christlichen Viertel Jerusalems und am palästinensischen Westufer anzusiedeln – und dies unter Verwendung amerikanischer Hilfsgelder. Unter Einsatz der vielen Talente des US-Senators Robert Dole, des einflußreichsten Minderheitenführers des US-Senats, hat das Weiße Haus die Frage der US-Hilfe an Israel und die blinde Unterstützung des zionistischen Staates durch den Senat neu aufgeworfen.
Während seines kürzlichen Aufenthaltes im Nahen Osten, in Israel, stellte Dole kühn die Notwendigkeit für weitere US-Hilfe an Israel, um bei der Ansiedlung jüdischer Einwanderer zu helfen, in Frage. Dies tat Dole auch im landesweiten amerikanischen Fernsehen. Dole fragte, warum die USA an Israel noch mehr Geld – 400 Millionen Dollar – für die sowjet-jüdischen Siedler herauswerfen sollten, »wo wir doch Obdachlose in Amerika haben. Wir haben obdachlose Veteranen aus dem Vietnam-Krieg, und die möchten gerne wissen, warum wird uns nicht die gleiche Behandlung zuteil?«

Darüber hinaus stellte Dole – offensichtlich mit dem Segen des Weißen Hauses – auch die seit langem festgelegte Höhe der US-Hilfe – drei Milliarden Dollar pro Jahr – an Israel in Frage. Er sagte, Gelder an fremde Länder zu vergeben sei »in Amerika nicht populär« und auch »nicht so populär im Kongreß«, besonders im Hinblick auf Amerikas riesige Staatsschuld und Haushaltsdefizite. Aber, wenn Hilfe geleistet werden soll, sagte er, dann gibt es ja auch noch andere Länder, die diese verdienen, so wie die neuentstandenen Demokratien Osteuropas und die sich im Kampf um das nackte Dasein befindlichen mittelamerikanischen Länder.

Aber der vielsagendste Schlag, den Dole austeilte, war seine Infragestellung der kürzlich erfolgten Resolution des Senats, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Die unverbindliche Resolution war ohne Debatte durch die pro-israelischen Senatoren Rudy Boschwitz und Daniel Moynihan im Senat durchgedrückt worden, um die Bush-Regierung in Verlegenheit zu bringen – als Vergeltung für deren andauernde harte Haltung gegenüber Israel in der palästinensischen Friedenssache.

Dole erklärte, der Senatsbeschluß sei ein »Fehler« gewesen und müsse null und nichtig gemacht werden. Er sagte, daß »die Folgen sehr schädlich sein könnten«, und daß er und die vier mit ihm reisenden Senatoren »viel Zeit damit verbracht hätten, mit arabischen Führern über einen Senatsbeschluß zu sprechen, der in etwa 15 Sekunden ohne jede Aussprache durchgepeitscht worden sei«.

Die arabischen Führer in Ägypten, Irak, Jordanien und Syrien, mit denen die amerikanische Senatorengruppe zusammentraf, waren über diese Resolution sehr unglücklich, und zwar in dem Maße, daß sie nicht dazu bereit waren, über den israelisch-palästinensischen Friedensprozeß zu sprechen. Das war natürlich genau das, was die Pro-Israel-Lobby im Sinne hatte, als sie die Jerusalem-Resolution durch den US-Senat gleiten ließ.

Obwohl Dole die Resolution wegen des Schadens, den sie dem Friedensprozeß zugefügt hat, kritisierte, versuchte er, ein noch gewichtigeres Argument vorzutragen. Wir erfuhren, daß Dole vom Weißen Haus dazu ermutigt worden war, seinen festen Standpunkt über die Jerusalem-Resolution in Israel selbst zu verfechten, um somit die Bemühungen der US-Regierung, den Geiseln zu helfen, und den Friedensprozeß zu fördern.
Aus Kreisen des Weißen Hauses verlautet, daß US-Präsident Bush glaube, daß die zionistische Lobby – von der israelischen Regierung manipuliert – die Resolution durchgedrückt habe, um geheime Abmachungen zwischen den USA und gewissen arabischen Regierungen, die darauf abzielen, die Freilassung der von terroristischen Gruppen im Libanon festgehaltenen amerikanischen Geiseln zu erreichen, zu sabotieren.

»Aber trotz des Signals aus dem Weißen Haus«, berichtete ein Informant, »beharrte die Pro-Israel-Lobby darauf, eine ähnliche Resolution durch das Repräsentantenhaus zu drücken – sogar als die Bemühungen zur Befreiung der Geiseln schon im Gange waren.«

In einer Stellungnahme zu diesen Entwicklungen sagte ein amerikanisch-jüdischer Experte: »Die Leute in Washington sagen, daß Jim Baker niemals vor einem Kampf davonläuft, er rechnet mit seinen Gegnern ab. Die Dinge hierzulande könnten sehr unangenehm werden.« □

Nachtrag zur Frage »Wer ist Jude?«

Die Debatte des vergangenen Jahres zwischen amerikanischen Juden und Israel über die Frage »Wer ist Jude?« trieb einen tiefen, wenn auch zeitweiligen Keil zwischen die beiden größten jüdischen Gemeinden der Welt. Die Debatte drehte sich darum, ob eine orthodoxe religiöse Identifizierung oder breitere soziologische Erwägungen die dominierenden Faktoren bei der Feststellung sein sollten, wer Jude ist. Mit anderen Worten, ist der Judaismus oder »Judesein« entscheidend dafür, wer ein Jude ist? Die Frage wurde bisher nicht ge-

löst, sondern nur zeitweilig beiseite geschoben.

Religion hat für amerikanische Juden einen relativ geringen Stellenwert. Sie liegen in der Mitgliedschaft in ihrer Gemeinde, Teilnahme an Gottesdiensten und in der Bedeutung, die sie der Religion in ihrem Leben beimessen weit hinter der übrigen Bevölkerung zurück. Nur 44 Prozent der amerikanischen Juden sagen, sie seien Mitglied einer Synagoge oder eines Tempels, während 69 Prozent anderer angeben, sie seien Mitglied einer religiösen Gemeinde. In einem Ausmaß spiegelt dies wider, daß das »Judesein« sowohl eine völkische wie auch eine religiöse Angliederung darstellt, und daß nicht alle Juden religiös sind.

Dies sind die Ergebnisse von George Gallup, der durch seine Gallup-Umfragen weltweit bekannt wurde, nach einem Buch mit dem Titel »The People's Religion: American Faith in the 90's«, das er im vergangenen Jahr zusammen mit Jim Castellini schieb. Gallup ist auch leitender Direktor des Princeton Religion Research Center. Castellini ist ein Journalist, der auch für »Time Magazine« und den »Gannett News Service« über religiöse Angelegenheiten berichtet.

Eine Zusammenfassung ihrer Arbeitsergebnisse erschienen in der Zeitschrift »Moment«, dem Magazin für jüdische Kultur und Meinung. Die Gallup-Castellini-Umfrage über amerikanische Juden enthüllt, daß nur noch 20 Prozent wöchentlich einen Gottesdienst besuchen, im Gegensatz zu 40 Prozent der übrigen Amerikaner. Nur 30 Prozent der Juden, im Gegensatz zu 55 Prozent aller Amerikaner sagen die Religion sei »sehr wichtig« für sie.

Insgesamt bezeichnen sich zwei Prozent der Amerikaner als Juden, der gleiche Prozentsatz seit Anfang der siebziger Jahre. 1947 waren fünf Prozent der amerikanischen Bevölkerung Juden. Eine weitere größere Veränderung in den letzten Jahrzehnten ist die geografische Verteilung der amerikanischen Juden. 1966 waren Juden fast ausschließlich im Nordosten zentriert, wo 84 Prozent von ihnen wohnten. Aber diese Zahl sank auf 65 Prozent im Jahr 1976 und 56 Prozent im Jahr 1986. Die Anzahl der im Mittelwesten lebenden Juden hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt, aber es gab noch dramatischere Steigerungen in der Anzahl der Juden im Südosten, Südwesten und an der pazifischen Küste.

Die Juden liegen bildungs- und einkommensmäßig mit an der Spitze unter den amerikanischen Volksgruppen. Volle 44 Prozent haben ein Universitätsstudium absolviert, im Vergleich zu 19 Prozent der übrigen Bevölkerung der USA. Der hohe Bildungsstand spiegelt sich auch im Einkommen wieder. 32 Prozent der Juden verfügen über ein Familieneinkommen von mehr als 40000 Dollar, im Vergleich zu 17 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Hinsichtlich der politischen Eingliederung sind die Juden weiterhin vorwiegend Demokraten im Land, obwohl sich hier in der letzten Generation ein gewisser Rückgang vollzogen hat. 1966 waren 64 Prozent der Juden Demokraten und neun Prozent Republikaner. Ab 1986 waren 50 Prozent Demokraten und 16 Prozent Republikaner.

Die Ergebnisse der Gallup-Castelli-Umfrage unterstreicht eine kürzlich von der »Washington Jewish Week« (WJW) herausgegebene Studie über ihre Leserschaft, aus der hervorgeht, daß das Durchschnittseinkommen der Abonnenten 71.500 Dollar jährlich beträgt. Die Abonnenten, die fast alle Juden sind, besitzen mehr Mercedes-Autos als die allgemeine Bevölkerung Washingtons, und weniger von ihnen fahren Volkswagen als andere Washingtoner.

WJW-Abonnenten machen zweimal so viele Reisen im Inland und dreimal so viele Auslandsreisen als die breite Öffentlichkeit. Sie essen im Schnitt zwölfmal monatlich in einem Restaurant, zweibis dreimal so oft wie andere Washingtoner. Es gibt zehnmal so viele Bauarbeiter unter der allgemeinen Bevölkerung Washingtons als unter den WJW-Abonnenten. Kein Abonnent bezeichnet sich als Farmer, obwohl es WJW-Abonnenten in Iowa, Illinois, Wisconsin, North Carolina, Tennessee und Kalifornien – stark landwirtschaftlich geprägte US-Bundesstaaten – gibt. Fast 20 Prozent der Abonnenten investieren in Gold- oder Silbermünzen. Ein gleich hoher Prozentsatz plant, sich in den nächsten zwölf Monaten ein neues Auto zuzulegen. □

Krieg zwischen Geheimdiensten

Ein Krieg tobt zwischen dem CIA und dem französischen Geheimdienst DGSE. Das Pariser Magazin »L'Express« berichtete auf der Grundlage geheimer Dokumente des DGSE, wie der amerikanische Geheimdienst für die systematische Sabotage der französischen Rakete Ariane verantwortlich gemacht wird. Nach diesem Exposé hatte der damalige französische Verteidigungsminister André Giraud im Sommer 1986 eine sehr »lebhafte« Auseinandersetzung in Washington, wo er die Amerikaner mit der DGSE-Akte konfrontierte, in der die amerikanische Sabotage nachgewiesen wird.

Die in allerjüngster Zeit erfolgte Explosion der Ariane wird dem amerikanischen Geheimdienst zur Last gelegt, der über einen amerikanischen Journalisten gearbeitet habe, der den Standort ganz kurz vor dem Start besuchte. In der amtlichen Version wird die Expolsion auf technisches Versagen zurückgeführt, in einem genaueren Bericht wird jedoch festgestellt, daß jemand einen Lappen in ein lebenswichtiges Rohr der Maschine gesteckt habe.

»L'Express« enthüllte auch, daß der CIA und DGSE sich wegen Industriespionage gegenseitig an die Kehle gegangen seien. Ein auf den höchsten Ebenen der französischen Tochtergesellschaften von Firmen wie Texas Instruments arbeitendes DGSE-Netzwerk wurde kürzlich vom CIA und FBI auseinandergenommen. In dem Bericht wurden Fragen aufgeworfen, woher der CIA wußte, wo genau die Zusammenkünfte zwischen Beamten des DGSE und ihren Informanten stattfanden, und stillschweigend zu verstehen gegeben, daß der CIA mit seinem eigenen Abwehrdienst in Paris direkt in den DGSE eingedrungen sei. □

US-Justizministerium spricht von Vertuschungen

Das amerikanische Justizministerium hat vor wenigen Wochen endlich auf das Ersuchen unserer amerikanischen Lizenzgeber, der Nachrichtenagentur »New American View«, aufgrund des Freedom of Information Act bezüglich der Ermittlungen des Ministeriums gegen das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) als ausländischer Agent reagiert.

Nach den einst geheimen und jetzt umfangreich zu Papier gebrachten FBI-Unterlagen bestand die Untersuchung von 1965 weitgehend aus einer Überprüfung von Zeitungsartikeln und einem Interview mit I.L. Kenen, dem Gründer des AIPAC. Kenen versicherte den FBI-Beamten, daß seine Organisation kein Geld von Israel erhalte und versprach, das FBI auf die Ehrenliste der Abonnenten des Nachrichtenbriefes des AIPAC zu setzen. Das genügte dem FBI, und der Fall wurde zu den Akten gelegt.

Das amerikanische Justizministerium gab keinerlei Informationen heraus über die »Ermittlungen der siebziger Jahre, die es durchgeführt haben will. □

Mubarak sieht drohende Kriegsgefahr

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak sagte in Kairo vor sozialistischen Politikern, daß der Strom sowjetischer Juden nach Israel »den Friedensmarsch in die Luft zu sprengen droht und die ganze Region an den Rand einer neuen blutigen Auseinandersetzung bringt«.

Mubarak sprach auf der Eröffnungssitzung einer Konferenz von Sozialisten, die zusammengekommen waren, »um der Gefahr der Einwanderung sowjetischer Juden in die besetzten Gebiete entgegenzutreten«. □

Israel

Suche nach politischer Führung

Victor Marchetti

Während die derzeitige politische Krise in Israel anhält, ohne daß ein Ende in Sicht ist, streckt die amerikanisch-jüdische Gemeinde ihre Fühler nach einem Signal aus, was zu tun ist. Das Dilemma: Wie kann die Pro-Israel-Lobby ihre Mission weiter verfolgen, wenn es in Israel keine Regierung gibt, die zu unterstützen ist?

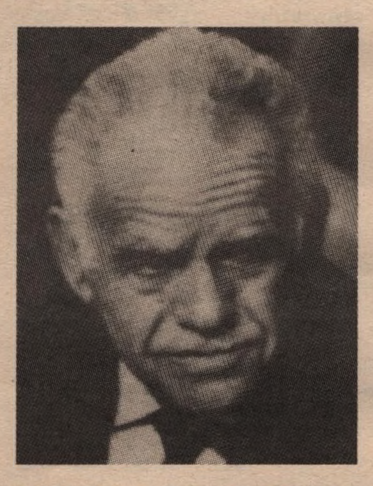
In Israels sich vertiefender politischen Krise stehen gewaltige Dinge auf dem Spiel. Wenn Shimon Peres und die Arbeiter-Partei das fast Unmögliche erreichen will – das heißt, wenn sie eine Labor-Regierung mit Mehrheit zustandebringen –, dann kann damit gerechnet werden, daß Israel eine Reihe von Verhandlungen mit Palästinensern in die Wege leiten wird, die zu einer friedlichen Lösung des Disputs führen.

Die Lobby steht auf verlorenem Posten

Wenn dem jetzigen Ministerpräsidenten Jitzhak Shamir und seiner Likud-Partei der ebenso mirakulöse Trick gelingen sollte, eine vom Likud beherrschte Regierung an der Macht zu halten, dann ist damit zu rechnen, daß Israel die Besiedlung der besetzten Gebiete als Vorbereitung zu deren formellen Annektion fortsetzen wird.

Es braucht nicht betont zu werden, daß der Palästinenser-Aufstand ebenfalls weiter andauern und eine blutige und unbarmherzige militärische Lösung hervorrufen wird.

Zur gegenwärtigen Zeit stehen die pro-israelischen Lobbyisten und amerikanisch-jüdischen Organisationen auf verlorenem Posten. Da sie sich sehr zurückhalten, zu der inneren politischen Lage in Israel Stellung zu beziehen, werden amerikanische Juden effektiv auf ein Abstellgleis geschoben, bis eine Lösung erzielt wird – darüber sind sie natürlich nicht sehr glücklich. In Wirklichkeit schäumen sie vor Wut.



Yitzhak Shamir wird keinen Kompromiß gegenüber den Palästinensern machen, noch ihnen irgendwelche Konzessionen einräumen.

Eigenes Schicksal in den Griff bekommen

Abraham Foxman, landesweiter Direktor der Anti-Defamation League (ADL) sagte kürzlich: »Ich glaube die Intensität der Unterstützung für Israel befindet sich heute auf einem niedrigen Niveau. Ich glaube auch, daß die Unterstützung, die Israel jetzt in den kommenden sechs Monaten bis zu einem Jahr benötigen wird, weit über das hinausgehen wird was wir in der Vergangenheit erlebt haben.«

Die unangenehme Aufgabe, diese Unterstützung in die Wege zu leiten, in erster Linie in Form von Steuergeldern, kann nur dann gelingen, wenn Israel »sein Haus in Ordnung bringen und beweisen kann, daß es sein eigenes Schicksal im Griff hat«, sagt Foxman. »Wenn Israel aber weiterhin in einer Paralyse verharrt, dann werden wir eine Schwächung der Unterstützung erleben, nicht weil amerikanische Juden Israel weniger lieben, sondern wegen ihrer Frustration über Israels Handlungsunfähigkeit. Israel kann es sich einfach nicht leisten, nicht ernst genommen zu werden. Israel kann es sich auch nicht leisten, als Land betrachtet zu werden, das keine Entscheidungen treffen kann. Israel ist ein Land das glaubwürdig bleiben muß.«

Foxman beleuchtete das Problem mit dem es Israels Anhänger und Geldauftreiber in den USA zu tun haben, als er versuchte sich mit Israels politischer Krise zu befassen. Er wies auf die ironische Tatsache hin, daß, als sich Vertreter des United Jewish Appeal in Jerusalem mit führenden Persönlichkeiten der israelischen Regierung trafen und man ihnen dringend nahelegte, Millionen von Dollar in den USA für die Umsiedlung sowjetischer Juden aufzutreiben, weitere Millionen in dem Pferdehandel zwischen Likud und Labor beiseitegeschachert wurden, als sie versuchten, Mitglieder religiöser Parteien zu bestechen und jeweils auf ihre Seite zu ziehen.

Geld fließt in ein Faß ohne Boden

Amerikanische Juden können das kaum noch hinnehmen, sagt Foxman. »Sie wollen nicht, daß ihr Geld in ein Faß ohne Boden fließt. Zu einem Zeitpunkt, wo jede Anstrengung mobilisiert werden muß, um Israel weitere Hilfsmittel zu verschaffen, wo man sich zum Beispiel darum bemüht, 400 Millionen Dollar an amerikanischen Wohnungsbau-Garantien für sowjetische Einwanderer herauszuschinden, kann Israel sich nicht leisten, weiterhin verzweifelt benötigte Gelder für politische Zwecke umherzustreuen.«

Foxmans Beschwerde findet bei vielen führenden Persönlichkeiten der pro-israelischen Gemeinde Widerhall. Israels Fehlschläge gehen jedoch weit über seine Unfähigkeit, sich selbst zu regieren, hinaus. Seit Jahren fordern amerikanische Freunde Israels – die auf Grund ihrer Husarenstücke bei der Eintreibung von Geldern und ihrer Fähigkeit, den US-Kongreß dazu zu drängen, Millionen an Hilfsleistungen bereitzustellen, die für Israel von entscheidender Bedeutung sind – dramatische Wirtschaftsreformen in Israel, so daß der andauernde Strom von amerikanischen Dollar, auf freiwilliger oder sonstiger Basis, dem amerikanischen Volk und dem Kongreß gegenüber gerechtfertigt werden kann.

Aber Israels sozialistische Wirtschaft, abgesichert durch Unterstützungszahlungen staatlicher Stellen aus dem Ausland, sichert einen genügend hohen Lebensstandard, so daß sich der Durchschnittsbürger nicht beklagt und keine Notwendigkeit für drastische Veränderungen erkennt.

Das größte Problem liegt darin, daß Israels Wirtschaft so stark zentralisiert und institutionalisiert ist – die Regierung und ihre staatseigenen Betriebe sind der Hauptarbeitgeber –, daß eine Änderung auf dem Wirtschaftssektor mit einer wesentlichen Änderung auch auf politischen und sozialem Gebiet einhergehen muß. Da Israels Regierung über die vergleichsweise einfache Sache, daß es nicht gelungen ist, zu einem Konsensus darüber zu kommen, wie man auf einen amerikanischen Friedensplan reagieren sollte, zusammengebrochen ist, würden die Folgen der Auseinandersetzungen mit dem viel komplizierteren Problem einer größeren Sozial- und Wirtschaftsreform sicherlich zu einem politischen Chaos führen.

Diese Reformen werden Israel schon seit Jahren von seinen amerikanischen Freunden, insbesondere von der ehemaligen fanatisch pro-israelischen Reagan-Regierung und durch Neokonservative sowie von solchen Parteigängern Israels, die die Lehre von der Willensfreiheit vertreten, dringend nahegelegt. Aber israelische Regierungsbeamte und politische Führungskräfte schenken den besten Ratschlägen ihrer amerikanischen und internationalen Anhängern keinerlei Beachtung. □

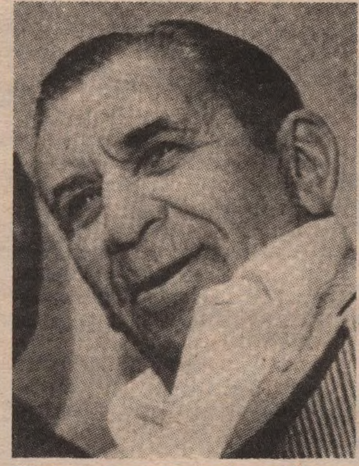
Zionismus

Schwere Jungs als Spendensammler

Victor Marchetti

Die Leser der internationalen Ausgabe der »Jerusalem Post«, von denen es einigen schwer fällt, sich der neuen, angriffslustigen, rechtslastigen Redaktionspolitik der einst liberalen israelischen Zeitung anzupassen, müssen noch stärker die Stirn gerunzelt haben. Die Ausgabe des ehrwürdigen Zionistenblattes – einst die »Palestine Post« genannt – brachte einen langen, reißerisch aufgemachten Artikel, in dem die Tugenden amerikanisch-jüdischer Gangster in den Himmel gehoben werden.

»In den vierziger Jahren«, so der Verfasser des Artikels, der Historiker Robert Rockaway, »folgten eine Reihe von prominenten amerikanisch-jüdischen ›Mobstern‹ (Mitglieder einer kriminellen Bande, Gangster) dem Ruf, mitzuhelfen, den neu entstehenden Staat Israel zu bewaffnen und zu finanzieren.« Und er erklärt sinngemäß: »Diese Männer waren keine Robin Hoods der Neuzeit ... aber in ihrer Zeit trugen sie zum Überleben ihres Volkes bei.«



Meyer Lansky, ein eifriger Spender für Israel, reorganisierte das organisierte Verbrechen in den Jahren 1968 bis 1976.

Unterstützung für die Bildung des Staates

Rockaway bringt mehrere Beispiele für die Großzügigkeit jüdischer Gangster gegenüber Israel. Er erzählt, wie im Sommer 1946 ein Abgesandter der Hagana, der israelischen Revolutionsarmee, mit dem Gangster Benjamin »Bugsy« Siegel in Los Angeles Kontakt aufnahm. Siegel sei so beeindruckt gewesen über die Tatsache, daß »Juden kämpften ... kämpften wie beim Töten«, daß er dem Agenten jede Woche einen Koffer voller Fünf- und Zehn-Dollar-Noten übergab. Der israelische Agent schätzt, daß Siegel insgesamt 50.000 Dollar gab – was damals sehr viel Geld war.

»Diese Geschichte« schreibt der Verfasser, »verdeutliche die wenig publizierte Tatsache, daß jüdische Gangster stillschweigend den Kampf zur Bildung des Staates Israel unterstützen. So erstaunlich dies auch klingen mag, diese Tätigkeiten waren keineswegs einzigartig, sondern gehörten zur Tradition der amerikanisch-jüdischen Unterweltfiguren, die ihre Leute in schwierigen Zeiten in Schutz nehmen.«

Gangsternamen für Bomber

Darüber hinaus will Rockaway uns einreden, diese jüdischen Gangster – Louis »Lepke« Buchhalter von der »Murder, Inc.« (»Mord-AG«), Jake »Greasy Thumb« von der Al Capone-Gang, Arthur »Dutch Schultz« Flegenheimer, Arnold Rothstein, Meyer Lansky und viele andere, die durch Verbrechen und Morde der Öffentlichkeit bekannt sind, wären durch den wachsenden amerikanischen Antisemitismus zu ihren Taten angeregt worden.

Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, daran zu erinnern, daß die USA während des Krieges ihre viermotorigen Bomber, die ihre tödliche Last über deutsche Städte abwarfen, zum Teil nach zum Tode verurteilten Gangstern benannten, die sich auf diese Weise »bewähren« konnten. Diese Maschinen trugen nicht ohne »Stolz« die Aufschrift: »Murder Incorporation«, Jake »Greasy Thumb« Guzik aus der Bande Al Capones, Arthur »Dutch Schultz« Flegenheimer, Arnold Rothstein, Meyer Lansky und die vielen anderen, deren Ruf für Gewalttätigkeiten und Mord jeweils bestens dokumentiert ist.

Der Verfasser argumentiert dahingehend, daß die »Zwanziger Jahre einen steilen Aufstieg des Antisemitismus erlebten«, und daß viele »Universitäten und Berufsschulen, darunter Harvard, Dartmouth, Columbia, New York University und Rutgers, für die Einschreibung von Juden Quoten einführten«.

Das mag Tatsache sein, aber es ist doch ein starkes Stück, den Leser glauben zu machen, Greasy Thumb Guzik habe ein verbrecherisches Leben geführt, weil er nicht in Harvard's School of Business aufgenommen wurde, oder daß Bubsy Siegel zum Verbrecher wurde, weil er vom Columbia's School of Medicine ausgeschlossen wurde. Rockaway bleibt hartnäckig bei dieser Argumentation.

Besseres Image für die Karriere

»Juden hatten es mit wirtschaftlicher Diskriminierung in Handelsbanken, Industriefirmen, Versicherungsgesellschaften und im öffentlichen Dienst, sowie mit einer weitverbreiteten gesellschaftlichen Diskriminierung zu tun«, schreibt er. »Dies alles machte es für Juden immer schwieriger, ehrbare Wege zum Erfolg und gesellschaftlichen Status einzuschlagen. Infolgedessen beschritten viele von ihnen alternative Pfade zu Ruhm und Wohlstand ...«

Und er prahlt: »Ebenso wie sie in anderen Bereichen des menschlichen Bemühens Erfolg hatten, so taten sich Juden auch in Verbrechen hervor. Während der Prohibition (völliges Alkoholverbot in den USA durch Bundesgesetz in den Jahren von 1920 bis 1933; die Redaktion) waren 50 Prozent der führenden illegalen Schnapsbrenner und -händler Juden. Jüdische Kriminelle waren die Chefs der organisierten Großschieberei in einigen der größten Städte Amerikas.«

Kompromißlose Zähigkeit und Waghalsigkeit

Der Antisemitismus spielte eine weitere Rolle in der Entwicklung jüdischer Verbrecher, schreibt Rockaway. Er zitiert Meyer Lansky, der einmal gesagt haben soll: »Ich bin niemals vor irgendjemand auf die Knie gefallen. Ich bin niemals vor einem Christen auf die Knie gefallen.«

»Diese kompromißlose Zähigkeit und Waghalsigkeit«, schreibt Rockaway bewundernd, »war in einer Zeit des tobenden Antisemitismus, als sich Juden mehr und mehr verletzbar und unsicher fühlten, bewundernswert«. Und er will uns weismachen, daß in der Loyalität der Juden nur ein kleiner Schritt dazwischen lag, den Jungen in der alten Nachbarschaft und dann dem Staat Israel zu helfen.

Es muß dem Verfasser jedoch zugute gehalten werden, festgestellt zu haben, daß einige dieser Schurken bei ihrer Hilfe für den zionistischen Staat von anderen Beweggründen als von einem angeborenen Sinn für jüdische Menschenfreundlichkeit geleitet wurden. Einige suchten Anerkennung und Respektabilität in der amerikanisch-jüdischen Gemeinde. Einige versuchten, später in ihrem Leben, ganz einfach, ihren Karrieren im organisierten Verbrechen ein besseres Image zu verleihen. Und in einem Falle wollte ein Großspender für Israel – ein anonymer Gangster aus Baltimore –, nur daß seine Tochter von der Gemeinde akzeptiert werde, so daß sie »einen netten jüdischen Jungen« heiraten konnte. □

Israel

Geheimgeschäfte mit Drogenlords

Mike Blair

Israelische Waffenhändler, die mit stillschweigender Einwilligung ihrer Regierung tätig sind, wurden dabei erwischt, Maschinenpistolen, automatische Gewehre und Munition an ein kolumbianisches Drogenkartell geliefert zu haben, das einen Großteil des in den Vereinigten Staaten gehandeltes Kokains exportiert.

Zu den Waffen zählen 400 automatische Sturmgewehre des Fabrikats Galili – eine von den Israelis verbesserte Version der sowjetischen AK-47 – und 100 Uzi-Maschinenpistolen. Die Waffen wurden im vergangenen Dezember bei der Durchsuchung einer kolumbianischen Ranch des Drogen-Zwischenhändlers José Rodriguez Gacha entdeckt. Gacha wurde in einem von amerikanischen Drogen-Bekämpfungseinheiten angelegten Hinterhalt von kolumbianischer Polizei getötet.

Ahnungslos in ein Waffengeschäft verwickelt

Die Israelis behaupten, die Waffen seien an den winzig kleinen karibischen Inselstaat Antigua verkauft worden und sie wüßten nicht, wie die Waffen in die Hände der kolumbianischen illegalen Drogenhändler geraten seien.

Aber in einem Interview sagte der Botschafter von Antigua in Washington, Edmund Lake, seine Regierung habe niemals Waffen bei den Israelis bestellt. Lake meinte, die antiguanische Regierung habe »einen englischen Juristen«, dessen Namen er zur Zeit nicht nennen könne, zum Leiter einer Untersuchungskommission ernannt, die sich mit dem Waffengeschäft befassen soll, in das sein Land ahnungslos verwickelt worden sei.

Außerdem, erklärte der Botschafter, halte sich der Washingtoner Anwalt E. Lawrence Barcella jun. derzeit im Namen der Regierung von Antigua in Israel auf, um sich Dokumente zu beschaffen, die Antigua mit dem Waffengeschäft in Verbindung bringen könnten.

Lake sagte, er habe aus Saint Johns, der Hauptstadt von Antigua, erfahren, daß Barcella mitgeteilt habe, ihm seien von der israelischen Regierung Dokumente zugestellt worden. Diese Dokumente trügen anscheinend die Unterschrift von Vere C. Bird jun., Sohn des antiguanischen Ministerpräsidenten Vere C. Bird sen.

Viele unbeantwortete Fragen

Wie Lake mitteilt, ist der jüngere Bird, der als Antigua Minister für öffentliche Arbeiten diente, bis zum Abschluß der regierungsseitigen Untersuchung von seinen Pflichten entbunden worden. Er bestreitet jedoch mit Nachdruck, irgendetwas mit der Sache zu tun gehabt zu haben.

Als die Waffen in Kolumbien entdeckt wurden, richtete die kolumbianische Regierung einen scharfen diplomatischen Protest an Israel. Die Israelis erwiderten, die Waffen seien auf Grund eines Schreibens des antiguanischen Ministers für Staatssicherheit vom November 1988 an die israelische staatseigene Firma Israel Military Industries exportiert worden, in dem dieser darum gebeten habe sie ankaufen zu dürfen.

Wieso Israel nicht bekannt war, daß Antigua überhaupt keinen Minister für Staatssicherheit hat ist eine der vielen unbeantworteten Fragen in dieser Sache.

In der israelischen Erwiderung heißt es weiter, der Brief habe Zusicherungen enthalten, daß die Waffen nicht an »Dritte« weitergeleitet werden würden.

In einer Erklärung des israelischen Verteidigungsministers, in der versucht wird die Angelegenheit aufzuhellen, wird behauptet, eine Niederschrift des Inhalts, daß Antigua der Endverbraucher der Waffen sein würde, sei »von Antiguas Verteidigungsminister« unterzeichnet worden.

Antigua hat aber keinen Verteidigungsminister oder -ministerium.

Die Waffen wurden nach Kolumbien umgeleitet

Die Untersuchung durch die Regierung von Antigua hat bislang ergeben, daß die Waffen nach Kolumbien umgeleitet wurden, nachdem sie zunächst im April 1989 in einem antiguanischen Hafen auf ein anderes Schiff umgeladen wurden.

Antiguanische Fahnder haben herausgefunden, daß, wenn auch einige Antiguaner an der Waffenverschiebung beteiligt gewesen seien, diese von zwei Israelis – Yalir G. Klein und Maurice R. Sarfati – geleitet und von der Bank Hapoalim, einer israelischen Bank in New York City, finanziert worden sei.

Klein und Sarfati sind schon einmal mit Kolumbien und Antigua in Zusammenhang gebracht worden.

Was Klein, einen Oberstleutnant in der israelischen Armee betrifft, so machte dieser im vergangenen August von sich reden, als NBC-News einen Film ausstrahlte, in dem Klein bei der Ausbildung von Leuten zu sehen ist, die NBC als Killer des kolumbinanischen Drogenkartells bezeichnete. Klein sagte, es seien lediglich kolumbianische Rancher gewesen, die sich vor kommunistischen Aufständischen schützen wollten. Die Ausbildung fand 1988 und 1989 statt. Diego Viafara Salinas, ein kolumbianischer Arzt, der mit diesen Gruppen während ihrer Ausbildung zu tun hatte, sagte jedoch im vergangenen September vor einem Untersuchungs-Unterausschuß des US-Senats aus, die Gruppen seien spätestens 1988 von Rodriguez Gacha übernommen worden und die israelischen Ausbilder hätten sich deshalb unmittelbar an ihn gewandt.

Ebenfalls im vergangenen Jahr brachte das Fernseh-Magazin »Frontline« des US-Public Broadcasting Service einen ausführlichen Bericht über israelische Verbindungen zu den kolumbianischen illegalen Drogenhändlern und auch über den Verkauf von israelischen Waffen an diese.

Die Geschäfte des Drogen-Kartells gehen immer noch weiter

Die israelischen Behörden haben angeblich im vergangenen August gegen Klein eine Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, ob seinerseits ein Verstoß gegen israelische Gesetze vorliegt, weil er für die Durchführung des Ausbildungsprogramms in Kolumbien keine Genehmigung eingeholt hatte.

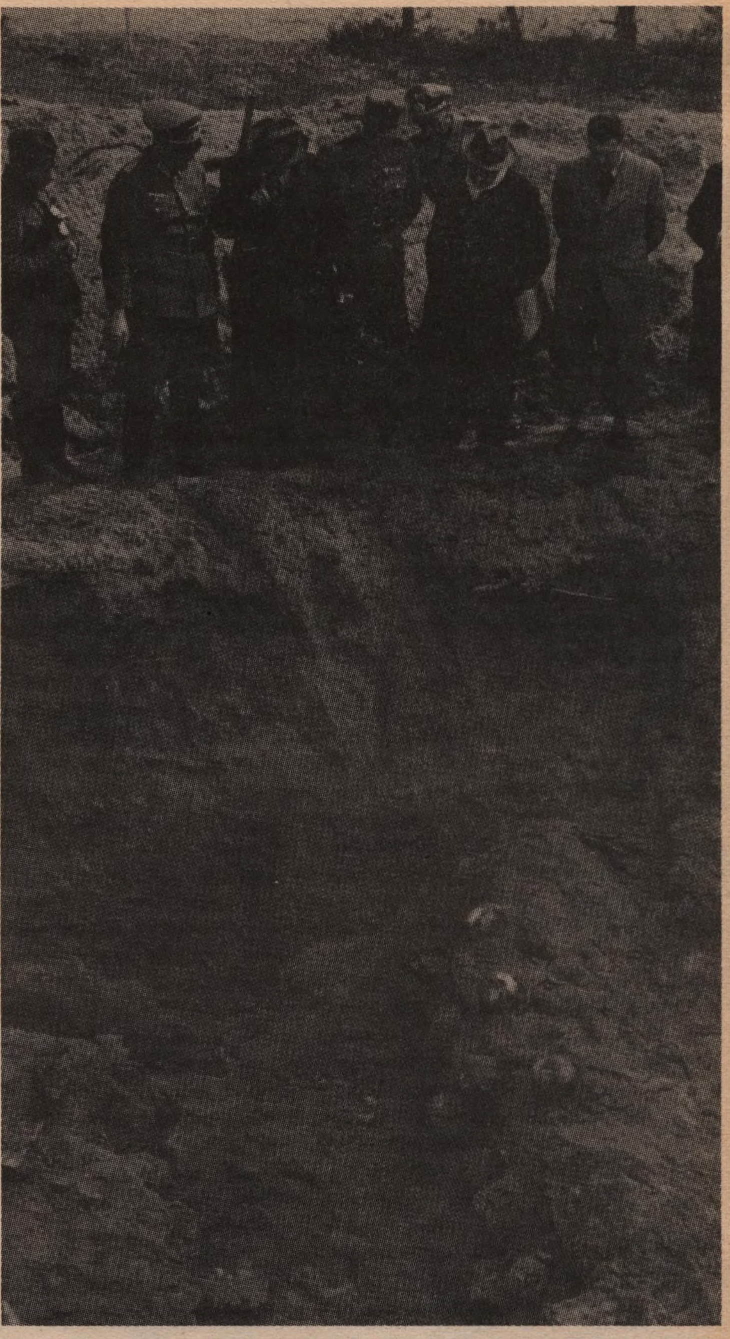
Der Untersuchung sind bislang jedoch noch keinerlei Taten gefolgt und Klein führt immer noch seine »Geschäfte« von seiner Wohnung, Luntzstr. 5 in Tel Aviv, aus. Die Kolumbianer haben Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Sarfati, der nicht aufzufinden ist, lebte gewöhnlich in Südflorida. Er besitzt eine Farm in Antigua und erhält regelmäßige Zuwendungen von der Overseas Private Investment Corporation, einer Firma der US-Regierung, die Investitionen im Ausland fördert, indem sie gegen Verluste, die von politischen Problemen herrühren, versichert. Sarfati steht auf der Fahndungsliste, weil er bei Darlehen der amerikanischen Regierung in Höhe von 1,3 Millionen Dollar seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Indessen befindet sich Klein in Israel in Sicherheit, wo sein Anwalt sagt: »Die Zeit ist noch nicht gekommen, um die ganze Wahrheit zu berichten«. □

Revisionismus

Der Umgang mit der Wahrheit über Katyn



Eine internationale Kommission besichtigt ein Massengrab im Wald bei Katyn.

Alec de Montmorency und Fred Blahut

Jetzt, wo die sowjetische Regierung zugegeben hat, daß die 15.000 Polen, deren Massengräber im Winter 1941 teilweise im Wald von Katyn entdeckt wurden, auf Befehl von Josef Stalin und seinem NKWD ermordet worden sind, wird der US-Army eine schwere Bürde auferlegt. Diese besteht darin, ebenso große Aufrichtigkeit – oder sollen wir sagen Glasnost – an den Tag zu legen und die Archive in Alexandria im US-Bundesstaat Virginia der Öffentlichkeit zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.

Jene Archive enthalten unwiderlegbares Beweismaterial darüber, daß die US-Army in Deutschland, die die berüchtigten Nürnberger Prozesse organisierten, die Wahrheit kannten – das heißt, daß es die Sowjets und nicht die Deutschen waren, die die Polen ermordet haben. Interessanterweise war es der Wunsch eines schwedischen Journalisten, im Zusammenhang mit dem Verfahren eines bolschewistischen »Volksgerichts« von 1918 bis 1920, eine Geschichte zu schreiben, die menschliches Interesse erwecken könnte, die zur Entdeckung des Massakers von Katyn führte.

Aufzeichnungen der smolensker Tscheka

Zu den in Alexandria unter Verschluß gehaltenen Dokumente gehören die erbeuteten Aufzeichnungen der smolensker Tscheka, des »Volksgerichts«, ein Begriff der manchmal verwendet wird, um den NKWD selbst zu bezeichnen, der die Prozesse durchführte, und die von den Deutschen aufgefunden wurden. Darunter befinden sich auch die Prozeßniederschriften des Verfahrens gegen die 16jährige Prinzessin Irina Scherbatow und ihren 13jährigen Bruder. Beide wurden als »Feind des Volkes« zum Tode verurteilt und zur Hinrichtung in den Wald von Katyn gebracht.
Smolensk liegt in Westrußland, in einem von den Deutschen 1941 eroberten Gebiet.

Die »Prozeß«-Niederschriften sind handschriftlich niedergelegt, sowie sie von einem Gerichtsschreiber aufgezeichnet worden waren. Das »Gericht« – verschworene Bolschewisten am Ort – führte die Verhandlungen im Keller des Rathauses durch, wo die Truppen des Feldmarschalls Bock die Prozeßunterlagen fanden, die dann zur Entdekkung der Massengräber im Wald von Katyn führten.

Ein Journalist kannte die Dokumente

Als sich die Dokumente auf dem Transitwege nach Berlin befanden, wurde einem Korrespondenten der »New York Times«, George Axelsson, gestattet, sie einzusehen. Ax, wie ihn seine Zeitgenossen nannten, hatte für die »New York Times« über den Spanischen Bürgerkrieg berichtet und war in Stockholm stationiert.
Er hatte seine schwedische Staatsbürgerschaft beibehalten und keinerlei Probleme, die Erlaubnis zu bekommen, Deutschland und deutsche Heereseinheiten in der besetzten UdSSR zu besuchen. Während der großen Depression hatte er hauptsächlich in Nizza gelebt, wo er als Korrespondent für das Stockholmer »Afton-bladet« und »Sydsvenska Dagbladet« in Malmö sowie für den Londoner »Evening Standard« tätig war – was ihn in jenen schwierigen Jahren sehr gut über die Runden brachte.

Da er fließend russisch sprach – ebenso wie französisch und deutsch –, hatte er keine Schwierigkeiten die Prozeßunterlagen der smolensker Tscheka von 1918 bis 1920 zu lesen. So stieß er auf die Protokolle des Prozesses gegen Prinzessin Irina und ihren jüngeren Bruder. Sie faszinierten ihn. Die Familie Scherbatow in Paris waren seine Freunde.

Der Vatikan gab einen Hinweis

Als Ax die Dokumente las, wurde ihm klar, daß Irina und ihr jüngerer Bruder zusammen mit ihren Eltern aus ihrem bescheidenen Heim in Smolensk entführt und von der Tscheka als »Unterdrücker des Volkes« vor Gericht gestellt wurden.

Revisionismus

Der Umgang mit der Wahrheit über Katyn

Die Familie, vor allem soweit sie noch in der UdSSR lebte, war keineswegs wohlhabend und hätte kaum jemanden »unterdrücken« können. Es war, abgesehen von ihrem illustren Namen, nur eine weitere einheimische Familie der niedrigen Mittelklasse. Irina nannte das Gericht, das sie und ihren Bruder zum Tode verurteilte, »Verräter an unserem Land«, was stillschweigend darauf hindeutete, daß sich dieses »Gericht« weder aus echten Russen noch aus Christen zusammensetzte.

Was nicht allzu überraschend ist, die Story wurde niemals in der »New York Times« veröffentlicht. Ax und der russische Übersetzer des deutschen Propagandaministeriums, die zuerst auf diese Story gestoßen waren, sprachen bei der Russisch-Orthodoxen Kirche in Berlin vor. Einige ihrer Gemeindemitglieder waren aus der Gegend von Smolensk. Als sie von den Tscheka-Unterlagen erfuhren, erinnerten sie sich daran, daß die örtliche Tscheka verurteilte Menschen zum Wald von Katyn zu bringen pflegte, und sie dort ihre eigenen Gräber ausheben ließ. Ax bewarb sich um eine Reisegenehmigung, um die Gegend zu besuchen, mit dem Hintergedanken, einen Reißer darüber zu schreiben, wie die sowjetische Tscheka die Familie Scherbatow – eine in Schweden wohlbekannte Familie – behandelt hatte.

Wovon Ax keine Ahnung hatte, war, daß die Deutschen, nachdem die deutsche Wehrmacht 1941 Weißrußland erobert hatte, im Raum von Smolensk eifrig nach Massengräbern forschten, da sie über deren Vorhandensein vom Vatikan einen Tip bekommen hatten.

Papst Pius XII. und sein Staatssekretariat erhielten nämlich ziemlich häufig Geheimdienstberichte über die Kriegsgefangenenlager, von denen bekannt war, daß dort von der Roten Armee im Herbst 1939 gefangengenommene Offiziere des polnischen Heeres und der Luftstreitkräfte festgehalten wurden. Diese Läger befanden sich in Kozielsk – 256 km südöstlich von Smolensk –, Starobielsk in der Nähe von Charkow und Ostazhkow im Raum Gorkij – früher Nischnij Nowgorod –.

Der Papst informierte von Weizsäcker

Im April 1941, so hieß es in den Geheimdienstberichten des Vatikans, waren diese Läger geschlossen worden. Aber, darüber waren sich die Herren im Vatikan sicher, die Gefangenen waren auch nicht anderswohin verlegt worden, denn die Roten hatten eine totale Nachrichtensperre verhängt. Papst Pius XII. hatte Freiherr Ernst von Weizsäcker, dem deutschen Gesandten im Vatikan – Vater des heutigen Bundespräsidenten – persönlich mitgeteilt, er glaube, daß die unglücklichen Kriegsgefangenen in der Nähe eines dieser Läger in einem oder mehreren Massengräbern verscharrt worden seien.

Aber das war ein riesiges Gebiet, und nach dem verborgenen Standort der Hekatombe zu forschen war wie das Suchen nach einer Nadel im Heuhaufen. Was Ax den Deutschen mitgeteilt hatte, war der erste Einbruch in das alte Geheimnis. Er bekam Genehmigung von Dr. Goebbels persönlich, die versteckten Gräber aufzusuchen.

Die Deutschen entdeckten schließlich die Massengräber der Polen im Wald von Katyn – ganz in der Nähe der Stelle, wo Irina, ihr Bruder und ihre Eltern ihre letzte Ruhestelle gefunden hatten. Die meisten waren durch Genickschuß getötet worden. Die GPU – oder OGPU – war in die Fußstapfen ihrer Vorgängerin, der Tscheka, getreten.

Die Archive der smolensker Tscheka wurden später durch die US-Army in einem alten Salzbergwerk im Rheinland aufgefunden und in die Vereinigten Staaten verbracht. Seitdem ist der genaue Ort, wo sich diese Unterlagen befinden, ein strenggehütetes Geheimnis, trotz des bestehenden Freedom of Information Act. □

Revisionismus

Neue Aufgabe für deutsche Historiker

Michael Koll

Einer Ausschreibung des Zentrums für Deutschland-Forschung an der Universität Mainz folgend, reichte Dr. Michael Koll das Thema ein: »Bestandsaufnahme revisionistischer Literatur und Operationalisierung ihrer Fragestellungen«. Das Institut dankte für Idee und Projektvorschlag, sah jedoch keine Möglichkeit, dieses Thema in das vorbestimmte Gesamtprojekt zu integrieren. Der Vorschlag werde jedoch weiter erörtert und man werde sich gegebenenfalls mit dem Verfasser in Verbindung setzen.

Im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden, begrenzten Mittel habe ich seither selbständig weitergearbeitet und dabei insbesondere erwogen, welche Folgerungen sich aus einem etwaigen Umschreiben der Geschichte ergäben. Ich bin dabei zu einem beruhigenden Schluß gekommen. Auch wenn der Führer des Dritten Reiches sich nicht als so einzigartig verdammungswürdig darstellen wollte, auch wenn das ihm zur Last gelegte Hauptverbrechen nach Art und Umfang als nicht vollzogen erkannt werden sollte, so würde ein solches Erkennen doch von den politischen Kräften der Mitte in geordneten Formen bewältigt werden können.

Hundert Professoren des Staatsrechts angeschrieben

In dieser Zuversicht schrieb ich die nachfolgende Skizze, die den Argumenten der Revisionisten mehr Raum gibt als den bisherigen, schon vielfach veröffentlichten Beweisen. Der Verfasser bekennt, daß er in diesen Fragen persönlich erst am Anfang eines Studiums steht, weshalb er den Austausch mit anerkannten wissenschaftlichen Institutionen sucht. Daher sende ich die erweiterte Skizze erneut an das Mainzer Zentrum für Deutschlandforschung sowie an diejenigen einhundert Professoren des Staatsrechts, die sich kürzlich zu deutschland-politischen Grundfragen öffentlich geäußert haben.

Die Zeit ist reif für einen Friedensvertrag

Der Bundeskanzler will ihn nicht, weil von allen Seiten Reparationsforderungen auf uns zukommen können (vergleiche »Der Spiegel« Nr. 11/90), und die Amerikaner wollen, wie man hört, uns die Peinlichkeit ersparen, noch einmal als Besiegte den Siegern gegenüberzusitzen. Befürchtungen hier, Beruhigungen dort, aber ich wohne auf dem Dorf und das Volk sagt: Ohne Friedensvertrag kein Friede.

Und sollten, wenn es soweit ist, nicht Gleichberechtigte miteinander am Tisch sitzen? Ehemalige Gegner, die ihre Unstimmigkeiten ausgeräumt haben und den innerlich gewonnenen Frieden nun auch äußerlich bekräftigen?

Ich bin für einen Friedensvertrag, und das setzt natürlich eine vorausgehende Phase ungeschminkt ehrlichen, offenen Gesprächs voraus. Der Krieg wurde ja nicht nur militärisch, sondern auch propagandistisch geführt, und Deutschland wurde nicht nur militärisch besiegt, sondern auch im Krieg der Worte und Bilder. Hier gilt es, vor einer Friedenskonferenz mit Worten und fotografischen Belegen zu streiten,

auch mit dem Spaten als Grabungswerkzeug: Welche Verbrechen haben wir Deutsche wirklich begangen, welche Verbrechen etwa auch die Kriegsgegner – schon vor dem Krieg der Waffen, während seines Verlaufs und kurz danach; vielleicht bis heute, denn noch sind wir ja im Krieg.

So bald werden wir also eine solche Friedenskonferenz nicht haben, und ich lasse mir gerne Zeit damit. Es gilt auch zu prüfen, wer, außer den kriegsführenden Staaten, sich noch im Krieg mit Deutschland befand, etwa auch Teile des jüdischen Volkes: Vor, während und nach den Jahren 1939 bis 1945. Da gibt es viel zu sprechen, bis wirklich alle sich über die Verteilung von Schuld und Sühne einig sind.

Bundeskanzler Kohl hat sicher recht mit seiner Ablehnung eines Friedensvertrages zum heutigen Zeitpunkt. Aber die Zeit, in der wir leben, diese Zeit des Umbruchs und der Öffnung, ist unserem Vorhaben günstig, und ich greife nur um ein Weniges voraus, wenn ich sage: Die Zeit ist reif für einen Friedensvertrag. Homines bonae voluntatis können ihm vorarbeiten.

Vom Mythos zum Logos

Die Nationalsozialisten haben so vielfach die traditionellen Formen der katholischen Kirche kopiert: Ihren Absolutheitsanspruch, ihre Liturgie, die möglichst vollständige organisatorische Erfassung aller Lebensalter und Stände: Sollte da nicht auch ein traditioneller Anti-Judaismus umgeschmolzen worden sein zum politischen Antisemitismus?

Zurecht beklagen sich Juden heute über einen christlichen Antijudaismus, den es doch kaum mehr im Leben, nur noch in blutleerer Dogmatik gibt. Aber haben Christen in der Geschichte nicht vielfach Juden erschlagen und sich dabei berufen auf Matthäus? »Sein Blut komme über uns und unsere Kinder«, sollen die Juden gerufen haben, die Christus ans Kreuz brachten.

Ich rate meinen jüdischen Freunden immer, den Spieß umzudrehen und den Christen die Last des Beweises aufzubürden. Starb Christus denn am Kreuz? Fiel er nicht etwa in Ohnmacht und wurde von Freunden gepflegt und an ruhige Stätte gebracht, von der er entwich? Er soll danach noch manchmal erschienen sein und dann, wie Legenden berichten, von dannen gezogen sein, vielleicht nach Indien. Ein kräftiger Mann kann die Qual der Kreuzerhöhung ertragen, indische Gurus setzen sich ganz anderen Foltern aus. – Daß er nicht leiblich zum Himmel auffuhr, sagt der gesunde Menschenverstand.



Der britische Historiker David Irving behauptet, der Holocaust sei ein Produkt der britischen psychologischen Kriegsführung.

Wenn aber der Begründer oder die Bezugsperson der christlichen Religion nicht durch Schuld der Juden ums Leben kam – die Evangelisten sprechen ausdrücklich nicht von einem Todesurteil des Pilatus, stellt Hans Rosen fest, Professor für alte Geschichte in Bonn, vergleiche »Bayernkurier« vom 14. April 1990 –, wenn das ganze also nur eine Veranstaltung für das Volk war, vor dem sich die Hohen Priester als Verteidiger der reinen Lehren ausweisen wollten – wo bleibt dann die sachliche Grundlage für einen christlichen Antijudaismus?

Der deutsch-jüdische Philosoph Hans Jonas, Schüler von Bultmann und Heidegger, hätte eine solche Frage schon stellen können, hätte das christliche Dogma des mythologischen Schleiers berauben können. Aber damals war Krieg. Heute, nach allem, was geschehen ist, müssen wir solche Fragen stellen. Denn neue Mythen schweben im Raum, fremdländisch lautende Namen wie Holocaust oder Shoa, und was ist ihr tatsächlicher Gehalt?
Der Tod Jesu am Kreuz ist unbewiesen, sage ich als Christ und frage die Juden: Welche Spuren hinterließ das Gas?

Bevölkerungsstatistik ist eine exakte Wissenschaft. Die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland ist dank genauer Personenstands-Buchführung und periodischer Volkszählungen gesichert, die Bevölkerungspyramide zeigt auch mit hinreichender Genauigkeit die Verluste in zwei Weltkriegen.

»Nach Kriegsende waren sie noch da«

Dramatische Bevölkerungsverluste kleinerer Volksgruppen müssen sich auch ohne exakt geführte Buchführung darstellen lassen. Der Völkermord von Türken an Armeniern ist historisch gesichert, Stalins Aushungerung der Ukraine wird erforscht. Jüdische Bevölkerungsstatistiken sind weltweit unheitlich, wegen der Schwierigkeit der Festlegung ihrer Gruppenzugehörigkeit. Trotzdem gilt seit 1945 als gesichert, daß im Rahmen planmäßiger Vernichtungsmaßnahmen sechs Millionen Juden durch Einwirkung deutscher Kräfte ums Leben kamen. Ein detaillierter Nachweis wurde 1945 nicht erbracht und konnte auch seither nicht objektiv nachprüfbar erbracht werden. Martin Broszat bezeichnete die Zahl als symbolisch, deutsche Gerichte legen sie als Richtwert zugrunde. Eine positive Bestätigung steht aus.
Inzwischen wird nicht nur die Zahl, sondern auch die Größenordnung bestritten. Professor Arthur R. Buth, Elektrotechniker zwar, aber als Professor vertraut mit den Methoden wissenschaftlichen Arbeitens, gewöhnt auch an Sorgfalt im Umgang mit Zahlen, untersuchte Vor- und Nachkriegsstatistiken über das europäische Judentum und kommt summarisch zu dem Schluß: »Nach Kriegsende waren sie noch da«. Dies mag als Behauptung verstanden werden, aber wer widerlegt Butz-Methodik im einzelnen?

In der Nachfolge von Butz hat der Amerikaner Walther N. Scanning die Analyse verfeinert und kommt zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Paul Rassinier, ein Franzose, stellt ähnliche Rechnungen an. Bedarf diese Literatur keiner sorgfältigen Prüfung? Es tut der Wahrheit nicht wohl, wenn sie gesetzlich geschützt ist. Zwar begründet das Gesetz eine herrschende Lehre, das Volk aber murrt. Videant consules ne quid res publica detrimentum capiat.

Was wäre wenn ...?

Gesetzt den Fall – und es möge sich niemand beleidigt fühlen ob der hypothetischen Formel –, der Holocaust erwiese sich als ein Gebilde nur aus Worten, wie sie im Krieg als Waffe benutzt werden. Bräche dann in Deutschland eine Welle des Hasses auf?
Junge Leute, mit denen ich darüber spreche, zucken die Achseln. Sie denken an den Judenstern und sagen: Das war schlimm genug, sie auszusondern. Und dann die Transporte in den Osten!

Ich glaube, daß die Masse der jungen Leute so denkt. Was geht sie der Krieg der Väter an! Aber die Menschenwürde verteidigen sie unter allen Umständen. Da bliebe auch uns Älteren, sollte sich eine andere Wahrheit herausstellen, nur das Eingeständnis, daß auf der Waage der Gerechtigkeit die Schuld ein moralisches

Revisionismus

Neue Aufgabe für deutsche Historiker

Gewicht ist, daß es nicht des Mordes bedarf, um einen Menschen in seiner Würde zu verletzen. Das wäre wahrhaft christlich, und Juden in aller Welt würden aufhorchen: Die Deutschen, unsere Peiniger von damals, gegen die falsch' Zeugnis erbracht wurde zur Strafe: Sie schütteln das Joch nicht ab, sie tragen die Schuld weiter?

Großmut gewinnt Freunde, Haß kann Liebe werden oder, um eine heute in der DDR wiederentdeckte, alte christliche Formel zu gebrauchen: Schwerter werden recycled zu Pflugscharen. Wäre ein demütig-großmütiges Deutschland nicht der Juden bester Freund in der Welt, und bedürfen sie dessen nicht, eben jetzt in Rußland und vielleicht auch einmal in Amerika?

Ich jedenfalls würde alle Demütigungen, denen ich als Deutscher seit 1945 ausgesetzt war, befreit von mir schütteln und demütig bleiben.

Offener Brief an Erik Blumenfeld

Sehr geehrter Herr Erik Blumenfeld, lieber Parteifreund!

Tacuisti philosophus mansisti. Sie waren im Lager Auschwitz und schweigen darüber. Tacere heißt schweigen, verschweigen, und Philosoph ist, wer zur rechten Zeit wahr spricht.

Ihr ergebener
Michael Koll

In eigener Sache

Als Doktor der Philosopie, Fach Internationale Politik, muß ich fürchten, daß mir der Titel aberkannt wird. Er ist ererbt: Vater, Großvater und Urgroßvater waren Doktoren der Rechte, alle tätig am Appellationsgericht in Köln. Über Beleidigungen jüdischer Rechtsanwälte und Richter machte mein Vater im März 1933 Aufzeichnungen, die ich in seiner Hinterlassenschaft fand und einer Ausstellung des Historischen Archivs der Juden in Köln überließ; das Blatt ist im Katalog abgedruckt. Dennoch: An den Holocaust in leiblicher Gestalt kann ich bis zum Vorbringen besserer Beweise nicht glauben und allein schon der öffentlich geäußerte Zweifel sei unakademisch, sagen die Gerichte.

Aberkannt wurde der Doktortitel dem Richter Wilhelm Stäglich. Er war als Flakoffizier in Auschwitz und sah dort nichts, was nicht jede Jungfrau sehen dürfte. Er schrieb auch ein Buch – vom Verlag leider mit einem reißerischen Titel versehen –, indem er beim Nürnberger Militärtribunal vorgelegte Beweise methodisch zerpflückt, und seine Methodenkritik des Frankfurter Auschwitzprozesses ist ein juristisches Kabinettstück, leider mit Ausfällen gegen Personen und Gruppen.

Ohne solche Ausfälle kommt Henri Roques aus, französischer Textanalytiker, der die Gerstein-Papiere untersucht. Die von Hans Rothfels publizierte Fassung hatte ich gelesen, als ich bei Rothfels studierte, und die Wiederbegegnung machte mich traurig, weil Rothfels, den ich für redlich halte, von Roques gerupft wird. Die Arbeit ist sauber, trotzdem verlor Roques seinen Titel.

Donald Hiner, Geschichtsdozent an der Universität Indianapolis, war bei seinen Forschungen auf keine guten Beweise für den Holocaust gestoßen und sagte das seinen Studenten. »Eindeutig antisemitische Hetze«, schleuderte ihm Rabbi Abraham Cooper entgegen, Dekan des Simon Wiesenthal Centers.

Das alles ist unter der Gürtellinie. Akademische Forschung, gebunden an Handwerksregeln, ist frei, und wissenschaftlicher Streit fördert den Fortschritt der Erkenntnis.

David Irving reist herum und erzählt aller Welt, die Gaskammern seien ein Produkt britischer psychologischer Kriegsführung und ursprünglich eine jüdische Erfindung. Er will den dokumentarischen Beweis antreten und setzt sogar einen Preis aus für den, der ihm solche Vernichtungskammern beweist. So unorthodox ist Irving und doch bescheinigt ihm Rainer Zitelmann, daß er ein guter Quellenkenner sei.

David gegen Goliath

Was die »Welt«, 15. Februar 1990, in ihrem Bericht über Irvings Auftreten in Dresden ausließ, das brachte in ihrer Leserbriefspalte ein kleines Provinzblatt, die »Rotenburger Kreiszeitung« vom 21. Februar 1990. Ich zitiere daraus:

»Irving zitierte aus Geheimprotokollen, woraus hervorgeht, daß Churchill den Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung bereits in den frühen dreißiger Jahren generalstabsmäßig vorausplante und vorbereitete. Irvings Ausspruch: ›Der Holocaust an den Deutschen in Dresden war echt. Der an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz ist frei erfunden.‹



Fred Leuchter, der amerikanische Gaskammer-Experte, untersuchte die Gemäuerproben von Auschwitz.

In der anschließenden Diskussion vor laufenden Fernsehkameras erläuterte Irving seine neuesten laborwissenschaftlichen Erkenntnisse in Verbindung mit den Gaskammern von Auschwitz und erklärte sich bereit, sie der modernen Geschichtsforschung zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl beklagte er das mangelnde Interesse der Universitäten sowie anderer wichtiger Institutionen an diesen Funden.

Irving stützt sich dabei auf das Gutachten des amerikanischen Ingenieurs für Gaskammern zur Tötung von Menschen, Fred Leuchter. Leuchter untersuchte Gemäuerproben der in Auschwitz als Gaskammer bezeichneten Gebäude und fand heraus, daß dort keine Zyanidrückstände vorzufinden waren, während in den Proben der von allen Historikern als offizielle Kleidungsentlassungskammern eingestuften Räumlichkeiten 1050 g/kg nachzuweisen waren.

Diese Fakten beweisen nach Irving zwingend, daß es die Gaskammern zur Tötung von Menschen in Auschwitz niemals gab.

Er zeigte in diesem Zusammenhang dem DDR-Fernsehen britische Dokumente, welche belegen, daß die Gaskammerpropaganda den Köpfen der englischen Abteilung für psychologische Kriegsführung entstammt.«

So ruhig berichtet ein bekannter Publizist und Revisionist, Karl Phillip aus Bad Reichenhall, über Wege der Forschung. »Eindeutig antisemitische Hetze?«

Ich sprach Irving auf das Leuchter-Gutachten an und äußerte methodische Bedenken. Die Antwort war entgegenkommend: Man möge das Experiment unter notarieller Aufsicht und wissenschaftlicher Begleitung wiederholen, zudem sei dieser Punkt nur ein Mosaikstein in einem zusammengesetzten Bild. Dies wär eine gute Antwort, und ich fand an Irving kein Falsch.

Eine friedliche Botschaft aus Wien

Das sogenannte »Leuchter-Gutachten« ist auf englisch und deutsch vielfach erhältlich, mal legal, mal illegal, das hängt jeweils von Ort und Zeit ab. Im übrigen wird es in Kurzfassungen verbreitet und ist fast schon Wissenstand des Volkes, darum sei das Wissen auf die höhere Ebene gehoben. Gewiß mag solches Wissen Radikale erwecken zu unbedachtem Tun, aber das ist dann ein Fall für die Polizei. Eine friedliche Botschaft fand zu mir den Weg aus Wien, und man nehme sich die Zeit, sie in Ruhe zu lesen:

»Davir der Weise. Ein orientalisches Märchen, frei erfunden von Gertraud Orlich, gewidmet

Herrn Justizminister Dr. Egmond Foregger.

Zu Zeiten des Kalifen Harun Ar Raschid war ein gar schrecklicher Streit in dessen Land entbrannt. Ein Teil der Bevölkerung, zu dem die reichsten und mächtigsten Männer gehörten, behauptete, die Vorfahren hätten einst eine ungeliebte Minderheit in vergifteten Badehäusern ermordet.

Nun gab es aber einige arme, unbedeutende Untertanen, die das bezweifelten und um die Ehre der Ahnen besorgt waren. Obwohl die Reichen und Mächtigen kein Mittel scheuten, um die Zweifler und deren Beweise zu unterdrücken, wurden die Stimmen immer lauter und der ungleiche Kampf immer grausamer.

Als Harun Ar Raschid von diesen Unruhen hörte, dachte er lange nach, was hier zu tun sei. Dann ließ er die Anführer beider Parteien zu sich kommen und sprach: ›Ich habe den weisen Davir aus dem fernen Britannien zu mir gebeten. Dieser ist mit den hohen Künsten der Chemie vertraut. Er wird diese Badehäuser untersuchen und mir dann Gewißheit geben, wer von euch recht hat.‹

Da huben die Reichen und Mächtigen ein arges Geschrei nach dem Kadi an. Sie behaupteten, es lägen genügend Beweise vor, und es seien keine weiteren mehr nötig. Ihr Anführer, der Großwesir Abu Lösch, aber schrie gar: ›Ergreift den Weisen, werft ihn in den Kerker!‹

Die mutigen Untertanen aber, denen die Ehre der Ahnen so viel bedeutete, verneigten sich erfurchtsvoll vor Harun Ar Raschid und sprachen ruhig, wenn auch leuchtenden Auges: ›Deine Klugheit sei gepriesen, edler Herr, laß den weisen Davir nur kommen, wir fürchten sein Urteil nicht, denn wir wissen, die Wahrheit ist mit uns!‹

Nun wußte der Herrscher, wer recht hatte, denn die Wahrheit läßt sich gerne überprüfen, die Lüge aber scheut das helle Tageslicht!«

Soweit das Märchen, und Volkes Stimme. Persönlich würde ich es nicht verantworten wollen, Irving öffentlich auftreten zu lassen, er steht unter starker innerer Spannung und ein unvorbereitetes Publikum würde zu sehr verwirrt werden. Aber der Weg zum Parnass führt über Stufen, deren eine gewiß New York und Washington, die andere Jerusalem und Tel Aviv ist.

Für viele aus fünfundvierzig Jahren Zeitgeschichte kann es ein Opfergang werden, ich nenne stellvertretend unseren Bundespräsidenten und bedenke den Verlust an innenpolitischem Ansehen unserer politischen Klasse, der eintreten kann. Im allgemeinen, weltpolitischen, gegenseitigen Bekennen und Verzeihen würde jedoch eine deutsche Selbstreinigung vollzogen werden können ohne besonderes Aufheben. Wir haben es doch alle geglaubt, auch ich. In modifizierter Form bleibt uns die Wahrheit erhalten, da wird auch David noch kleiner werden müssen.

»Freispruch für Hitler?«

Dies ist nun keine Frage des Verfassers, sondern ein Buchtitel; was ich selber dazu denke, werde ich am Schluß dieses Kapitels sagen.

Daß von Hitler selber kein schriftlicher Befehl zur Judenvernichtung gefunden wurde, kann man bei Joachim Fest nachlesen. Die Frage, wie es im Führerstaat dann doch dazu kommen konnte, widmen sich ganze Interpretationsschulen, die Funktionalisten und Intentionalisten und auch Arno J. Mayer. Ich empfehle C. W. Ceram »Götter, Gräber und Gelehrte«, auch sein »Enge Schlucht und Schwarzer Berg«. Ceram erzählt uns dort in angenehm lockerer Weise, wie man forscht.

Es gibt Augenzeugen der Anklage, aber der des Sachsenspiegel mächtige Richter soll auch die Gegenrede vernehmen. Der erste Revisionist war Hermann Göring, als Historiker von Rang auch Helmut Diwald, aber der hat sich dann selber disqualifiziert. Der Kronzeuge der Anklage in Nürnberg, Dr. Wilhelm Hoettl, widerrief und widerrief seinen Widerruf.

Ordnung in diese verwirrende Vielfalt bringt das erwähnte Buch mit dem Untertitel »37 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer«, herausgegeben von Gerd Honsik für Burgenländischer Kulturverband, Postfach 11, A-1142 Wien. Als Kompendium der Revisionismusliteratur darf es in keiner Bibliothek fehlen, trotz gewisser Schwächen in Orthographie und Namensschreibung; Pseudonyme harren der Entschlüsselung. Es ist kein historisch-kritisches, sondern ein engagiertes Buch und gerade deshalb interessant für die politische Klasse, die sich doch auf allen Wegen – über Presse, Funk und Fernsehen sowie über die Demoskopie – darüber unterrichten will, wie das Volk denkt. Neben bekannten Namen, wie Butz, Roques, Stäglich finden wir auch Sozialdemokraten. Auschwitz-Häftlinge und Juden, erfahren auch von Judenverfolgung, dann nämlich, wenn ein Genosse dieses Volkes der führenden Meinung nicht folgt. Die Rezension folgt dem polemischen Ton des Buches, man lasse sich davon nicht abschrecken.

In anderer Hinsicht – Kriegsschuldfrage – brachte der »Sunday Correspondent« gewissermaßen einen Freispruch für Hitler. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« druckte es ab, Fest sei es geklagt. Es steht dort, unter dem Alibi »Stimmen der Anderen«, am 18. September 1989: »Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und uns selbst sein mag … Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir es verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg getreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.«

Es ist nicht zu vermeiden, daß das Volk aufwacht

Ich drucke das hier ab nicht nach der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, sondern nach »UN – Unabhängige Nachrichten« Nr. 10/1989. Nach telefonischer Rückfrage im Archiv der »Frankfurter Allgemeinen« stimmt der Text, nur das von »UN« angegebene Datum, 17. September 1989, war falsch.

Man kann sich auf »unabhängige« Nachrichten eben doch nicht ganz verlassen, da sind Dilettanten am Werk, aber es sollten sich eben unsere Wissenschaftler mit diesen Dingen befassen statt nur Hitlers Intentionen in »Mein Kampf« zu deuten.

Was Hamilton Fish über Roosevelt schreibt, Irving über Churchill, was wir heute über Stalins Aufmarch an der Westgrenze der Sowjetunion wissen, zeichnet doch insgesamt ein verwirrendes Bild von der Mächtekonstellation, und gab es nicht auch Ziele des Zionismus? Aber unter dem Stichwort verweist der Katalog der Bibliothek des Deutschen Bundestages auf »Judenheimstättenbewegung«. Was sind wir doch ein tieffrommes Volk.

»West Germany, an Anglo-American creation in 1949«, schreibt Norman Stone in der »International Herald Tribune« vom 14. April 1990, auf Seite 14. Und soll es das ganze Deutschland sein, liest man im selben Blatt auf Seite 4.

Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß das Volk aufwacht, und es gilt, dieses Aufwachen in geordnete Formen zu lenken. Der KSZE-Prozeß, als Einbindung gedacht, ist auch Befreiung: Was in England, in Frankreich gesagt und geschrieben werden darf, wird auch für Deutsche einklagbar, man greife nur in den Korb III.

Freispruch für Hitler? Wer handelt denn schon aus eigenem Antrieb, heiße er Hitler oder Stalin, Churchill oder Roosevelt oder auch Weizmann. Der Handelnde steuert ein Schiff auf dem Weltmeer, das nicht dem Ruder folgt, sondern von mächtigen Wellen getrieben wird. Suchen die Völker nicht selbst ihren Weg? Es ist ein großes Ringen, besonders auch zwischen diesen beiden Völkern, den Juden und Deutschen. Auseinanderdividieren kann man sie nicht, zusammenklammern soll man sie nicht, da gibt es nur den gemeinsamen Weg in Freundschaft. □

China
Unruhe über islamischen Fundamentalismus

Die Pekinger-Regierung versucht den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus in der Provinz Xinjiang einzudämmen. In einer Provinz, die an die sowjetische Republiken Tadschikstan, Usbekistan und Kasachstan grenzt, hat die chinesische Regierung einen Sechs-Punkte-Plan bekanntgegeben, der eine Kampagne gegen »feindliche ausländische Kräfte« einschließt, die sich dafür einsetzen, Menschen zum Überlaufen anzuregen und Spannungen zu schüren.

Inzwischen wurde über Festnahmen bei aufrührerischen Predigten während der moslemischen Freitags-Gebete und die Verteilung von Flugblättern berichtet, in denen gläubige Moslems dringend aufgefordert werden, sich zu mobilisieren, vor allem in Kasmgar und Urumqi. Der Sechs-Punkte-Plan der Kommunisten wiederholt ständig den »absoluten Vorrang der Partei über die Religion«. Er kritisiert auch die »Eröffnung ungesetzlicher Koranschulen«. □

Kuba
Umfangreiche Manöver gegen US-Bedrohung

Kubas in Afrika kampferprobte, bewaffnete Streitkräfte haben mit landesweiten Manövern begonnen. Präsident Fidel Castro stellte dazu fest, Kuba wäre ein weiteres »Vietnam oder Schlimmeres« für die Vereinigten Staaten, falls diese versuchen sollten, Kuba anzugreifen.

Die Mobilisierung der Streitkräfte des kommunistischen Landes hat wieder an Schwungkraft zugenommen, seit dem die Regierung mit der Übung »Kubanischer Schild« begann, um dem entgegenzutreten, was, wie gesagt wurde, eine Bedrohung durch drei gleichzeitig stattfindende US-Manöver in der Karibik darstelle.

»Das Yankee-Manöver bietet uns eine Gelegenheit, unsere eigenen Übungen abzuhalten«, sagte Castro während eines Besuches in einem militärischen Kommandoposten in Havanna. »Die Mobilisierung regulärer Militäreinheiten, Reservisten und Milizen in Kuba scheint eine der größten seit der Raketenkrise von 1962 zu sein«, äußerten Diplomaten, die in Havanna tätig sind.

Washington teilte lediglich mit, die amerikanischen Übungen »Ocean Venture«, »Global Shield« und »Defex« seien Routine-Manöver und nicht gegen Kuba gerichtet.

US-Präsident George Bush übte heftige Kritik an der Castro-Regierung, weil sie sich weigert, die politischen Reformen in Osteuropa nachzuahmen und das kommunistische System der Einparteien-Regierung des Inselstaates zu ändern.

An Wochenenden hallen die Schießstände vom Lärm der automatischen Schußwaffen wider, wenn Zivilisten in der Uniform der Miliz mit grünen Hosen und Blauhemden durch Militärausbilder Waffenunterricht erhalten. Kubaner, vom 17jährigen Jugendlichen bis zu 65jährigen Großmüttern, legten schwarze Tarnfarbe an, bemühten sich durch Sturmangriffe hindurch und lernen, wie man mit Handgranaten umgeht. Allein in Havanna wurden mehr als 120.000 der zwei Millionen Einwohner zur Verteidigung mobilisiert. □

Japan
Es geht um die Vorherrschaft in der Computer-Elektronik

Japan wird große Entwicklungsbemühungen in eine neue Computer-Technologie stecken, die sich »Massive Parallel Processing« (MPP) nennt, ein Ziel, das es japanischen Firmen ermöglichen wird, die technologische Vorherrschaft von amerikanischen Firmen in der Computer-Elektronik wie ein Frosch zu überspringen, heißt es in einem unter dem Schutz des Ministry of International Trade and Industry (MITI) erstellten Bericht.

MPP ermöglicht es, daß Computer gleichzeitige Berechnungen durch Zehntausende von Prozessoren durchführen. Im Gegensatz dazu können bestehende Computer nur eine Handvoll Prozessoren gleichzeitig verwenden.

Der Bericht soll für japanische Firmen bei deren Investitionen in die Computerforschung und Entwicklung als Leitfaden dienen. Bislang wurde ein Großteil der Pionierarbeit in MPP von kleinen amerikanischen Firmen geleistet, die von einem Programm des US-Verteidigungsministeriums das als Strategic Computing Initiative bekannt ist, unterstützt wurden. Die Erhöhung der Großaufträge, die eine viel höhere Rechnergeschwindigkeit durch MPP ermöglicht, wäre ein Durchbruch in der Entwicklung von Datensystemen zur Schlachtenführung für die Stategic Defense Initiative (SDI).

Der neue Bericht des MITI soll als Leitfaden an die Stelle des »Fifth Generation«-Projekts treten, das darauf abziele, Computer herzustellen, die in der Lage sind, die Gedankengänge des Gehirns, so wie die Erkennung von Geräuschmustern, zu imitieren. Unter diesem Projekt stellte die japanische Regierung über einen Zeitraum von neun Jahren etwa 250 Millionen Dollar zur Unterstützung der Industrie bereit.

Die »New York Times« berichtete, daß japanische Firmen, vor allem die großen Computer-Hersteller Fujitsu, Hitachi, NEC, Toshiba und Mitsubishi Electric, viel mehr ausgeben als die japanische Regierung. □

Israel
»Jerusalem Post« lobt »jüdische Gangster«

Das »Jerusalem Post Magazine« brachte auf der ersten Seite in reißerischer Aufmachung einen Artikel mit der Überschrift »Mobsters für Zion« und »Zionist Gangsters«. In der überraschenden Zusammenfassung des Artikels war zu lesen: »In den vierziger Jahren folgte eine Reihe prominenter amerikanischer Gangster dem Ruf, den neu entstehenden Staat Israel zu bewaffnen und zu finanzieren.«

Der Verfasser des Artikels, Robert A. Rockaway von der Fakultät für jüdische Geschichte an der Universität von Tel Aviv, machte offenbar den vergeblichen Versuch, seine Bewunderung für Leute wie Meyer Lansky, Bugsy Segal und andere zu verbergen.

»Jüdische Gangster unterstützten in aller Stille die Bemühungen, den Staat Israel zu schaffen«, schrieb er. »So überraschend dies auch klingen mag, diese Aktivitäten waren keineswegs einmalig, sondern gehörten zur Tradition amerikanisch-jüdischer Gestalten der Unterwelt, ihren Leuten in Zeiten der Not zu helfen.

Obwohl die Aktivitäten der jüdischen Gangster eine peinliche Angelegenheit sind, so haben diese immerhin das erreicht, was angesehene Juden nicht erreichen konnten: Körperlichen Schutz für die Gemeinde und schnelles Bargeld für Israels Kampf ums Überleben. Diese Männer waren keine modernen Robin Hoods und sollten nicht glorifiziert werden. Und doch leisteten sie zu ihrer Zeit einen Beitrag zum Überlebenskampf ihres Volkes.«

Über die zwanziger Jahre schreibt er: »Ebenso wie sie in anderen Bereichen des menschlichen Bemühens erfolgreich waren, so traten Juden auch bei Verbrechen in den Vordergrund ...

Trotz ihrer Ängste hegten viele Juden eine widerstrebende Bewunderung für Gangster, weil er ein ›Faulenzer‹ war, der gegen die Normen der herkömmlichen Gesellschaft verstieß und sich nicht darum scherte, was die Goyim (Nichtjuden) dachten.«

Meyer Landsky, berichtete Rokkaway, habe einmal zu ihm gesagt: »Ich bin niemals vor einem Christen auf die Knie gegangen.«

Die »Jerusalem Post« gehört der Hollinger Corporation, zu deren Spitzen Henry Kissinger und Charles Bronfman, der Nach-

komme des berühmten kanadischen Clans von Alkoholschmugglern, zählen. □

Argentinien
Menem verschrottet Raketenprojekt

Bei seiner Bemühung, die amerikanische Bush-Regierung zu veranlassen, auf den Internationalen Währungsfonds (IWF) einzudringen, daß dieser die Zuteilung von Geldern an sein Land wieder aufnehmen möge, stellte der argentinische Präsident Carlos Menem sein Raketenprojekt Condor II, ein gemeinsam mit Ägypten und dem Irak betriebenes Projekt, ein. Die Vereinigten Staaten verlangten jedoch eine Garantie dafür, daß die Einstellung nicht nur vorübergehend ist.

Als er die Annullierung bekanntgab, räumte Menem ein, der Hauptgrund dafür sei die Notwendigkeit gewesen, einen Konflikt mit Washington zu vermeiden. Der argentinische Außenminister Domingo Cavallo versicherte den Vereinigten Staaten gegenüber, daß die Zusammenarbeit mit Ägypten und dem Irak beendet sei und bot an, die durch das Projekt entwickelten Technologien auf ökologische Probleme anzuwenden und die USA daran teilnehmen zu lassen.

Argentinien hat auch angeboten, ein regionales System der Absicherung gegen Atomenergie ins Leben zu rufen, was praktisch darauf hinausläuft, das Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty) unterzeichnen zu wollen, was Argentinien allerdings jahrzehntelang strikt abgelehnt hatte.

Bei einer Zusammenkunft mit dem amerikanischen Außenminister James Baker sagte Cavallo, daß Argentinien bei seinen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den Privatbanken die Hilfe von der Bush-Regierung benötige, was, wie er sagte, der Schlüssel zu Argentiniens Wirtschaftsprogramm sei. □

Korea
der Abzug der US-Truppen beginnt

Beamte des US-Geheimdienstes haben die Warnzeit für einen Einmarsch Nordkoreas nach Südkorea von 48 Stunden auf weniger als 24 Stunden verringert, als Folge des langsamen aber stetigen Aufbaus der nordkoreanischen Truppen in der Nähe der zu entmilitarisierenden Zone (DMZ).

»Wir schlagen einen Plan zur Nullwarnzeit vor«, wird von einem Beamten des Geheimdienstes laut »Washington Times« berichtet, der feststellt, daß 70 Prozent der Grundstreitkräfte Nordkoreas von 930.000 Mann innerhalb der 25 bis 32 km langen DMZ in Bunkern und Tunnel Gewehr bei Fuß stehen.

Einige Beamte des US-Verteidigungsministeriums sind besorgt darüber, daß der Abzug von amerikanischen Truppen zu schnell sein könnte, schreibt die »Washington Times«.

Indessen entschlossen sich die Vereinigten Staaten ungeachtet ihrer wiederholten feierlichen gegenteiligen Gelübde dazu, drei Luftstützpunkte in Südkorea stillzulegen, meldet der südkoreanische Nachrichtendienst Yonhap. Dieser zitiert einen Beamten des US-Verteidigungsministeriums, der anklagend darauf hinwies, daß, nachdem Seoul von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt worden sei, von beiden Seiten gleichzeitig eine Erklärung abgegeben worden ist, um die Einseitigkeit der amerikanischen Aktion zu vertuschen. □

Israel
Shamir plant neue Siedlungen

Das Parlamentsmitglied Yossi Sarid beschuldigte den israelischen Ministerpräsidenten der Planung von mindestens 14 neuer Siedlungen auf dem von Israel besetzten arabischen Gebiet. »Ich habe Einzelheiten über 14 geplante Siedlungen. Er mag das bestreiten, aber ich kenne die Einzelheiten«, behauptet Sarid.

In einem Interview sagte Shamir, er bedaure, daß er sich massive jüdische Siedlungen am besetzten Westufer des Jordans und im Gazastreifen nicht leisten könne.

Sarid äußerte dagegen weiter, daß rechtsstehende und religiöse Politiker, die sich auf ihr biblisches Geburtsrecht auf das besetzte Land berufen, jetzt, wo Shamir nicht mehr dadurch behindert wird, daß er seine Macht mit der von Shimon Peres geführten Arbeiter-Partei teilen muß, eine ungezügelte Besiedlung anstreben werde.

Es leben jetzt 70.000 Juden unter den 1,75 Millionen Palästinensern in den besetzten Gebieten. Etwa 10.500 sowjetische Juden trafen allein im April 1990 ein, nach 7300 im März – bei weitem die höchste Einwandererzahl seit jeher.

Durch das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjets wurden Israel 750.000 Sowjetjuden zugesagt, die alle am Westufer angesiedelt werden sollen. □

USA
Technologie zur Salmonellenbekämpfung genehmigt

Die Verwendung von Bestrahlung zur Bekämpfung von Salmonellen und anderen Bakterien in frischem und eingefrorenem Geflügel wurde von der Food and Drug Administration (Nahrungsmittel- und Medikamenten-Behörde) der USA genehmigt. Es wird geschätzt, daß 30 bis 60 Prozent des amerikanischen Geflügels mit Salmonellen infiziert sind, und daß sage und schreibe vier Millionen Menschen pro Jahr an Salmonellen-Vergiftung erkranken.

Die Food and Drug Administration hat bereits schwache Bestrahlung für Schweinefleisch – zur Trichinenbekämpfung –, Obst und Gemüse, Weizen und Gewürze genehmigt. Die Entscheidung über Geflügel wird seit zwölf Jahren von der Behörde untersucht, ein Vorgang der 1978 von dem Pionier der Nahrungsmittelbestrahlung, Dr. Martin E. Welt, in die Wege geleitet wurde.

Welts Firma hatte bei der Aufsichtsbehörde eine Bittschrift eingereicht, in der um die Zulassung der Bestrahlung von Meeresnahrungsmitteln ersucht wird. □

Panama
Opfer der Invasion werden exhumiert

Verärgerte Familien von Einwohnern Panamas, die bei der amerikanischen Invasion vom 20. Dezember 1989 getötet wurden, begannen damit, die Leichen der in Massengräbern Bestatteten zu exhumieren. Laut Bericht der normalerweise regierungsfreundlichen Zeitung »El Siglo« wurden »4000 Leichen ausgegraben; einige Leichen waren gefesselt«. Die Zeitung beschreibt die ersten beiden Tage, an denen nur die ersten der vielen Massengräber auf dem Friedhof Jardin de Paz in Panama City geöffnet wurden.

Die Exhumierung wird vom Ausschuß der Familien der Opfer der Invasion durchgeführt, dessen Vorsitzende, Isabel de Corro, sagte zu »El Siglo«: »Wir haben mit dem gemeinsamen Grab in Jardin de Paz begonnen und werden mit den übrigen weitermachen, solange bis wir den letzten Toten in würdiger Weise bestattet haben. Diese Patrioten verdienen unter den Panamesen einen besonderen Platz.«

Schon in den ersten beiden Tagen wurden 122 Leichen gefunden, darunter drei, die an Händen und Füßen gefesselt waren. »El Siglo« kommentierte dazu: »Alles deutet darauf hin, daß sie nicht im Kampf starben, sondern kaltblütig ermordet wurden.«

Die Nachrichtenagentur UPI brachte einen Bericht über die Ausgrabungen, aus dem hervorgeht, daß sich »inoffizielle Schätzungen auf 2000 bis 4000 Tote belaufen«. Die offizielle amerikanische Schätzung besagt, daß weniger als 100 Zivilpersonen beim Einmarsch getötet worden seien. □

Briefe

Betr.: Ostdeutschland »Polens Problem mit der deutschen Minderheit«, Nr. 4/90

Am 10. August 1939 schrieb der »Kurjer Polski«: »Wir werden den Pestherd im Zentrum Europas zerstören. Dann wird von Deutschland nur noch ein Trümmerhaufen übrig bleiben.«
Polen war fest davon überzeugt, allein Deutschland vernichten zu können.

Schon im Sommer 1939 gab Polen eine neue polnische Europakarte heraus mit der geforderten polnischen Westgrenze: Bremen-Hannover-Göttingen-Kassel-Fulda-Nürnberg, welche Polen nach der Vernichtung Deutschlands errichten wollte.

Noch am 31. August 1939 um 23 Uhr war Polen von der Vernichtung Deutschlands so fest überzeugt, daß der Warschauer Sender die Sondermeldung brachte: »Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin und werden in drei Tagen in Berlin sein.«

Leider störte damals die deutsche Wehrmacht diesen polnischen Großmachtstraum, der aber von Polen nie aufgegeben wurde. Nach vielen grundlosen Schuldbekenntnissen, mit tiefster Reue und Milliardengeschenken der BRD-Regierung, sagte Lech Walesa am 4. April 1990 der französischen Zeitung »Le Figaro«, daß in Zukunft Deutschland von der Landkarte ausradiert werden müsse, genau wie Polen es 1939 gefordert hatte.

Das unverständliche Verhalten der BRD hat den, seit 1919 öffentlich verkündeten polnischen Großmachtstraum wieder bedeutend gestärkt. Es ist ersichtlich, daß Polen die Oder-Neiße-Grenze nur als eine vorläufige Grenze betrachtet.

Nie und mit keinem Wort hat Polen auf seine Hauptforderung, die völlige Vernichtung Deutschlands verzichtet.

Herbert Biemann, Fellbach

Betr.: Banker-Journal »Zusammenarbeit zwischen deutschen und japanischen Konzernen«, Nr. 6/90

Aus beruflichen Gründen mußte ich mich mit der Stichhaltigkeit der schon früher in der Tagespresse verbreiteten Nachricht über eine zukünftige Zusammenarbeit von Daimler Benz und Mitsubishi auseinandersetzen. Ich habe mir dabei die Originalmeldungen der japanischen Quellen nicht nur übersetzen lassen, sondern die »japanische Bedeutung« einzelner Begriffe hinterfragt. Es stellte sich heraus, daß die »taz« als einzige Tageszeitung korrekt berichtet hatte. Tatsächlich handelte es sich bei dem Treffen aus japanischer Sicht um einen »ersten Kontakt«, der natürlich mit gegenseitigen Höflichkeitsbezeigungen endet. folgen keine weiteren Schritte, hat keiner der Beteiligten sein Gesicht verloren. Es wäre allerdings nicht das erste Mal, daß westlichen Teilnehmern derartiger Veranstaltungen dieser Sachverhalt verborgen bleibt.

Friedr.-W. H. Rahe, Hamburg

Betr.: New-Age »Die geistige Revolution«, Nr. 5 + 6/90

Während des Lesens oben genannter Artikel mußte ich mich mehrmals versichern, ob ich nicht eine katholische Kirchenzeitung lese. Seit 2000 Jahren versucht die römische Kirche – die im Grunde nichts anderes ist als eine jüdische Sekte – die Herrschaft über alle Völker zu erlangen. Es ist dabei völlig gleichgültig, welcher Name dazu hergenommen wird; sei es katholisch oder evangelisch, es hat den gleichen Ursprung und verfolgt den gleichen Zweck.

Im alten Testament fordert der Gott der Juden sein Volk dazu auf, alle Götter der Völker zu zerstören, um sie dann Jahwe zu unterwerfen. Mit Mord und Totschlag wird spätestens seit Karl dem Großen (Karl dem Sachsenschlächter) unsere nordische Götterschau vernichtet. Wer sich nicht diesem Gott unterworfen hat, wurde gefoltert, ertränkt, erschlagen oder lebendig verbrannt. Unwahrscheinliches Elend ist im Namen dieses uns fremden Gottes über uns gebracht worden.

Auch heute noch wird mit allen Mitteln gegen diese Menschen vorgegangen, die sich gegen die Niederwerfung unter diesen fremden Gott wehren. Hexenverbrennungen sind ja nun nicht mehr möglich, aber es gibt heute bessere Methoden. Heute gehen diese Kräfte mit den Methoden der psychologischen Kriegsführung vor, immer sich wiederholende falsche Behauptungen und Verunglimpfungen von Andersdenkenden.

Wohin uns dieser Gottglaube geführt hat, sehen wir nur allzu deutlich an unserer Umwelt. In der alten nordischen Glaubenswelt wäre eine solche Umweltzerstörung nicht möglich gewesen.

Der Gedanke uns die Erde untertan zu machen, ist uns im Grunde fremd und kann nur aus einer uns fremden Gottesschau entstehen.

Der Artikel von Werner Nicolai ist ein einziger Rundumschlag gegen alles, was nicht der römischen Kirche angehört. Besser könnte es keiner dieser sogenannten Sektenpfarrer leisten. Robert Muller meint, wir müßten hoffen, daß der Papst für alle Religionen sprechen wird. Ausgerechnet der Führer einer religiösen Vereinigung, die die Weltherrschaft durch ihren Alleinvertretungsanspruch erstrebt. Ausgerechnet ein Mensch, der für sich in Anspruch nimmt, der Stellvertreter des einzigen wirklichen Gottes zu sein.

Der Dalai Lama wäre für ein solches Anliegen doch wohl besser! Der Artikel von Peter Blackwood stößt ins gleiche Horn! Hier wird sogar behauptet, die Templer seien »ein Arm der großen alexandrischen und syrischen dynastischen Finanzinteressen« gewesen.

Das steigert sich dann in die völlig unsinnige Bedeutung, die Templer seien Wucherer gewesen. Wer sich auch nur etwas über die Templer kundig gemacht hat, weiß, daß sie genau gegenteilig gehandelt haben. Sie lehnten den Zins beim Geldverleih ab und waren dadurch der römischen Kirche im Verbund mit dem Geldverleihgeschäft ein Dorn im Auge. Neues vom Schottischen Ritus oder über das damit verbundene weltumspannende System der Freimaurer und ihrer Beziehung zur römischen Kirche, war nicht zu erfahren.

Insgesamt hatte die römische Kirche 12 Seiten in CODE zur Verfügung, um ihren psychologischen Krieg zu führen. Ich meine, man kann solche Artikel nicht unwidersprochen stehen lassen.

Ulrich Könning, Batzenhofen

*

CODE steht für historische Wahrheit und stellt dies politisch laufend unter Beweis. CODE-Leser hoffen auf eine große Wandlung und den Sieg der Wahrheit über die Lüge und der heilsamen Gottesordnung über den Geist des Mordes und der Gewalt. Davon sticht aber das religiöse Programm merkwürdig ab. Artikel unterschiedlicher Ausrichtung dokumentieren eine gewisse Orientierungslosigkeit und Unsicherheit, wohin der rechte Weg führt. Anstelle der anfänglichen Offenheit tritt religiös zunehmend ein paulinistischer Fanatismus. Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung ist der Artikel von Werner Nicolai.

Wer sein Herz an Deutschland verloren hat, hofft auf die Befreiung von den drei Ungeheuern Materialismus, die unsichtbare Hand der Einweltler und das paulinistische Christentum. Die unsichtbare Hand bekämpft das geistige Deutschland seit zweihundert Jahren. Das Christentum tut dies aber seit sechzehnhundert Jahren. Sicher ist auch in der Bewegung »Neues Zeitalter« – die aus Deutschland stammt und von den Angelsachsen als »New Age« verunreinigt wurde – Vieles falsch, und Aleister Crowley war eine Unsäglichkeit.

Die katholische Kirche mit ihren vielen heilig gesprochenen Massenmördern hat aber jedes Recht verwirkt, das zu kritisieren. Das apostolische Glaubensbekenntnis ist letztlich eine jüdische Verfälschung des geisteskranken Epileptikers Paulus, der die wahre gewaltfreie Lehre Jesu, die den indoarischen Zarathustrismus erneuern wollte, in eine Sündenlehre mit satanischer Blutmagie umfunktionierte. Nietzsche sprach insoweit für den großen Galiläer als er sprach: »Die christlichen Kirchen sind genau das, wogegen Jesus sein ganzes Leben gekämpft hat!« Die Legende, Christen seien oft verfolgt worden, hat Karlheinz Drescher schlüssig widerlegt. Als Verfolger und Mörder von zwölf Millionen Menschen haben sie den Namen des Heilandes besudelt, vielleicht ihr größtes Verbrechen. »Verflucht sei, wer anders lehrt als ich« sprach Paulus und lieferte den Leitsatz für anderthalb Jahrtausende Grauen für alle Nichtchristen.

Diese Christen waren es, die den Deutschen ihre vorchristliche hohe Kultur durch Vernichtung des Traditionszusammenhanges genommen haben. Das paulinische Christentum kann sich nur mit Gewalt behaupten. Seit dieses Mittel nicht mehr verfügbar ist, sterben die Kirchen.

Wer unqualifizierte Verleumdungen wie »Heidnisch-gnostische Irrlehren«, »Selbsterlösung als Einstieg zu Luzifer«, »Leugnung des Todes«, »pseudoreligiöse Konzepte«, »synkretistische gotteslästerliche Veranstaltung«, »schmutzigen Flüsse gottfeindlicher Ideen« verbreitet, dient dem Satan, der für Gewalt und Lüge steht und träumt von neuen Ketzerverfolgungen. Das paulinistische Christentum verehrt den Totengott der Illuminaten und nicht den unwandelbar gütigen Gottvatermutter.

Wer Deutschland liebt, der will nie mehr das alte Ungeheuer gegen das neue eintauschen. Der große Morgen wird ohne die Illuminaten und die Christen des paulinistischen Glaubensbekenntnisses aufsteigen. Die Zeit der Mörder und Lügner geht zu Ende. Die Kirchen haben alle spirituellen Rückgriffe auf die alte Wahrheit in alter Zeit (Katharer) und neuer Zeit (Anthroposophen, Mazdaznan und Heimholungswerk Jesu Christi) konsequent verfolgt und früher ausgemordet. Jetzt naht mit den Lehren Aleister Crowleys, der nicht der Vater des New Age ist, sondern nur einer verfälschenden Untergruppe, ein echter Satanismus, und das Geschrei ist groß.

Emanuel Geibel kannte die Lage:

»Glauben, dem die Tür du weist,
steigt als Aberglaub' durchs Fenster,
wenn die Götter du vertreibst,
kommen die Gespenster.«

Deutschland wird zu dem ewigen und liebenden Geistgott seiner Ahnen zurückkehren. Das grausame jüdische Christentum mit seiner psychopathischen Gottesvorstellung hat ausgedient. Sollten die Kirchen zum letzten Gefecht antreten, so werden alle geschichtskundigen Menschen, die Deutschland lieben, gegen das Ungeheuer kämpfen, das uns Karls Sachsenmord, die Hexen- und Ketzerverfolgung und den dreißigjährigen Krieg beschert hat. Die Geschichtsrevision zertrümmert alle Lügen gegen das deutsche Volk, auch die christlichen.

Dr. Johannes Jenetzky, Sternenfels